

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Verhältnis der SED zur intellektuellen Elite in der DDR. Die Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes auf die Intellektuellenpolitik der SED“

Verfasser

Simon Dallago

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Danke an alle, die unterstützend zur Seite standen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
1.1	Zugang zum Thema	9
1.2	Zielsetzung	12
1.3	Aufbau der Arbeit	12
2	Totalitäre, posttotalitäre und autoritäre Systeme. Eine Analyse der Herrschaftsform der DDR	15
2.1	Das Konzept des Totalitarismus	15
2.1.1	Der Totalitarismus nach Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzeziński	16
2.1.2	Der Totalitarismus nach Hannah Arendt	21
2.1.3	Totalitarismus, Autoritarismus und Posttotalitarismus nach Juan J. Linz	25
2.1.3.1	Totalitäre und autoritäre Systeme im Vergleich	25
2.1.3.2	Die Theorie des Posttotalitarismus und ihr Vergleich mit totalitären und autoritären Systemen	27
2.2	War die DDR totalitär?	32
2.2.1	Einleitung	32
2.2.2	Die unterschiedlichen Phasen der Betrachtungsweise der DDR in Bezug auf Ihre Herrschaftsform	34
2.2.2.1	Systemimmanente Methode vs. Totalitarismuskonzept	37
2.2.2.2	Exkurs: Die Verbindung der Modifizierung des Totalitarismuskonzeptes von Friedrich mit der nichttotalitären Betrachtungsweise der DDR in den 60iger und 70iger Jahren	42
2.2.3	Die DDR unter Walter Ulbricht bis 1960	46
2.3	Resümee des Kapitels	49
2.4	Überleitung in nächstes Kapitel	50
3	Die Herrschaftsstruktur der DDR im Kontext der von der Sowjetunion beherrschten Merkmale kommunistischer Systeme	51
3.1	Einleitung	51
3.2	Die Merkmale der von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Systeme	52
3.3	Die kommunistischen Parteien in Osteuropa vor 1945	62
3.4	Die Herrschaftsstruktur der DDR	66
3.4.1	Die Sozialistische Einheitspartei (SED)	66
3.4.1.1	Die Parteiführung	71
3.4.2	Der organisatorische Aufbau der SED	79
3.5	Resümee des Kapitels	81

3.6	Überleitung in nächstes Kapitel.....	82
4	Die Staatssicherheit als Repressionsapparat der SED	83
4.1	Einleitung	83
4.1.1	Exkurs: Möglicher Beweggrund für die Nichterfüllung der Aufgabe der Staatssicherheit im Jahr 1990 anhand der Posttotalitarismustheorie von Linz:.....	85
4.2	Gründung und Aufgaben der Staatssicherheit	85
4.3	Die Struktur des MfS	89
4.3.1	Die horizontale Gliederung/das Linienprinzip.....	90
4.3.1.1	Die Hauptabteilung XX als Zentrum von Überwachung und politischer Repression	91
4.3.2	Die vertikale Gliederung/das Territorialprinzip.....	93
4.3.2.1	Die Bezirksverwaltungen	94
4.3.2.2	Die Kreisdienststellen	95
4.3.3	Das Personal der Staatssicherheit.....	97
4.3.3.1	Die hauptamtlichen Mitarbeiter	97
4.3.3.2	Die inoffiziellen Mitarbeiter	98
4.3.3.3	Die Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)	100
4.3.3.4	Die Unbekannten Mitarbeiter	101
4.4	Das Ministerium für Staatssicherheit im Verhältnis zum sowjetischen Geheimdienst	102
4.5	Das Verhältnis zwischen SED-und Staatssicherheit	104
4.6	Methoden der Staatssicherheit als Repressionsinstrument der SED.....	107
4.6.1	Die Methoden der Staatssicherheit.....	107
4.7	Resümee des Kapitels.....	112
4.8	Überleitung in nächstes Kapitel.....	112
5	Die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen	115
5.1	Einleitung	115
5.1.1	Die Intellektuellen in der DDR	116
5.1.1.1	Die Definition der Intelligenz durch die SED	118
5.1.1.2	Die Definition des Begriffes „intellektuell“ in Bezug auf vorliegende Arbeit: Die literarischen Intellektuellen	121
5.2	Die Akteure der Kulturpolitik in der DDR.....	122
5.2.1	Akteure der Kulturpolitik auf unmittelbarer Ebene der SED	122
5.2.1.1	Die Akteure der Kulturpolitik auf zentraler Ebene der SED	122
5.2.1.2	Die Akteure der Kulturpolitik auf regionaler Ebene der SED	123
5.2.2	Akteure der Kulturpolitik auf staatlicher Ebene	124

5.2.2.1	Das Ministerium für Kultur (MfK)	124
5.2.2.2	Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	128
5.2.3	Akteure der Kulturpolitik auf ursprünglich nicht-staatlicher und parteionabhängiger Ebene der DDR	134
5.2.3.1	Der Kulturbund der DDR	134
5.2.3.2	Der Aufbau-Verlag	137
5.2.3.3	Der Schriftstellerverband der DDR	139
5.3	Die historische Entwicklung der Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen.....	141
5.3.1	Phase 1 (1949-1953): Privilegien für Intellektuelle und deren Instrumentalisierung durch die SED	141
5.3.2	Phase 2 (1953-1956): Oppositionsbewegungen unter wesentlicher Beteiligung von Intellektuellen	143
5.3.2.1	Die Komponenten der starken Veränderungen in Bezug auf die Intellektuellen und die SED	144
5.3.2.2	Die Harich/Janka Gruppe bzw. der Kreis der Gleichgesinnten. Die zentrale Intellektuelle Opposition	150
5.3.3	Phase 3 (Oktober 1956-Juli 1958): Abrechnung der SED mit der Intelligenz	158
5.3.3.1	Das 32. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 10. bis 12 Juli 1957	159
5.3.3.2	Das 33. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957	160
5.4	Resümee des Kapitels	162
5.5	Überleitung in nächstes Kapitel	162
6	Die Ereignisse in Ungarn 1953-1958 und die Rolle der Intellektuellen.....	163
6.1	Einleitung	163
6.2	Die auslösenden Faktoren des Ungarn-Aufstand. Der eigentliche Aufstand. Die Niederschlagung. Die Verurteilungen. 1953-1958.....	164
6.3	Intellektuelle Gruppierungen während der Ereignisse in Ungarn 1953-1956	171
6.3.1	Die Nagy-Losonczy-Gruppe	171
6.3.2	Der Petöfi-Kreis.....	175
6.3.3	Der Schriftstellerverband	176
6.4	Die nötigen Voraussetzungen, anhand der Ereignisse in Ungarn, um Reformen in einer stalinistischen Gesellschaft entgegen der Parteiführung durchzusetzen.....	178
6.5	Resümee des Kapitels	181
6.6	Überleitung in nächstes Kapitel	181

7 Die Reaktionen der SED auf den Ungarn-Aufstand in Bezug auf die Intellektuellenpolitik	183
7.1 Einleitung	183
7.2 Die Verbindung der Verurteilung der Gruppe Harich/Janka mit den Ereignissen in Ungarn	184
7.2.1 Die Gruppe Harich/Janka und ihre Kontakte zum Petöfi-Kreis	184
7.2.2 Die Verurteilungen der Mitglieder der „Gruppe Harich/Janka“ und die Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn	186
7.3 Weitere Reaktionen der SED und ihren Institutionen auf die Ereignisse in Ungarn und die daraus resultierenden Veränderungen auf die Intellektuellenpolitik der SED	189
7.3.1 Die Veränderungen in literarischen und künstlerischen Institutionen als Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes	189
7.3.2 Die Veränderungen im Ministerium für Staatsicherheit im Zuge der Ereignisse in Ungarn	190
7.4 Resümee des Kapitels.....	193
8 Resümee	195
Literaturverzeichnis	199
Abstract (Deutsch).....	209
Abstract (English).....	209
Lebenslauf.....	211

1 Einleitung

1.1 Zugang zum Thema

Im Zuge des dreißigjährigen Jubiläums des Falles der Berliner Mauer, dem zwanzigjährigen Zusammenbruch der Sowjetunion sowie den immer noch spürbaren Folgen des Kommunismus in den osteuropäischen Ländern, allen voran erkennbar an den strukturellen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland, verliert das Thema DDR nicht an Aktualität. Das Thema Überwachung gewann spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wieder an Dringlichkeit, sodass oft darüber diskutiert wird inwiefern es die Sicherheit rechtfertigt, Bürgerrechte zu beschneiden. Unter dem Deckmantel der Sicherheit werden Überwachungsmechanismen installiert, die laut den Kritikern entgegen einer freien Gesellschaft stehen. So ist der Spagat zwischen einer drohenden Terrorgefahr und den daraus resultierenden verstärkten Sicherheitsmaßnahmen einerseits, und dem Beschneiden der Bürgerrechte und den idealen einer freien Gesellschaft andererseits, schwierig. Der ehemalige Verfassungsgerichtshofpräsident Ludwig Adamovich war am 22.09.2007 im ö1-Mittagsjournal¹ als Interviewpartner in der Sendereihe „Journal zu Gast“ geladen, in welchem er seinen Unmut über die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen kund tat: „Es bestehe [laut Korinek] die Gefahr, dass Grundwerte beiseite geschoben würden und die Grenze zum Überwachungsstaat überschritten werden.“² „Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi“³ „Der Wunsch nach Sicherheit verdränge die Grundrechte, wie das Briefgeheimnis, das Fernmeldegeheimnis und den Datenschutz, die seit der Revolution von 1848 die private Kommunikation schützen. Die Sensibilität für die

¹Ö1 Journale von 1967 bis 1989 sind digitalisiert und online verfügbar: http://www.mediathek.at/oe1_journale/ spätere ö1-Journale sind noch nicht bereitgestellt. Bis 2013 sollen die Jahre 1990-1999 online zugriffsbereit sein. Siehe dazu: Projekte der österreichischen Mediathek: http://www.mediathek.at/ueber_die_mediathek/wissenschaftliche_projekte/aktuelle_projekte/oe1_journale_der_90er_jahre/

² Vgl. Korinek, Karl, damaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofes, im Ö1 Mittagsjournal vom 22.07.2007, zitiert nach: Die Presse (Online) vom 22.07.2007, http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/331831/VfGHPraesident-Korinek_Kontrolle-wie-in-der-DDR-

³ . Korinek, Karl im Ö1 Mittagsjournal vom 22.07.2007, zitiert nach: Die Presse (Online) vom 22.07.2007, http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/331831/VfGHPraesident-Korinek_Kontrolle-wie-in-der-DDR-

Gefahren fehle offenkundig.“⁴. Es weckt Erinnerungen, wenn ein Wiener Student der Rechtswissenschaften auf Nachfrage bei Facebook, 1200 gespeicherte Seiten zu seiner Person erhält, eine Datenspeicherung die auch Nicht-Mitglieder treffen kann.⁵

Auch in demokratischen Systemen liegt ab und an der Verdacht nahe, dass im Bereich der Hochschulpolitik systemkritische Studien doch eher vernachlässigbar sind als bereits etablierte, konforme.

Keine Staaten züchten sich gerne Kritiker, auch keine demokratischen. Ein immer stärker zur Verschulung neigendes Universitätssystem fördert kritisches Denken sicher weniger, ohne dies als Hauptargument dafür anzugeben, als es ein relativ freies tut. Ökonomischer Druck, kombiniert mit dem Versuch der Forcierung des Gefühls, es handle sich bei einem Universitätsstudium um eine reine Dienstleistung, für die bezahlt werden muss und für die Studierende dankbar sein müssen, fördert kein Hinterfragen sondern eher systemkonformes Handeln. Das weitverbreitete Argument, dass Studenten für den Steuerzahler eine Belastung darstellen, wird von „OECD-Chefanalyst Andreas Streicher“ falsifiziert. So argumentiert er im Standard Interview vom 13. September 2011, dass „der Steuerzahler von der besseren Bildung seiner Bürger enorm profitiert, eben weil diese höhere Steuern zahlen und weniger Sozialleistungen kassieren. Für Österreich sammelt der Staat pro Universitätsabsolventen rund 66.200 Euro mehr ein, als er für dessen Bildung ausgibt.“⁶ Die nun in die Diskussion gebrachte Volksbefragung zu Studiengebühren, sowie die Ablehnung dieser mit dem Argument der Neiddebatte durch den stellvertretenden ÖH-Vorsitzenden Martin Schrott kann vom Autor zugestimmt werden. So argumentiert Schrott, dass der Tenor vorherrsche, dass alle zahlen müssen nur die Studierenden nicht.⁷

⁴ . Vgl. Korinek, Karl, im Ö1 Mittagsjournal vom 22.07.2007, zitiert nach: Die Presse (Online) vom 22.07.2007, http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/331831/VfGHPraesident-Korinek_Kontrolle-wie-in-der-DDR-

⁵ Vgl. Interview mit: Schrems, Max in: online Orf: <http://orf.at/stories/2077750/2077719/>

⁶ Schleicher, Andreas im Standard-Interview vom 13. September 2011. Online unter: <http://derstandard.at/1315006274296/OECD-Steuerzahler-profitiert-enorm-von-Bildung-seiner-Buerger>

⁷ Vgl. Schrott, Martin im Ö1 Mittagsjournal vom 19.11. 2011, zitiert nach: Online-Standard vom 19.11.2011 <http://derstandard.at/1316389982716/Gebuehrenmodell-Studiengebuehren-Auch-SPOe-fuer-Volksbefragung>

Hier kann nun eine Verbindung zum Thema der Diplomarbeit hergestellt werden:

Die in vorliegender Arbeit erbrachte Analyse der Form von Herrschaft in der DDR bis 1960 lässt erkennen und gibt Aufschluss darüber, warum eine kommunistische Herrschaft, hier am Beispiel der DDR, grundsätzlich von Repressionen gezeichnet sein musste. Repressionen, die sich immer wieder gegen Intellektuelle richteten, die zwar selbst meist überzeugte Kommunisten waren, aber von der Parteiführung oft als Revisionisten und Konterrevolutionäre bezeichnet wurden.

Die SED-Parteiführung unter Walter Ulbricht rechnete mit den Intellektuellen in den Jahren 1956-1958 ab, hierbei ist die Annahme, dass der Ungarn-Aufstand im Jahre 1956 wesentlich dafür verantwortlich war im Zentrum vorliegender Arbeit. Eine Diktatur trachtet im Allgemeinen danach, oppositionelle Gruppierungen nicht zuzulassen, in ihrer Intensität dieses Gewaltmonopol auszunutzen, unterscheiden sich totalitäre und autoritäre Diktaturen. Verstärkt wittert man immer gegen Intellektuelle, sei es am Beispiel der Bücherverbrennungen während des Nationalsozialismus oder durch Zersetzungsmaßnahmen und erzwungene Ausbürgerungen Intellektueller in der DDR.

Ohne weitere genauere Analysen dahingehend zu betreiben inwiefern in Bezug auf Österreich versucht wird ein Umfeld von Neid zu schaffen, soll darauf hingewiesen werden, dass jedenfalls in der Vergangenheit osteuropäischer kommunistischer Länder, so auch in der DDR, der Versuch unternommen wurde ganz bewusst unter Bevölkerungsgruppen Zwietracht zu sähen.⁸

In Bezug auf die Zunahme von Überwachungsmechanismen nach den Terroranschlägen vom 11. September kann ebenfalls ein Blick in die Geschichte der DDR und andere Ländern reichen, um zu sehen wie sich eine von totaler Überwachung gekennzeichnete Gesellschaft konstituiert.

Daher kann aus diesem historischen Kontext heraus versucht werden, aufgrund von schon eintretenden Ereignissen in der Vergangenheit, manche aktuellen politischen Ansätze kritisch zu betrachten, jedoch ohne mit Vorwürfen der Gleichsetzung konfrontiert zu

⁸ Vgl. Herzberg (2006), S. 213, der Versuch von Rákosi in Ungarn Intellektuelle und Arbeiter gegeneinander auszuspielen misslang jedoch, siehe dazu Kaplute 6.3.2, Seite 175

werden. Vielmehr geht es hierbei wiederum um die Veranschaulichung von gewissen möglichen zu verhindernden Tendenzen.

1.2 Zielsetzung

Ziel der Arbeit soll es sein, die Forschungsfrage: *War der Ungarn-Aufstand verantwortlich für die Repressalien durch die SED-Führung zwischen 1956-1958 gegenüber literarischen Intellektuellen?* zu beantworten. Hierbei ergibt sich folgende Hypothese:

Es gab ähnliche intellektuelle oppositionelle Strukturen in der DDR. Die SED sah Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen oppositionellen Gruppierungen der DDR, mit den zentralen verantwortlichen Akteuren rund um die Ereignisse in Ungarn. Die Abrechnung der SED mit der Intelligenz in den Jahren 1956-1958 ist sodann als wesentliche Folge des Ungarn-Aufstandes zu verstehen, da die SED ähnliche Ereignisse in der DDR verhindern wollte. Diese ähnlichen Ereignisse waren möglich, da es Gemeinsamkeiten in der Struktur der intellektuellen Opposition in beiden Ländern gab. Der Ungarn-Aufstand vereitelte diese Entwicklung in der DDR jedoch, da sich nun die SED geschützt von der Sowjetunion berechtigt sah, gegen Intellektuelle verstärkt vorzugehen.

1.3 Aufbau der Arbeit

In Bezug auf die Methodik werden für die Beantwortung der Forschungsfrage und der daraus resultierenden Hypothese sowohl eine Primär- als auch eine Sekundäranalyse der entsprechenden Fachliteratur vorgenommen.

Auf inhaltlicher Ebene wird zur Beantwortung und Analyse der Forschungsfrage und Hypothese zuerst in **Kapitel 2** das Konzept des Totalitarismus und die von diesem zu unterscheidenden posttotalitäre und autoritäre Systeme genauer betrachtet. Nur mit dem grundsätzlichen Wissen um diese drei Formen von Herrschaft ist es möglich herauszufinden, inwiefern die DDR hierbei einzuordnen ist.

Die Analyse, um welche Form der Herrschaft es sich bei der DDR handelte, beinhaltet die Jahre 1949-1960, da sich der Fokus des Zeitrahmens vorliegender Arbeit in diesem

Bereich bewegt. Die Einordnung der DDR in eine bestimmte Herrschaftsform erlaubt es, die Intellektuellenpolitik der SED im Kontext dieser für unterschiedliche Formen der Herrschaft vorhandenen Eigenschaften zu sehen. Neben der Herrschaftsform und der damit verbundenen Frage, ob es sich um ein totalitäres-, autoritäres- oder um ein anderes System handelt, ist die Herrschaftsstruktur wichtig, um die Funktionsweise eines Systems begreifen zu können. **Kapitel 3** hat zum Inhalt eben dieses in Bezug auf die DDR zu analysieren. Da in der DDR, wie in den meisten anderen ehemals osteuropäischen kommunistischen Ländern, die Sowjetunion einen führenden Einfluss hatte, kann die Herrschaftsstruktur der DDR nur in Zusammenhang mit denen durch die Sowjetunion dominierten Merkmale kommunistischer Systeme gesehen werden, sodass **Kapitel 3** dies ebenfalls zum Inhalt hat.

Nach Bearbeitung von **Kapitel 2** und **3** wird es möglich sein zu erkennen aus welchem Selbstverständnis heraus die SED ihre Politik, im Speziellen gegenüber Intellektuellen, ausrichtete und inwiefern diese gerechtfertigt wurde. Die Annahme, dass ein kommunistisches System von Grund auf repressiv sein musste, da sich deren Anhänger immer in der Minderheit befanden, wird ebenfalls in **Kapitel 3** genauer betrachtet. Wenn dem so ist, so ist der gewaltige Überwachungsapparat der DDR, in Gestalt des Ministeriums für Staatssicherheit, notwendiges Übel, um das System überhaupt aufrechterhalten zu können.

Die notwendige Betrachtungsweise der Staatssicherheit als Repressionsapparat der SED in **Kapitel 4** ergibt sich sodann aus zwei Gründen und hat ihren Zugang auf zwei Ebenen. Auf der einen Seite in Bezug auf die zuvor beschriebene Annahme und der möglicherweise daraus resultierenden systemimmanenter Notwendigkeit eines dominanten Überwachungsapparates und der Beschreibung dieses als erforderlicher Teil eines kommunistischen Systems. Auf der anderen als jene Institution, die auf Anweisung der SED als deren ausführendes Organ, hauptverantwortlich für Repressionen gegenüber Intellektuelle war, und sodann in dieser Arbeit nicht fehlen darf.

In **Kapitel 5** wird die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen im Allgemeinen betrachtet. Hierzu ist es essentiell die auf die Kulturpolitik der DDR einflussnehmenden Institutionen zu durchleuchten und die Rolle der SED in diesen zu analysieren. Um etwaige Veränderungen der Intellektuellenpolitik der SED nach dem

Ungarn-Aufstand überhaupt erst sichtbar machen zu können, muss die Analyse der unterschiedlichen Phasen der Kulturpolitik im für die Arbeit relevanten Zeitrahmen von 1949 bis 1958, sowie das Aufzeigen von oppositionellen, intellektuellen Gruppierungen und deren Verhältnis zur SED, erfolgen. Der Einfluss des Ungarn-Aufstandes soll hierbei gegebenenfalls nur angedeutet werden. Aus herrschaftsstruktureller Sicht wird es nach diesem Kapitel ebenfalls möglich sein, das Selbstverständnis der SED, im speziellen auch in Bezug auf die Kulturpolitik zu erkennen, sodass die gewonnenen Erkenntnisse auch als Ergänzung zu **Kapitel 3** dienen.

In **Kapitel 6** werden die Ereignisse in Ungarn zwischen 1953-1958, sowie die Rolle der Intellektuellen dabei veranschaulicht. Wenn es Ähnlichkeiten zwischen intellektuellen, oppositionellen Gruppierungen in der DDR und in Ungarn gab, so ist es in Bezug auf den Machterhalt der SED, neben möglichen anderen Gründen, nachvollziehbar gegen diese Gruppierungen vorzugehen, um ähnliche Ereignisse zu verhindern. Der direkte Einfluss des Ungarn-Aufstandes auf die Politik der SED kann damit sichtbar gemacht werden.

In **Kapitel 7** kann sodann die Betrachtung der Reaktionen der SED auf den Ungarn-Aufstand in Bezug auf ihre Intellektuellenpolitik erfolgen, was zugleich zur Beantwortung der Forschungsfrage und der dazugehörigen aufgestellten Hypothese führt.

2 Totalitäre, posttotalitäre und autoritäre Systeme. Eine Analyse der Herrschaftsform der DDR

2.1 Das Konzept des Totalitarismus

Hervorgegangen ist der Totalitarismusbegriff aus der Analyse und Beschreibung von faschistischen bzw. nationalsozialistischen und kommunistischen Systemen aufgrund der Annahme, dass es zwischen diesen politische Deckungsgleichheiten gibt. Diese waren im Konflikt mit liberal-demokratischen Systemen.⁹ Dem Totalitarismuskonzept gaben vor allem *Carl Joachim Friedrich* und *Hannah Arendt* in den fünfziger Jahren seine spezifische Ausprägung. Nach der Veränderung der Verhältnisse in der Sowjetunion, entwickelte sich der Begriff des Totalitarismus ab den sechziger Jahren weiter.¹⁰

Der Begriff des Totalitarismus ist sehr vielfältig, da es unterschiedliche Ansätze und eine Vielzahl von Publikationen gibt. Auch sind viele Neuinterpretationen vorhanden. Achim Siegel beispielsweise, macht in seinem von ihm herausgegebenen Buch, Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus aus dem Jahre 1998, den Versuch eines neuen Verständnisses des Totalitarismusbegriffes von Carl Joachim Friedrich.¹¹ „Während Hannah Arendt (1955) die besondere Rolle des Terrors herausgehoben hat, betonen andere Autoren (Friedrich/Brzezinski 1957/1968) den technischen Charakter totalitärer Herrschaft, die diese als Phänomen der Neuzeit erscheinen lassen. Allen Überlegungen gemeinsam ist die zentrale Bedeutung der Ideologie“¹²

⁹ Vgl. Petersen, Jens: Die Entstehung des Totalitarismusbegriffes in Italien; 1996 in: Jesse, Eckhard: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1996, S. 95 ff.; Ruffmann, K.-H.: Autokratie, Absolutismus, Totalitarismus. Bemerkungen zu drei historischen Schlüsselbegriffen; 1996, in: Jesse (1996), S. 43ff.; Maier, H.: „Totalitarismus und „politische Religionen“. Zwei Konzepte des Diktaturenvergleichs, Paderborn u. a: Schöningh., 1996, S. 233 ff., alle zitiert nach: Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft: Carl Hanser Verlag, München Wien, 1998, S.635

¹⁰ Schroeder (1998), S. 635

¹¹ vgl. Siegel, Achim: Carl Joachim Friedrichs Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation, in: Siegel, Achim: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 1998, S. 273-307, siehe dazu auch Seite 20 ff. in vorliegender Arbeit

¹² Lauth, Joachim: Regimetypen: Totalitarismus- Autoritarismus – Demokratie, in: Lauth, Hans Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. Würzburg: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 103

„Totalitarismus (zu totalitär, vgl. totalitärer Staat) der, - Begriff mit dem jene Herrschaftsordnungen im 20. Jhd. versehen wurden, die sich

- 1) vom Typ des demokratischen Verfassungsstaates
- 2) von einer autokratischen Diktatur und
- 3) von allen früheren Formen der Autokratie abheben

„Der totalitäre Staat ist das Gegenteil des demokratischen Verfassungsstaates. Die Individuen sind entrechtet; Gleichschaltung ist ebenso angestrebt wie Kontrolle“¹³

Der totalitäre Staat ist zur gleichen Zeit *pseudo-demokratisch*, *postdemokratisch* und *antidemokratisch*. Antidemokratisch, weil er es sich zu eigen gemacht hat, jegliche Form von demokratischen Elementen zu bekämpfen, pseudo-demokratisch, weil er demokratische Elemente in veränderter Form benützt, postdemokratisch, weil er den demokratischen Verfassungsstaat formal anerkennt.¹⁴ Das totalitäre System versuche seine Bürger gleichzuschalten, durch eine Ideologie zu formen, sie gleichzeitig zu mobilisieren und seine ideologisch bestimmten Feinde auszugrenzen und gegebenenfalls zu vernichten.“¹⁵

Der Begriff „totalitär“ ist durch den Demokraten Giovanni Amendola entstanden. Nach der faschistischen Machtübernahme durch Mussolini in Italien, bezeichnete er dieses als ein „systeme totalitario.“¹⁶

2.1.1 Der Totalitarismus nach Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski

Diese können als Klassiker der Totalitarismustheorie angesehen werden, „und nehmen die Gedanken der bisherigen Totalitarismusforschung auf und entwerfen in verschiedenen Studien ein auch formalisiertes, theoretisches Totalitarismuskonzept.“¹⁷ Die totale Diktatur ist laut Friedrich/Brzezinski nationalsozialistischen bzw. faschistischen und

¹³ Jesse (2008), S. 11

¹⁴ Vgl. Jesse (2008), S. 20

¹⁵ Jesse (2008), S. 20

¹⁶ Jesse (2008), S.21

¹⁷ Vgl. Friedrich, Carl Joachim; Zbigniew Brzezinski: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957; Friedrich, Carl Joachim; Zbigniew.K. Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, 1968, zitiert nach: Schroeder:(1998), S. 636

kommunistischen Regimes auf die gleiche Art und Weise eigen, ohne dass jedoch die Behauptung aufgestellt wird, dass eine vollständige Wesensgleichheit vorhanden ist.¹⁸ Diese Systeme weisen trotz ihrer ideologisch unterschiedlich begründeten Motivation, welche sich nur im Grunde ähnlich sind, auf jeden Fall Gemeinsamkeiten auf im Vergleich mit anderen Systemen.¹⁹

Die bedeutungsvollsten Beiträge von Friedrich im Bereich der Politikwissenschaft ist die Systematisierung des Totalitarismusbegriffes.²⁰ „Durch seine peinlich genaue Arbeit, die auf diesem Gebiet wegweisend war, verhalf er dem Begriff zu einem Grad an Genauigkeit, der ihm vorher gefehlt hatte.“²¹ Das Buch die totalitäre Diktatur stellt die Grundlagen des Totalitarismus Begriffes dar. Als Co-Autor fungierte Zbigniew K. Brzezinski. 1965 erschien eine veränderte Fassung des Werkes, für die neu hinzugefügten Teile war alleine Friedrich verantwortlich. „Daher scheint es vertretbar, die wohl elaborierteste Konzeption zur Totalitarismusforschung Friedrich zuzuschreiben, zumal dieser vorher und nachher weitere Abhandlungen zur Thematik beigesteuert hat.“²² Die Totalitarismustheorie von Friedrich und Brzezinski besagt, dass sich kommunistische und faschistische Diktaturen ähnlich sind²³ oder einander jedenfalls mehr gleichen als irgendeinem anderen Regierungssystem, einschließlich älterer Formen der Autokratie.²⁴

Für Friedrich/Brzezinski besitzen totalitäre Diktaturen sechs Merkmale oder Eigenschaften:

1) „Eine ausgearbeitete Ideologie, bestehend aus einem offiziellen Lehrgebäude, das alle Lebenswichtigsten Aspekte der menschlichen Existenz erfasst und an die sich all in dieser Gesellschaft lebenden zumindest passiv zu halten haben, diese Ideologie ist charakteristisch auf einen idealen Endzustand der Menschheit ausgerichtet und projiziert – das heißt, sie enthält eine chiliastische Forderung, gegründet auf eine radikale Ablehnung der bestehenden Gesellschaft mit der Eroberung der Welt für die neue.

¹⁸ Vgl Schroeder (1998), S. 637

¹⁹ Vgl Schroeder (1998), S.637

²⁰ Vgl Brzezinski, Zbigniew: Dysfunktionaler Totalitarismus in: Jesse: (1999), S. 265

²¹ Brzezinski in: Jesse (1999), S. 263

²² Jesse (2008), S. 28

²³ vgl. Friedrich/Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Jesse (1996), S. 225

²⁴ Friedrich/Brzezinski, in: Jesse (1996), S. 225

- 2) Eine einzige Massenpartei im typischen Fall von einem einzelnen, dem Diktator geführt und aus einem relativ niedrigen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung (bis zu 60%) von Männern und Frauen bestehend, in der ein fester Stamm der Ideologie leidenschaftlich und ohne Vorbehalte angehängt und bereit ist, die Durchsetzung ihrer allgemeinen Übernahme in jeder Weise zu fördern. Eine solche Partei ist hierarchisch, oligarchisch organisiert und charakteristischerweise der Staatsbürokratie entweder übergeordnet oder völlig damit verflochten.
- 3) Ein Terrorsystem, auf physischer oder psychischer Grundlage, das durch Partei und Geheimpolizei-Kontrolle verwirklicht wird, aber auch die Partei für ihre Führer überwacht und charakteristisch nicht nur gegen erwiesene „Feinde“ des Regimes gerichtet ist, sondern auch gegen mehr oder weniger willkürlich ausgewählte Klassen der Bevölkerung; [...]
- 4) Ein technologisch bedingtes, nahezu vollständiges Monopol der Kontrolle aller Mittel wirksamer Massenkommunikation, wie Presse, Funk und Film, in den Händen von Partei und Staat.
- 5) Ein gleichermaßen technologisch bedingtes, nahezu vollständiges Monopol der wirksamen Anwendung aller Kampfaffen.
- 6) Eine zentrale Überwachung und Lenkung der gesamten Wirtschaft durch die bürokratische Koordinierung vorher unabhängiger Rechtskörperschaften, charakteristischerweise unter Einfluß der meisten anderen Gesellschaften und Konzerne.“²⁵

Bis in die sechziger Jahre war dieses Konzept, wie eingehend schon erwähnt, das vorherrschende Paradigma in Bezug auf die westliche Kommunismusforschung.²⁶ Dies veränderte sich nach Überarbeitung des Konzeptes durch Friedrich. Die vorher genannten Grundmerkmale totalitärer Systeme sind vom Wesen her miteinander verbunden. Von den sechs genannten Merkmalen sind vier technisch bedingt, diese ermöglichen erst die totalitäre Kontrolle der Gesellschaft.²⁷ Vorauszusagen inwiefern die Zukunft der totalitären Herrschaft von staten gehen würde, war für Friedrich spekulativ. Dieser glaubte nicht an den Zusammenbruch des Systems von innen, jedoch betonte er dass Totalitäre Systeme sich gesellschaftlich und politisch als nicht überlebensfähig erweisen würden, und anderes

²⁵ Friedrich/Brzezinski, in: Jesse (1999), S.230-231

²⁶ Vgl. Siegel, Achim: Carl Joachims Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation in: Siegel, Achim (Hrg): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Böhlau Verlag, Köln, 1998, S.273

²⁷ Vgl Schroeder (1998), S. 637

sehr unwahrscheinlich wäre.²⁸ Der Totalitarismusbegriff von Friedrich wurde immer wieder kritisiert. „Sie sei statisch, spezifiziere nicht genügend die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Systeme, könne deren Wandlungstendenzen nicht erfassen und stehe etwa der Entwicklung in der Sowjetunion, die vom „Stalinismus“ weggeführt habe, hilflos gegenüber.“²⁹

So kritisiert auch Dieter Segert, dass man den Totalitarismusbegriff von Friedrich weiter fassen muss, wenn man dem Konzept des Totalitarismus gerecht werden will, um auch den politischen Wandel aus inneren Ursachen heraus erklären zu können.³⁰ „Dort ist die Totalitarismustheorie auf eine griffige Typenbildung über die Institutionen der Machtausübung reduziert.“³¹ Segert kritisiert den Ansatz von Friedrich in Bezug auf die Beschreibung des politischen Wandels, weil er die Meinung vertritt dass es nicht möglich ist³² „auf der Grundlage dieses theoretischen Paradigmas den politischen Wandel aus inneren Ursachen heraus zu denken.“³³

Trotz der zahlreichen Kritik an Friedrich und „selbst nachdem dieser Ansatz in den sechziger Jahren an Boden verloren hatte – und bestimmte Varianten der Modernisierungstheorie an Einfluss gewannen –, blieb Friedrichs Totalitarismuskonzept ein Brennpunkt kontroverser Debatten, und zwar umso mehr, als er seinen ursprünglichen Ansatz in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in einer Weise modifizierte, die neue Zweifel an dessen wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit aufkommen ließen.“³⁴

Im Zentrum der Betrachtungsweise des Totalitarismus steht bei Friedrich „der herrschaftsstrukturelle Aspekt“³⁵ im Gegensatz zum geschichtsphilosophischen Ansatz Hannah Arendts.³⁶

²⁸ Vgl. Jesse (2008), S. 29

²⁹ Jesse (2008), S. 29

³⁰ Vgl. Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989- Drei Versuche im Westen anzukommen. Frankfurt/Main: Campus, 2002, S.161

³¹ Segert (2002), S. 161

³² Segert (2002), S. 162

³³ Segert (2002), S. 162

³⁴ Siegel (1998), S. 274

³⁵ vgl. Jesse (2008), S. 30

³⁶ vgl. Jesse (2008), S. 30

Modifizierung des Totalitarismuskonzeptes durch Friedrich

Friedrich veränderte sein Totalitarismuskonzept in den sechziger Jahren vor allem dahingehend, dass er das frühere Wesensmerkmal einer vorhandenen terroristischen Polizei durch eine voll entwickelte Geheimpolizei austauschte.³⁷ „Friedrich resümiert, daß das Merkmal des physischen Massenterrors, welches sich durch das Studium Stalin-Rußlands und Hitler-Deutschlands aufdrängte, in seiner Bedeutung als Aspekt des „Totalitarismussyndroms“ überschätzt wurde.“³⁸ Er erweiterte also den Umfang des Begriffes der totalitären Diktatur auf die Art und Weise, dass er die Eigenschaften die den Begriff definierten, verringerte.³⁹ Dies wurde stark kritisiert, „denn mit der Ausdehnung des Begriffsumfangs wurden die äußerst negativen Werturteile, die der Begriff „totalitäre Diktatur“ nach wie vor transportierte, gleichermaßen auf die kommunistische Regime nach dem Stalins Tod übertragen, die im Vergleich zu den unmittelbar vorhergehenden stalinistischen Regimen merklich „mildere“ Herrschaftsmethoden anwandten.“⁴⁰ Spätere Theoretiker wie Juan J. Linz verwendeten für die Veränderung totalitärer Diktaturen neue Begriffe⁴¹, anstatt wie Friedrich den Totalitarismusbegriff an die historischen Verhältnisse anzupassen.

Unter dem Eindruck von Stalins Tod und den Veränderungen, die dadurch in der Sowjetunion und andere Ländern eintraten, hat Friedrich den Begriff der totalitären Diktatur abgewandelt. Nun war es laut dieser Definition auch möglich nach-stalinistische Systeme als „totalitäre Diktatur“ bezeichnen zu können.⁴² Achim Siegel geht in seinem Text genauer auf die von Friedrich veränderte Fassung der Konzeption des Totalitarismus ein. Die von Kritikern geäußerte Meinung, die neue Konzeption sei politisch motiviert und würde nur dazu dienen politische Systeme aus dem anderen Spektrum weiterhin als

³⁷ Vgl. Friedrich, Carl Joachim: *The Changing Theory and Practice of Totalitarianism*, in: *Il Politico*, 33 (1968), S. 53-76, hier S. 54; und Friedrich, *The Evolving Theory and Practice of Totalitarian Regimes*, S. 126. zitiert nach: Siegel in: Siegel (Hrsg.), (1998), S. 279

³⁸ Friedrich, Carl Joachim: *Totalitarianism: Recent Trends*, in: *Problems of Communism* 17, 1969, S.53 – 74 zitiert nach: Fritze,Lothar: *Unschärfen des Totalitarismusbegriffes. Methodologische Bemerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur* in: Jesse, Eckhard (Hrsg): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999, S. 305

³⁹ Vgl. Siegel, Achim: *Carl Joachim Friedrichs Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation* in: Siegel, Achim (Hrsg): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln, Weimar: Böhlau, 1998, S. 279

⁴⁰ Siegel (1998), S. 279

⁴¹ Siehe dazu Juan J. Linz, Kapitel 2.1.3

⁴² Vgl Fritze, Lothar: *Essentialismus in der Totalitarismusforschung. Über Erscheinungsformen und Wege der Vermeidung*; in: Siegel, Achim (Hrsg): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Böhlau Verlag, Köln, 1998,S. 147

totalitär und daher böse zu definieren⁴³, wird durch Siegel mittels einer Neuinterpretation von Friedrichs Konzept versucht entgegen zu treten.⁴⁴ Da dies jedoch den Rahmen der Diplomarbeit überziehen würde, sei auf die vorhergehende Fußnote verwiesen.

2.1.2 Der Totalitarismus nach Hannah Arendt

Anders war die Totalitarismustheorie von Hannah Arendt, die mit Ihrem Konzept einen „ideengeschichtlichen Wurf“ vorgelegt hat.⁴⁵ „Hierbei beschreibt sie, dass die totale Herrschaft Begriffe von Auszeichnung und Verbrechen, im Vergleich zu vorhergehenden Diktaturen oder Despoten nicht nach ihren Vorstellungen revolutioniert hat, sondern diese ganz einfach abgeschafft hat, und an deren Stelle die neuen Begriffe von Lebensuntauglichem und Unerwünschtem gesetzt hat.“⁴⁶ „Nur Verbrecher kann man bestrafen, Unerwünschte und Lebensuntaugliche lässt man von der Erdoberfläche verschwinden, als hätte es sie nie gegeben; [...]“⁴⁷

Somit habe der Verdächtige nicht einmal die Möglichkeit, irgendwie seinem Schicksal zu entfliehen, auch wenn er dies durch ein anderes Verhalten wollen würde.⁴⁸ „Damit bezeichnet Arendt ein charakteristisches Element von Hochphasen im „Stalinismus“ und Nationalsozialismus: Das Ende von Juden oder Kulaken schien den Tätern zur Erfüllung der „Gesetze der Natur“ notwendig.“⁴⁹

In ihrem Hauptwerk Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft geht sie vor allem auf die Analyse der Funktionsweise eines totalitären Staates ein. Durch die genaue Untersuchung von Hitler-Deutschland und der Sowjetunion unter Führung von Stalin war es ihr möglich, die Funktionsweise der totalitären Herrschaft mit drei Eigenschaften zu beschreiben, welche nicht voneinander zu trennen sind:⁵⁰

⁴³ Vgl. Siegel in: Siegel (1998), S. 280

⁴⁴ vgl. dazu Siegel in Siegel (1998), S. 273-307

⁴⁵ Jesse (2008), S. 31

⁴⁶ Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. I – II. Imperialismus – III. Totale Herrschaft, München 1986 (1951), in: Jesse (2008), 31

⁴⁷ Vgl. Arendt 1981 (1951), in: Jesse (2008), S. 31

⁴⁸ Vgl. Jesse (2008), S.31

⁴⁹ Jesse (2008), S. 31

⁵⁰ Vgl. Courtois, Stéphan: Das Handbuch des Kommunismus: Piper Verlag GmbH, München, 2010, S.747

- Bei den beiden Systemen handelt es sich um eine totale Herrschaft

Das Ziel dieser Herrschaftsform ist es, die absolute Macht zu erlangen, und jeglichen autonomen Raum zu vernichten. Dies wird erreicht durch das Zerschlagen von vorher etablierten Institutionen (Parlament, Verbände, Gewerkschaften etc.) In der Folge werden neue Institutionen der Macht installiert, welche sich unter der totalen Kontrolle der Machthaber befindet.

- Der Machtanspruch wird unstillbar

Hier kommt der Terror zur Geltung. Dieser nimmt dann totalitäre Ausmaße an, wenn er unabhängig von Gegenspielern von statten geht. Die Herrschaft des Terrors wird dann grenzenlos, wenn es niemanden mehr gibt, der sich dagegen auflehnt.

- Der Terror unterscheidet sich von gewöhnlichen Formen der Repressalien, und bleibt daher undurchschaubar

Diese Herrschaft des Terrors zeichnet sich primär durch zwei Eigenschaften aus:

Dem Führerprinzip:

Der Führer ist der einzige, der dazu legitimiert ist die Interessen der beiden Länder zu vertreten. Im Focus des dritten Reiches steht hier das deutsche Volk, in der Sowjetunion angeführt von Stalin, das Proletariat. Der mehr oder weniger ersichtliche Wille des Führers muss vom engeren oder weiter entfernten Zirkel immer wieder aufs neue interpretiert werden⁵¹

Arendt betont hierbei jedoch dass das Führerprinzip an sich noch keine totalitären Züge beinhaltet, da man sich diesem auch in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bedient, wo Menschen in führende Positionen gewählt werden. Ein Führer an sich bildet noch keine Hierarchien heraus, ersichtlich ist dies bei politischen Bewegungen aus denen sich zwar ein Führer herausbildet, jedoch noch keine Organisation dahintersteht.⁵² „Autorität gar steht dem Totalitarismus strikt entgegen, zielt Autorität doch auf Eingrenzung eines Bereichs , in dem sich dann der einzelne frei entfalten kann. Nur der Totalitarismus bezweckt die völlige Aufhebung der Freiheit. Der totalitäre Führer entwickelt gerade keine Autorität, sondern stützt seine Wirkung auf terroristische Gewalt. Wenn man Führerprinzip

⁵¹ Vgl. Courtois, Stéphan: Das Handbuch des Kommunismus: Piper Verlag GmbH, München, 2010, S.747-748

⁵² Vgl. Schönherr-Mann, Hans Martin: Hannah Arendt. München: Beck, 2006, S. 74

und Autorität als wesentliche Charakteristika des Totalitarismus begreift, dann so Arendt, verharmlost man diesen.“⁵³

Strukturlosigkeit:

Vernichtung des Staates, Verdoppelung der Machtstrukturen (Partei und Staat), Eliteorgane welche den Führer beschützt, Scheinorgane welche eine stärkere oder weniger starke imaginäre Beziehung zum Volk herstellt ⁵⁴

Die totale Herrschaft kann laut Hannah Arendt in Prinzip, Wesen und Ziel eingeteilt werden. Wobei das Prinzip die *Ideologie* ist, das Wesen der *Terror*, und ihr schlussendliches Ziel die *Bewegung*. Unter *Bewegung* ist das Hinzuziehen der Bevölkerung zur Erfüllung von nicht endenden Aufgaben gemeint.⁵⁵

Diese permanente *Bewegung* und die eigentümliche Strukturlosigkeit, die dadurch entsteht, stellen den Grundstein für die wahrhaftige totale Macht dar. Nur der Führungskern gibt Orientierung und Halt.⁵⁶

Die *Ideologie* war für Hannah Arendt also auch ein wichtiges Element zur Beschreibung von totalitären Herrschaftssystemen, neben dieser war für sie, wie beschrieben, der *Terror* das Wesen totalitärer Systeme. Alles Politische wird durch den *Terror* vernichtet.

Da der *Terror* Wesen ist, kann er nicht zugleich furchteinflößend sein, da er schon Teil des normalen Lebens ist. Handelnde Menschen kann ein totalitäres System nicht gebrauchen, auch nicht wenn sie im Zuge von Furcht geschehen.⁵⁷ „An die Stelle des Prinzips des Handelns tritt die Präparierung der Opfer, die Natur- oder Geschichtsprozeß fordern werden, eine Präparierung, die den einzelnen gut für die Rolle des Vollstreckers wie für die des Opfers vorbereiten kann.“⁵⁸ In ihrer Totalitarismustheorie übernimmt diese Präparierung die *Ideologie*.⁵⁹ Diese zeichnen sich auch durch einen absoluten Wahrheitsanspruch aus. Dieser Anspruch auf die totale Welterklärung, vertritt auch den Anspruch Geschichte zu erklären: Die totale Erklärung alles Vergangenen, die absolute

⁵³ Schönherr-Mann (2006), S. 74

⁵⁴ Vgl. Courtois (2007), S. 748

⁵⁵ Vgl. Courtois (2007), S. 748

⁵⁶ Vgl. Schroeder (1998), S. 636

⁵⁷ Vgl. Arendt, Hannah: Elemente totaler Herrschaft. Frankfurt: Europäische Verlagsgesellschaft, 1955, S.738

⁵⁸ Arendt (1955), S. 738

⁵⁹ vgl. Arendt (1955), S. 738

Wahrheit im Bereich der Gegenwart, das verlässliche Vorhersagen eintretender zukünftiger Ereignisse.⁶⁰

Laut Hannah Arendt sind Weltanschauungen und Ideologien im neunzehnten Jahrhundert an sich nicht totalitär. Kommunismus und Rassismus haben sich nicht durchgesetzt, weil diese totalitärer waren, sondern ausschließlich weil der Kampf zwischen Klassen um politische Macht politisch bedeutsamer war als andere Ideologien.⁶¹ Dass der Terror das wesentliche Element totalitärer Herrschaft ist, begründet sie unter anderem mit der historischen Ersichtlichkeit: Gerade in Zeiten wo es keine Opposition mehr gibt, war der Terror am stärksten.⁶²

„Nicht in den zwanziger Jahren und zu Zeiten des Bürgerkrieges in Rußland, sondern nach 1930, als alle gegenrevolutionäre wie innerparteiliche Opposition restlos liquidiert war, brach die wirkliche Schreckensherrschaft in Rußland an. Und es war nicht im Jahre 1933, als die Naziherrschaft noch wirkliche Opposition im eigenen Lande hatte, sondern im Jahre 1937, als selbst nach Berichten der Gestapo das Land vollkommen befriedigt war, dass die außerordentliche Erweiterung des Konzentrationslagersystems ins Werk gesetzt wurde, das dann schließlich zu den Vernichtungslagern während des Krieges führte, in denen wohl kaum ein Gegner des Regimes ums Leben kam.“⁶³

„Mit Ihrer Theorie liefert Hannah Arendt eine sozusagen „anthropologisch geprägte sozialphilosophische Letztbegründung [...] für das bestimmte Wesen totalitärer Herrschaft“⁶⁴ Die Anfangskenntnisse dieses totalitären Wesens wurden bereits zuvor von Gerhard Leibholz und Siegmund Neumann als anhaltender Ausnahmezustand bzw. als absolute Mobilmachung einer Nation, und als dauernde Revolution beschrieben.⁶⁵

Für den Großteil der Totalitarismustheoretiker ist das sowjetische System unter Josef Stalin, und das nationalsozialistische Deutschland der Innbegriff totalitärer Herrschaftssysteme. „Der Bolschewismus und Stalin und der Nationalsozialismus sind im 20. Jahrhundert die beiden prägnantesten Beispiele für totalitäre Regime. Sie sind nicht nur

⁶⁰ vgl. Arendt (1955), S. 741

⁶¹ Arendt (1955), S. 740

⁶² Vgl. Arendt (1955), S. 625-626

⁶³ Arendt (1955), S. 625

⁶⁴ Schroeder (1998), S. 636

⁶⁵ Neumann, Siegmund: Permanent Revolution. The total State in a World at War, New York, London, 1942; Leibholz: Das Phänomen des totalen Staates 1968, in: Schröder (1998), S.636

vergleichbar, sondern bilden eine Art politische Kategorie, die seit Hannah Arendt Anwendung findet.“⁶⁶ Bei diesen Systemen gibt es keinerlei Diskussionen, ob eines der beiden doch als autoritär angesehen werden könnte. Bei anderen Systemen, beispielsweise dem der DDR, sind bzw. waren sich die Theoretiker uneins.⁶⁷

Das Totalitarismuskonzept, mit seinen wichtigsten Vertretern, wird immer wieder kritisiert, neue Dinge hinzugefügt, anders interpretiert, Schwächen aufgezeigt. Es ist daher kein abgeschlossener Begriff. Je nach Verfasser, tendieren diese eher in diese oder jene Richtung. Bei näherer Betrachtung eines Themas, erkennen viele Autoren die nicht ausreichende Beschreibung totalitärer Systeme. Trotz alledem waren es Friedrich und Arendt, die den Begriff des Totalitarismus prägten, und auf denen der Großteil der Betrachtungsweise aufbaut.

2.1.3 Totalitarismus, Autoritarismus und Posttotalitarismus nach Juan J. Linz

2.1.3.1 Totalitäre und autoritäre Systeme im Vergleich

„Zeichnet sich ein totalitäres System durch ein Machtzentrum aus, so gewähre einen autoritären begrenzten Pluralismus. Mache sich ein totalitäres System eine ausgearbeitete Ideologie zu Eigen, begnüge sich ein autoritäres mit einer nicht festgelegten Geisteshaltung. Lege ein totalitäres System auf politische Mobilisierung wert, so bescheide sich ein autoritäres mit der Apathie seiner Bürger.“⁶⁸

Das Totalitarismuskonzept von Juan J. Linz eignet sich sehr gut um autoritäre und totalitäre Systeme gegenüberzustellen. Dieser formulierte sein Konzept vom Totalitarismus in der Art und Weise, dass er dieses mit seiner Definition autoritärer Herrschaft verglich.⁶⁹ Für Linz ist der Autoritarismus, neben dem Totalitarismus und der Demokratie, ein dritter

⁶⁶ Linz, Juan José, in: Krämer Raimund (Hrsg.): Totalitäre und autoritäre Regime; Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 2000, S. VI

⁶⁷ siehe dazu Kapitel 2.2.2

⁶⁸ Jesse (2008), S.11

⁶⁹ Thompson, Mark R: Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa, in: Siegel (1998), S. 317

Regimetypus, das heißt, es ist kein Begriff ohne einen Typstatut, der nur zwischen Totalitarismus und Demokratie aus Verlegenheit angesiedelt wurde.⁷⁰

Laut Linz weisen autoritäre Systeme vier Merkmale auf, die er in Abgrenzung zu dem Idealtypus eines totalitären Systems als auch gegenüber Systemen, welche durch kompetitive Demokratien gezeichnet sind, aufgestellt hat.⁷¹ Für ihn sind autoritäre Systeme eine Variante nichttotalitärer und nicht demokratischer Systeme, welche gekennzeichnet sind durch

- a) [...], einen begrenzten nicht verantwortlichen Pluralismus
- b) keine ausgearbeitete und leitende Ideologie, dafür aber ausgeprägte[n] Mentalitäten
- c) keine extensive oder intensive politische Mobilisierung, von einigen Momenten in ihrer Entwicklung abgesehen [...]⁷²
- d) das Handeln der Führung durch die Unterordnung einer bestimmte Norm
Das heißt die formal kaum definierte Macht wird von einem Führer oder einer kleinen Gruppe ausgeführt, befindet sich aber in der Realität in ziemlich vorhersehbaren Grenzen.⁷³

Ein totalitäres System zeichne sich laut Linz, wie Eckhard Jesse beschreibt, im Vergleich zu einem autoritären auch durch die „systematische, willkürliche Verletzung der Menschenrechte“⁷⁴ aus, während ein autoritäres für mehr Rechtssicherheit garantiert, auf die es jedoch nicht die Möglichkeit einer Einklagbarkeit gibt.⁷⁵

Das wichtigste Kennzeichen von autoritären Regimen ist laut Linz das **pluralistische Element**. Im Unterschied zu Demokratien in welchen eine fast unbegrenzte Pluralität

⁷⁰ Vgl. Jesse in: Jesse (2008), S. 384

⁷¹ Vgl. Linz, Juan José: An Authoritarian Regime, The Case of Spain: in: Erik Allard/Yrjo Littunen (Hrsg.), Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki 1964; Linz, Juan José: From Falange to Movimiento-Organización: in: S.Huntington/C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Societies, The Dynamics of Established One Party System, New York; 1970; Linz, Juan José: Opposition in and under an authoritarian regime, the case of Spain, in: Robert A. Dahl (Hrsg.), Regimes and Oppositions, New Haven, 1973; Linz, Juan José: Elites locales y cambio social en la Andalucía rural, Vol. 2, Estudio Socioeconómico de Andalucía, Madrid, 1973. Alle 3 zitiert nach: Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 129

⁷² Vgl. Linz, Juan J: An Autorithoritarian Regime, The Case of Spain, in: Erik Allard/Yrjo Littunen (Hrsg.), Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki, 1964, zitiert nach: Linz (Autor), Krämer (Hrsg.) (2000), S. 130

⁷³ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 130

⁷⁴ Jesse in: Jesse (2008), S. 384

⁷⁵ Vgl. Jesse in Jesse (2008), S. 384

vorherrscht, ist dieser in autoritären Regimen jedoch *begrenzt*.⁷⁶ „Einige Regime gehen ja so weit, die politische Teilnahme einer begrenzten Anzahl von unabhängigen Gruppen oder Einrichtungen zu institutionalisieren.“⁷⁷ Diese regen sogar zu deren Entstehung an, jedoch ohne Zweifel daran zu lassen, dass es der Ihrigen Definition obliegt, wer und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit der Partizipation am System erhält.⁷⁸ Auch in der DDR gab es Blockparteien, ob dies jedoch ein Grund dafür ist die DDR als ein System mit begrenztem Pluralismus zu beschreiben, soll Kapitel 2.2.3 beantwortet werden.

Im Unterschied zum Autoritarismus zeichnen sich laut Linz Totalitäre Systeme durch

- a) „eine Ideologie
- b) eine Einheitspartei mit Massencharakter und anderer mobilisierenden Organisationen einer ausgearbeiteten Ideologie
- c) die konzentrierte Macht einer Person oder einer kleinen Gruppe, die keiner größeren Wählerschaft verantwortlich ist und die nicht mit institutionalisierten, friedlichen Mitteln von der Macht entfernt werden kann.

Jedes dieser Kriterien kann für sich genommen in anderen Typen nicht-demokratischer Systeme gefunden werden. Aber nur ihr gleichzeitiges Vorhandensein macht ein System totalitär.“⁷⁹

2.1.3.2 Die Theorie des Posttotalitarismus und ihr Vergleich mit totalitären und autoritären Systemen

In den 70iger Jahren wurde der Begriff des Posttotalitarismus gebräuchlich, der von Juan José Linz ab Mitte der siebziger Jahre entfaltet wurde.⁸⁰ „Die in westlichen Demokratien zeitweilig nahezu tabuisierten Totalitarismuskonzepte⁸¹ verdanken ihre Renaissance in erheblichen Umfang der postkommunistischen Systemtransformation“⁸² und dem Versuch

⁷⁶ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 131

⁷⁷ Linz in: Krämer (Hrsg.) (2000), S. 131

⁷⁸ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 131

⁷⁹ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 21

⁸⁰ Vgl. Backes, Uwe; Jaskulowski Tytus; Polese Abel (Hrsgg.): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2009, S. 17

⁸¹ Vgl. Bracher, Karl Dietrich: Zeitgeschichte Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie; ders. Die totalitäre Erfahrung, zitiert nach: Backes (u.a. Hrsgg.), (2009), S. 13 siehe auch die in der Arbeit dargestellte historische Betrachtung der DDR in Bezug darauf ihren totalitären Charakter in Kapitel 2.2.2

⁸² Backes u.a.(Hrsgg.), (2009), S. 14

die Veränderungen, die in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins einhergingen, theoretisch zu formulieren.⁸³ „Der Tod Stalins und die drauf einsetzende Entstalinisierung in der Sowjetunion und in mittel- und osteuropäischen Ländern führten innerhalb dieser Systeme zu Veränderungen, die es meines Erachtens fraglich machen, das klassische Modell totalitärer Systeme hier weiter anzuwenden.“⁸⁴ Durch die Wandlung verschiedener Systeme, wie dies beispielsweise in Jugoslawien der Fall war, kann man den Eindruck gewinnen, dass Systeme, die vormals als totalitär galten, gleichzeitig Merkmale von autoritären Systemen beinhalten.⁸⁵ „Allerdings wäre es irreführend, wenn wir davon ausgehen, daß sich solche posttotalitären Regime durch die gleichen Merkmale beschreiben lassen, wie jene, in denen nie eine totalitäre Entwicklung beabsichtigt bzw. versucht wurde oder die, trotz des politischen Willens der Führung, nie über das Stadium eines „unvollkommenen Totalitarismus“ hinausgekommen sind.“⁸⁶ Ein Staat der also vormals totalitär war, hat laut Linz Strukturen hinterlassen, welche sich zwar wandeln, aber nicht verschwinden können. Dies ist dadurch ersichtlich, dass sich während der totalitären Phase gewisse Vorstellungen von Gesellschaft und Staat manifestierten, die in Teilen der Elite immer noch verankert sind. Auch werden durch den vergangenen Terror und den Säuberungen, als die schlimmsten Eigenschaften des Totalitarismus, die Handlungen der Akteure bestimmt und beeinflussen daher auch diese Systeme in ihrer Entwicklung.⁸⁷

Die verschiedenen Formen posttotalitärer Ausprägung

Mit dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus entwickelte Juan J. Linz zusammen mit Alfred Stepan eine Theorie von unterschiedlichen posttotalitären Systemen, welche sich in ihrer sozialen Struktur unterscheiden. Dies geschah, um die verschiedenen Transformationsprozesse von ehemals kommunistischen, posttotalitären Staaten erklären zu können.⁸⁸ Hierbei stellen sie folgende Typen posttotalitärer Systeme gegenüber:

a) den *frühen* Totalitarismus

⁸³ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 227

⁸⁴ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 227

⁸⁵ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 228

⁸⁶ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 228

⁸⁷ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 228

⁸⁸ Vgl. Linz/Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore: John Hopkins University Press, 1996, S. 38-54, zitiert nach: Backes u.a. (Hrsgg.): Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratieconsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2009, S. 18

- b) den *eingefrorenen* Totalitarismus
- c) den *reifen* Totalitarismus

- zu a) dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er sich nah an der Grenze zum Totalitarismus befindet
- zu b) dieser gewährt zwar eine gewisse Toleranz gegenüber Personen, die das Regime kritisieren, jedoch behält er die Kontrollmechanismen bei, ohne diese zu entwickeln.
- Zu c) dieser befindet sich in der Nähe zu einer Typübergreifung hin zu einem autoritären oder demokratischen System⁸⁹

Der Charakter posttotalitärer Systeme im Vergleich zu autoritären und totalitären Systemen laut Linz:

In Bezug auf die Pluralität

zeichnet sich, wie schon beschrieben, der Autoritarismus durch einen begrenzten Pluralismus aus, während ein totalitärer Staat durch Monismus geprägt ist. Im Posttotalitarismus stellt es sich laut Linz nun so dar, dass dieser „über ein erhebliches Niveau an sozialem Pluralismus [...] [verfügt]. Dieser wachsende Pluralismus ist dafür verantwortlich, dass sich eine Verwundbarkeit des posttotalitären Regimes zeigt und die Entstehung einer demokratischen Opposition begünstigt. Die Entstehung einer roten Bourgeoisie – gekennzeichnet durch Manager, die den staatlichen Sektor lenken, kann in posttotalitären Systemen dadurch entstehen, dass es eine Kooperation zwischen der staatlich gelenkten Wirtschaft und ausgedehnten Marktexperimenten gibt. Das Entstehen eines privaten Sektors ist möglich, wobei dieser dann immer noch dem staatlichen untergeordnet ist.

In Umfang und Performance unterscheidet sich dieser **wirtschaftliche und soziale** Pluralismus in posttotalitären Systemen von denen in autoritären Systemen: In Bezug auf *Umfang* dahingehend, dass in autoritären Systemen mehr sozialer und wirtschaftlicher Pluralismus vorhanden ist, was sich in der größeren Religionsfreiheit, der stärkeren Autonomie im Privatsektor sowie der kulturellen Produktion widerspiegelt. In Bezug auf die *Performance*, diese widerspiegelt die Ursprünge der Entstehung des Pluralismus und

⁸⁹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 245/251

welche Wirkung dieser in der Gesellschaft hat, dass im Posttotalitarismus der historische Bezugspunkt, auch für die Opposition, das ehemalige totalitäre System ist. Da jeglicher Pluralismus bereits im früheren totalitären System vernichtet wurde, ist von Seiten der Opposition das Bestreben nach Endtotalisierung konstatierbar.⁹⁰

„Vieles in der „zweiten Kultur“ hat deshalb [im Vergleich zu autoritären Systemen] keine traditionelle Form, sondern ist in den neuen Bewegungen zu finden, die aus der totalitären Erfahrung entstehen.“⁹¹

Der Pluralismus posttotalitärer Systeme auf **politischer** Ebene unterscheidet sich mit Gegensatz zu autoritären Systemen dahingehend, dass es keinen relativ autonomen Pluralismus gibt. Die führende Rolle der Partei ist in posttotalitären Systemen immer noch gesetzlich verankert. Der beschriebene wirtschaftliche und soziale Pluralismus ist nicht zu vergleichen mit dem politischen.⁹² „Ersterer [wirtschaftlicher und sozialer Pluralismus] wird innerhalb des Parteistaates bzw. innerhalb der nun tolerierten zweiten Wirtschaft oder in der parallelen Kultur ausgeübt.“⁹³

In Bezug auf die Führung

wie beschrieben, bestehen die Unterschiede zwischen autoritären und totalitären Systemen dahingehend, dass erstere entweder durch einen Führer oder eine Gruppe in ziemlich vorhersehbaren, jedoch schlecht definierter Normen ihre Macht ausübt. Die Führung eines totalitären Systems hingegen ist durch keinerlei Verfahren oder Gesetze in ihrer Macht eingeschränkt. Auch ist sie oft durch eine charismatische Führung gezeichnet, welche ihren Ursprung in einer revolutionären Bewegung oder Partei hat.⁹⁴ In posttotalitären Regimen ist, wie im Falle eines totalitären Staates, die Führung immer noch ausschließlich Teil der jeweiligen revolutionären Bewegung oder Partei. Im Unterschied zu einem totalitären System jedoch neigt die Führung eher zu Bürokratismus und Technokratismus als zur charismatischen Ausübung der Macht.⁹⁵ „Im Kern geht es ihnen darum, ihre Sicherheit zu erhöhen und die Furcht zu verringern, indem das bisherige Ausmaß der willkürlichen

⁹⁰ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 246

⁹¹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

⁹² Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

⁹³ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

⁹⁴ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

⁹⁵ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 248

Machtausübung, die der Spitze gestattet war, eingeschränkt wird.“⁹⁶ Zwar stehen hinsichtlich Führung posttotalitäre und autoritäre Systeme einander näher, jedoch wird in ersterem die Parteiführung „ausschließlich auf Parteimitgliedern rekrutiert, die ihre Laufbahn direkt in der Parteiorganisation, in der Bürokratie oder im technokratischen Staatsapparat absolviert haben. Sie alle werden somit aus den vom Regime geschaffenen Strukturen rekrutiert. Im Gegensatz dazu ist es in den meisten autoritären Regimen normal, dass das Regime einen großen Teil der Führung aus Gruppen rekrutiert, die eine gewisse Macht und Legitimität besitzen, die sich nicht direkt vom Regime herleiten.“⁹⁷

In Bezug auf die Mobilisierung

Hier stellen sich autoritäre Regime wie beschrieben dahingehend dar, dass diese „niemals komplexe, allumfassende Netzwerke [entwickeln] um die Bevölkerung zu mobilisieren.“⁹⁸ Zwar können autoritäre Systeme kurze Phasen haben in denen eine Mobilisierung vonstatten geht, jedoch ist diese in der Regel nicht so intensiv wie in totalitären Staaten. Im Vergleich zu autoritären Regimen gibt es in totalitären Systemen eine intensive und extensive Mobilisierung der Bevölkerung. Eher verächtlich angesehen werden bürgerliche privatisierte Tendenzen, so der Wunsch im selbstgewählten kleinen Kreis von Freunden, Familie sein Leben zu leben. In posttotalitären Systemen sind die Institutionen, die diese Mobilisierung garantieren, immer noch vorhanden und dominant, allerdings geht ein Verlust der Intensität einher. Obligatorisch und generell ist immer noch die Mitgliedschaft, jedoch ohne Enthusiasmus zu erzeugen, eher ist diese durch Langeweile gezeichnet.⁹⁹

In Bezug auf die Ideologie

Hier zeichnen sich posttotalitäre Systeme dahingehend aus, dass die alte Ideologie des Totalitarismus zwar offiziell noch besteht, doch mittlerweile bei vielen Kadern der Glaube und die Bindung an die „Utopie“ stark zurückgegangen ist.¹⁰⁰ „Der Großteil der Bevölkerung sieht diesen als ein notwendiges Ritual an; für jene in der „parallelen Gesellschaft bzw. der „zweiten Kultur“ ist es die „gelebte Lüge“. Hier liegt eine weitere Ursache für die Schwäche bzw. die „Aushöhlung“ der scheinbaren Stärke des

⁹⁶ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 248

⁹⁷ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 248

⁹⁸ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 251

⁹⁹ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

¹⁰⁰ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 250

posttotalitären Apparats.“¹⁰¹ Eine Schwächung weil anstelle der Utopie sich posttotalitäre Systeme nun aufgrund von Leistung zu legitimieren suchen, und im Vergleich zu totalitären Systemen keine Isolationsschicht gegenüber einer schlechten Performance haben. Totalitäre Systeme haben ihre Isolationsschicht aufgrund ihrer Ideologie. Autoritäre Systeme haben ebenfalls keine.¹⁰²

2.2 War die DDR totalitär?

2.2.1 Einleitung

Unumstößlich ist die Tatsache, dass es sich bei der DDR um eine **Diktatur** gehandelt hat, und zwar von Beginn an in all ihren Stadien. In der DDR Verfassung von 1968 wurde festgeschrieben, dass das politische Monopol der Arbeiterklasse durch die Führung der marxistisch-leninistischen Partei unabänderlich ist.¹⁰³ Die DDR war eine Diktatur, weil die Konzentration der politischen Macht in einem Herrschaftszentrum stattfand und es keine Verteilung auf verschiedene Träger gab.¹⁰⁴ Zwar gab es eine gewisse Verteilung de Jure, de Facto stellte es sich jedoch anders dar. So bestand das Herrschaftszentrum der DDR aus der Parteiführung der SED.¹⁰⁵ Diese wiederum bestand aus dem „Politbüro als Beschlussorgan, (...) dem ZK-Sekretariat als Exekutivorgan“¹⁰⁶ und dem Generalsekretär welcher beiden Gremien vorstand.¹⁰⁷ Bei politischen Entscheidungen wurden de Jure auch die Spitze des Staatsapparates, der Armee und des Staatssicherheitsdienstes mit einbezogen, jedoch kann man dadurch keinesfalls davon sprechen, dass die Herrschaftsträger einer Pluralität unterworfen waren.¹⁰⁸ Alleine die Tatsache, dass der Vorsitzende des Staatsrates und des Nationalen Sicherheitsrates dem Parteivorsitzenden vorbehalten waren, lässt erahnen unter welchen realen Bedingungen das Herrschaftszentrum zu betrachten ist.¹⁰⁹

¹⁰¹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 250

¹⁰² Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 251

¹⁰³ Vgl. Jesse in: Jesse (2008) S. 382

¹⁰⁴ Vgl. Brunner, Georg, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. Vom Deutschen Bundestag Band II/2, 1995 S.990

¹⁰⁵ siehe dazu Kapitel 3.4.1.1

¹⁰⁶ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹⁰⁷ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹⁰⁸ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 991

¹⁰⁹ gesamter Absatz siehe dazu auch Kapitel 3.4.1.1

Da die SED bis Ende 1989 niemals den Gedanken hegte sich in Machtteilung und Machtverzicht zu üben, musste sie logischerweise die Definition ihres Regimes als „Diktatur des Proletariats“, beibehalten. Kombiniert war dies dadurch, dass das Versprechen des Verschwindens des Staates, wie von Marx behauptet, durch nicht umsetzbare Voraussetzungen durch das Verschwinden des Imperialismus, der Klassenunterschiede, dem gesellschaftlichen Überfluss etc. abhängig gemacht wurde.¹¹⁰ Das diktatorische System der DDR und den anderen kommunistischen Regimen rechtfertigte sich aufgrund ihrer Selbstdefinition einzig und alleine dieses utopische Ziel erreichen zu können.

Das Herrschaftssystem war monistisch ausgerichtet, ein Pluralismus unterschiedlicher Interessen wurde nicht anerkannt, der Inhalt des Gemeindewohls vorgegeben, der Eigenwert demokratischer Spielregeln geleugnet.¹¹¹

Die Frage, ob die DDR eine Diktatur war, stellt sich somit nicht. Ob es sich jedoch um ein totalitäres System oder doch um ein autoritäres handelt, lässt sich mit dieser Erkenntnis jedoch nicht beantworten. „Jedes totalitäre System ist diktatorisch, aber nicht jede Diktatur ist totalitär. Zu den Diktaturen sind solche autoritärer und totalitärer Observanz zu rechnen.“¹¹². Das heißt bei der DDR kann es sich ausschließlich entweder um eine Form der totalitären oder der einer autoritären Herrschaft handeln.

Anhand der vorhergehenden Begriffsdefinitionen nun soll analysiert werden, ob es sich bei der DDR um einen totalitären Staat handelte. Dies ist wichtig um das politische System der DDR besser erfassen zu können, und somit Entscheidungsprozesse der DDR, deren Repressionsmaßnahmen und deren Handeln im politischen Spektrum im Allgemeinen zu klassifizieren und in den Kontext eines totalitären oder autoritären Systems zu bringen. Aus dem Selbstverständnis eines totalitären, aber auch autoritären Systems ist klar, dass Intellektuelle und Schriftsteller repressiven Maßnahmen unterworfen werden. Der diesbezügliche Unterschied besteht im Repressionsgrad.

¹¹⁰ Vgl. Ammer, Thomas: Die Machthierarchie der SED in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. Vom Deutschen Bundestag Band II/2, 1995, S. 804

¹¹¹ Jesse in: Jesse (2008), S. 382

¹¹² Jesse in: Jesse (2008), S. 383

Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, inwiefern man die DDR in Bezug auf ihre Herrschaftsform klassifizieren kann. Ob es sich um eine autoritäre, totalitäre oder eine andere Form von Herrschaft handelte, soll im Zuge des Kapitels beantwortet werden. Für die Beantwortung der Frage wird der Zeitraum bis 1960 hinzugezogen, da dieser Rahmen im Zentrum vorliegender Arbeit steht. Anfänglich wird die unterschiedliche historische Betrachtungsweise der DDR, sowie die damit besser ersichtliche, geeignetste Methode zur Analyse der Herrschaftsform der DDR am Ende des Kapitels 2.2.2.2 dargebracht, um sodann in Kapitel 2.2.3 angewandt zu werden.

2.2.2 Die unterschiedlichen Phasen der Betrachtungsweise der DDR in Bezug auf Ihre Herrschaftsform

Die Beantwortung der Frage ob es sich bei der DDR um eine totalitäre, autoritäre oder einer anderen Form von Herrschaft handelte, ist von Hürden gezeichnet, da selbst die Definition des Totalitarismus keine abgeschlossene ist, und sich in dauerndem Wandel und Kritik befindet. So ist, wenn man sich mit dem Totalitarismus beschäftigt, ersichtlich, dass man „sowohl was die *Begriffe* als auch die Verwendung der *Worte* betrifft, mit einem enormen Grad an Unschärfe, Variabilität und Beliebigkeit konfrontiert [ist]: Zum einen ist der Bedeutungsgehalt der in Umlauf befindlichen Termini unklar, zum anderen werden Termini verwendet, um verschiedene Begriffe zu repräsentieren, das heißt: dasselbe Wort wird in verschiedenen Bedeutungen gebracht.“¹¹³

Es stellt sich also nun so dar, dass die Einordnung der DDR in ein totalitäres oder autoritäres Modell schwierig ist, da unterschiedliche Totalitarismus-Theoretiker verschiedene Interpretationen des Begriffes zur Anwendung bringen. So argumentierte der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, dass die Frage ob die DDR totalitär gewesen ist, verschiedene Antworten zulassen würde, auch ein mehr oder weniger sei möglich. Es käme ganz auf den Standort des Analytikers und dem eigenen Totalitarismusverständnis an.¹¹⁴ „Das Deutungsproblem ist also auf einer anderen Ebene angesiedelt als die Frage, ob

¹¹³ Fritze, Lothar: Essentialismus in der Totalitarismusforschung in: Siegel, Achim (Hrsg): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Böhlau Verlag, Köln, 1998, S. 146-147

¹¹⁴ Vgl. Jesse, Eckhard: War die DDR totalitär? in: Jesse, Eckhard (Hrsg): Diktaturen in Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden, 2008, S. 385

Chemnitz auf dem 51. Grad nördlicher Breite und auf dem 13. Grad östlicher Länge liegt.“¹¹⁵

Die DDR war während ihrer Existenz von 1949-1990 unterschiedlichen Phasen der Repressalien unterworfen.¹¹⁶ Hierbei ist zu beachten, dass totalitäre Elemente in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden waren.¹¹⁷

Neben dem Grund des Totalitarismusverständnisses des jeweiligen Theoretikers und der daraus resultierenden Einordnung der DDR als ein totalitärer Staat oder einer anderen Form von Herrschaft, ist die *historische Komponente* von Wichtigkeit. Diese lässt erkennen, dass es unterschiedliche Phasen der Einordnung der DDR in ihrer Herrschaftsform gab. Natürlich gibt es eine Verbindung zwischen angewandtem Totalitarismusverständnis und der historischen Komponente, da das Verständnis des Totalitarismus, hier in Bezug auf die DDR, in manchen Phasen zu großen Teilen ein anderes war.

War in den 50iger Jahren das Totalitarismus-Konzept vorherrschend¹¹⁸, so gab es in der westlichen DDR-Forschung der sechziger und siebziger Jahre den überwiegenden Konsens darüber, dass diese nicht als totalitär zu bezeichnen ist. Im Allgemeinen hatte der Begriff des Totalitarismus während dieser Zeit keinen großen Stellenwert in der diesbezüglichen Forschung.¹¹⁹ Dies hatte folgende Gründe: Die Bezeichnung der DDR als totalitäres System, wurde selbstverständlich von der eigenen Parteiführung in den 50iger Jahren heftig bestritten und als Verleumdung der DDR betrachtet.¹²⁰ „In Verbindung mit dem sich im Westen in den 60er Jahren anbahnenden Wechsel des *Zeitgeistes* zeigte die SED-Propaganda allmählich Wirkung“¹²¹ Der Zeitgeist der sechziger und siebziger Jahre, verbunden mit der Propaganda der DDR, waren also laut Brunner die Gründe für die verstärkte Einordnung der DDR als nicht totalitäres System. Auch Klaus Schroeder spricht von der Veränderung des Zeitgeistes. „In der Wissenschaft setzte sich zumindest im Bereich der Sozialwissenschaften – in der Zeitgeschichte ebenso wie in der Politikwissenschaft oder der Soziologie – eine vornehmlich an der Sozialdemokratie

¹¹⁵ Jesse in: Jesse (2008), S. 385

¹¹⁶ siehe dazu auch Kapitel 4 und 5

¹¹⁷ Siehe dazu: Jesse in: Jesse (2008), S. 381 ff., Schroeder (1998), S. 643 ff., Backes in: Backes u.a.(Hrsgg.); (2009), S. 13 ff.

¹¹⁸ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹¹⁹ Vgl. Jesse in Jesse (2008), S. 379

¹²⁰ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹²¹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

orientierte linksliberale Strömung durch. Von dieser Entwicklung [...] profitierten auch die systemimmanenten Forscher.“¹²² „Der Regierungswechsel zu einer sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 beförderte [...] die Ausweitung und Dominanz des systemimmanenten Ansatzes in der öffentlichen Debatte“¹²³ Es ziemte sich nicht, wenn kommunistische Systeme als totalitär angesehen wurden.¹²⁴

Als einen Autor der diesen systemimmanenten Ansatz prägte, kann Peter Christian Ludz angesehen werden. Brunner beschreibt, dass dieser in seinem Buch „Parteielite im Wandel“, dem vorherrschenden Totalitarismuskonzept der fünfziger Jahre, die Theorie vom Wandel des Systems zu einem konsultativen Autoritarismus zu entgegnen versuchte. Diese Theorie war laut Brunner die Grundlage für die Verharmlosung durch die einflussreichen Materialien zum Bericht der Nation aus den Jahren 1971, 1972 und 1974.¹²⁵ Auch Klaus Schröder weist darauf hin, dass „Peter Christian Ludz [...] Ende der sechziger Jahre zu der Einschätzung [gelangte], die DDR habe sich von einem totalitären Ein-Parteien Staat zu einem auf Funktionstüchtigkeit angelegten Industriestaat konsultativ-autoritativen Gepräges entwickelt.“¹²⁶

Der Politologe Hartmut Jäckel hat auf eben diese Schwächen der von Peter C. Ludz vertretenen Meinung in der DDR-Forschung hingewiesen: „Die Fragwürdigkeit einer systemimmanenten und allzu detailverliebten DDR-Forschung, wie sie damals begründet wurde, liegt heute offen zutage. Sie gleicht einem Meßtischblatt, das jedes Gehöft und jede Bodensenke verzeichnet, aber nicht ausweist, daß die ganze Region permanent unter Wasser steht.“¹²⁷

¹²² Schroeder in: Unverhau (Hrsg.), (2003), S. 293

¹²³ Schroeder in: Unverhau (Hrsg.), (2003), S. 293,

¹²⁴ Vgl. hierzu Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, zitiert nach: Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹²⁵ Vgl. Ludz, Peter Christian: Parteielite im Wandel, 1967, S. 35ff. zitiert nach: Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

¹²⁶ Vgl. Ludz, Peter Christian: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln u. Opladen, 1968, S. 324 ff., zitiert nach: Schroeder, Klaus: Das Bild der DDR in der Wissenschaft, in: Unverhau, Dagmar (Hrsg.): Hatte Janus eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit: Lit, Münster, 2003, S. 290

¹²⁷ Jäckel, Hartmut: Unser schiefes DDR-Bild, zitiert nach: Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen: Ullstein GmbH, Berlin, 1992, S. 442

2.2.2.1 Systemimmanente Methode vs. Totalitarismuskonzept

Grundsätzlich stellte es sich so dar, dass es bezüglich der DDR Forschung zwei Richtungen gab aus welchem Blickwinkel man die DDR betrachtete.

systemimmanente Methode

Dies bedeutet, dass sich die systemimmanente Analyse an Methoden orientiert, „die das andere System zur Richtschnur seines Handelns erhebt. Es soll geprüft werden, ob die Praxis den eigenen Maximen entspricht. Auf diese Weise – Verzicht auf Wertung – lege man ein hohes Maß an Objektivität an den Tag.“¹²⁸ Peter C. Ludz war wie schon erwähnt Anhänger dieser Methode.

Totalitarismuskonzept

Im Gegensatz der systemimmanenten Methode besagt dieses, „dass es sich bei dem zu untersuchenden Objekt [in diesem Fall die DDR] um eine politische Ordnung handelt, in der die politische Willensbildung von oben oktroyiert, der Pluralismus eng begrenzt und die Ideologisierung ausgeprägt ist. Maßstab der Beurteilung könne nur das Modell des demokratischen Verfassungsstaates sein.“¹²⁹ Die eine Methode versucht also das System von innen heraus zu verstehen ohne die Wertevorstellungen von anderen Staaten mit einzubeziehen, d.h. ob das System seinen eigenen Ansprüchen genügt und in sich schlüssig ist, wobei die andere (Totalitarismuskonzept) den Anspruch auf allgemeine Gültigkeit voraussetzt.

Kritisiert wurde von den Gegnern des Totalitarismuskonzeptes, dass Staaten welche nach diesem beurteilt werden, Maßstäbe erfüllen müssen, die von diesen gar nicht vertreten werden. D.h. es würden Dinge vorausgesetzt, nach denen die Staaten gar nicht trachten sie zu erfüllen.¹³⁰

Die Kritik an der systemimmanenten Methode bezieht sich darauf, dass es bei dieser nur darum geht, das Selbstverständnis eines Staates genauer zu analysieren und kein Vergleich

¹²⁸ Jesse, Eckhard; Backes, Uwe; Gallus, Alexander: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen: Böhlau Verlag, Köln, 2008, S. 122-123

¹²⁹ Jesse; Backes; Gallus (2008), S. 122

¹³⁰ Vgl. Jesse; Backes; Gallus (2008), S. 123

zu einem anderen Wertesystem möglich ist. Dass es sich hierbei um eine Diktatur handeln könnte, wird ausgeblendet. Die Unterscheidung dieser beiden Ansätze besagt jedoch nicht, dass diese gegensätzlich sind, da sie auf unterschiedlicher Ebene fungieren. Genau genommen ist der Totalitarismus- Ansatz ein Resultat, gewonnen durch eine *Methode*, beim systemimmanenten – Ansatz handelt es sich um eben eine *Methode*, wobei hier von einem bestimmten Ergebnis auszugehen ist.¹³¹ Es wäre daher korrekt „von systemimmanenten und systemübergeordneten Ansätzen [zu] sprechen.“¹³²

Eckhard Jesse würdigte zwar die von der Bundesrepublik betriebene Deutschlandforschung während dieser Phase, doch nicht ohne diese kritisch zu betrachten. In dieser Weise nämlich, dass sie dazu neigte die totalitären und autoritären Elemente der DDR, sowie das diktatorische Prinzip zu vernachlässigen und durch den systemimmanenten Ansatz ersetzte.¹³³ Es war also nicht nur die Rede von einem nicht-totalitären Staat, sondern man neigte auch dazu sie nicht als das zu bezeichnen was sie definitiv war: **Eine Diktatur.**¹³⁴

Die Verantwortlichkeit der von Jesse kritisierten Forschung in Bezug auf die DDR kann jedoch nicht nur auf politische Begebenheiten und die systemimmanente Methode, also den beschriebenen Zeitgeist bezogen werden: Der Staatssicherheit gelang es nachweislich die Forschung westdeutscher und ausländischer Wissenschaftler in Bezug auf die DDR zu ihren Gunsten zu manipulieren. „Erst nach der friedlichen Revolution in der DDR und aufgrund der inzwischen zugänglichen offenen Quellen wurde das ganze Ausmaß sichtbar, mit dem die Ost-Berliner Staats- und Stasi-Macht die Erforschung der DDR durch westdeutsche und ausländische Wissenschaftler rigoros verhindert hat.“¹³⁵

Besonders Hochschulen und die Mitglieder und Sympathisanten von Gruppierungen die der DDR freundlich gestimmt waren, wurden von der Staatssicherheit infiltriert.¹³⁶ Zwar ist es immer noch nicht im Detail abzuschätzen inwiefern die Einflussnahmen des MfS und der SED auch von Erfolg gekrönt waren, jedoch argumentiert auch Schroeder dass „aufgrund der bisher vorliegenden Hinweise und angesichts der in den siebziger und

¹³¹ Vgl. Jesse; Backes; Gallus (2008), S. 123

¹³² Jesse; Backes; Gallus (2008), S. 123

¹³³ Vgl. Jesse in: Jesse (2008), zitiert nach: Backes; Gallus (2008), S. 6

¹³⁴ siehe dazu Kapitel 2.2.1

¹³⁵ Hacker (1992), S. 447

¹³⁶ Vgl. Knabe, Hubertus: Die Stasi als Problem des Westens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B2/96, S. 23 ff. zitiert nach: Schroeder (1998), S. 448-449

achtziger Jahren zunehmend DDR-freundlicher werdenden Stellungnahmen vieler Organisationen und Gruppen vermutet werden [kann], dass die „Kundschafter an der unsichtbaren Front“ „das Wirken des „Zeitgeistes“ zumindest kräftig unterstützten.“¹³⁷ Auch Knabe schreibt, dass „in den Nervenzentren der westdeutschen Gesellschaft [...] der Staatssicherheitsdienst jedenfalls fast durchgehend verankert [war], und seine Maßnahmen zur politischen Einflußnahme und zur Bekämpfung „feindlicher“ Stellen und Personen [...] mit dazu bei[trugen], daß die SED-Diktatur im Westen zunehmend Akzeptanz fand.“¹³⁸

Neben dem Zeitgeist, der durch die sozialliberale Regierung sowie der vorherrschenden systemimmanenten Methode gezeichnet war, übte die Staatssicherheit starken Einfluss auf das Bild der DDR in der Bundesrepublik aus.

Die DDR wurde also in den 60er und 70er Jahren mehrheitlich nicht als ein totalitäres System betrachtet, sondern die starken autoritären Züge betont. Hier kann man auch davon ausgehen, dass man die Unterschiede zwischen dem Stalinismus und den existierten kommunistischen Länder betrachtete, um zu dem Entschluss zu gelangen, dass eine Abweichung des stalinistischen Systems, welches neben dem System Nazideutschlands als Prototyp des totalitären Staates galt, nicht mehr dem eines totalitären Staates entsprechen kann. Diese grundsätzlichen Zweifel am Totalitarismuskonzept trugen sicherlich auch dazu bei, sich vermehrt am systemorientierten Ansatz festzuhalten.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR wiederum erlangte die Auffassung, dass es sich bei der DDR um einen totalitären Staat handelte, stark an Bedeutung¹³⁹ Jener Wandel in der Auffassung, lässt sich laut Meinung von Eckhard Jesse wiederum mit dem Zeitgeist begründen.¹⁴⁰ „Ein System, das gescheitert ist, wird weitaus kritischer wahrgenommen.“¹⁴¹ Natürlich stellt sich hier wiederum die Frage, ob dadurch eine gewisse Verzerrung stattfindet, und ob die Gründe einer veränderten Betrachtungsweise wissenschaftlich erörtert ist, das heißt nachvollziehbar ist, oder ob durch den Zusammenbruch eines Systems der Charakter des Scheiterns an ihm haftet, und dieses Scheitern auch in der Analyse mit einfließt, es dadurch zu einer Objektivitätsverzerrung

¹³⁷ Schroeder (1998), S. 449

¹³⁸ Knabe, Hubertus.: Die Stasi als Problem des Westens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 50, 1997, S. 23.ff

¹³⁹ Vgl. Jesse in Jesse (2008), S. 379

¹⁴⁰ Vgl. Jesse in Jesse (2008), S. 379

¹⁴¹ Jesse in Jesse (2008), S. 380

kommen kann. Im Allgemeinen erscheint die Begründung des Wandels durch den „Zeitgeist“ durch die beiden Autoren ein wenig dürftig. Denn wenn alleine der Zeitgeist verantwortlich ist für die unterschiedlichen Betrachtungsweisen, so stellt sich die Frage ob jetzige Annahmen nicht auch wieder dem Zeitgeist entsprechen, welcher wiederum in 30 Jahren anders sein kann.

Am Beispiel der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre, welche in Mao Zedong eine Vorbildfunktion sahen, ohne die Möglichkeit einer Abschätzung der Millionen von Opfern, der dieser zu verantworten hat, zeigt sich jedoch, dass es gewisse Fakten gibt, die erst viel später zum Vorschein kommen. Man kann also davon ausgehen, dass die Totalitarismus Forschung in Bezug auf die DDR, nicht nur abhängig ist von einem momentanen Zeitgeist, sondern dass sich diese auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse stützt.

„Das wahre Ausmaß der nach Zugang zu den Archiven jetzt offenliegenden Aktivitäten dieses speziellen Unterdrückungs- und Kontrollapparates übertrifft selbst die Vermutungen scharfsinniger und weitsichtiger Analytiker¹⁴², die vor 1989 von Teilen der westdeutschen DDR-Forschung zudem als „Kalte Krieger“ oder „unverbesserliche Antikommunisten eingestuft wurden.“¹⁴³.

Die durch den Zeitgeist vorhandene systemimmanente Betrachtungsweise der DDR verschloss sich zwar manchen Dingen, doch erst durch den Zusammenbruch des Systems traten Fakten zum Vorschein, die neue wissenschaftliche Erkenntnisse ermöglichten. Daher erscheint das Sich- Stützen auf aktuelle Forschungsergebnisse in Bezug auf die Frage, welche Form der Herrschaft die DDR auszeichnete, gerechtfertigt.

Eine Argumentation dahingehend, dass die Auswirkungen der Politik Mao Zedongs mit den Millionen Opfern und mit der verbundenen Kritik dieser Herrschaft nur dem Zeitgeist entsprach, auch durch den kalten Krieg forciert, wäre absurd. Eine ausschließlich

¹⁴² Vgl. hierbei laut Schroeder vor allem: Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder: Wissenschaft und Politik, Köln, 1982 und Schroeder, Klaus; Staadt Jochen: Der diskrete Charme des Status quo: DDR-Forschung- in der Ära der Entspannungspolitik, in: Schroeder, Klaus(Hrsg): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen: Akad. Verlag, Berlin, 1994, zitiert nach: Schroeder (1998), S. 430

¹⁴³ Vgl. Schroeder, K; Staadt, J: Der diskrete Charme des Statur quo: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: Schroeder (1994), S. 309 ff., zitiert nach: Schroeder (1998), S. 430

systemimmanente Betrachtungsweise wäre, um beim Beispiel China zu bleiben, zu kurz begriffen und würde relevante Dinge ausblenden. So erscheint auch der systemimmanente Ansatz in Bezug auf die DDR nicht aussagekräftig genug.

Auch ist das Betrachten von neuer wissenschaftlicher Erkenntnis in Bezug auf die Herrschaftsform der DDR höher zu bewerten als Interpretationen aus früheren Zeiten. Auch weil der Wissensstand über die DDR, die Funktionsweise ihrer Herrschaft, die Mechanismen der Repressionen etc., heute logischerweise ein weitaus größerer ist. Aus dem heute vorhandenen vergrößerten Wissensstand, wie der systematischen Bespitzelung der gesamten Gesellschaft durch die Staatsicherheit, deren richtiges Ausmaß erst nach dem Ende der DDR zum Vorschein kam, resultiert, dass ein ausschließlich systemorientierter Ansatz nicht in der Lage wäre diese Begebenheiten zu kritisieren. **Daher ist die schon beschriebene systemübergeordnete Analyse, das Totalitarismuskonzept, zielführender zur Analyse der DDR.**

Die Analyse der Herrschaftsform der DDR soll anhand der Totalitarismus-, Posttotalitarismus- und Autoritarismustheorie von Juan. J. Linz erfolgen, der in den ersten beiden Bereichen einen bedeutenden Beitrag in der Forschung leistete.¹⁴⁴ Auch erfuhren beide Konzepte, im Vergleich zu Friedrichs Totalitarismuskonzept, nicht diese kritische Resonanz. Der Vorteil der Analyse der DDR anhand von Linz' aller drei beschriebenen Begriffe ist, dass sie in sich geschlossen und dadurch besser nachvollziehbar sind. Auch ist es die Meinung des Autors, dass es irgendeine Form der Abgrenzung gegenüber des Stalinismus und des Nazi-Regimes geben muss, ohne automatisch die Meinung vertreten zu müssen, dass die DDR daher ein autoritäres System war. Die von Stepan und Linz gemeinsam beschriebenen unterschiedlichen Formen posttotalitärer Systeme ermöglichen es die Unterschiede zwischen den ehemaligen Staaten unter sowjetischem Einflussgebiet zu betrachten, welche in der Tat vorhanden waren, was andere Totalitarismustheorien nicht im Stande sind zu beschreiben. Somit erscheinen die von Linz beschriebenen Theorien nach Meinung des Autors besser zur Analyse der DDR geeignet als beispielsweise die von Arendt oder Friedrich, da sie unter anderem auch aktueller ist, sich vor allem in Bezug auf den Posttotalitarismus auf neue Erkenntnisse stützen kann.

¹⁴⁴ Vgl. Thompson in: Linz (1998), S. 317

Zur Analyse der Frage, ob es sich bei der DDR um einen totalitären Staat handelte, soll das von Raimund Krämer übersetzte Werk von Juan José Linz dienen, welches „das Mittelstück eines Triptychons dar[stellt], das zwischen „Breakdown of Democratic Regimes“ aus dem Jahre 1978 und dem mit Alfred Stepan geschriebenen „Problems of Democratic Transition and Consolidation“ aus dem Jahre 1996 steht.“¹⁴⁵ Die von Ulrich Uwe Backes beschriebene Totalitarismus-Transformation soll hierbei ebenfalls zum Tragen kommen. Der Versuch der Beantwortung der Frage durch Eckhard Jesse anhand von Juan J. Linz, ob es sich bei der DDR um einen totalitären Staat handelte, soll um den Begriff des von Jesse nicht verwendeten Posttotalitarismus erweitert werden.

Inwiefern die ablehnende Haltung des Totalitarismuskonzeptes auch dazu beitrug die DDR nicht mehr als totalitär zu bezeichnen, soll im folgenden Exkurs behandelt werden:

2.2.2.2 Exkurs: Die Verbindung der Modifizierung des Totalitarismuskonzeptes von Friedrich mit der nichttotalitären Betrachtungsweise der DDR in den 60iger und 70iger Jahren

„Im Zuge dieser Modifizierung des Totalitarismuskonzeptes nahmen die Zweifel bei kritischen Wissenschaftlern im Hinblick auf den kognitiven Nutzen des Totalitarismusansatzes in der Kommunismusforschung weiter zu, denn das neue, modifizierte Konzept schien – im Vergleich zum ursprünglichen Konzept – keinerlei Zugewinne an objektiver Erkenntnis, sondern lediglich einen „politisch-propagandistischen Mehrwert“ eingebracht zu haben.“¹⁴⁶ Und weiter: „Man wendet verschiedene terminologische Kunstgriffe an (indem man beispielsweise den Begriff des ‚reifen Totalitarismus‘ bildet), so daß man weiterhin ein ‚Buh‘-Etikett auf ein ‚Buh‘-Regierungssystem anwenden kann.“¹⁴⁷

Im letzten Zitat ist ersichtlich, dass der Vorwurf vorhanden ist, dass das modifizierte Konzept von Friedrich nur darauf abzielen würde Systeme weiterhin als totalitär bezeichnen zu können, um diese zu stigmatisieren. Diese Kritik des überarbeiteten Konzeptes von Friedrich deckt sich mit der Neubetrachtung der DDR in den 60iger und

¹⁴⁵ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), Einleitung von Krämer, S I

¹⁴⁶ Siegel in: Siegel (1998), S. 280

¹⁴⁷ Frederic, J Fleron Jr: Soviet Area Studies and the Social Studies, 19, 1968, S. 313-339, hier S. 339, Fn. 84, zitiert nach: Siegel in: Siegel (1998), S. 280

70iger Jahren als ein nicht-totalitäres System. Es ist also davon auszugehen, dass aufgrund der Kritik gegenüber Friedrich auch eine neue Betrachtungsweise kommunistischer Staaten vonstatten ging: „Angesichts des außerordentlich großen Einflusses, den Friedrichs Werk für die Totalitarismusforschung besaß (und noch immer besitzt), wurde die Kritik an seinem Ansatz oft zu einer Kritik an der gesamten Totalitarismusforschung ausgeweitet.“¹⁴⁸

Wie schon beschrieben, äußerten Kritiker des neuen Konzeptes den Vorwurf, es hätte sich nur um politische Motivationen gehandelt um unliebsame Systeme weiterhin als totalitär bezeichnen zu können.¹⁴⁹ Bezüglich der DDR, und der Frage, ob diese ein totalitäres System war, ist dies ein wichtiger Punkt. Geht man nämlich davon aus, dass die modifizierte Version der sechs Merkmale totalitärer Systeme von Friedrich nur darauf basiert, wie von Kritikern vorgeworfen, Systeme nach dem Tod Stalins auf politischen Gründen weiterhin als totalitär zu bezeichnen zu können, so wäre die Anwendung dieser Merkmale auf die DDR nur eine Farce. Man könnte dahingehend argumentieren, dass der Vergleich der DDR anhand von Friedrichs modifizierten Wesensmerkmale, und dem möglichen Ergebnis eines totalitären Systems, nicht dem ursprünglichen Merkmal totalitärer Systeme entsprechen würde, die Modifizierung politisch motiviert ist und folglich nicht richtig sein kann.

Das Ergebnis würde also davon abhängen, ob man nun die modifizierten Merkmale totalitärer Herrschaft anerkennt, oder diese als nicht zulässig betrachtet. In letzterem Fall müsste dann ein anderer Begriff verwendet werden um die DDR zu beschreiben. Genau dies war einer der zentralen Kritikpunkte an Friedrichs Totalitarismuskonzept, nämlich seiner Weigerung dieses nicht grundsätzlich zu revidieren, sondern es mittels Modifizierung weiterhin aufrecht zu erhalten.¹⁵⁰ Es war für viele nicht mehr verständlich, dass die Veränderungen durch den Tod von Stalin für Friedrich nicht relevant erschienen.

„Die Verringerung der Bedeutung – wenn nicht die Abschaffung – des Terrors und der Geheimpolizei gibt uns daher logischerweise zu erkennen, daß sich die Natur des Sowjetregimes gewandelt hat, was demzufolge eine Neukonzeption angemessen erscheinen läßt.“¹⁵¹

¹⁴⁸ Siegel in: Siegel (1998), S. 274

¹⁴⁹ Vgl. Siegel in: Siegel (1998), S. 280

¹⁵⁰ Vgl. Siegel in: Siegel (1998), S. 315

¹⁵¹ Curti, Michael: Retreat from Totalitarianism. in: Friedrich/Curtis/Barber (Hrsg.), Totalitarianism: Three Views, S. 81 zitiert nach: Siegel in: Siegel (1998), S. 315

Die oftmalige Ablehnung des modifizierten Konzeptes von Friedrich und der Wille Systeme unter Stalin von anderen kommunistischen Systemen zu unterscheiden, trug sicherlich zur Neubeurteilung der Herrschaftsform der DDR bei.

Es ist also nötig, den jeweiligen Verfasser des Totalitarismus-Konzeptes im historischen Kontext zu betrachten, und seine Herkunft nicht außer Acht zu lassen. Natürlich erscheint es plausibel, dass beispielsweise ein Theoretiker aus dem Umfeld eines seit längerem etabliertem liberal-demokratischen Systems womöglich einen anderen Zugang zum Konzept des Totalitarismus hat, als jemand aus den ehemals kommunistischen osteuropäischen Ländern.

In Bezug auf Friedrich lässt sich sagen: *Auf der einen Seite* passte Friedrich diese Veränderungen durch Modifikation seines ursprünglichen Konzeptes an: Die Staaten die zuvor totalitär waren, waren es auch nach den Veränderungen, die durch den Tod Stalins einsetzten. *Auf der anderen Seite* entstanden andere Begriffe, die sich von der ursprünglichen Definition des Totalitarismus abgrenzten, wie beispielsweise der des Posttotalitarismus.

Im Fall der Klassifizierung der DDR, nach den ursprünglichen, nicht modifizierten Merkmalen totalitärer Herrschaft, kann diese nicht als totalitärer Staat im eigentlichen Sinn eingeordnet werden. Ihr fehlte das System terroristischer Polizeikontrolle, welches sich nicht nur nachweislich gegen die Gegner und Feinde des Regimes richtete, sondern auch gegen willkürlich ausgewählte Teile der Bevölkerung.¹⁵² Die Einordnung der DDR als ein potentiell totalitäres System, anhand von Friedrich, ist nur möglich, wenn die überarbeiteten, kritisierten Wesensmerkmale von Friedrich angewendet werden. Wie bereits beschrieben, wurde jedoch die DDR ab Ende der sechziger, Anfang siebziger Jahre, nicht mehr als totalitär bezeichnet. Es ist daher davon auszugehen, dass Friedrichs modifiziertes Konzept nicht zur Anwendung kam.

¹⁵² Vgl Siegel in: Siegel (1998) S. 274

Da diese Modifikation sodann von mehreren Personen angezweifelt wurde, ist es vorerst nötig diese Neubearbeitung Recht zu fertigen¹⁵³, oder aber ein anderes passendes Konzept zu verwenden. Bezeichnet man nach Friedrich die DDR als totalitär, so erkennt man automatisch das neue Konzept Friedrichs an. Eben dieses wurde wie schon beschrieben stark kritisiert, so dass die Annahme nahe liegt, dass man sich nicht mit einer wissenschaftlich kritisierten Theorie auseinandersetzen wollte. Die oben beschriebene Option andere passende Konzepte zu verwenden wurde während der 60iger und 70iger Jahre auf die DDR angewendet, wie das Beispiel von Peter Christian Ludz zeigt, der die DDR als ein System des konsultativen Autoritarismus bezeichnet.¹⁵⁴

Es ist also davon auszugehen, dass es eine Verbindung gibt zwischen dem Wandel der Betrachtungsweise der DDR als ein nicht-totalitärer Staat sowie der ablehnenden Haltung des Totalitarismuskonzeptes Friedrichs. Wie schon beschrieben, gab es hierfür jedoch auch andere Komponenten, wie den Zeitgeist der angewendeten systemimmanenten Methode der sozialdemokratisch-liberalen Regierung, sowie der Beeinflussung der Meinungsbildung über die DDR durch die Staatssicherheit.

¹⁵³ Siehe dazu die Neuinterpretation von Friedrichs Konzept durch Achim Siegel in: Siegel, in: Siegel (1998), S. 273-307

¹⁵⁴ Vgl. Ludz, Peter Christian: *Parteielite im Wandel*, 1967, S. 35ff. zitiert nach: Brunner in: *Materialien*, Band II/2, (1995), S. 990

2.2.3 Die DDR unter Walter Ulbricht bis 1960

Die DDR war, vor allem unter Ulbricht, jedenfalls kein autoritärer Staat. Das laut Linz schon beschriebene wichtigste Element autoritärer Systeme ist das pluralistische Element, welches in autoritären Systemen begrenzt vorhanden ist.¹⁵⁵ In der DDR gab es diesen begrenzten Pluralismus nicht. Die vorhandenen Blockparteien können nicht als begrenzten Pluralismus angesehen werden, da diese de facto nur zum Schein existierten und deren Mitglieder selbst Positionen der SED vertraten. Sie kannten die SED als allein herrschende Partei an.¹⁵⁶ „Da sie die ihnen ursprünglich zugedachte Rolle des „Transmissionsriemens“ d.h. der Vermittlung der SED-Politik in ihre Mitglied- und Anhängerschaft, aus objektiven Gründen nur sehr bedingt wahrnehmen konnten, reduzierten sich die Blockparteien auf die Rolle von Komparsen in dem von der SED inszenierten und kontrollierten System.“¹⁵⁷ Auch heißt es, dass „für die SED [...] eine Opposition im Sozialismus keinerlei Existenzberechtigung [hatte]“¹⁵⁸ Auch die Kirchen, die in Polen ab 1956 eine verstärkte Opposition bildeten¹⁵⁹, konnten diese Aufgabe nicht ausreichend erfüllen.¹⁶⁰ Von begrenztem Pluralismus kann daher keine Rede sein. Die SED herrschte unumschränkt.¹⁶¹

„Der Grad politischer Repluralisierung war gering. Das Anhängerpotential regimekritischer Gruppen blieb bis im Sommer 1989 weit hinter dem Polens und Ungarns zurück.“¹⁶² Die alleinige Betrachtung des, laut Linz, wichtigsten Kriterium für ein autoritäres Regime, dem begrenzten Pluralismus¹⁶³ und der Nichterfüllung dieser Voraussetzung durch die DDR schließt aus, dass es sich bei der DDR unter Walter Ulbricht um einen autoritären Staat handeln konnte. Nimmt man Punkt b)¹⁶⁴ das Fehlen

¹⁵⁵ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 11

¹⁵⁶ Vgl. Schroeder (1998), S. 413 ff., siehe dazu auch die Rolle der Blockparteien in der Kulturpolitik der DDR, Kapitel 5, Seite 115

¹⁵⁷ Schroeder (1998), S. 413, siehe dazu auch die Rolle der Blockparteien in der Kulturpolitik der DDR, Kapitel 5, Seite 115

¹⁵⁸ Schroeder (1998), S. 462

¹⁵⁹ Vgl. Gaber, Rusanna: Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen. Zum Einfluß der Geschichte auf die politische Kultur, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 151

¹⁶⁰ Vgl. Schroeder (1998), S. 474-485

¹⁶¹ Siehe Kapitel 3.4.1

¹⁶² Backes u.a (Hrsgg.), (2009), S. 19

¹⁶³ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 131

¹⁶⁴ Voraussetzungen für ein autoritäres System laut Linz siehe S. 26

einer leitenden und ausgearbeiteten Ideologie¹⁶⁵ als Voraussetzung eines autoritären Systems hinzu, muss man auch dieses verneinen. Weil gerade die Ideologie des Marxismus-Leninismus, in der DDR und anderen Staaten des Einflussbereiches der Sowjetunion, das zentrale Fundament des Staates und ihrer Einheitspartei war und in seiner Eigenschaft einen absoluten Wahrheitsanspruch vertritt.¹⁶⁶

Da die DDR definitiv eine Diktatur war,¹⁶⁷ es sich jedoch laut der Definition von Linz nicht um ein autoritäres System handelte, muss es sich bei der DDR um ein totalitäres, oder post-totalitäres System handeln, jedenfalls während der Phase unter Walter Ulbricht.

Im Folgenden erfolgt die Analyse der DDR anhand der Posttotalitarismus-Theorie von Linz:¹⁶⁸

In Bezug auf die Pluralität:

„In einer posttotalitären Gesellschaft ist der historische Bezugspunkt sowohl für die Machthaber des Regimes als auch für die Opposition das frühere totalitäre Regime. [...] Aus diesem Grunde gibt es von Seiten der oppositionellen Strömungen starke Bestrebungen zur „Enttotalisierung“.“¹⁶⁹ Möglich ist laut Definition auch, dass diese Enttotalisierung vom Staat gelenkt wird.¹⁷⁰ Der Posttotalitarismus verfügt auch über ein hohes Niveau an sozialem Pluralismus.¹⁷¹

Eine Enttotalisierung wurde definitiv nicht von Seiten des Staates gelenkt. Ein hohes Niveau an sozialem Pluralismus ist laut Autor nicht vorhanden. Zwar gab es oppositionelle Strömungen, die sich nach dem XX. Parteitag Lockerungen erhofften, doch waren diese in der Minderheit. Die Parteiführung setzte auch nach Stalins Tod ihren stalinistischen Kurs fort. Sozialer Pluralismus bedeutet laut dem Soziologen Lothar Bossle, dass es in einer Gesellschaft eine Vielfalt von geistiger, weltanschaulicher und sozialer Komponenten gibt und in der ein Nebeneinander von unterschiedlichen Norm- und Wertevorstellungen

¹⁶⁵ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 129

¹⁶⁶ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 992

¹⁶⁷ Vgl. hierzu Kapitel 2.2.1

¹⁶⁸ Unterschied Posttotalitäre und Totalitäre Systeme siehe Kapitel 2.1.3.2

¹⁶⁹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 246

¹⁷⁰ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 247

¹⁷¹ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 245

vorhanden ist.¹⁷² Dieses von Linz beschriebene hohe Niveau an sozialem Pluralismus gab es nicht. Vielmehr trifft in Bezug auf den Pluralismus das von Linz für den Totalitarismus definierte Merkmal zu: „[...] daß es in der jeweiligen politischen Ordnung keinen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Pluralismus gibt und daß zuvor vorhandene Formen ausgemerzt oder systematisch unterdrückt worden sind.“¹⁷³ (Zumindest der politische und soziale Pluralismus wurde bereits während der Zeit des Nationalsozialismus vernichtet)

In Bezug auf die Führung

„Im Kern geht es ihnen [den posttotalitären Führern im Vergleich zum Totalitarismus] darum, ihre Sicherheit zu erhöhen und die Furcht zu verringern, indem das Ausmaß der willkürlichen Machtausübung, die der Spitze gestattet war, eingeschränkt wird.“¹⁷⁴ Davon kann während der Zeit von Ulbricht nicht die Rede sein, da er selbst bis dahin immer an der Spitze stand und es innerhalb der DDR keinen vor ihm gab, der willkürlich Macht ausübte. Selbst nach dem Tode Stalins, dem XX. Parteitag sowie den Ereignissen in Ungarn konnte er seine Politik weiterhin behaupten. Dieser Machtzuwachs und die Fixierung der Entscheidungsgewalt auf Walter Ulbricht, ist in Kapitel 3.4.1.1 ab Seite 71 ersichtlich.

„Als das Jahr 1968 anbrach, befand sich der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, am Zenit seiner Macht“¹⁷⁵, und das trotz vorhergehender Konflikte rund um den XX. Parteitag. Sieht man Stalin als die willkürliche Machtausübung auch in Bezug auf die DDR, so ist ebenfalls anzumerken, dass Ulbricht seine Politik in der DDR aufgrund des Todes von Stalin und dem XX. Parteitag schlussendlich nicht veränderte und sich gegen andere Kräfte durchsetzte¹⁷⁶

In Bezug auf die Mobilisierung

¹⁷² Bossle, Lothar: Sorge um das Gleichgewicht; Würzburg: Naumann, 1976, S. 179

¹⁷³ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 245

¹⁷⁴ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 248

¹⁷⁵ Wilke Manfred: Die DDR in der Interventionskoalition gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, in: Wilke, Manfred (Hrsg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Wien, Graz: Böhlau, Kriegsfolgen-Forschung, 2008, S. 423; siehe dazu auch die Herausragende Stellung des Generalsekretärs im politischen System der DDR: Kapitel 3.4.1.1, Seite 71 ff.

¹⁷⁶ siehe dazu die Abrechnung mit Intellektuellen Kapitel 5.3.3, sowie die Rücknahme des „neuen Kurses“ Kapitel 5.3.2.1

Wie schon beschrieben gibt es in totalitären Systemen „eine extensive und intensive Mobilisierung der Bevölkerung“¹⁷⁷ In posttotalitären Systemen existieren zwar noch die Institutionen, die geschaffen wurden um die Mobilisierung zu garantieren, jedoch ist diese [Mobilisierung] nicht mehr so intensiv.¹⁷⁸ „Die Mitgliedschaft ist immer noch generell und auch obligatorisch, doch erzeugt sie eher Langeweile als Enthusiasmus.“¹⁷⁹ Dies traf zumindest unter Ulbricht nicht zu: „In der ersten Hälfte der Geschichte der DDR nahm die Rolle der Mobilisation weitaus handfestere Formen als später an: Massenaufmärsche, Transparentlosungen, eine stärkere Militarisierung der Gesellschaft.“¹⁸⁰

In Bezug auf die Ideologie

Wie beschrieben zeichnet sich ein totalitäres System in Bezug auf die Ideologie darin aus, dass „eine exklusive, autonome und mehr oder weniger intellektuell ausgearbeitete Ideologie, mit der sich die herrschende Gruppe oder der Führer, bzw. die Partei identifizieren“¹⁸¹ vorhanden ist. In posttotalitären Systemen existiert zwar noch die alte Ideologie, jedoch gibt es ein erhebliches Nachlassen des Glaubens und der Bindung an diese bei vielen Kadern. Dieses posttotalitäre Kriterium traf auf die DDR, hier bis 1960, nicht zu. „Der Marxismus-Leninismus stand zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion oder gar zur Disposition. Er blieb bis zum Ende Herrschaftsinstrument in den Händen der SED Führung.“¹⁸² Er war nicht „nur“ offizielle Ideologie, sondern es war auch „die Identifikation mit den Grundlagen der Staatsideologie im „[...] im innersten Machtzirkel [...] hoch entwickelt.“¹⁸³ (der Autor nimmt hier Bezug auf Ende der 80iger Jahre, sodass man davon ausgehen muss, dass die Identifikation der Parteiführung mit dem Marxismus-Leninismus bis 1960 noch stärker war)

2.3 Resümee des Kapitels

Die DDR war jedenfalls bis 1960 ein totalitärer Staat. Die Entwicklung hin zu einem posttotalitären System ist in diesem Zeitraum nach Meinung des Autors anhand der Kriterien von Linz nicht gegeben. Inwiefern sich die DDR nach 1960 hin zu einem

¹⁷⁷ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 251

¹⁷⁸ Vgl. Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 251

¹⁷⁹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 251

¹⁸⁰ Jesse in : Jesse (Hrsg.), (2008), S. 385

¹⁸¹ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 25

¹⁸² Schroeder (1998), S. 548

¹⁸³ Backes u.a. (Hrsgg.), (2009), S.19

posttotalitären Staat entwickelte, soll nicht Gegenstand vorliegender Arbeit sein, da es über den vorgesehenen Rahmen gehen würde. Zur weiterführenden Literatur sei das Buch „Totalitäre und autoritäre Regime“ von Juan J. Linz, herausgegeben von Raimund Krämer, Klaus Schroeder in „Der SED-Staat“ Kapitel C/3., der Text von Uwe Backes „Totalitarismus und Transformation – Einführung in: „Totalitarismus und Transformation“ herausgegeben von Uwe Backes, Tytus Jakulowski und Abel Polese, sowie der Text von Eckhard Jesse „War die DDR totalitär“ in seinem herausgegebenen Buch „Diktaturen in Deutschland“ empfohlen.

2.4 Überleitung in nächstes Kapitel

Wie in der Einleitung bereits beschrieben, ist neben der Herrschaftsform und der damit verbundenen Frage, ob es sich um ein totalitäres-, autoritäres- oder um ein anderes System handelt, die Analyse der Herrschaftsstruktur wichtig, um die Funktionsweise eines Systems begreifen zu können. „Da in der DDR, wie in den meisten anderen ehemals osteuropäischen kommunistischen Ländern, die Sowjetunion einen führenden Einfluss hatte, kann die Herrschaftsstruktur der DDR nur in Zusammenhang mit denen durch die Sowjetunion dominierten Merkmale kommunistischer Systeme gesehen werden [...]“¹⁸⁴

¹⁸⁴ Siehe Einleitung, Kapitel 1.3

3 Die Herrschaftsstruktur der DDR im Kontext der von der Sowjetunion beherrschten Merkmale kommunistischer Systeme

3.1 Einleitung

Laut Klaus Schroeder war „[...] die linkstotalitäre [Diktatur] [der DDR] fremdbestimmt“¹⁸⁵, was im Gegensatz zur rechtstotalitären Diktatur [der NSDAP] stand, die hausgemacht war.¹⁸⁶ Was die DDR auszeichnete, war dass sie „keine Möglichkeit und auch kein Machtpotential für eine eigenständige expansive aggressive Politik nach außen [hatte].“¹⁸⁷ Aus der Tatsache der von Schroeder beschriebenen, „aufgezwungenen totalitären Diktatur“ ist es notwendig das System der DDR nicht als ein geschlossenes zu sehen, sondern im Kontext der durch die Sowjetunion beherrschten osteuropäischen Länder. Es ist daher notwendig, zumindest für den für die Arbeit relevanten Zeitraum bis 1960, das totalitäre System der DDR als einen Teil des Wirkungsbereiches der Sowjetunion zu betrachten. Dieses nicht unabhängige System der DDR macht es notwendig, dass von der Sowjetunion forcierte, und den kommunistischen Führern in den jeweiligen Ländern umgesetzte System im Ganzen zu betrachten, um so auch die Herrschaftsstruktur der DDR in diesem Kontext sehen zu können. Ohne dem Verständnis der kommunistischen Systeme im Ganzen ist die Herrschaftsstruktur der DDR nicht zu verstehen.

Die DDR herrschte über seine Bürger mit der Macht einer kommunistischen Parteiendiktatur, welche Freiheit durch Zwang ersetzte und auch dazu bereit war Widerstand, wenn es von Nöten war, auch mit Gewalt zu unterdrücken. Dies gelang ihr anfangs mit Hilfe der Sowjetunion, welche durch die Schaffung der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Nachkriegsordnung in der SBZ bestimmte und später, im Oktober 1949 diese Befugnisse an die provisorische Regierung der DDR übertrug. Doch auch nach dieser Übertragung war die Rote Armee ein entscheidender Machtfaktor, was ersichtlich war nach dem Einmarsch Sowjetischer Truppen im Jahr 1953. Die DDR war jedoch nicht ein bloßer Satellitenstaat. Sie verfügte

¹⁸⁵ Schroeder (1998), S. 644

¹⁸⁶ Vgl. Schroeder (1998), S. 644

¹⁸⁷ Schroeder (1998), S. 644

über das zweitgrößte Heer innerhalb des Warschauer Paktes und war dazu in der Lage die Macht der SED zu sichern, auch ohne unmittelbare Unterstützung der Sowjetunion.¹⁸⁸ Trotzdem hätte die DDR ohne die Sowjetunion nicht existieren können, zumindest nicht, so die Meinung des Autors, als totalitäres System. Sowohl die Sowjetunion als auch die DDR konnten nur unter repressiven Maßnahmen existieren. Sobald Liberalisierungen vonstatten gingen, wurde eine Kettenreaktion losgetreten, die mit dem Zusammenbruch der Systeme endete.

3.2 Die Merkmale der von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Systeme

Brown gibt kommunistischen Systemen sechs definierte Merkmale. Diese müssen erfüllt werden um ein System als kommunistisch bezeichnen zu können. Diese vorgenommenen sechs Definitionen können in drei Gruppen eingeteilt werden:¹⁸⁹

- a) „das politische System
- b) das Wirtschaftssystem
- c) die ideologische Sphäre“¹⁹⁰

a) Das politische System

1. Monopol der Macht kommunistischer Parteien¹⁹¹

Die Partei war in sämtlichen staatlichen Institutionen federführend. Zwar gab es staatliche Institutionen wie Ministerien, Polizei, Militär etc., doch waren diese alle schlussendlich der Führung der Partei unterstellt.¹⁹² Das politische System in allen kommunistischen Einparteiensystemen war gekennzeichnet durch die Verbindung der Spitzenfunktionen des Staates mit den Spitzenfunktionen der Partei,¹⁹³ es gab ein nebeneinander von den Organisationen des Staates und der Partei.¹⁹⁴ „Staat und Partei waren siamesische Zwillinge

¹⁸⁸ Vgl. Wagener, Hansjürgen (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin: Links, 2007, S.28

¹⁸⁹ Vgl. Brown, Archie: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin: Propyläen, 2009, S. 155

¹⁹⁰ Brown (2009), S. 155, 158, 160

¹⁹¹ Vgl. Brown (2009), S. 155

¹⁹² Vgl. Brown (2009), S. 156

¹⁹³ Vgl. Pelinka, Anton: Grundzüge der Politikwissenschaft, Stuttgart: UTB, 2010, S. 66

¹⁹⁴ Vgl. Pelinka (2010), S. 65

– im Zweifel bestimmte jedoch, wie die politischen Karrieren der Spitzenfunktionäre zeigten, die Partei den Staat und nicht umgekehrt.¹⁹⁵ Ersichtlich ist diese Vormachtstellung der Partei nachdem sie institutionalisiert wurde, obwohl diese beim Großteil der osteuropäischen kommunistischen Staaten schon vor der Erwähnung in der Verfassung diese Stellung inne hatten.¹⁹⁶ Anfang der 80er Jahre begann dieser Prozess, als sämtliche konsolidierte kommunistische Staaten diesen Verfassungspassus aufnahmen.¹⁹⁷ In Bezug auf die DDR stellte es sich so dar, dass in der Gründungsverfassung vom 7. Oktober 1949 die politische Realität nicht einmal angedeutet wurde. Begründet wird dies damit, dass aus der Sicht der UDSSR die deutsche Frage noch offen war. Man nahm davon Abstand die tatsächlichen Machtverhältnisse juristisch festzulegen.¹⁹⁸ „Deshalb wurde die DDR-Verfassung – anders als die zeitgenössischen Verfassungen der übrigen osteuropäischen Länder – nicht nach dem Vorbild der Stalinschen Sowjetverfassung von 1936 geschaffen, sondern an die Weimarer Verfassung angelehnt.“¹⁹⁹ Erst 1968 gab es für die DDR eine sozialistische Verfassung, welche ein klares Bekenntnis zur Parteiherrschaft enthielt.²⁰⁰

Aus dem Erkenntnismonopol der Partei hergeleitet, ist die führende Rolle der Partei aus Sicht kommunistischer Systeme, keiner weiteren Begründung verpflichtet. „Hat die Geschichte eine allgemeine Glückseligkeit verheißendes Endziel, ist der Weg zu diesem Ziel erkennbar und gibt es jemanden, der diesen Weg kennt, so ist es ein Gebot der Vernunft, diesem weisen Führer zu folgen!“²⁰¹ Es wäre also nicht angemessen, wenn politische Entscheidungen von irgendwelchen demokratischen Zufällen abhängig sind. Die Bürger, welche rückständig und sich der Richtigkeit nicht bewusst sind, können nicht durch demokratische Abstimmungen für Ihre Entscheidungen bürgen.²⁰² „Auf diese Weise präsentierte sich die kommunistische Parteiherrschaft als eine platonische Sophokratie, als ein Philosophenkönigtum, das die einzige Alternative zu allem Unglück in der Welt darstellen sollte.“²⁰³

¹⁹⁵ Pelinka (2010), S. 66

¹⁹⁶ Vgl. Brown (2009), S.156

¹⁹⁷ Vgl. Brown (2009), S. 156

¹⁹⁸ Brunner, in: Materialien Band II/2, (1995), S.995

¹⁹⁹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 995

²⁰⁰ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 995

²⁰¹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 995

²⁰² Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 995

²⁰³ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 995

2. „demokratischer Zentralismus“²⁰⁴

Dieses Wort wurde von Lenin übernommen, und während der kommunistischen Epoche verwendet. Es bedeutet, dass über Fragen über welche man sich nicht einig war, diskutiert wurde, bis man sich auf einen Entschluss geeinigt hatte. Wurde eine Entscheidung der höheren Parteiorgane gefällt, so mussten Gesellschaft und Partei diese Beschlüsse penibel genau befolgen.²⁰⁵ Der demokratische Zentralismus war ein prägendes Herrschaftsprinzip staatssozialistischer Gesellschaften, und war die wichtigste Grundlage²⁰⁶ „für die zentralistische Leitung und den einheitlich-hierarchischen Aufbau des gesamten politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen Gefüges in den staatssozialistischen Gesellschaften [...]“²⁰⁷ Die Legitimation des demokratischen Zentralismus in Bezug auf die DDR hatte „wie in anderen kommunistischen Staaten, starke Bedeutung. Die demokratische Komponente war hierbei, dass es Diskussionen gab bevor ein Entschluss gefasst wurde.“²⁰⁸ Jedoch ist anzumerken, dass diese Diskussionen nur stattfanden solange von einer höheren Instanz keine Entscheidung getroffen wurde, wurde sie getroffen, so musste sie unweigerlich umgesetzt werden. So war der Begriff „demokratisch“ in Anbetracht des durchgeführten administrativen Zentralismus nur eine Floskel ohne Inhalt.²⁰⁹ Der Zentralismus war die dominante Komponente.²¹⁰ „Insbesondere war die Wahl der Leitungen in der Partei rein formal (und dies galt auch für alle anderen Organisationen mit gewählten Leitungsgremien), weil die für die Funktion in Frage kommenden Kandidaten in Abstimmung mit der übergeordneten Leitung vorgeschlagen wurden und nach der Wahl von der übergeordneten Leitung zusätzlich bestätigt werden mußten.“²¹¹

Charakteristisch für den demokratischen Zentralismus laut Parteistatut der DDR war, dass eine Wählbarkeit aller Parteiorgane von unten nach oben gegeben war. Auch beinhaltete

²⁰⁴ Brown (2009), S. 157

²⁰⁵ Vgl. Brown (2009), S. 157

²⁰⁶ Vgl. Sattler, Friederike: Unternehmerische und kompensatorische Netzwerke. Anregungen der Unternehmensgeschichte für die Analyse von wirtschaftlichen Netzwerkstrukturen in staatssozialistischen Gesellschaften, in: Schumann, Anette: Vernetzte Improvisationen: Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, Köln: Böhlau, 2007, S. 139

²⁰⁷ Vgl. „Demokratischer Zentralismus“ in: DDR-Handbuch, Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmerman, hg. Vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985, Bd. 1, S. 268-269, zitiert nach: Sattler in: Schuhmann (2007), S. 139

²⁰⁸ Vgl. Brown (2009), S. 157

²⁰⁹ Vgl. Schroeder (1998), S. 390

²¹⁰ Vgl. Ammer, Thomas in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. Vom Deutschen Bundestag Band II/2, 1995, S. 810

²¹¹ Ammer in: Materialien Band II/2 (1995), S. 810

diese die Berichtspflicht der Parteileitungen vor den Organisationen, welche sie gewählt haben. Auch waren die Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die nachgeordneten laut Statut bindend, genauso wie der demokratische Zentralismus eine straffe Parteidisziplin und die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit beinhaltete.²¹² Wörtlich heißt es im Parteistatut von 1976 bezüglich demokratischen Zentralismus dass:

- „alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden;
- die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;
- alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die nachgeordneten Organe verbindlich sind, straffe Parteidisziplin zu üben ist und die Minderheit sowie der einzelne sich den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnet.“²¹³

Aufgrund der Tatsache, dass der demokratische Zentralismus die unbedingte Verbindlichkeit der unteren Organe gegenüber den Beschlüssen der höheren Organe beinhaltete, war die Rechenschaftspflicht der Leitungen vor den Organisationen welche sie gewählt haben, hauptsächlich²¹⁴ „auf die Berichterstattung über die Ausführung der Beschlüsse der übergeordneten Leitungen und der Parteiführung sowie auf die Kritik „von oben nach unten““²¹⁵ beschränkt. „In den offiziellen Definitionen des „demokratischen Zentralismus“ konnten die Worte „Partei“ und „Parteimitglieder“ immer dann, wenn dieses Prinzip auf Bereiche außerhalb der Partei angewendet werden sollte (und dies war, abgesehen von Kirchen, nahezu überall der Fall), durch die Bezeichnungen für ein Staatsorgan, eine gesellschaftliche Organisation bzw. die Mitarbeiter oder die Mitglieder ersetzt werden.“²¹⁶ Der demokratische Zentralismus führte in Verbindung mit der extrem zentralisierten Partei, welche die führende Rolle innerhalb des Staates und der Gesellschaft einnahm dazu, dass sich eine hohe Konzentration von Machtfülle auf höchster Ebene der Parteiorgane vorfand.²¹⁷ Die Parteispitze der SED hatte die Erkenntnis, dass diese Tatsache zu einer Überzentralisierung des Staats- und Parteiapparates und somit zur Handlungsunfähigkeit von beiden führen kann. Sie versuchte sodann eine Überzentralisierung zu verhindern, indem sie anwies „die zentrale Leitung und Planung der

²¹² Ammer in: Materialien Band II/2 (1995), S.810

²¹³ Statut der SED (1976), Ziff 23, S. 14

²¹⁴ Vgl. Ammer (1995), S. 811

²¹⁵ Ammer (1995), S. 811

²¹⁶ Ammer in: Materialien Band II/2, (1995), S. 810

²¹⁷ Vgl. Brown (2009), S 157

gesellschaftlichen Prozesse immer mehr auf die sachkundige Entscheidung in den Grundfragen zu konzentrieren“²¹⁸ und auch das Verantwortungsbewusstsein der Betriebe, Staatsorgane etc. bei der Umsetzung von staatlichen Aufgaben weiterzuentwickeln.²¹⁹

Es gab daher immer eine gewisse Konkurrenz zwischen dem Willen der höheren Organe am liebsten alle Entscheidungen an sich zu reißen, und dem Wunsch der Parteiführung die untere Ebene und deren Funktionäre und Bürger zur ausnahmslosen Umsetzung der Entscheidungen zu bewegen, jedoch durch Eigeninitiative angereichert.²²⁰

„Die Angst der Führung vor jeder unkontrollierten Eigeninitiative hat vor allem in den letzten Jahren der DDR-Geschichte doch zu der Überzentralisierung und Unbeweglichkeit des Partei- und Staatsapparates, die die Verfasser des Parteiprogramms wenigstens ansatzweise als Gefahr gesehen haben, geführt und damit wesentlich zum Untergang des SED-Regimes beigetragen.“²²¹

„Noch mehr Macht lag in den Händen seines Führungsgremiums, des Politbüros, und des Mannes, der an der Spitze des Systems stand, des Generalsekretärs.“²²² Oft stellten sich die Befugnisse des Generalsekretärs so dar, dass diese solch eine Machtfülle besaßen, dass das jeweilige System autokratisch wurde. Zwar war die oligarchische Herrschaft zwar in der Mehrheit, doch trat der Fall eines starken Generalsekretärs oft in Erscheinung.²²³

b) Das Wirtschaftssystem

3. „das nichtkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln“²²⁴

Es gab zwar in manchen Bereichen Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Sektor, sowohl illegal, legal als auch Mischformen (z.B. in der Landwirtschaft)²²⁵, doch war die Produktion, welche nicht im landwirtschaftlichen Bereich war, verstaatlicht und innerhalb

²¹⁸ Statut, Ziff 26 zitiert nach Ammer (1995), S. 811

²¹⁹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 811

²²⁰ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2 (1995), S. 812

²²¹ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 812

²²² Brown (2009), S. 157

²²³ Brown (2009), S. 158, siehe dazu auch die Macht des Generalsekretärs in der DDR, Kapitel 3.4.1.1

²²⁴ Brown (2009), S. 158

²²⁵ Vgl. Brown (2009), S. 158

des staatlichen Kontrollbereiches.²²⁶ „Staatliches oder gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln galt als eines der Hauptziele aller herrschenden kommunistischen Parteien.“²²⁷ Verknüpft ist das nichtkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, mit dem vierten Merkmal²²⁸, dem Vorherrschen einer

4. „Planwirtschaft im Unterschied zu einer Marktwirtschaft“²²⁹

Der Unterschied einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft liegt im Wesentlichen darin, dass die Entscheidung, die in Bezug auf die Frage was produziert und zu welchem Preis verkauft wird, ein hierarchischer Prozess ist. Dieser verläuft von oben nach unten und trifft alle Produzenten. Anweisungen ergeben sich nicht aufgrund von dezentralisierten Entscheidungen, welche aus Wechselbeziehungen zwischen Anbietern und Verbrauchern entstehen. Es ging darum, und das hatte Priorität, dass die Hersteller die Zielvorgabe der Planung erreichen mussten.²³⁰ „Die staatssozialistische Planwirtschaft schaffte das Privateigentum ab und beseitigte die Mechanismen des Marktes, vor allem die Marktpreise und damit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.“²³¹ Jeder Industriezweig der größer war, hatte sein eigenes Ministerium, welches wiederum überwacht wurde vom staatlichen Planungsausschuss und von den Abteilungen der Zentralkomitees der jeweiligen kommunistischen Parteien.²³²

In der DDR waren die verantwortlichen Institutionen für die Planung der Wirtschaft durch zwei Kompetenzen aufgeteilt, welche ineinander griffen, gegeneinander gearbeitet haben und in der Spitze personell verflochten waren: zum einen die *staatliche Wirtschaftsbürokratie*, zum anderen der *SED-Parteiapparat*.²³³ Der Staatlichen Plankommission (SPK) kam in der Wirtschaftsbürokratie eine herausragende Rolle zu, da sie für die Erarbeitung der Pläne verantwortlich war.²³⁴ „Die unmittelbare operative

²²⁶ Vgl. Brown (2009), S. 159

²²⁷ Brown (2009), S. 159

²²⁸ vgl. Brown (2009), S. 159

²²⁹ Brown (2009), S. 158

²³⁰ Vgl. Hanson, Philipp: The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945, London, 2003, S. 9, zitiert nach: Brown (2009), S. 159

²³¹ Berend, Ivan T.: Markt und Wirtschaft: Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007, S.114

²³² Vgl. Brown (2009), S. 159

²³³ Vgl. Wagener, Hansjürgen (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin: Links, 2007, S. 138

²³⁴ Vgl. Wagener, Hansjürgen (2007), S.138

Leitung der Wirtschaft übernahmen in den meisten Phasen der DDR-Geschichte Ministerien, die jeweils für bestimmte Bereiche oder Branchen zuständig waren.“²³⁵

Innerhalb der SED stellte es sich so dar, dass das Politbüro bzw. das Sekretariat des ZK über grundlegende wirtschaftliche Fragen entschied oder sich beriet. Der Parteichef spielte hierbei eine herausragende Rolle.²³⁶ Die SED in ihrem Selbstverständnis übernahm in der Organisation der Wirtschaft gegenüber anderen Institutionen, wie in allen anderen Bereichen, die dominante Rolle. Sie verfügte nach ihrer Meinung über das entsprechende Wissen und den Gesamtplan eine Planwirtschaft zu organisieren. Aus diesen Ansprüchen leitete sie die Legitimität ihrer Herrschaft ab.²³⁷²³⁸

*c) Der ideologische Wirkungskreis*²³⁹

5. „Die erklärte Absicht, den Kommunismus aufzubauen“²⁴⁰

Dieses Merkmal ist das „höchste[...] legitimierte[...] Ziel“²⁴¹ kommunistischer Systeme²⁴². Im Alltag war dieses Ziel zwar weniger anzutreffen, jedoch ein Merkmal zur Unterscheidung von totalitären und autoritären Systemen.²⁴³ Auch dient es zur Unterscheidung von Ländern, deren Regierung durch sozialistische Parteien sozialdemokratischer Prägung gekennzeichnet war.²⁴⁴

Kommunistische Systeme sind dadurch geprägt, dass sie ein Endziel, die autonome klassenlose Gesellschaft, anstreben. Alle Handlungen, die von kommunistischen Systemen und deren führenden Parteien getätigt wurden, konnten auf diese Art und Weise immer gerechtfertigt werden, was auch geschah.

²³⁵ Wagener (2007), S. 138

²³⁶ Vgl. Wagener (2007), S. 138

²³⁷ Vgl. Wagener (2007), S. 137

²³⁸ zum Selbstverständnis der SED siehe auch Kapitel 3.4.1

²³⁹ Vgl. Brown (2009), S. 160

²⁴⁰ Brown (2009) S. 160-161

²⁴¹ Brown (2009), S. 161

²⁴² vgl. Brown (2009), s. 160-161

²⁴³ zur Herrschaftsform der DDR bis 1960 siehe Kapitel 2.2.3

²⁴⁴ Brown (2009), S. 161

„Nur die Partei besitze die theoretische Einsicht und die praktische Erfahrung, um weniger aufgeklärte Bürger in diese strahlende Zukunft zu führen.“²⁴⁵ Der Marxismus-Leninismus vertritt also einen absoluten Wahrheitsanspruch, das Erkenntnismonopol der Kommunistischen Parteien ist unantastbar. Die historische Abfolge der gesellschaftlichen Formation besteht aus Urgesellschaft – Sklavenhaltergesellschaft – Feudalismus – Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus/Kommunismus. Diese Tatsache ist laut Marxismus-Leninismus unabwendbar, es geht nur darum, dass man diese erkennt und fördert.²⁴⁶

Die teleologische Legitimation, welche an einem utopischen Endziel orientiert ist, wurde in der DDR in der Verfassung von 1968/74 verankert. Das Ziel, welches in der Verfassung von 1968 verabschiedet wurde, war das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus. Nach dem Machtantritt Erich Honeckers war vom Ziel der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ die Rede, um den Entwicklungsvorsprung der Sowjetunion zu betonen. War vor der Verfassungsrevision 1974 davon die Rede, dass das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, die gesamte deutsche Nation den Weg in die Zukunft des Sozialismus weisen soll, so beinhaltete das verfassungsgebende Motiv nach 1974, dass das Volk der DDR den Willen hat, unbeirrt weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus zu gehen. Die Hinzufügung des Kommunismus als Ziel geschah aufgrund der neuen Interpretation, nämlich, dass der Sozialismus eine Unterstufe des Kommunismus sei. Erst im Jahr 1990 wurde dieses in der Verfassung verankerte Bestreben aufgehoben.²⁴⁷

Die zentrale Legitimation marxistisch-leninistischer Ideologie basiert auf der Idee des Fortschrittes. Diese Verheißung einer glorreichen Zukunft, nachdem der Endzustand des Kommunismus erreicht wurde, ermöglichte es diesen Systemen auf eine empirische Legitimation zu verzichten.²⁴⁸ Sie verwiesen vielmehr auf die „metaphysisch-teleologische Rechtfertigung ihres Handelns“²⁴⁹ Da der Marxismus-Leninismus einen einheitlichen Fortschrittsbegriff im Bereich der Gesellschaft, der Wirtschaft, der politischen und

²⁴⁵ Brown (2009), S. 161

²⁴⁶ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S.992

²⁴⁷ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 998

²⁴⁸ Kloth, Hans-Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin: Links, 2000, S. 62

²⁴⁹ Kloth (2000), S. 62

kulturellen Entwicklung, und der Wissenschaft postulierte, musste dieser Fortschrittsglauben rechtfertigt werden, um Legitimität zu erzeugen..²⁵⁰

In Bezug auf das SED-Regime bedeutete dies, dass dem Aspekt des umfassenden Ausbaus oder der weitgehenden Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie ein zentraler Platz in der Legitimationsstrategie des SED-Regimes zukam. Nicht nur aufgrund der ökonomischen Mobilisierungsfunktion der demokratischen Mitwirkung im Sozialismus, sondern auch als unabdingbarer Nachweis für die umfassende, ganzheitliche Fortschrittsperspektive des Sozialismus. Natürlich war das Verständnis von demokratischer Partizipation ein anderes als in westlich-liberalen Demokratien. Zwar war in Artikel 54 der Verfassung der DDR von freien, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen als sozialistische Wahlgrundsätze festgeschrieben, doch unterschied sich diese Formulierung fundamental gegenüber freiheitlich-pluralistischen Konkurrenzdemokratien.²⁵¹

Die Interpretation obliegt einer grundsätzlich anderen Art und Weise. Pluralistisch-freiheitliche Demokratien zeichnen sich im Bezug auf die Wahlfreiheit dadurch aus, dass der Begriff Freiheit zunächst „die Ausübung des Stimmrechts in vollständiger Selbstverantwortung ohne unzulässige äußere Beeinflussung“²⁵² bedeutet. Dies beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Schutz des Wählers, sondern beinhaltet auch, dass der Wählerwille zum Tragen kommt und eine Kontrollfunktion gegenüber den Machthabern ausüben kann.²⁵³ Der Marxismus-Leninismus dagegen, interpretiert den Freiheitsbegriff dahingehend, dass der Wähler frei ist von ökonomischen und politischen Zwängen oder Abhängigkeiten, und ohne Unterdrückung und Einschränkung teilnehmen kann an der Vorbereitung von Wahlen, und die Wahlhandlung in freier Entscheidung durchführen kann.²⁵⁴

Ökonomischer und politischer Zwang sind laut Interpretationen von kommunistischen Systemen jedoch Merkmale des Kapitalismus.²⁵⁵ Daher sind der Freiheitsbegriff in

²⁵⁰ Kloth (2000), S. 62

²⁵¹ Vgl. Kloth (2000), S. 64

²⁵² Kloth (2000), S. 65

²⁵³ Vgl. Unger, Oswald: Wahlsystem und Volksvertretungen in der DDR. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1988, in: Kloth (2000) S. 65

²⁵⁴ Vgl. Unger (1988), in: Kloth (2000), S. 65

²⁵⁵ Kloth (2000), S. 65

kapitalistischen Systemen und die einhergehende Interpretation von freien Wahlen obsolet. Sozialistische Produktionsverhältnisse schließen jedoch den Missbrauch politischer und wirtschaftlicher Macht, die darauf hinauslaufen, dass Menschen durch Menschen ausgebeutet werden, aus. Diese Freiheit der sozialistischen Wahl wird dadurch gesichert, dass sich die politische Macht in den Händen der Partei der Arbeiterklasse befindet, und die Produktionsmittel verstaatlicht sind.²⁵⁶

Diese garantierte Freiheit des Wählens bestand darin „diesen Zusammenhang zu erkennen und durch seine Stimme zu bestätigen“²⁵⁷. Die Wahlfreiheit welche im Artikel 54 der Verfassung der DDR beschrieben wird, beinhaltet also nur das Recht der persönlichen Einsichtigkeit in historische Notwendigkeiten.²⁵⁸ Der Freiheitsbegriff des Kommunismus ist sodann gekoppelt an die Absicht den Kommunismus aufzubauen. Es bedarf der Einsicht, um zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die SED übernahm das Modell der KPdSU. „Mit der Umwandlung in eine leninistische „Partei neuen Typus“ übernahm die SED die sowjetische Elitekonzeption, die erstmals in dem zweiten Parteistatut vom Juli 1950 offiziell festgeschrieben wurde.“²⁵⁹ Hier kann also nicht von einer gewissen eigenen Interpretation der SED ausgegangen werden, die sowjetische KPdSU diente als Vorbild, und so wurde auch die SED an die KPdSU angelehnt.

6. Die Existenz einer internationalen kommunistischen Bewegung und das Gefühl, zu ihr zu gehören²⁶⁰

Dies ist ebenfalls ein Merkmal des Kommunismus, welches große Ideologische Bedeutung hatte. Jener Internationalismus nämlich schaffte es, dass es eine große Anzahl von Anhängern gab.²⁶¹ „Für die Parteimitglieder war das Bewusstsein, einer großen internationalen Bewegung anzugehören, von großer Bedeutung, insbesondere, wenn ihre Partei in der politischen Landschaft des eigenen Landes nur eine marginale Rolle spielte.“²⁶² Für viele Mitglieder stellte es sich so dar, dass sie sich der globalen

²⁵⁶ Kloth (2000), S. 65

²⁵⁷ Kloth (2000), S. 65

²⁵⁸ Kloth (2000), S. 65

²⁵⁹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 993

²⁶⁰ Brown (2009), S.163

²⁶¹ Brown (2009), S. 164

²⁶² Brown (2009), S. 164

kommunistischen Bewegung verpflichtet gefühlt hatten. Aufgrund der Sonderrolle, welche die Sowjetunion dadurch hatte, dass sie das einzige Land war in welchem die kommunistische Ideologie erfolgreich umgesetzt wurde, war es ihr leicht Anhänger anderer Länder als Werkzeuge zu missbrauchen. Es stellte sich nun so dar, dass kommunistische Parteien, welche keine Regierungsverantwortung hatten, sich lange Zeit ohne zu zögern der internationalen kommunistischen Bewegung unterordneten. Wollte man als Mitglied der internationalen Bewegung akzeptiert werden, so musste man den von der Sowjetunion definierten Sozialismus übernehmen. Dies stellte sich für die meisten kommunistischen Regierungen jedoch nicht als Problem dar, da sie sich dessen bewusst waren, dass sie ihre Existenz der Sowjetunion verdankten. Dies bedeutete jedoch auch, dass die internationale Bewegung die Führung der Sowjetunion dulden musste. In Konflikt gerieten hierbei vor allem Länder, welche ihre eigenen kommunistischen Revolutionen hinter sich gebracht hatten, und den Führungsanspruch der Sowjetunion nicht akzeptierten. Dies war unter anderem in China und Jugoslawien der Fall.²⁶³

Die DDR musste akzeptieren, dass der Führungsanspruch der Sowjetunion unwiderruflich verankert war. Es war also von vornherein für DDR (SED) gar nicht erst möglich sich im Laufe der Zeit von der Sowjetunion (KPdSU) vollständig zu lösen und trotzdem weiterhin die Führung in einer „marxistisch-leninistischen Gesellschaft“ für sich zu reklamieren. Aufstände wie in der DDR 1953, Ungarn 1956 und Prag 1968, obwohl in ihren Beweggründen nicht identisch, wurden mit Hilfe der Sowjetunion zerschlagen.²⁶⁴

3.3 Die kommunistischen Parteien in Osteuropa vor 1945

Die kommunistische Erfolgsbilanz ist im betrachtenden Raum nicht erhebend.²⁶⁵ „Es gab einige Paukenschläge am Beginn, ansonsten waren sie meist verboten, unterdrückt, verfolgt und gesellschaftlich isoliert. Einen großen Teil ihrer Zeit verbrachten sie mit der Bolschewisierung ihrer Parteien oder der Ausschaltung von Abweichlern [...]“²⁶⁶ Die Gründe hierfür lagen auch darin, dass sie meist nach der Abspaltung mit den

²⁶³ Vgl. Brown (2009), S. 165

²⁶⁴ Einschreiten der Sowjetunion 1953 in der DDR: vgl. Schroeder (1998), S. 123-124, in der Tschechoslowakei: vgl. Wilke (Hrsg.), (2008), S. 17.ff., in Ungarn: Vgl. Litván, Bak (Hrsg.), (1994), S. 119 ff.

²⁶⁵ Vgl. Segert (2002), S. 72

²⁶⁶ Segert (2002), S. 72

Sozialdemokraten die Minderheit stellten. In Ungarn, Deutschland und Jugoslawien waren die Kommunisten während der chaotischen Nachkriegszeit oder den ersten Wahlen einflussreich. Zwar hatten sie in manchen Ländern temporär verstärkt Einfluss, doch ging diese Periode 1921 oder spätestens 1923 zu Ende. Trotz der kommunistischen Machtübernahme in Russland, war der Einfluss auf die osteuropäischen Länder nicht in dem Ausmaß vorhanden, als dass sich die Revolution wie ein Fegefeuer über sämtliche Länder verbreitete und, durch die Revolution in Russland, animiert selbiges zu tun. Bis zu der oben genannten Periode waren einige Parteien soweit in die Gesellschaft verankert, sodass es den Kommunisten auch möglich war Einfluss auf nichtrevolutionärem Weg wahrzunehmen.²⁶⁷

Es ist also festzulegen, dass bis 1945 die Kommunisten in den osteuropäischen Staaten nicht in der Position waren, die Politik in dem Maße zu beeinflussen, wie das nach 1945 der Fall war. „Die Bolschewiki ihrerseits hatten gehofft und anfangs sogar erwartet, dass ihre Revolution eine Reihe ähnlicher Umwälzungen im Westen auslösen würde. Doch bis nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Kommunisten nirgendwo in Europa dauerhaft die Macht erobern.“²⁶⁸ Einzig und alleine in der Mongolei gelang es der Roten Armee ein Protektorat zu errichten, wodurch im Jahr 1924 der zweite kommunistische Staat der Welt entstand.²⁶⁹ Innerhalb der Länder gab es unterschiedliche Entwicklungen, so waren die Kommunisten in **Bulgarien** wichtig im politischen Spektrum. Zwar wurden sie 1923 nach einem Putschversuch verboten, 1927 aber wieder, nicht unter selbigem Namen zugelassen, und konnten durch Wahlen starke Erfolge erzielen. Andrei Liapchev, Führer der Demokratischen Partei und ab 1926 Premierminister Bulgariens, garantierte Amnestien. So erlaubte er den Kommunisten unter dem Namen BWP (Bulgarische Arbeiterpartei) politisch tätig zu werden.²⁷⁰ Im Februar 1932 erhielten sie aufgrund des Elends in der Stadt die Mehrheit in der Stadtregierung von Sofia.²⁷¹ 1934 wurde sie dann mit sämtlichen anderen Parteien durch die neue Regierung, welche durch einen Putsch an die Macht kam, verboten.²⁷²

²⁶⁷ Vgl. Segert (2002), S. 72-73

²⁶⁸ Brown, Archie: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin, Propyläen, 2009, S. 138

²⁶⁹ Vgl. Carr, E.H.: The Bolshevik Revolution 1917-1923, Hardmonsworth 1966, S. 507 ff., 512-516 und 522 ff.; und Hauner, Michael: What is Asia to Us? Russia's Asian Heartland Yesterday and Today, London 1990, S. 7 in: Brown (2009), S. 117

²⁷⁰ Vgl. Crampton, Richard: Eastern Europe in the twentieth Century, London; New York: Routledge, 1994, S. 117

²⁷¹ Vgl. Crampton (1994), S.124

²⁷² Vgl. Segert (2002), S. 73

In der **Tschechoslowakischen Republik** und in **Deutschland** erhielten die Kommunisten stetig 10% der Stimmen, wobei hier anzumerken ist, dass vor allem die KPD eine sehr mitgliedsstarke Partei mit bis zu 300.000 Anhängern war.²⁷³ In der Tschechoslowakei erhielten die Kommunisten bei der ersten Wahl nachdem sich die Sozialisten in die Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten haben, 943000 Stimmen. In Mandate waren dies 41 von insgesamt 300 Parlamentssitzen.²⁷⁴

Im Faschistischen **Italien** und **anderen autoritär regierten osteuropäischen** Staaten mussten sich die Kommunisten im Untergrund in Sicherheit bringen. Nach den Verboten, und im Vergleich zu den Ländern in denen es diese Verbote nicht gab, war die stärkste kommunistische Partei die **französische KP**²⁷⁵: Im Jahr 1936 gehörten in der französischen Nationalversammlung 72 der 608 Abgeordneten der kommunistischen Partei an.²⁷⁶ „Das ausgezeichnete Ergebnis der französischen KP bei den Parlamentswahlen in der Zeit, in der die Kommunisten mit anderen linken Parteien zusammenarbeiteten, ermöglichte im Jahr 1936 die Bildung einer von dem Sozialisten Léon Blum geführten Regierung.“²⁷⁷ In Bezug auf **Deutschland** war es so, dass sich die sozialdemokratische Bewegung, welche zu der Zeit die größte innerhalb Europas war, in drei unterschiedliche Strömungen spaltete. Die größte dieser Gruppen war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), aus einer radikaleren Gruppe entstand die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). In Deutschland spalteten sich die Anhänger der Revolution, in Russland in den Spartakusbund, der dritten Strömung, deren wichtigsten Vertreter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren.²⁷⁸ „Der Spartakusbund entstand offiziell am 11. November 1918, zwei Tage nach Luxemburgs Entlassung aus dem Gefängnis und einen Tag nach der Verteidigung einer überwiegend sozialistischen Regierung.“²⁷⁹ Dieser stand am äußeren linken Rand, und orientierte sich im Verhältnis zu den zwei anderen Bewegungen am stärksten an ihrem Vorbild Lenin und den Bolschewiki.²⁸⁰

²⁷³ Vgl. Segert S. 73

²⁷⁴ Vgl. Brown (2009), S.138

²⁷⁵ Vgl. Brown (2009), S. 136

²⁷⁶ Kriegel, Annie: The French Communists: Profile of a People, Chicago, University of Chicago Press, 1972 S. 108, zitiert nach: Brown (2009), S. 137

²⁷⁷ Brown (2009), S.137

²⁷⁸ Vgl. Brown (2009), S.117

²⁷⁹ Brown (2009), S.118

²⁸⁰ Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft. München: Oldenburg Wissenschaftsverlag GmbH, 2000, S.4

Das Ziel des Spartakusbundes war es Deutschland in eine Räterepublik umzuwandeln, welches in einem Bündnis zu Russland stand.²⁸¹ Innerhalb der Arbeiterschaft repräsentierte der Spartakusbund jedoch nur eine kleine Minderheit. Die USPD jedoch hatte in den Betrieben starken Rückhalt, vor allem in der Hauptstadt Berlin.²⁸² Es war also nicht der Spartakusbund, der Lenin und den Bolschewiki am nächsten stand, welcher die Arbeiterschaft stützte. Unter den Anhängern des Spartakusbundes waren Facharbeiter, Intellektuelle und Angestellte.²⁸³ Auf einem Parteitag der Spartakisten „der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 dauerte, [benannten sie sich], in Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) um.“²⁸⁴

Die Unruhen vom November 1918, bei denen es an unterschiedlichen Orten zu revolutionären Umsturzversuchen kam, wurde dem Spartakusbund zugeschrieben.²⁸⁵ „Als die Kommunisten kurz vor den Wahlen die Kontrolle über eine spontane Erhebung in Berlin gewannen, rief die von der SPD und der USPD beherrschte Regierung paramilitärische Einheiten demobilisierter Soldaten zur Hilfe, um die Revolte, den so genannten Spartakusaufstand, gewaltsam zu unterdrücken.“²⁸⁶

Die Tatsache, dass es Kommunisten und Sozialdemokraten nicht gelang den Vormarsch der Rechten zu verhindern, lag zu einem Großteil an den politischen Vorgaben aus Moskau. Durch die Vorfälle rund um den sogenannten Spartakusaufstand, bei dem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umkamen, waren die Gräben zwischen den sozialistischen Strömungen in Deutschland jedoch besonders stark.²⁸⁷

Auf dem 6. Weltkongress der Komintern, welcher im Sommer 1928 stattfand, gab man die Anweisung, dass man nicht mit anderen Sozialisten kooperieren darf.²⁸⁸ Hier ist deutlich ersichtlich, was ein wesentlicher Grund dafür war, dass die unterschiedlichen Sozialistischen Strömungen nicht gegen die steigende Macht der Rechten in Deutschland kooperiert hatten.

²⁸¹ Wirsching (2000), S.44

²⁸² Vgl Wirsching (2002), S.4

²⁸³ Vgl. Brown (2009), S. 118

²⁸⁴ Weitz, Eric D: Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protests to Socialist State, Princeton: Princeton University Press, 1997, S. 92, zitiert nach: Brown (2009), S. 118

²⁸⁵ Vgl. Brown (2009), S. 118

²⁸⁶ Brown (2009), S. 118

²⁸⁷ Vgl. Brown (2009), S. 118

²⁸⁸ Vgl Brown (2009), S. 126

In diesem Kapitel kommt sehr stark zur Geltung, dass europäische kommunistische Parteien im politischen Spektrum immer in der Minderheit waren. Sie hatten keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Ohne Repressionen wäre es nicht möglich gewesen, das System aufrechtzuerhalten.

3.4 Die Herrschaftsstruktur der DDR

3.4.1 Die Sozialistische Einheitspartei (SED)

„Das politische System blieb von der Gründung der DDR bis zu ihrem Untergang durch den Führungsanspruch der SED geprägt“²⁸⁹ Dieser Anspruch war nicht nur auf den Staat beschränkt, sondern auch auf alle Bereiche der Gesellschaft.²⁹⁰ Wie in anderen kommunistischen Systemen, war es auch hier die Einheitspartei, welche sich aus ihrem Selbstverständnis heraus als die „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, ansah.“²⁹¹ Die Rechtfertigung des Herrschaftsanspruches der SED ging also, wie dies in allen durch kommunistische Parteien geprägten Staaten der Fall war und im vorhergehenden Kapitel ersichtlich ist²⁹², aus der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus hervor. Daraus wiederum leitete sich das Erklärungs- und Wahrheitsmonopol ab, welche Ansprüche auf Universalität stellten.²⁹³

Wie in Kapitel 3.2 bereits genauer erläutert wurde, gibt es für kommunistische Systeme einen Endpunkt der Geschichte, der unweigerlich zum Kommunismus führen muss. Die Partei ist aus ihrem Selbstverständnis heraus einzig und alleine dazu im Stande dies herbeizuführen, weil sie weiß, was zu tun ist. Aus dieser Eigeninterpretation heraus können auch alle Maßnahmen, die von der Partei getroffen werden, gerechtfertigt werden, da diese einem höheren Ziel, dem des Kommunismus dienlich sind. „Die SED verkündete mit ihrer Ideologie des Marxismus-Leninismus (.....) im Besitze der Wahrheit zu sein, die Gesetze der Geschichte zu kennen und unter Ausnutzung dieser Gesetzmäßigkeiten den Übergang

²⁸⁹ Schroeder (1998), S. 387

²⁹⁰ Vgl. Schroeder (1998), S. 387

²⁹¹ Schröder (1998), S. 387

²⁹² siehe dazu Kapitel 3.2

²⁹³ Vgl. Courtois (2007), S. 127

zu einer neuen Gesellschaft zu vollziehen.“²⁹⁴ Dies wird deutlich im Parteistatut der SED in dem es heißt: „Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, seiner schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung lenkt und leitet die Partei die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen werden.“²⁹⁵

Beispielhaft für dieses Selbstverständnis der allwissenden Partei ist das Lied der SED „Die Partei hat immer Recht“. (Refrain: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht! Und, Genossen es bleibe dabei; Denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht Gegen Lüge und Ausbeuterei. Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht. Wer die Menschheit verteidigt, Hat immer recht. So, aus leninschem Geist, Wächst von Stalin geschweißt, Die Partei – die Partei – die Partei.“²⁹⁶

Die Legitimation des Anspruchs auf die uneingeschränkte Herrschaft, wurde im Parteiprogramm der SED und deren Statut durch unzählige Leitsätze festgelegt.²⁹⁷ So heißt es im Statut der SED von 1976 unter anderem:

- „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik [...]
- Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation der Arbeiterklasse, als ihr kampferprobter Vortrupp, ist die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation“²⁹⁸

²⁹⁴ Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 2006, S.32

²⁹⁵ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1976), S. 5

²⁹⁶ Refrain des Liedes „Die Partei hat immer Recht“ in: Schweppenhäuser, Gerhard: Ästhetik. Philosophische Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Frankfurt/Main: Campus, 2007, S. 39

²⁹⁷ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 806

²⁹⁸ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (1976), S. 5

Die bedeutungsvollsten Fundamente der Leitsätze in der DDR waren das Statut sowie das Programm der SED. Diese beiden Dokumente standen in Ihrer politischen Bedeutung über dem Verfassungsrang.²⁹⁹

Zu den wichtigsten Grundlagen der Machterhaltung und Machtausübung in der SED-Führung war das Existieren einer zuverlässigen und zahlenmäßig stark vorhandenen Funktionärsschicht, welche die Politik der Parteiführung ausführte, sie durch Verwaltungshandeln gegenüber den Bürgern mittels Propaganda, und wenn erforderlich mit Zwang, durchsetzte. Zu der Erfüllung der Aufgaben durch die Funktionärsschicht war erforderlich, dass ihre Angehörige in eine Rangordnung eingegliedert waren, welche allgemein anerkannt wurde. Diese Machthierarchie wurde durch die SED-Führung mit Hilfe der Sowjetunion schon vor der Gründung der DDR errichtet. Bis Ende der achtziger Jahre funktionierte diese bis auf ein paar Ausnahmen ohne Probleme. Erst als die Führung der SED nicht mehr dazu in der Lage war ihre Aufgaben als Befehlsgeber, zentrales Führungsorgan und Verantwortlicher für die politische Leitlinie gerecht zu werden und es somit nicht mehr möglich war den Funktionären individuelle, politische und soziale Stabilität zu bieten, versagte sie.³⁰⁰

Die Legitimation der SED-Machthierarchie war durch mehrere ideologische Leitsätze geprägt³⁰¹, die sich mit sämtlichen anderen kommunistischen Ländern deckte.³⁰²

Die wichtigsten waren:

- *die bevorzugte Stellung der Partei*
- *der demokratische Zentralismus*
- *die Forderung zur Parteidisziplin und das Verbot zur Bildung von Fraktionen*
- *das staatliche Konstrukt der DDR in der Form der Diktatur des Proletariats*³⁰³

²⁹⁹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 804

³⁰⁰ Ammer, Thomas in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. Vom Deutschen Bundestag Band II/2, 1995, S.992; Vgl Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 804

³⁰¹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 804

³⁰² Siehe dazu: die Merkmale der von der Sowjetunion dominierter kommunistischer Systeme, Kapitel 3.2

³⁰³ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 804

Der Charakter der Verbindlichkeit des Entscheidens

Aus dem Führungsmonopol der SED, welches verfassungsrechtlich abgesichert war, ergab sich die Verbindlichkeit der Parteibeschlüsse für den Staatsapparat.³⁰⁴ Der Charakter der Verbindlichkeit lässt sich also dahingehend beschreiben, dass der Beschluss der Partei absolute Priorität hatte. Auch gegenüber dem Recht und der Verfassung waren die Parteibeschlüsse übergeordnet.³⁰⁵ „Der Vorrang der Parteibeschlüsse galt naturgemäß auch in bezug auf die Verfassung als die oberste Rechtsnorm und bedeutete dann im Klartext, daß der Staat nur insofern an die Verfassung – und alle anderen Rechtsnormen – gebunden war, als ihren Bestimmungen keine SED-Beschlüsse entgegenstanden.“³⁰⁶ Entscheidungen der Partei die verfassungswidrig sind, wären in einem System in welchem die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen galt, wesensfremd und abwegig. Obwohl die absolute Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen sich schon daraus ergab, dass die Strukturprinzipien des politischen Systems der DDR von vornherein nichts anderes zugelassen hätten, sprach die Parteiführung diese Norm des Herrschens immer aus, und verdeutlichte dies formaljuristisch in **personeller** und **institutioneller** Hinsicht.³⁰⁷

In Bezug auf die **Institutionen** des Staatsapparates bedeutete dies, dass die Parteibeschlüsse für diese bindend waren. So hieß es im Ministerratsgesetz v. 16.10.1972³⁰⁸ „daß der Ministerrat „unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“ die Grundsätze der staatlichen Innen- und Außenpolitik ausarbeite und die Durchführung der Staatspolitik leite (§ 1 Abs.1) und daß er seine Aufgaben „in Verwirklichung der Beschlüsse der Volkskammer“ erfülle (§ 2 Abs. 1). In den durch Beschluß des Ministerrats verabschiedeten Statuten der einzelnen Ministerien und sonstigen zentralen Staatsorgane wurde meistens die noch deutlichere Formel verwendet, wonach das jeweilige Ministerium seine Aufgaben „in Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Verfassung der DDR, der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften“ verwirkliche.“³⁰⁹

Der einzige Bereich in dem es keine derartige Bestimmung gab, fand sich im Gerichtsverfassungsgesetz. Der Grund hierbei liegt laut Georg Brunner womöglich darin,

³⁰⁴ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S.1016

³⁰⁵ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1016

³⁰⁶ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1016

³⁰⁷ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1016

³⁰⁸ Vgl. Brunner, in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1016

³⁰⁹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1016

dass die Parteiführung selbst Bedenken dabei gehabt hätte, die angekündigte Unabhängigkeit der Richter auf formaljuristischer Ebene so augenscheinlich herabzusetzen.³¹⁰

Der Geltungsbereich der Parteibeschlüsse in **personeller** Hinsicht bezog die SED-Mitglieder, wie zu erwarten, mit ein. Jedoch änderte dies nichts an der parallel stattfindenden Wahrnehmung von staatlichen Tätigkeitsbereichen. So heißt es über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen vom 19. Februar 1969: „Grundlage für die Tätigkeit der Leiter und anderen Beschäftigten (Mitarbeiter) in den Staatsorganen sind die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, die Erlasse und Beschlüsse des Staatsrates, die Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates sowie die Beschlüsse der örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte,“³¹¹ und weiter „die Mitarbeiter haben die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, die Gesetze und die anderen Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik gründlich auszuwerten und in ihrem Verantwortungsbereich unter Mitwirkung der Werktätigen konsequent durchzuführen.“³¹² Es stellte sich also so dar, dass gegen Beamte, welche die Beschlüsse der SED ignorierten, sowohl Zivilrechtlich als auch Parteirechtlich zur Strafe gezogen werden konnten.³¹³ Der Anteil von SED Mitgliedern bei Justizorganen lag 1985 bei 91,2 %³¹⁴. Die Gründe dafür, dass bei Justizorganen besonderen Wert auf die Mitgliedschaft gelegt wurde, beschreibt Brunner dahingehend, dass diese durch Ihre Eigenschaft als Parteimitglieder verpflichtet waren, Parteibeschlüsse durchzuführen. Gerade bei Staatsanwälten und Richtern hätte man womöglich aufgrund ihrer formalrechtlichen Sonderstellung besonders darauf geachtet.³¹⁵

Wie vorhergehend schon erwähnt führte diese dominante Rolle der Partei in Gesellschaft und Staat in Verbindung mit dem demokratischen Zentralismus dazu, dass sich die Macht

³¹⁰ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1017

³¹¹ § 2 Abs. 2 und 3 Verordnung über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen v. 19.02.1969, (GBL. DDR II S. 163), zitiert nach Internetquelle:
<http://www.verfassungen.de/de/ddr/mitarbeiterstaatsorgane69.htm>

³¹² § 2 Abs. 2 und 3 Verordnung über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen v. 19.02.1969, (GBL. DDR II S. 163), zitiert nach:
<http://www.verfassungen.de/de/ddr/mitarbeiterstaatsorgane69.htm>

³¹³ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1017

³¹⁴ Zentrales Parteiarchiv der SED. Zentralkomitee der SED. Abteilung Staats- und Rechtsfragen. Aktenzeichen 10003. S. 17, zitiert nach Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1017

³¹⁵ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1017

auf höchster Ebene der Parteiorgane konzentrierte.³¹⁶ Aufgrund der Tatsache, dass die Entscheidungsprozesse und die Auswahl der Träger von Funktionen nach dem System des demokratischen Zentralismus von statten gingen, welcher den höchsten Parteiorganen die größten Machtbefugnisse zuteilte, war die DDR trotz ihrer großen Mitgliederzahl von den Eigenschaften einer Kaderpartei gezeichnet.³¹⁷

Absolute Verbindlichkeit herrschte in der DDR in Bezug auf die Entscheidungen, welche die SED-Führung traf.

3.4.1.1 Die Parteiführung

Vorbild für den Parteaufbau und die Struktur der Führung war für die SED die sowjetische KPdSU.³¹⁸ Das Parteistatut hat hinsichtlich der Parteispitze, welche gebildet wurde durch das *Politbüro* und *ZK-Sekretariat*, nur bescheidene Aussagen getätigt.³¹⁹ So ist einzig und alleine vom ZK-Sekretariat und Politbüro die Rede, wenn es darum geht, wen das Zentralkomitee zu wählen hat.

- „zur politischen Leitung der Arbeit des Zentralkomitees zwischen den Plenartagungen das **Politbüro**
- zur Leitung der laufenden Arbeit, hauptsächlich zur Durchführung und Kontrolle der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader, das **Sekretariat**“³²⁰.

Detailliertere Angaben zu den Aufgaben und Kompetenzbereichen des Politbüros und Sekretariats sind im Statut der SED nicht ersichtlich. Vom **Generalsekretär**, welcher eine herausgehobene Stellung im politischen System der DDR einnahm, gab es überhaupt keine Angaben im Bezug auf seine Aufgaben und Befugnisse im politischen Spektrum der DDR.³²¹

Die politische Führung der DDR bestand aus einer oligarchischen Gruppe aus etwa 30-40 Personen, welche alle politischen Grundsatzentscheidungen getroffen haben. Das

³¹⁶ Vgl. Brown (2009), S 157, siehe auch Kapitel 2, Seite 54

³¹⁷ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 807

³¹⁸ Vgl. Schroeder (1998). S. 395

³¹⁹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 830

³²⁰ Statut der SED (1976), S. 18 Ziffer 42

³²¹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 18

Herrschaftszentrum der DDR wurde von der Parteiführung der SED gebildet. Auf institutioneller Ebene waren dies:

- a) das **Politbüro**
- b) das **ZK-Sekretariat** und
- c) im speziellen der **Generalsekretär**³²²

zu a) Der institutionalisierte Mittelpunkt des Herrschaftszentrums bildete das Politbüro, welches aus etwa 20-25 Personen bestand.³²³ „Nach dem XI. Parteitag im April 1986 gehörten dem Politbüro 22 Vollmitglieder und fünf Kandidaten“ an.³²⁴ Das System der DDR war dadurch gezeichnet, dass es keine eindeutige Zuständigkeitsordnung gab, die *Kompetenzkompetenz* lag beim Politbüro.³²⁵ Das heißt, das Politbüro hatte die „Entscheidungsbefugnis über die Zuständigkeiten“³²⁶, neben der „Befugnis über die Besetzung von Spitzenämtern in Partei, Staat und Gesellschaft“³²⁷, der „Personalkompetenz“.³²⁸

Laut Statut der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war zwar formal der Parteitag das höchste Organ³²⁹, in der Realität stellte es sich jedoch so dar, dass das Politbüro diese Funktion inne hatte.³³⁰ Dies zeigte sich auch unter anderem dadurch, dass es für das Politbüro möglich war, über jegliche Angelegenheiten, auch staatliche, Besitz zu ergreifen und Entscheidungen darüber zu fällen.³³¹

Das Politbüro bestand zum einen aus den ZK-Sekretären, zum anderen gehörten diesem auch laufend mehrere Sekretäre von wichtigen Bezirksleitungen an.³³² So war beispielsweise der Erste Sekretär der Bezirksleitung Berlin, Günther Schabowski Mitglied des Politbüros. Daneben waren ebenfalls die wichtigsten Vertreter von Staatsrat, Volkskammer, Nationalem Verteidigungsrat, Ministerrat, des Zentralen Parteikontrollmission, und der Vorsitzende des freien deutschen Gewerkschaftsbundes

³²² Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 990

³²³ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2 (1995), S. 1003

³²⁴ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 831

³²⁵ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1003

³²⁶ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 831

³²⁷ Ebd., S. 831

³²⁸ Ebd., S. 831

³²⁹ Vgl. Statut der SED (1976), S. 16 Ziffer 34

³³⁰ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1004

³³¹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 830

³³² Vgl. ebd., S. 831

(FDGB) Angehörige des Politbüros.³³³ Nach dem letzten Parteitag 1986 gehörten nur zwei Frauen dem Politbüro als Kandidaten an, eine davon war ebenfalls Angehörige des ZK-Sekretariats.³³⁴ Jedoch waren diese relativ Einflusslos und mussten sich über Jahrzehnte hinweg mit dem Kandidatenstatut zufrieden geben, ohne je bedeutsame Funktionen inne zu haben³³⁵. Da den Mitgliedern des Politbüros sowie des ZK-Sekretariats in der Regel langjährige Arbeit in der Partei- bzw. Staatsebene bevorstand, und es kaum Fluktuationen auf höchster Ebene gab, war auch das Alter in diesen beiden Gremien dementsprechend hoch und durch stetigen Anstieg gezeichnet. Während der Ulbricht Ära betrug das durchschnittliche Alter der Politbüro Mitglieder noch 52 Jahre, unter Erich Honecker stieg es auf 62 Jahre an, und schließlich 1989 betrug das durchschnittliche Alter eines Politbüro Mitglieds 67 Jahre.³³⁶

zu b) Alle ZK-Sekretäre waren ebenfalls Mitglied oder Kandidat des Politbüros. Die Aufgaben des ZK-Sekretariats lagen in der Führung des zentralen Parteiapparats, der Leitung und Kontrolle der Durchführung der vom Politbüro gefällten Beschlüsse. Im Bereich der Kaderpolitik war das Sekretariat die höchste zuständige Behörde, und innerhalb der Parteiorganisation war sie die Spitze der Exekution.³³⁷ Eine weitere wichtige Kompetenz war die Anleitung der Kreis- und Bezirksleitungen, die mit der Unterstützung des Zentralkomitees durchgeführt wurden.³³⁸ Während die Aufgaben des Politbüros eher die Entscheidung, Planung, und Kontrolle von allgemeinen Prozessen waren, war das ZK-Sekretariat mehr für die Ausführung der konkreten Arbeit zuständig, sozusagen als die letzte Instanz vor dem Politbüro.³³⁹ Dem ZK-Sekretariat gehörten nach dem XI. Parteitag im Jahre 1986 neben dem Generalsekretär zehn Mitglieder an.³⁴⁰ Unter der Leitung des Generalsekretärs tagte das ZK-Sekretariat mindestens einmal wöchentlich.³⁴¹

³³³ Vgl. Schroeder (1998), S.397

³³⁴ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 831

³³⁵ Vgl. Schroeder (1998), S. 397

³³⁶ Vgl. ebd., S. 397

³³⁷ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 832

³³⁸ Vgl. ebd., S. 832

³³⁹ Offner, Hannelore; Schroeder Klaus: Eingegrenzt – Ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteienherrschaft in der DDR 1961-1989: Oldenbourg Akademieverlag, Berlin, 2000, S. 19

³⁴⁰ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 832

³⁴¹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 832

Überschneidungen und Unterschiede Politbüro ZK-Sekretariat

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass manche Aufgaben von beiden Gremien übernommen wurden, sodass es zu Kompetenzüberschneidungen kam. Beide waren beispielsweise für die Personalfragen zuständig. Das Politbüro traf Grundsatzentscheidungen, das ZK-Sekretariat regelte Detailfragen und bereitete Grundsatzentscheidungen vor. Selbiges galt in anderen politischen Bereichen. Oft kam es vor, dass sowohl Politbüro als auch ZK-Sekretariat ähnliche oder gleiche Probleme behandelten. Der Unterschied bestand darin, dass das Politbüro diese in allgemeiner Form behandelte, das ZK-Sekretariat durch Kontrollmaßnahmen und detaillierte Beschlüsse.³⁴² Aufgabe des Politbüros war es, den grundlegenden politischen Kurs der DDR zu bestimmen und zu überwachen, dem ZK-Sekretariat oblag die operative Führung und organisatorische Arbeit der SED.³⁴³ Jedoch ging aufgrund von Kompetenzüberschneidungen eine Verwischung dieser Grenzen von statten, sodass es zwischen diesen beiden Führungsgremien eine bisweilen machtpolitische Konkurrenz gab.³⁴⁴ „So nutzte Ulbricht das von ihm dominierte ZK-Sekretariat in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gegen das Politbüro zur Durchsetzung seiner Vorstellungen ebenso, wie Honecker in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Entscheidungen der von Ulbricht gegen den Parteiapparat eingesetzten Expertengremien durch Beschlüsse des ZK-Sekretariats konterkarierte.“³⁴⁵

zu c) Der Generalsekretär war innerhalb von Staat und Partei die wichtigste Person. So war er im Normalfall verantwortlich für die Leitung der Sitzungen des ZK-Sekretariats und des Politbüros, sowie der Führer der zentralen Parteiapparates. Der Hauptgrund weshalb der Generalsekretär eine herausragende Rolle im politischen System der DDR, aber auch in allen anderen ehemaligen kommunistischen Osteuropäischen Ländern hatte, war, dass dieser über die uneingeschränkte Verfügungsmöglichkeit in den vorher genannten Institutionen verfügte.³⁴⁶ „Schon Stalin gelang es, sich über dieses zunächst mit rein administrativen Aufgaben ausgestattete Amt Schritt für Schritt die Macht in der KPdSU zu sichern. Auch die Macht seines Protegés Ulbricht basierte von Beginn an auf dessen

³⁴² Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 832

³⁴³ Vgl. Beschluss des Politbüros über die Geschäftsordnung des Zentralkomitees und seines Apparats vom 15.09.1953, abgedruckt in: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 184-188. zitiert nach: Wagener, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED: Ch Links, Berlin, 2002, S. 122

³⁴⁴ Vgl. Wagener (2002), S. 122

³⁴⁵ Vgl. Kaiser, Die zentrale der Diktatur, S. 81, zitiert nach: Wagener (2002), S. 122

³⁴⁶ Vgl. Schroeder (1998), S. 395

direktem Zugriff auf den zentralen Parteiapparat.“³⁴⁷ Entscheidend dafür, dass dieser eine ausgesprochen starke Fülle von Macht besaß, war also, dass er zuständig war für die Tagesordnung der Sitzungen sowohl für das ZK-Sekretariat als auch für das Politbüro. Auch war es sein Recht unmittelbar in die Tätigkeit aller ZK-Abteilungen und Sekretariatsbereiche einzugreifen, und zu entscheiden inwiefern und ob die Verteilung von geheimen oder anderen Informationen von statten geht.³⁴⁸ Aufgrund der Tatsache, dass die meisten anderen Spitzenfunktionäre politisch und unbürokratisch waren, hatte der Generalsekretär die Möglichkeit gewisse Angelegenheiten ohne der Hinzuziehung des Politbüros zu erledigen.³⁴⁹

„So wird berichtet, daß jedenfalls in der späteren Honecker-Ära das Politbüro nicht mit Fragen der inneren Sicherheit befaßt worden sei. Sie wurden zwischen Parteichef Honecker und Stasi-Chef Mielke bilateral geregelt, und dieses Verfahren wurde von den anderen im Zeichen des Ressortdenkens hingenommen. In der späteren Honecker Ära war laut Berichten im Bereich der inneren Sicherheit das Politbüro nicht vertraut. Vielmehr wurde dieser Aufgabenbereich zwischen Erich Honecker und Erich Mielke untereinander geregelt.“³⁵⁰

So spricht auch Fricke davon, dass „sich zwischen Honecker und Mielke im Laufe der Zeit eine enge Beziehung entwickelt hat [...], [und] nach der allwöchentlichen Politbüro-Sitzung im Gespräch unter vier Augen das Nötigste zu Fragen der inneren Sicherheit beraten.“³⁵¹

Abgesehen von der herausragenden Rolle des Generalsekretärs im Bereich des Parteiapparats der SED, verschränkte er diese Macht mit *Staatlichen Funktionen*. So stand der jeweilige Generalsekretär an der Spitze des

³⁴⁷ Schröder (1998), S. 395

³⁴⁸ Vgl. Kaplan, Karel: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei I. Der Generalsekretär. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, zitiert nach: Ammer (1995), S. 838/839

³⁴⁹ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1005

³⁵⁰ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1005

³⁵¹ Fricke, Karl Wilhelm: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit, in: Florath, Bernd; Mitter Armin; Wolle Stefan (Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft: Links, Berlin, 1992, S. 134

Nationalen Verteidigungsrates,

welcher ausschließlich aus hohen SED-Funktionären bestand.³⁵² Dieser wurde 1960 gegründet, und bestätigte in jenem Jahr sein eigenes Statut. Offiziell besagte dieses, dass der Nationale Verteidigungsrat im Falle einer inneren oder äußeren Krise, wenn es der Notwendigkeit bedurfte, dauerndes Führungsorgan ist, und die militärische und exekutive Leitung von Staat, Wirtschaft und Partei auf diesen übertragen wird. In Friedenszeiten waren seine offiziellen Aufgaben die Steuerung und Planung der ostdeutschen Militär- und Sicherheitspolitik. Um dies zu ermöglichen war er schon zu Friedenszeiten im Besitz des Rechts alle diesbezüglichen Verordnungs- und Gesetzesentwürfe zu bestätigen, im Falle eines Krieges oder Notstandes wurde dieses Recht auf alle Rechtsakte ausgedehnt.³⁵³

Seine wirklichen Aufgaben sind jedoch immer noch nicht ausreichend ausgewertet worden. Die Annahme, dass es hierbei um eine Institution handelte in welcher militärische und sicherheitspolitische Fragen beantwortet wurden, war vor allem darauf zurückzuführen, dass dieser unter absoluter Geheimhaltung tagte³⁵⁴, sowie dem Umstand dass es immer der Parteivorsitzende war der dem Nationalen Verteidigungsrat vorsah [Ausnahme zwischen der Übergangsperiode von Ulbricht und Honecker³⁵⁵].³⁵⁶ Realpolitisch stellte es sich so dar, dass der Nationale Verteidigungsrat etwa 2-3 Sitzungen im Jahr abgehalten hat, in denen zum Großteil militärische Personal- und Strukturfragen behandelt wurden. Im Jahre 1967 trat eine Neufassung des Statuts in Kraft, welche die Außenverteidigung gegenüber der inneren Bedrohung stärker betonte. Es ging ein Ausbau der Verfügungsgewalt der Partei gegenüber dem vollständigen Staatswesen einher. Im Kriegsfall war der Nationale Sicherheitsrat nun für die operative Gesamtführung der DDR verantwortlich.³⁵⁷ „Die neue Version stärkte insbesondere die Position des NVR-Vorsitzenden, der ohnehin schon mit dem ersten Statut von 1960 den Oberbefehl für alle bewaffneten Organe der DDR im Kriegsfall zugesprochen hatte [...]“³⁵⁸

³⁵² Vgl. Schroeder (1998), S. 395

³⁵³ Vgl. Wagener (2002), S. 512

³⁵⁴ Vgl. Brunner, Georg: Das Staatsrecht der Deutschen Demokratischen Republik, in: J. Isensee – P. Kirchhof (Hrsg), Handbuch des Staatsrechts, zitiert nach: Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1007

³⁵⁵ Benz, Wolfgang; Scholz, Michael F.: Handbuch der deutschen Geschichte. Band 22. Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 - 1949, Die DDR 1949 – 1990, Stuttgart: Klett-Cotta, 2009, S. 610

³⁵⁶ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1007

³⁵⁷ Vgl. Wagener (2002), S. 512

³⁵⁸ Wagener (2002), S. 512

Es ist also davon auszugehen, dass der Nationale Verteidigungsrat nur ein Instrumentarium des Parteivorsitzenden war, seine Macht auf staatlicher Ebene institutionell auszubauen. Ersichtlich ist dies durch den Fokus der Entscheidungen im Nationalen Sicherheitsrat durch den Parteivorsitzenden, der diesem, wie schon erwähnt, bis auf eine kurze Übergangsphase vorstand.³⁵⁹

Die Angelegenheiten der Staatsicherheit wurden nicht im Nationalen Verteidigungsrat besprochen.³⁶⁰ In der Honecker-Ära wurden diese wie schon erwähnt, gemeinsam durch Erich Honecker und Erich Mielke bestimmt.³⁶¹ An diesem Beispiel wiederum zeigt sich die Möglichkeit des Parteivorsitzenden ohne Einschaltung der obersten Gremien wichtige politische Entscheidungen zu treffen.

Nach dem Tod von Wilhelm Pieck, dem damaligen Staatspräsidenten der DDR, schuf Walter Ulbricht 1960 den

Staatsrat

um ein weiteres persönliches Machtinstrument in seinen Händen zu haben. So waren sowohl Walter Ulbricht als auch Erich Honecker Vorsitzende des Staatsrats. In ihrer Funktion konnten sie innen- und außenpolitischen Repräsentationsaufgaben in der Form eines Staatsoberhauptes wahrnehmen, und waren dazu im Stande jene Aufgaben ohne hinzuziehen des Politbüros abzuwickeln, wenn es sich in Ihrer Interpretation um Angelegenheiten handelte, die der Rolle des Landesvaters zukam.³⁶²

Im Statut des Nationalen Verteidigungsrates heißt es, dass seine Mitglieder vom Staatsrat berufen werden.³⁶³ Der Staatsratsvorsitzende war durch Personalunion mit dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates verbunden. Der Staatsratsvorsitzende ernannte den Vorsitzenden des Verteidigungsrates auf Vorschlag der Volkskammer³⁶⁴, die wiederum umsetzte was die SED, deren Vorsitzender Ulbricht war, vorgab. Die Mitglieder

³⁵⁹ Benz, Scholz (2009), S. 610

³⁶⁰ Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1007

³⁶¹ Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1005

³⁶² Vgl. Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1006

³⁶³ BA-MA, DVW-1/39461, 4. NVR-Sitzung vom 20.01.61, TOP 9.: Änderung bzw. Ergänzung des Statuts des Nationalen Verteidigungsrates, zitiert nach: Wagener (2002), S. 184

³⁶⁴ Wagener (2002), S. 184

des Sicherheitsrates konnten vom Staatsrat selbstständig bestimmt werden.³⁶⁵ „Eine letzte denkbare Kontrolle des NVR wurde faktisch ausgehebelt, bestimmte das NVR-Statut doch den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht als Kontrolleur des Verteidigungsratsvorsitzenden Ulbricht.“³⁶⁶ So heißt es im Statut: „Grundsätzliche Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik sind dem Staatsrat zur Bestätigung vorzulegen.“³⁶⁷

In Anlehnung an das Präsidium des obersten Sowjets entsprachen die Funktionen des Staatsrates diesem mit dem Unterschied, dass die Stellung des Vorsitzenden stärker verankert war.³⁶⁸ Die Sitzungen des Staatsrates variierten, fanden in den 60er Jahren noch bis zu 10 Sitzungen jährlich statt, so reduzierten sich diese auf drei bis vier Sitzungen unter Erich Honecker. Dass es beim Staatsrat hauptsächlich darum ging, dass der Parteichef ein weiteres Gremium der Machtausübung hatte, zeigte die Entmachtung Ulbricht durch die Ablöse in allen Parteiämtern. Zwar durfte er bis zu seinem Tode weiterhin Vorsitzender des Staatsrates sein, doch hatte er mit diesem Amt keinerlei Einfluss. Die formalen Befugnisse, welche der Staatsrat inne hatte, wurden dann nach der Verfassungsrevision vom Jahre 1974 beträchtlich vermindert. Nach dem Tod von Walter Ulbricht 1973, und einer kurzen Übergangsphase im Vorsitz des Staatsrates durch Willi Stoph, übernahm 1976 Erich Honecker diesen und vereinte somit wieder die Funktionen des Parteichefs und des Staatsoberhauptes.³⁶⁹

Es ist klar ersichtlich, dass der Parteivorsitzende (Generalsekretär/Erster Sekretär), die Macht in seiner Hand bündelte, und sowohl der Nationale Sicherheitsrat als auch der Staatsrat ihren Sinn darin fanden, die Aufgabe der Zentralisierung der Macht zu erfüllen. Das Verhältnis zwischen der Partei und den staatlichen Institutionen war ganz klar auf der Seite der SED, allen voran in den Händen des Generalsekretärs bzw. Ersten Sekretärs. Auch in Bezug auf die Kulturpolitik der SED ist in Kapitel 5.2 ersichtlich, dass diese sämtliche staatlichen Institutionen beherrschte.

³⁶⁵ Wagener (2002), S. 184

³⁶⁶ Wagener (2002), S. 184

³⁶⁷ BA-MA, DVW-1/39461, 4. NVR-Sitzung vom 20.01.61, TOP 9.: Änderung bzw. Ergänzung des Statuts des Nationalen Verteidigungsrates, zitiert nach: Wagener (2002), S. 184

³⁶⁸ Vgl Weber (2006), S. 56

³⁶⁹ Vgl Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1006

3.4.2 Der organisatorische Aufbau der SED

Die SED war gemäß des Territorial- und Produktionsprinzips auf drei großen Ebenen organisier, die wiederum aus unterschiedlichen Zusammenfassungen und Unterteilungen bestanden. Dieses waren die

- a) Grundorganisationen
- b) Kreisparteiorganisationen
- c) Bezirksparteiorganisationen³⁷⁰

zu a)

Insgesamt gab es 59.103 Grundorganisationen, welche in Betriebe, Genossenschaften, Behörden und anderen Einrichtungen und Wohngebieten tätig waren. Die Bildung dieser für die untere Ebene bedeutungsvollste Organisationseinheit war möglich, wenn in einer Behörde, in einem Betrieb oder in einer anderen Institution zumindest drei Parteimitglieder ihren Dienst versahen. Durchschnittlich waren Mitte der achtziger Jahre ca. 26 bis 27 Personen in einer Grundorganisation vereint.³⁷¹ Durch ihre Bildung wollte die Partei vor allem ihren Einfluss auf der Ebene von Politik, Ideologie und Organisation zur Verwirklichung der Ziels, die führende Rolle in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen zu sein, sichern.³⁷² „Das reale politische Gewicht der verschiedenen Grundorganisationen und ihrer Leitungen und damit vor allem der Einfluß und die Verantwortlichkeit der Parteisekretäre waren entsprechend dem Bereich, in dem die Grundorganisation existierte unterschiedlich“³⁷³. So hatte der Parteisekretär erheblichen Einfluss in Verwaltungen, Betrieben und anderen gesellschaftlichen Institutionen.³⁷⁴ Da diese jedoch, gemäß des demokratischen Zentralismus‘, von der höheren Ebene angeleitet wurden³⁷⁵, war der Handlungsspielraum der Grundorganisationen begrenzt.

³⁷⁰ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 815

³⁷¹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 816

³⁷² Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), laut Statut, Ziff. 57a, S. 816

³⁷³ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 818

³⁷⁴ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), zitiert nach Schroeder (1998), S. 392

³⁷⁵ Vgl. Schroeder (1998), S. 392

zu b)

Auf nächsthöherer Ebene waren die 265 Kreisparteiorganisationen von welchen 243 territorial in Land- und Stadtkreisen gegliedert waren. Die restlichen 23 waren nach ihrer Funktion in Universitäten und Hochschulen, zentralen Staatsorganen sowie Großbetriebe organisiert.³⁷⁶ Verantwortlich für die Arbeit in den Kreisparteiorganisationen war die entsprechende Kreisleitung. Durchschnittlich waren in diesen sechzig Mitglieder beschäftigt und bestimmten de facto gemäß den Vorgaben von Bezirksleitung und ZK, ihre Sekretäre, welche sich für bestimmte Aufgabenbereiche verantwortlich zeichneten.³⁷⁷

„Unter den parteiinternen Aufgaben einer Kreisleitung stand die Anleitung der Grundorganisation im Vordergrund, die sowohl durch die Mitglieder des Sekretariats und der übrigen Kreisleitung als auch durch ehrenamtliche Instruktoren erfolgte.“³⁷⁸

Die Sekretäre der Kreisleitungen stellten das regionale Machtzentrum der Partei dar,³⁷⁹ jedoch war es ihnen nicht möglich sich über die Beschlüsse der Bezirksorganisationen hinwegzusetzen.³⁸⁰ Vielmehr „wirkten [sie] als verlängerter Arm der Parteiführung und des zentralen Apparats [...]“³⁸¹

zu c)

Organisatorisch über den Kreisen standen die siebzehn Bezirksparteiorganisationen, von welchen wiederum fünfzehn territorial gegliedert wurden. Die restlichen zwei Parteiorganisationen auf Bezirksebene beinhalteten die funktionale Gliederung der Grenztruppen und der NVA (Nationale Volksarmee), wie auch der Gebietsorganisation Wismut.³⁸² Abhängig von der Größe der Bezirksparteiorganisation waren zwischen 70.000 und 250.000 Mitarbeiter in diesen beschäftigt.³⁸³ Die Bezirksleitung bestand aus etwa 100 Personen und wählte, wie auf Ebene der Kreisleitungen, seine Sekretäre sowie die Bezirksparteikontrollmission.³⁸⁴ „Die wichtigste parteiinterne Aufgabe einer Bezirksleitung war die Anleitung der Kreisleitungen, teilweise auch direkt von besonders

³⁷⁶ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 815

³⁷⁷ Vgl. Schroeder (1998), S. 392

³⁷⁸ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 822

³⁷⁹ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 822

³⁸⁰ Vgl. Schroeder (1998), S. 393

³⁸¹ Schroeder (1998), S. 393

³⁸² Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 815

³⁸³ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 823

³⁸⁴ Vgl. Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 823

wichtigen Grundorganisationen.³⁸⁵ Sie fungierten als Bindeglied zwischen dem Zentralkomitee und den Kreisleitungen, und waren ebenfalls ein Kontroll- und Anleitungsorgan für Institutionen, die auf staatlicher Ebene angesiedelt waren.³⁸⁶ Jedoch gab es auch auf der Ebene der Bezirksleitungen „keine wichtige staatliche Entscheidung ohne die Billigung der entsprechenden Parteiinstanz.“³⁸⁷

Gemäß des demokratischen Zentralismus (*siehe Kapitel 3.2, Seite 54*), der auf Ebene von Partei, Staat und Gesellschaft eine hierarchische Entscheidungsstruktur voraussetzte³⁸⁸, waren, wie auch der territoriale und funktionale Aufbau der SED zeigt, die Vorgaben und Anweisungen der höheren Ebene gegenüber der niedrigen zwingend bindend.

3.5 Resümee des Kapitels

Kommunistische Systeme basieren im Allgemeinen darauf, dass sich eine Minderheit gegen eine Mehrheit durchsetzte, und die Mehrheit den Vorstellungen der Minderheit entsprechen musste. Zwar gab es wie ersichtlich vor 1945 gewisse Erfolge kommunistischer Parteien, trotzdem blieben sie im gesamten gesehen eine Minderheit.

In westeuropäischen Ländern gelang es Ihnen nie die stärkste Linke Kraft in einem Land zu sein „In den meisten westlichen Ländern stellten die kommunistischen Parteien während der Komintern bis zum Fall des Kommunismus in Europa – zu keinem Zeitpunkt die Mehrheit der Linken.“ Die Kommunisten waren generell nur eine winzige Minderheit der Bevölkerung³⁸⁹ Aufgrund ihrer straffen Organisation und der Disziplin, war Ihr Einfluss, allen voran in der Gewerkschaftsbewegung, jedoch weitaus stärker, als es zahlenmäßig den Anschein macht.³⁹⁰

Die Ausgangslage kommunistischer Systeme musste daher von vornherein repressiv sein und war ein wesentliches Element kommunistischer Herrschaft. Es war daher nicht verwunderlich, dass kommunistische Staaten, in dieser Arbeit vor allem in Bezug auf die

³⁸⁵ Ammer in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 825

³⁸⁶ Vgl. Schroeder (1995), S. 394

³⁸⁷ Schroeder (1995), S. 395

³⁸⁸ Vgl. Schroeder (1998), S. 389

³⁸⁹ Brown (2009) S. 167

³⁹⁰ Brown (2009) S. 167

DDR, von einer enormen Dichte von Kontrollmaßnahmen gezeichnet sein mussten, aus denen ein übergroßer Sicherheitsapparat resultierte.

Das heißt, die Tatsache, dass es diese starke Kontrollmechanismen gab, resultierte aus dem Umstand heraus, dass es immer eine Minderheit war die sich gegenüber einer Mehrheit durchsetzen musste.

Die Durchleuchtung der gesamten Gesellschaft war nötig um ein solches System überhaupt aufrecht erhalten zu können. Bezüglich der stark vorhandenen Sicherheitsdienste in kommunistischen Ländern ist vorab anzumerken, dass das System eben nur funktionieren konnte, weil der Repressionsapparat so aufgebaut war, dass dieser bis in die privaten Winkel mittels eines Spitzelsystems die Gesellschaft kontrolliert hat. In kommunistischen Systemen herrschte im Allgemeinen eine Legitimationsproblematik, die fehlende Legitimation konnte nur mit Repressionen ausgeglichen werden. In Bezug auf die DDR war das Ausführende Organ der SED, das Ministerium für Staatssicherheit, wesentlicher Akteur zur Umsetzung von Repressionen.

3.6 Überleitung in nächstes Kapitel

Daraus ergibt sich die nähere allgemeine Betrachtungsweise der Staatssicherheit als Repressionsorgan der SED in folgendem Kapitel 4 sowie im speziellen, in Bezug auf Repressionen gegenüber literarischen Intellektuellen, in Kapitel 5.2.2.2

Ein weiterer Grund für die notwendige Betrachtungsweise der Staatssicherheit ist, dass vor der Analyse der Intellektuellenpolitik der SED nach den Ereignissen in Ungarn in Bezug auf das MfS (*siehe Kapitel 7.3.2*), sowie der Politik der Staatssicherheit (im Auftrag der SED) gegenüber literarischen Intellektuellen (*siehe Kapitel 5.2.2.1*), das Wissen um die Struktur und den Mechanismen des Ministeriums für Staatssicherheit essentiell ist. Genauso wie in Kapitel 3.2 die von der Sowjetunion dominierten Merkmale kommunistischer Systeme betrachtet wurden um einen Kontext zur Herrschaftsstruktur der DDR herzustellen, so wird auch in Kapitel 4.4 das Verhältnis zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit und dem sowjetischen Geheimdienst genauer betrachtet.

4 Die Staatssicherheit als Repressionsapparat der SED

4.1 Einleitung

Wie eingehend erwähnt, konnte sich das System der DDR nur so lange durchsetzen indem die Bevölkerung dauernden Repressionen ausgesetzt wurden. Diese mussten angewendet werden, da die SED niemals die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte. „Da sich die SED nicht auf eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung stützen konnte, musste sie auf Weisung und unter Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht zur Sicherung ihrer Macht schon frühzeitig eigene Sicherheitsapparate in der SBZ aufbauen.“³⁹¹

Im Unterschied zu westlichen Geheimdiensten war das Ministerium für Staatssicherheit nicht nur Nachrichtendienst sondern kombinierte drei Hauptfunktionen die für Repressionen notwendig waren So war das MfS:

- **„Nachrichtendienst**
- **Politische Geheimpolizei** und
- **Juristisches Untersuchungsorgan** in einem.³⁹²

„[...] schon deswegen geht jeder Vergleich mit Verfassungsschutzorganen oder Nachrichtendiensten in demokratischen Gesellschaften fehl.“³⁹³

Die Staatssicherheit war nicht das einzige Organ, welches tätig war um Repressionen durchzuführen. Zusammen mit Justiz, Volkspolizei und Parteiapparat mit Sicherheit aber das bedeutendste. Auch kann man der Staatssicherheit nicht den Ausgangspunkt von Unterdrückung und Gewaltanwendung gegen Personen mit abweichendem Gedankengut zurechnen. Vielmehr ist hierbei die SED zu nennen, welche die ideologische Rechtfertigung dafür lieferte.³⁹⁴ „Als Schild und Schwert der Partei“ hatte das MfS jedoch die Gefahren für die staatliche Sicherheit abzuwehren, namentlich diejenigen, die

³⁹¹ Courtois (2007), S. 124

³⁹² Vgl. Schroeder (1998), S. 430

³⁹³ Schroeder (1998), S. 430

³⁹⁴ Vgl. Engelmann, Roger (Hrsg.); Florath Bernd (Hrsg.); Heidemeyer Helge (Hrsg.); Münkler Daniela (Hrsg.); Polzin, Arno (Hrsg.); Süß Walter (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin: Ch.Links-Verlag, 2011, S. 10

tatsächlich oder vermeintlich vom Westen ausgingen, und jede politische Opposition möglichst im Keim zu ersticken.“³⁹⁵

Der Ausbau des Sicherheitsapparates ging sogar so weit, dass selbst andere kommunistische Länder in Bezug auf die Anzahl der Beschäftigten bei weitem darunter lagen. Zwar verzeichneten auch diese eine Zuwachsrate der Überwachungsichte, doch nicht in dem Ausmaß wie dies in der DDR von statten ging. So kamen in der DDR 1989 auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit ca. 180 Bürger, in der Sowjetunion war das Verhältnis 1:595.³⁹⁶ „Gemessen an der Bevölkerungsanzahl entwickelte sich das Ministerium für Staatssicherheit in den „langen siebziger Jahren“ zu dem wohl größten geheimdienstpolizeilichen und geheimdienstlichen Apparat der Weltgeschichte.“³⁹⁷ Schon 1953, vier Jahre nach der Gründung der DDR, gab es einen Aufstand, der nur mit Hilfe der Sowjetunion niedergeschlagen werden konnte. Ein weiteres deutliches Zeichen dafür, dass die Bevölkerung diesen Staat von Beginn an gar nicht wollte, und schon kurz nach seiner Gründung in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Der 15. Juni 1953 stellte für die Staatssicherheit eine Zäsur dar und geriet dadurch in eine Krise. Schon damals war das MfS von der Bevölkerung verhasst und wurde von Demonstranten gestürmt.³⁹⁸ Durch diese Ereignisse wurde sich die DDR-Führung bewusst, dass nur durch Repressionen gegen die Bevölkerung die Möglichkeit besteht sich gegen potentielle Umsturzversuche zu wehren. Schlussendlich gelang es der Staatssicherheit nicht ihr ursprüngliche Aufgabe, die Sicherung der Macht der SED, zu gewährleisten.

³⁹⁵ Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 10

³⁹⁶ Vgl. Gieseke, Jens: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin: Ch. Links-Verlag, 2000, S. 538

³⁹⁷ Gieseke (2000), S. 538

³⁹⁸ Vgl. Schroeder (1998), S. 435

4.1.1 Exkurs: Möglicher Beweggrund für die Nichterfüllung der Aufgabe der Staatssicherheit im Jahr 1990 anhand der Posttotalitarismustheorie von Linz.³⁹⁹

Eine mögliche Erklärung warum die Sicherung der Macht der SED durch die Staatssicherheit nicht gelang, findet sich in der Posttotalitarismustheorie von Linz und Stepan. „Die Diskrepanz zwischen der ständig wiederholenden Beschwörung der Ideologie und deren zunehmender Irrelevanz für die Richtlinien der Politik oder, noch schlimmer, ihr auffälliger Widerspruch zur sozialen Realität trägt dazu bei, Bindung und Glauben an das Regime bei den Funktionären auf den mittleren und unteren Ebenen zu untergraben. Eine derartige Situation kann zum schnellen Zusammenbruch des Regimes beitragen, wenn die mittleren Funktionäre des Apparates von schweren Zweifeln geplagt werden, ob sie denn das Recht hätten, auf Bürger schießen, die gegen das Regime und seine Ideologie protestieren – wie die Ereignisse in der DDR und der Tschechoslowakei im Jahre 1989 zeigen.“⁴⁰⁰

4.2 Gründung und Aufgaben der Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde Anfang 1950 offiziell von der Staats- und Parteiführung errichtet. Das SED-Politbüro befürwortete im Jänner 1950 einen Bericht der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, der zentralen Kommission für staatliche Kontrolle sowie der Kriminalpolizei. Dieser Bericht besagte, dass Agenten Spione und Saboteure versuchen würden den jungen Staat zu destabilisieren, und empfahl dem Innenminister die *Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft*, welche im Innenministerium angesiedelt war, in ein eigenes Ministerium für Staatssicherheit umzustrukturieren. Innenminister Dr. Karl Steinhoff brachte daraufhin einen Gesetzesentwurf ein, welcher vorsah die DDR-Regierung um ein fünfzehntes Ressort zu erweitern, nämlich um das Ministerium für Staatssicherheit. Durch die Umwandlung der

³⁹⁹ Posttotalitarismus siehe Kapitel 2.1.3.2

⁴⁰⁰ Vgl. Friedheim, Daniel: Regime Collapse in the Peaceful East German Revolution: The Role of Middle-Level Officials“ in: German Politics, April 1993, S. 97-112; sowie seine an der Yale University verteidigte Dissertation, zitiert nach: Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 250

Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in eben dieses, sollte jegliche Form der Spionage und Sabotage unterbunden werden.⁴⁰¹

Der Auftrag der neuen Behörde lag laut Innenminister Steinhoff beim

- Schutz der Volkswirtschaft vor Anschlägen verbrecherischer und sonstiger Elemente, und
- dem Kampf gegen Saboteure, Diversanten, Agenturen und Spione, welche die demokratische Entwicklung, Friedenswirtschaft und die Erfüllung der Wirtschaftspläne unmöglich machen.⁴⁰²

„Die Abgeordneten folgten dem Innenminister: Sie verzichteten auf Wortmeldungen, Ausschlußberatungen, Enthaltungen und Gegenstimmen und ließen somit eine der folgenreichsten Entscheidungen in der DDR binnen weniger Minuten passieren [...]“⁴⁰³. Zwar meldete sich keiner der Abgeordneten zu Wort, jedoch gab es manche, die auf andere Art und Weise ihren Unmut kundtaten. Der CDU-Abgeordnete und ehemalige Finanzminister von Sachsen Gerhard Rohner verließ beispielsweise aus Protest die DDR, so geschehen bei etlichen anderen Politikern aus dem sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager.⁴⁰⁴

Einzelheiten des neuen Apparates gab der Innenminister nicht Preis, nur so viel, dass bei der Gründung von Verwaltungen der Staatssicherheit in den Ländern, diese nicht den Landesregierungen unterstellt sind, sondern direkt dem Ministerium für Staatssicherheit.⁴⁰⁵ Hierbei ist ersichtlich, dass das Ministerium für Staatssicherheit in seinen Kompetenzen eine herausragende Position hatte, da dieses alleine die Weisungsbefugnis gegenüber anderen Ebenen innehatte. Zu dieser Kompetenzverteilung äußerte sich Otto Nuschke, Mitglied der Ost-CDU und stellvertretender Ministerpräsident⁴⁰⁶: „Nein, er ist eine Behörde eigener Verantwortung [und untersteht nicht der Regierung der DDR]. Das

⁴⁰¹ Vgl. Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin, 2001, S.21

⁴⁰² Seul, Arnold: Das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Volkswirtschaft; in: Materialien (1995) Band VIII S. 541

⁴⁰³ Gieseke (2001), S. 21

⁴⁰⁴ Vgl. Gieseke, (2001), S. 25

⁴⁰⁵ Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Protokoll der 10. Sitzung, 08.02. 1950, S. 213.f. zitiert nach: Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt. 1950-1989/90: Ch. Links Verlag, Berlin, 2000, S. 4

⁴⁰⁶ vgl. Gieseke (2001), S. 25

entspricht der großen Bedeutung, die er hat, und der Schwierigkeit der Verhältnisse, mit denen wir zu rechnen haben.“⁴⁰⁷

Nach der Gründung wurde Wilhelm Zaiser von Walter Ulbricht zum Minister ernannt, Erich Mielke, welcher später von 1957-1989 die Funktion des Ministers für Staatssicherheit übernahm, wurde zunächst als Staatssekretär vereidigt.⁴⁰⁸ Die Ernennung dieser beider langjährigen Kommunisten bedeutete zugleich die Degradierung von Innenminister Steinhoff, welcher als ehemaliger Sozialdemokrat das Nachsehen hatte. Aufgrund seiner Vergangenheit war dieser kaum dazu in der Lage und auch nicht der gewünschte Mann die Lenkung, Kontrolle, den Auf- und Ausbau des politischen Sicherheits- und Geheimpolizeiapparats eines von Kommunisten regierten Landes zu organisieren.⁴⁰⁹ Als bald verlor er seine Position als Kandidat des Politbüros, und stand hierarchisch unter Wilhelm Zaiser, welcher durch die Wahl zum Minister für Staatssicherheit auch zugleich Mitglied des Politbüros wurde.⁴¹⁰

Der offizielle Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit lag nun in der „[...] Gewährleistung der Sicherheit in unserer Deutschen Demokratischen Republik“, vor allem der Schutz volkseigener Betriebe und des Verkehrswesens gegen „Spionage, Sabotage und Diversion.“⁴¹¹

Die formale Stellung des Ministeriums für Staatssicherheit im Herrschaftssystem der SED war durch ein streng geheimes Statut aus dem Jahre 1969 festgelegt. Ersichtlich ist diese Vertraulichkeit im Anhang des Statutes, welches drei Punkte beinhaltete und von Erich Honecker unterschrieben wurde. So heißt es unter 3. „Das Statut des Ministeriums für

⁴⁰⁷ Die Volkskammer-Delegierten vor der Presse, in: SBZ-Archiv 3 (1952) 18, S.273-275, zitiert nach: Gieseke (2001), S. 25

⁴⁰⁸ Schreiben von Walter Ulbricht an den Präsidenten der Provisorischen Volkskammer, Herrn Dieckmann, vom 17.02.1950; Sapmo-BA, NY 4182/1085, Bl. 93. zitiert nach: Gieseke (2000) S. 84

⁴⁰⁹ Vgl. Fricke, Wilhelm Karl: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit in: Florath, Bernd; Mitter, Armin; Wollé Stefan (Hrsg): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft: Ch. Links Verlag, Berlin, 1992, S.126

⁴¹⁰ Gieseke (2001), S. 24

⁴¹¹ Vgl. Die politisch-operative Bedeutung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit mit inoffiziellen Mitarbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik. Richtlinie Nr.1/58, S. 1. von Seul zitiert nach: Dokumentation zur politisch-historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS. Anlage 4, in: Seul in: Materialien (1995), Band VIII, S.542

Staatssicherheit ist nicht zu veröffentlichen“⁴¹². Unter dem Paragraph 1 war festgesetzt, dass das Ministerium ein Organ des Ministerrates ist und seine Aufgabe als Rechtspflege- und Sicherheitsorgan der Schutz der DDR den Schutz und die staatliche Sicherheit der DDR sicherzustellen hat.⁴¹³ In Bezug auf die Tätigkeit des MfS heißt es im ersten Paragraph unter Punkt drei weiter: „[...] [diese] konzentriert sich auf die Aufklärung und Abwehr zur Entlarvung und Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten der aggressiven imperialistischen Kräfte und Helfer und dient:

- der Festigung und Stärkung des sozialistischen Staates [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer [...] Partei [...]
- der Sicherung der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus
- dem Schutz der verfassungsmäßigen Grundrechte [...]“⁴¹⁴

Verantwortlich für die Umsetzung der politischen Vorgaben war der Minister. Gemäß des Leitbildes des demokratischen Zentralismus⁴¹⁵, welcher besagt, dass Entscheidungen von oben nach unten erfolgen und genauestens durchgeführt werden müssen⁴¹⁵ Seite 54) war auch die Befehlskette des Ministeriums für Staatssicherheit gleichermaßen gegliedert. Der Minister war alleine verantwortlich und führte das MfS mit seinen Richtlinien, direktiven Befehlen oder Schreiben,⁴¹⁶ welche umgesetzt werden mussten. Zwar wurde ihm ein Kollegium bereitgestellt, dieses jedoch nur mit der Möglichkeit einer beratenden Funktion versehen.⁴¹⁷

⁴¹² Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates Nr. 5/69 vom 30.07.1969. Abgedruckt in: Fricke in: Wolle (Hrsg) (1992), S. 138

⁴¹³ Statut des MfS, abgedruckt in: Fricke in: Wolle (Hrsg), (1992) zitiert nach: Weber, Jürgen (Hrsg): Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur: München, 1994, S. 54

⁴¹⁴ Statut des MfS abgedruckt in: Fricke; in: Wolle (Hrsg) (1992), S. 130-140

⁴¹⁵ Demokratischer Zentralismus siehe Seite 54

⁴¹⁶ Vgl. Weber (1994), S. 55

⁴¹⁷ Vgl. Weber (1994), S. 55

4.3 Die Struktur des MfS

Die Organisation des Ministeriums für Staatssicherheit war militärisch strukturiert, uniformiert und ausgerüstet.⁴¹⁸ „[...] der Staatssicherheitsdienst war [...] durch und durch militärisch organisiert, als wollte die Führung, daß es sich im latenten Bürgerkriegszustand mit dem Volk befand.“⁴¹⁹ Durch die Führung nach strengen militärischen Grundsätzen, welche durch das Befehlsprinzip und der Einzelleitung von statten gingen, ergaben sich daraus das militärische Disziplinarrecht und die Dienstgradbezeichnungen.⁴²⁰ Neben der strengen militärisch-bürokratischen Hierarchie war das Ministerium für Staatssicherheit durch seinen autoritären Führungsstil gekennzeichnet.⁴²¹ „Alle konkreten Anweisungen wurden als „Befehle“ und „Schreiben“ bezeichnet. „Richtlinien“, „Ordnungen“ und Dienstanweisungen regelten übertragbar seitenweise und akribisch Vorgehensweisen und Zuständigkeiten. „Durchführungsbestimmungen“ konkretisierten Vorgehensweisen und interpretierten andere Anweisungen. Durch Querverweise und Inbezugnahmen ergab sich ein perfektes und lückenloses Befehls- und Anordnungssystem, das auf jede Frage eine Antwort erteilte.“⁴²²

Gemäß sämtlicher Staatsapparate der DDR, strukturierte sich auch das Ministerium für Staatssicherheit nach dem demokratischen Zentralismus⁴²³ Die Arbeitsteilung innerhalb des Ministeriums folgte vor allem nach dem

a) Linien- und

b) Territorialprinzip.⁴²⁴

Es kann also von einer a) *horizontalen (Linienprinzip)* und einer b) *vertikalen (Territorialprinzip)* Gliederung gesprochen werden. Die horizontale Gliederung beschreibt

⁴¹⁸ Vgl. Köhler, Wendelin: Von Weinmar in den Westen über Stasi-Zuchthaus: Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2010, S. 73

⁴¹⁹ Suckert (Hrsg.); Süß (Hrsg.), (1997), S. 325

⁴²⁰ Vgl. Sélitrenny, Rita: Doppelte Überwachung. Geheimdienstliche Entwicklungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten, Berlin: Ch.Links Verlag, 2003, S. 113

⁴²¹ Vgl. Hofmann, Vera: Die strafrechtlichen Aspekte der Organisation und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit, Books on Demand: Berlin, 2001, S. 53

⁴²² Hofmann (2001), S. 53

⁴²³ Demokratischer Zentralismus: siehe Seite 54 ff.

⁴²⁴ Vgl. VVS JHS o001-131/80, S. 8, zitiert nach: Sélitrenny (2003), S. 116

die Aufgabenverteilung, die vertikale Gliederung der Arbeitsverteilung auf territorialer Ebene.⁴²⁵

4.3.1 Die horizontale Gliederung/das Linienprinzip

zu a)

gewisse Aufgabenbereiche wurden „auf zentraler Ebene und Bezirksebene von Struktureinheiten mit einer entsprechenden fachlichen Zuständigkeit (z.B. Linie II: Spionageabwehr, Linie IX: Untersuchung, Linie XVIII: Volkswirtschaft) wahrgenommen.“⁴²⁶ Die Diensteinheiten, welche in der Bezirksverwaltung auf jeweiliger Linie nachgeordnet waren, wurden von den zentralen Diensteinheiten fachlich instruiert. Dies geschah beispielsweise durch Koordinierungsmaßnahmen und Planorientierungen.⁴²⁷ Das heißt, Fachabteilungen in gleicher Linie auf niedrigerer Ebene wurden von Abteilungen der zentralen Ebene angeleitet. Das Weisungsrecht war jedoch gemäß dem Territorialprinzip dem Leiter der jeweiligen MfS-Bezirksverwaltung oder einem der Stellvertreter vorbehalten, was ab und dann zu einem Spannungsverhältnis führte.⁴²⁸

Der Minister für Staatssicherheit war verantwortlich für alle der 15 Bezirksverwaltungen und 211 Objektdienststellen und leitete diese direkt. Auch unterstanden ihm 19 der 39 Diensteinheiten der Zentralverwaltung und vier Stellvertreter. Die Leitung der restlichen zwanzig Diensteinheiten im Bereich der Abwehr lag bei drei Stellvertretern, der vierte Stellvertreter war für die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zuständig.⁴²⁹ Diese bestand im Jahr 1989 aus zwanzig Abteilungen. Dem Leiter der HV A unterstanden fünf Stellvertreter⁴³⁰, die wiederum, neben dem Leiter, verantwortlich waren für unterschiedliche Abteilungen. Zwar wirkte auch die HV A, sofern es ihre Möglichkeiten zuließen, durch die Informationen ihrer inoffiziellen Mitarbeiter im Westen an der inneren Verfolgung mit⁴³¹, jedoch war die *Hauptabteilung XX* das Zentrum von Überwachung und

⁴²⁵ Vgl. Hofmann (2001), S. 49

⁴²⁶ Suckut, Siegfried: Linienprinzip, Artikel in: Engelmann, u.a. (Hrsg.), (2011), S. 203

⁴²⁷ Vgl. Suckut, Siegfried: Territorialprinzip, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 203

⁴²⁸ Vgl. Suckut, Siegfried: Territorialprinzip, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 296

⁴²⁹ Vgl. Hofmann (2001), S. 49

⁴³⁰ siehe Engelmann (Hrsg.), (2011), S. 359, Dokumentenanhang, Dok.1 MfS-Zentrale 1989

⁴³¹ Vgl. Gieseke (2001), S.197

politischer Repression.⁴³² Auf eine nähere Betrachtungsweise der HV A wird daher verzichtet.

4.3.1.1 Die Hauptabteilung XX als Zentrum von Überwachung und politischer Repression

Die Hauptabteilung XX war wie schon erwähnt ab 1964 Mittelpunkt der von der Staatssicherheit ausgehenden repressiven Maßnahmen. Innerhalb der Hauptabteilung XX existierten zehn Abteilungen, wobei die Abteilung XX/7 zuständig war für die Überwachung von kulturellen Einrichtungen wie beispielsweise dem Ministerium für Kultur, den nachgeordneten Einrichtungen des Ministerium für Kultur und den Künstlerverbänden.⁴³³ Das Ministerium für Staatssicherheit bestand zuletzt aus dreizehn Hauptabteilungen, welche durch Einzelleiter geführt wurden⁴³⁴, eine dieser war die Hauptabteilung XX.

Im Bereich der Abwehr war die HA XX federführend. „Ihre Hauptaufgabe bestand in der Überwachung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und der inneren Opposition. *Die HA XX galt als das eigentliche Zentrum der Staatssicherheit.*“⁴³⁵ Entsprungen ist die Hauptabteilung XX im Jahre 1964, durch die Umbenennung der HA V, die wiederum aus den Abteilungen V und VI hervorgegangen ist. Aufgabe der HA XX und ihrer Abteilungen in der Zentrale, der Bezirksverwaltung in der dementsprechenden Linie, sowie in den dazu passenden Arbeitsbereichen in den Kreisdienststellen, war die Überwachung von bedeutsamen Teilen des Staatsapparates.⁴³⁶ Im Zentrum der Aufgaben der HA XX stand bis zum Schluss „die „Zurückdrängung“ von oppositionellen und anderen politisch

⁴³² Vgl. Braun, Mathias: Hauptabteilung XX, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg) (2011), S. 132

⁴³³ Vgl. Gill, David; Schröter Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin: Rowohlt, 1993, S. 51-52

⁴³⁴ Vgl. Erdmann, Martin; Hauptabteilung (HA), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg) (2011), S. 120

⁴³⁵ Hofmann (2001), S. 50

⁴³⁶ Vgl. Braun, Mathias: Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund/HA XX), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.) (2011), S. 132

unerwünschten Handlungen“ [...] ⁴³⁷ Laut dem Ministerium für Staatssicherheit waren im Jahr 1989 die Aufgaben die „Aufsplitterung, Begrenzung und Einschränkung des Potentials innerer feindlicher Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit, reaktionärer kirchlicher Amtsträger sowie von Antragsstellern auf ständige Ausreise.“ ⁴³⁸ Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, war die Hauptabteilung XX in zehn Abteilungen, einem Sekretariat, zwei Arbeitsgruppen und einer Auswertungs- und Kontrollgruppe gegliedert. ⁴³⁹ Wird genauer betrachtet in welchem Ausmaß und auf welcher Ebene die Linie XX operiert hat, so ist ersichtlich, dass nur zehn Prozent der operativen Vorgänge und 8,7 Prozent der operativen Personenkontrollen auf zentraler Ebene stattfanden. (*OP und OPK, siehe Erläuterungen in Bezug auf die Methoden der Unterdrückung durch die Staatssicherheit auf Seite 107*) Der Großteil dieser beiden Bespitzelungsmethoden fand auf Ebene der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen statt. ⁴⁴⁰

Innerhalb der fünfzehn Bezirksverwaltungen waren meistens anstatt der zehn Abteilungen nur sieben Referate vorhanden. Bis auf die Abteilung XX/10, welche für die „Sicherung von SED-Sonderobjekten“ ⁴⁴¹ zuständig war, waren die übrigen Bereiche der Zentrale alle in den sieben Referaten untergebracht. ⁴⁴²

Die Abteilung XX/7

Diese Abteilung der Hauptabteilung XX wurde am 1. Juni 1969 durch den Befehl 20/69 durch Erich Mielke gegründet. Ihre Aufgabe bestand in der Sicherung der Bereiche

⁴³⁷ Braun, Matthias: Die Hauptabteilung XX im Überblick, in Teilband 9: Auerbach Thomas; Braun Matthias; Eisenfeld Bernd; von Prittwitz, Gesine; Vollnhals, Clemens: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, 2008, S.4 in Gesamtband: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden, MfS-Handbuch, Berlin: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehem. Dt. Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung (BStU), (durch Veränderungen des Erscheinungsjahres wegen kontinuierlichen Veröffentlichungen neuer wissenschaftlicher Texte, Verzicht auf diese in Bezug auf das Gesamtwerk. Weiterführend wird immer auf das jeweilige Teilband hingewiesen), online verfügbar unter: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/handbuch_HA-XX_auerbach-braun-usw.pdf?__blob=publicationFile

⁴³⁸ HA XX: Arbeitsplan für das Jahr 1989 v. 23.01.1989, S. 2; BStU, MfS, HA XX Bündel 12, zitiert nach: Braun (2008) in: Teilband 9, Hauptabteilung XX, (2008), S. 4

⁴³⁹ Planstellenbesetzungsnachweis der HA XX, o.D. (1989); BStU, MfS, HA KuSch Bündel 44; Telefonverzeichnis der HA XX v. 1989; BStU, MfS; HA XX Bündel 36, in: Braun (1998), in: MfS-Handbuch, BStU, 1998, S. 5

⁴⁴⁰ Braun, in: Teilband: Hauptabteilung XX, (2008), S. 9-10

⁴⁴¹ Vgl. Braun, in: Teilband: Hauptabteilung XX, (2008), S.9

⁴⁴² Vgl. Braun, in: Teilband: Hauptabteilung XX, (2008), S.9

Massenkommunikationsmittel und Kultur⁴⁴³, und war gezielt auf Repressionen gegenüber Kulturschaffenden ausgerichtet.

Parallel zu der Abteilung XX/7 in der Zentrale entstanden in den Bezirksverwaltungen des MfS die entsprechenden Referate 7 Kultur und Massenkommunikationsmittel in den dementsprechenden Abteilungen XX.⁴⁴⁴ „Aufgabe der im September 1969 etablierten „Linie XX/7“ war es vor allem, das kulturelle Leben der DDR mit allen seinen Einrichtungen zu kontrollieren und für die reibungslose Durchsetzung der Kulturpolitik der SED zu sorgen.“⁴⁴⁵ Mit der Dienstanweisung 3/69 durch Erich Mielke wurde diese Aufgabe konkretisiert. Das Hauptaugenmerk der Abteilung 7 sollte demnach die bedeutungsvollen Bereiche (Rundfunk, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Printmedien), sowie die gesamten kulturellen Institutionen (vom Ministerium für Kultur bis hin zum Provinztheater) einschließen. Die Dienstanweisung enthielt neben den konkreten Tätigkeitsbereichen der Abteilung XX/7 auch genaue Vorgaben in Bezug auf die politisch-operative Arbeit:⁴⁴⁶

„So nannte sie Kriterien für die Neuwerbung von IM, erläuterte das Wesen der Zusammenarbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern im Kulturbetrieb und behandelte die operative Aufklärung, Bearbeitung und Kontrolle „negativer“ und „feindlicher“ Personenkreise. Die Vorgaben der Dienstanweisung 3/69 blieben bis Ende 1989 gültig“⁴⁴⁷

4.3.2 Die vertikale Gliederung/das Territorialprinzip

zu b)

die Gliederung des Ministeriums für Staatssicherheit nach dem Territorialprinzip war identisch mit der Verwaltungsstruktur der DDR, ihren Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. In diesen hatte das MfS die Aufgabe die staatliche Sicherheit und gesellschaftliche Entwicklung in den entsprechenden Territorien zu garantieren. Da die

⁴⁴³ BStU, ZA, DSt 1060590 zitiert nach: Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin: Ch. Links Verlag, 1996, S. 157

⁴⁴⁴ Vgl. Walther (1996), S. 157

⁴⁴⁵ Walther (1996), S. 157

⁴⁴⁶ Vgl. Walther (1996), S. 157-158

⁴⁴⁷ Walther (1996), s. 158

Weisungsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit nach dem Territorialprinzip erfolgte, kam es zeitweilig zu Konflikten mit dem Linienprinzip.⁴⁴⁸

Einzig und alleine der Minister für Staatssicherheit hatte direktes Weisungsrecht auf Ebene der Bezirksvertretungen und Kreisdienststellen.⁴⁴⁹

Nach dem Territorialprinzip ist „eine operative Diensteinheit in Übereinstimmung mit der staatlichen territorialen Gliederung in einem bestimmten Territorium (Bezirk, Kreis, kreisfreie Stadt, Stadtbezirk) für den Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung und [...] [der] Gewährleistung der staatlichen Sicherheit verantwortlich [...]“⁴⁵⁰

4.3.2.1 Die Bezirksverwaltungen

Die Struktur der Bezirksverwaltungen entsprach der der Zentrale und wurde durch das Linienprinzip organisiert. An oberster Stelle standen der Leiter der Bezirksverwaltung und zwei operative Stellvertreter.⁴⁵¹ Wenige Ausnahmen in Bezug auf die Strukturgleichheit waren territorial bedingt. Beispielsweise existierte in der Bezirksverwaltung Rostock, aufgrund der Anbindung an die Ostsee, die Abteilung Hafen. Umgekehrt gab es auf zentraler Ebene die Abteilung X (Internationale Verbindung der Geheimdienste), die in den Bezirksverwaltungen keine dementsprechende Übereinstimmung fand.⁴⁵²

Trotz der direkten Unterstellung der Bezirksverwaltungen unter den Minister für Staatssicherheit, macht dieser von seinem Weisungsrecht kaum Gebrauch und übte nur geringen unmittelbaren Einfluss auf die eigentliche Tätigkeit der Bezirksverwaltungen aus. Die volle Verantwortung kam den Leitern der Bezirksverwaltungen durch Erich Mielke jedoch zu, wenn es um die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ging. Auch wurde von diesem die Ausdehnung der Zuständigkeiten der Bezirksverwaltungen und auch der Kreisdienststellen in immer stärkerem Ausmaß erzwungen. Dies hatte zur Folge, dass sie sich immer weniger um unmittelbare geheimdienstliche Angelegenheiten kümmerten,

⁴⁴⁸ Vgl. Suckut, Siegfried: Territorialprinzip, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 296

⁴⁴⁹ Vgl. Hofmann (2001), S. 52

⁴⁵⁰ Territorialprinzip: Artikel in: Suckut, Siegfried: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definition zur politisch-operativen Arbeit, Berlin: Ch.Links Verlag, 1996, S. 364

⁴⁵¹ Vgl. Wiedmann: Bezirksverwaltung (BV, BVfS), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.) (2011), S. 59

⁴⁵² Vgl. Gill, David; Schröter Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin: Rowohlt, 1993, S. 54

sondern viel mehr die Überwachung der eigenen Bevölkerung im Zentrum ihrer Aufgaben stand.⁴⁵³

Der Leiter der Bezirksverwaltung war ebenfalls verantwortlich für die untergeordneten Kreisdienststellen.⁴⁵⁴ Dies bedeutete eine große Anforderung für den Chef der Bezirksverwaltung⁴⁵⁵

4.3.2.2 Die Kreisdienststellen

Die Anzahl der Kreisdienststellen entspricht, genauso wie dies bei den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit der Fall ist, der administrativen Gliederung der DDR. Somit war die Anzahl von Kreisdienststellen und Kreisen identisch.⁴⁵⁶

Im Vergleich zu den Aufgabenstellungen der Hauptabteilungen und Abteilungen innerhalb der Zentrale und der Bezirksverwaltung, die jeweils ein spezifisches Fachgebiet und darüber hinaus nicht mehr umfassten, war es Aufgabe der Kreisdienststellen die gesamte politisch-operative Arbeit zu leisten.⁴⁵⁷ „Sie bildeten gleichsam das administrativ-organisatorische Fundament des MfS.“⁴⁵⁸

Aufgabe der Kreisdienststellen war die flächendeckende Sicherung und Beobachtung des Gebietes welches der Kreis umfasste.⁴⁵⁹ Günther Förster spricht hierbei von „der totalen Kontrolle des Kreisgebietes.“⁴⁶⁰ Die Bereiche in denen die KD tätig umfassten

- „die Sicherung der Wirtschaft und militärischer Einrichtungen wie der Wehrkreiskommandos
- die Durchführung von Sicherheitsprüfungen und Kontrolle der Reise- und Auslandskader, die Bekämpfung der „Politischen Untergrundtätigkeit“ sowie

⁴⁵³ Vgl. Gill; Schröter (1993), S. 55

⁴⁵⁴ Vgl. Hofmann (2001), S. 51

⁴⁵⁵ Vgl. Hofmann (2001), S. 51

⁴⁵⁶ Vgl. Gill, Schröter (1991), S. 56

⁴⁵⁷ Fricke, Karl Wilhelm: MfS Intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1991, S. 34-35

⁴⁵⁸ Fricke (1991) S. 35

⁴⁵⁹ Vgl. Förster, Günther: Die juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Sozialstruktur ihrer Promovenden, Münster: LIT-Verlag, 2001, S. 222

⁴⁶⁰ Förster (1991), S. 222

- die Einschätzung der Stimmung und Reaktion der Bevölkerung.⁴⁶¹

Neben den Kreisdienststellen gab es im Jahre 1989 noch sieben Objektdienststellen, welche einen den Kreisdienststellen vergleichbaren Status hatten und ebenfalls in ihrer Struktur der jeweiligen Bezirksverwaltung nach dem Linienprinzip eingeordnet waren.⁴⁶²

Aufgrund der Tatsache, dass es in der DDR kein Beamtentum gab, standen die Mitarbeiter der Staatssicherheit im Dienstverhältnis eines Berufssoldaten. Jedoch gab es Ausnahmen im Bereich der Zeitsoldaten und Zivilbeschäftigten.⁴⁶³ „Die ganz überwiegende Zahl der MfS-Mitarbeiter waren Berufssoldaten“.⁴⁶⁴ Wollte man als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit tätig sein, gab es keine Möglichkeit der eigenständigen Bewerbung. Vielmehr wurde man aufgrund von gewissen Qualifikationen dafür in Betracht gezogen. „Selbstbewerber gab es auch, doch diese berücksichtigte die Staatssicherheit in aller Regel nicht“⁴⁶⁵

Das wichtigste Rekrutierungsprinzip für hauptamtliche und informelle Mitarbeiter blieb die persönliche Überprüfung und Auswahl von potentiellen Kandidaten, und betonte hierbei den starken elitären Charakter, da sich diese Form der Einberufung von anderen bewaffneten Organen unterschied.⁴⁶⁶

Die im November 1953 verabschiedete Richtlinie für die Schulungs- und Kaderarbeit beschrieb als Generalklausel für die Personalauswahl⁴⁶⁷, dass „Der Kandidat [...] die Gewähr dafür bieten [muss], daß er sich auf Grund seiner bisherigen politischen und fachlichen Tätigkeit und seines moralischen Verhaltens, seiner Verbundenheit zur Arbeiterklasse und zur Partei der Arbeiterklasse sowie der Deutschen Demokratischen

⁴⁶¹ Förster (1991), S. 222

⁴⁶² Vgl. Buthmann, Reinhard: Objektdienststelle, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.) (2011), S. 221

⁴⁶³ Gieseke, Jens: Hauptamtliche Mitarbeiter, in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 139

⁴⁶⁴ Gieseke, Jens: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, 1996, in: Henke, Klaus-Dietmar, (Hrsg.); Suckut, Siegfried u.a (Hrsg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden. MfS-Handbuch, Teil IV/1, BStU, Berlin, S. 21, online verfügbar unter: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/handbuch_hauptamtliche_gieseke.pdf?__blob=publicationFile

⁴⁶⁵ Gieseke (2000), S. 181

⁴⁶⁶ Vgl. Gieseke (2000) S. 181

⁴⁶⁷ Dienstanweisung 43/53 des Staatssekretärs vom 06.11.1953: „Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit“, S. 5 BStU, ZA, DSt 100885 in: Gieseke (2000), S. 180

Republik, zur Sowjetunion und den Volksdemokratien zu einem guten Mitarbeiter entwickelt.“⁴⁶⁸

4.3.3 Das Personal der Staatssicherheit

4.3.3.1 Die hauptamtlichen Mitarbeiter

Diese bildeten die personelle Basis des Apparates der Geheimpolizei. In ihrem Selbstverständnis heraus verstanden sie sich ganz nach der Tradition der sowjetischen Geheimpolizei als Tschekisten und als Parteisoldaten, welche an der unsichtbaren Front operierten. Abgesehen von diesen glorifizierten eigenen Interpretationen waren die hauptamtlichen Mitarbeiter in der Realität der gewaltsame Kern der kommunistischen Machtausübung durch die SED.⁴⁶⁹ „Das MfS konstruierte damit ein normatives Gefüge, dessen Begriffskern die Berufung auf die 1917 von den Bolschewiki gegründete sowjetische Geheimpolizei Tscheka [...] war“⁴⁷⁰ Der Tschekismus als handlungsvorgebende Ideologie zeichnete sich dadurch aus, dass er außerhalb des zivilen Lebens stand, da er sich von seinem Selbstverständnis heraus in einem dauernden kalten Bürgerkrieg befand und Parteisoldaten in eben diesem Umfeld agierten.⁴⁷¹ Die Eigenschaften der tschekistischen Persönlichkeit umfassen laut Wörterbuch der Staatssicherheit beispielsweise die

- „unbedingte Treue und tiefe Verbundenheit zur Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei,
- unerschütterliche Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen Bruderländern, Einstellungen und Haltungen, die vom sozialistischen Patriotismus und Internationalismus bestimmt sind,
- Bereitschaft zum ständigen Lernen, insbesondere bei der Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Vertiefung des Verständnisses der Politik der Partei der Arbeiterklasse,

⁴⁶⁸ Dienstanweisung 43/53 des Staatssekretärs vom 06.11.1953: „Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit“, S. 5 BstU, ZA, DSt 100885 in: Gieseke (2000), S. 180

⁴⁶⁹ Vgl. Gieseke, Jens: Hauptamtliche Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 138

⁴⁷⁰ Gieseke, Jens: Ideologie, tschekistische, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 138 S. 152

⁴⁷¹ Vgl. Gieseke (2000), 128

- Entschlossenheit, Mut, politisch kluges tschekistisches Handeln, Opferbereitschaft und Hass im Kampf gegen den Feind auf der Grundlage eines klaren Feindbildes,
- Bereitschaft und Fähigkeit zur Wahrung von Konspiration und Geheimhaltung [...],
- schöpferische Initiative, hohe militärische Disziplin, offenes und ehrliches Auftreten, Bescheidenheit, kritisches und selbstkritisches Verhalten in und außerhalb der tschekistischen Tätigkeit,
- Willensstärke und Konsequenz bei der Erhaltung und Förderung des physischen und psychischen Leistungsvermögens, sinnvolle Gestaltung der Freizeit.⁴⁷²

Der Umfang der hauptamtlichen Mitarbeiter im Ministerium für Staatssicherheit betrug mit 31.10.1989 91 015 Mitarbeiter, im Jahr 1956 waren es noch 16000. Der größte Anstieg der Mitarbeiter des Staatssicherheitsapparates war zwischen 1968 und 1982 zu verzeichnen.⁴⁷³ Gründe hierfür waren die „neukonservative Renaissance des Sicherheitsdenkens“⁴⁷⁴ in der Parteiführung der Sowjetunion und der DDR. Diese Neuausrichtung fand ihre Bestätigung durch die Erfahrung und Niederschlagung des Prager Frühlings.⁴⁷⁵

4.3.3.2 Die inoffiziellen Mitarbeiter

Diese waren „das wichtigste Instrument des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), um primär Informationen über Bürger, die Gesellschaft, ihre Institutionen und Organisationen der DDR oder im Ausland zu gewinnen“⁴⁷⁶. Diese stellten in der DDR eine Schattenarmee dar und umfassten im Jahre 1989 laut Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit rund 189 000 Personen. In Bezug auf den Anstieg der inoffiziellen Mitarbeiter ist, wie im Fall der hauptamtlichen Mitarbeiter, keine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen, sondern es gab Phasen unterschiedlich starker Rekrutierung. So waren die Wachstumsraten inoffizieller Mitarbeiter in Zeiten von innergesellschaftlichen Krisen, wie dem Arbeiteraufstand 1953 und dem Mauerfall am größten. Auch während der Entspannungsphase der deutsch-deutschen Beziehungen wurde das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter erweitert, ebenfalls aus Angst einer möglichen Krise. So umfasste das IM-Netz

⁴⁷² Persönlichkeit, tschekistische: Artikel in: Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin: Ch. Links, 1996, S. 291

⁴⁷³ Vgl. Gieseke, Jens: Hauptamtliche Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 138

⁴⁷⁴ Gieseke, Jens: Hauptamtliche Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 138

⁴⁷⁵ Vgl. Gieseke, Jens: Hauptamtliche Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 138

⁴⁷⁶ Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.) (2011), S. 158

Mitte der siebziger Jahre über 200 000 Personen. Erklärt wird dies dadurch, dass durch den Wegfall des Terrors eine latente Zunahme der Liberalisierung von Kultur und Alltag von statten gingen. Und um etwaige Bedrohungen der Herrschaft rechtzeitig mit Repressionen entgegenzuwirken, ist der Informationsbedarf über die Gesellschaft gestiegen.⁴⁷⁷

Inoffizielle Mitarbeiter können als das wichtigste Repressionsinstrument der DDR angesehen werden, die darauf angesetzt wurden tatsächliche oder vermeintliche Gefahren für die Herrschaft der SED zu verhindern.⁴⁷⁸

Eine Definition des Ministeriums für Staatssicherheit darüber was die Tätigkeiten und das Wesen der inoffiziellen Mitarbeiter beschreiben, ist nicht vorhanden. Der Grund dafür liegt darin, dass sich die Aufgabenbereiche der inoffiziellen Mitarbeiter über die Jahre hinweg verändert haben. Jedoch gab es über den gesamten Zeitraum hinweg gewisse Anforderungen, die durchgängig vorhanden waren.⁴⁷⁹ „Stets wurde die Notwendigkeit der Konspiration betont. Sie galt dem MfS als „Grundprinzip“, gekennzeichnet durch „den Einsatz geheimer, dem Feind und der Öffentlichkeit gegenüber verborgener Kräfte, Mittel und Methoden, die Tarnung der politisch-operativen Pläne, Absichten und Maßnahmen“ und durch „aktives und offensives Handeln zur Überraschung, Täuschung, Ablenkung, Desinformierung des Feindes“.⁴⁸⁰ Alles in allem lässt sich sagen, dass inoffizielle Mitarbeiter Personen waren, die mit dem Ministerium für Staatssicherheit die Übereinkunft getroffen haben, für diesen konspirativ zu arbeiten.⁴⁸¹ Zu den Aufgaben der inoffiziellen Mitarbeiter gehörte

- „das Sammeln von Informationen
- die Unterstützung bei der „Feindbekämpfung“
- die Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen und logistische Hilfestellungen“⁴⁸²

⁴⁷⁷ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter, in: Henke, Klaus-Dietmar, (Hrsg.); Suckut, Siegfried u.a (Hrsg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden. MfS-Handbuch, Teil IV/2, BStU, Berlin, 2008, S. 3

⁴⁷⁸ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.) (2011), S.158

⁴⁷⁹ Vgl. Enbergs, in: Henke (Hrsg.); Suckut (Hrsg.). (2008), S. 5

⁴⁸⁰ Vgl. Suckut, Siegfried (Hrsg.) Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin: BStU, 1996, S. 215f. zitiert nach Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, in: Henke (Hrsg.); Suckut u.a. (Hrsg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden. MfS-Handbuch, Teil IV/2, BStU, Berlin, 2008, S.5

⁴⁸¹ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3 Statistiken, Berlin: Ch. Links Verlag, 2008b, S. 76

⁴⁸² Müller-Enbergs (2008b), S. 76:

Exkurs: Abnahme des Terrors, Zunahme der Überwachung.

Dieser ambivalenten Situation der Zunahme der Liberalisierung sowie der daraus resultierenden verstärkten Überwachung versucht Eckhard Jesse der These einer Zunahme, nicht Verminderung totalitärer Elemente, trotz der genannten Öffnung, zu entgegnen:

„Aber manches spricht für folgende Vermutung: Die gestiegene Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter und weit über 100.000 inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zumal in den achtziger Jahren – ihre genaue Zahl dürfte sich niemals feststellen lassen – signalisiert wohl nicht eine Zu-, sondern eher eine Abnahme des totalitären Charakters des politischen Systems. Die DDR konnte es sich nicht mehr im gleichen Ausmaß wie früher leisten, gegen alle Andersdenkenden offen vorzugehen, sie etwa festnehmen lassen, mußte politische Abweichungen nach außen hin stärker dulden und sie mit weicheren, subtileren Repressionen verfolgen.“⁴⁸³ Nach Meinung des Autors ist, laut Interpretation von Eckhard Jesse, der Wegfall von Terror nicht unbedingt ein Zeichen des Nachlassens von totalitären Elementen.

4.3.3.3 Die Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)

Die Offiziere im besonderen Einsatz waren neben den inoffiziellen Mitarbeitern eine weitere Gruppe welche für die Staatssicherheit als Informanten tätig waren. Diese waren in einflussreichen Positionen der Wirtschaft, des Staatsapparats der Universitäten und anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. der Kirche, tätig.⁴⁸⁴ „Diese „Elite-Informanten“ sollten nicht nur die Gewähr dafür bieten, Informationsverluste weitgehend zu vermeiden, sondern durch ihre Einbindung in die Befehlsstruktur des MfS die Möglichkeit eröffnen, auf direktem Wege Einfluss auf Entscheidungen an den Schaltstellen der Gesellschaft zu nehmen.“⁴⁸⁵

Diese Besonderheit der OibE zeigte sich dadurch, dass sie sowohl Berufssoldaten als auch inoffizielle Mitarbeiter waren.⁴⁸⁶ „Sie waren einerseits Berufssoldaten, weil sie zum hauptamtlichen Kaderstamm des MfS gehörten und mit diesem Ministerium ein militäri-

⁴⁸³ Jesse in: Jesse (2008), S. 395

⁴⁸⁴ Vgl. Gill, Schröter (1991), S.118

⁴⁸⁵ Gill, Schröter (1991) S. 118

⁴⁸⁶ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin: Ch. Links-Verlag, 1998, S. 90

sches Dienstverhältnis unterhielten, fungierten andererseits aber wie inoffizielle Mitarbeiter, wenn sie im „Operationsgebiet“ oder in der DDR legendiert und konspirativ arbeiteten.“⁴⁸⁷ So berichtet auch Jens Gieseke davon, dass die Eigenschaften und das herausragende Merkmal der OibE darin bestanden, einerseits den hauptamtlichen Status zu besitzen, und andererseits die Tarnung und Aufgaben eines inoffiziellen Mitarbeiters auszuüben.⁴⁸⁸ Nach Analyse von Akten und dem Befragen von ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit, konnte man fünf Aufgabenbereiche der OibE zuordnen⁴⁸⁹:

- „Personen und Personengruppen aus dem Einsatzbereich der OibE, die sicherheitspolitische Aufgaben zu erfüllen hatten und deshalb für das MfS von besonderer Bedeutung waren, sollten von ihnen bewertet werden.
- „OibE sollten für das MfS wichtige Maßnahmen koordinieren und abstimmen sowie eine störungsfreie Kommunikation zwischen ihrer Einsatzdienststelle und dem MfS herstellen.“
- Dienstliche Vorgänge und Personen, für die das MfS besonderes Interesse zeigte, sollten durch entsprechende Maßnahmen überwacht und kontrolliert werden.
- Die OibE sollten wichtige wirtschaftliche Bereiche vor Bränden beziehungsweise Havarien jeder Art schützen [...]
- Schließlich wurden die OibE in Bereichen wie Botschaften oder Handelsvertretungen eingesetzt, um dort verdeckt für das MfS zu arbeiten. Diese OibE unterstanden in der Regel der HVA (Auslandsspionage) – entsprechend sahen ihre Aufgaben aus.“⁴⁹⁰

Die Anzahl der Offiziere im besonderen Dienst schwankte und sank Mitte der 80er Jahre. 1983 waren insgesamt 3471 OibE im Einsatz, 1988 reduzierte sich die Zahl auf 1856 OibE welche in 27 Dienststeinheiten der MfS-Zentrale tätig waren.⁴⁹¹

4.3.3.4 Die Unbekannten Mitarbeiter

Der Unterschied zwischen Unbekannten Mitarbeitern und den Offizieren im besonderen Einsatz lag im Arbeitsverhältnis. Erstere standen in einem Dienstverhältnis zur Staatssi-

⁴⁸⁷ Müller-Enbergs (1998), S. 90

⁴⁸⁸ Vgl. Gieseke (2000), S. 11

⁴⁸⁹ Vgl. Gill; Schröter (1991), S. 119

⁴⁹⁰ Gill; Schröter, (1991), S. 119

⁴⁹¹ Vgl. Gieseke, Jens: Offizier im besonderen Einsatz (OibE), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg), (2011), S. 227

cherheit, die OibE hatten abseits ihrer Mitgliedschaft zur Staatssicherheit ein Arbeitsverhältnis, welches außerhalb des MfS angesiedelt war. Laut Ordnung 10/86 hatten die Unbekannten Mitarbeiter unter strengster Konspiration zwei wesentliche Aufgaben:

- die Observation von ehemaligen oder aktuellen Mitarbeitern der Staatssicherheit
- die Beobachtung von strafverdächtigen Personen. (Hierzu gehörten beispielsweise Geheimdienste anderer Staaten, zentrale Dienststellen die leitende Funktionen in der DDR Einnahmen, oder für die Staatssicherheit bedeutungsvolle Mitarbeiter anderer Sicherheitsorgane)⁴⁹²

Die Tatsache, dass das MfS auch darauf bedacht war gegen die eigenen Leute konspirativ tätig zu sein, zeugt von dem großen Misstrauen innerhalb der Führung bezogen auf die gesamte Gesellschaft der DDR. Hier wiederum ist der totalitäre Charakter der DDR ersichtlich: Man wollte alles und jeden kontrollieren, und im Vergleich zu autoritären Systemen auch der private und familiäre Bereich.⁴⁹³

4.4 Das Ministerium für Staatssicherheit im Verhältnis zum sowjetischen Geheimdienst

Genauso wie die SED nach dem Vorbild der KPdSU aufgebaut war, kann das Ministerium für Staatssicherheit nur im Kontext zur Geschichte des Komitees für Staatssicherheit (KGB) bzw. der Vorläuferorganisation dem Ministerium für Staatssicherheit (MGB) gesehen werden.⁴⁹⁴ „Das MfS entstand nach dem Vorbild der sowjetischen Sicherheitsorgane. Es wurde mit deren tätiger Unterstützung aufgebaut, übernahm bis in Details hinein die Strukturen und die Arbeitsmethodik der sowjetischen Tschekisten und wurde lange Zeit durch Instruktoren bzw. Berater des MGB/KGB gesteuert und kontrolliert.“⁴⁹⁵ So berichtet auch Jens Gieseke von der starken sowjetischen Prädominanz, die vor allem bis 1956 sehr ausgeprägt war. „In dieser Phase des Stalinismus „in den Farben der DDR“ formierte sich der MfS-Apparat innerlich und äußerlich und prägte dauerhaft sein Welt- und Feindbild.“⁴⁹⁶ Die Beziehung zwischen dem sowjetischen

⁴⁹² Vgl. Gill; Schröter (1991), S. 122

⁴⁹³ Vgl. Hildebrand, Klaus: Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: Jesse (1999), S. 75

⁴⁹⁴ Vgl. Fricke in: Wolle (Hrsg), (1992), S. 123

⁴⁹⁵ Fricke in: Wolle (Hrsg), (1992), S. 123

⁴⁹⁶ Gieseke (2001), S. 19

KGB/MGB und dem Ministerium für Staatssicherheit, kann laut Bernhard Marquardt, in drei unterschiedliche Phasen eingeteilt werden und wurden von diesem zusammengefasst:⁴⁹⁷

1. Die Anfangszeit von 1950 bis ungefähr 1952/53

während dieser Zeitspanne war der MfS-Apparat noch schwach ausgeprägt und wurde von sowjetischen Instruktoren geführt. Operative Tätigkeiten wurden vom MGB angeleitet und überwacht, sodass das MfS als der verlängerte Arm des MGB angesehen werden kann und die Sowjetunion dadurch die Kontrolle über die DDR inne hatte.⁴⁹⁸

2 Zwischenphase von 1953-1957

Während dieser Phase erreichte das MfS eine größere Selbstständigkeit. Die MGB-Offiziere waren nunmehr zwar offiziell nur noch Berater des MfS, waren jedoch immer noch im Besitz eines Weisungsrechtes in operativen Fragen und der Möglichkeit ein Veto einzulegen, wenn es um wichtige Leitungsentscheidungen ging.

3 Erreichen der offiziellen Unabhängigkeit ab 1958

Ab diesem Zeitpunkt wurden Offiziere des MGB, die zuvor offiziell als Berater fungierten, allmählich in Verbindungsoffiziere umbenannt. Formal war das Ministerium für Staatssicherheit ab diesem Zeitpunkt unabhängig vom sowjetischen Geheimdienst. Auf der Grundlage einer formalen Gleichberechtigung wurden die Vereinbarungen beider Organe auf schriftlicher Basis getroffen. „Die „Gruppe des Komitees für Staatssicherheit“ beim Ministerrat der UdSSR zur Koordinierung und

⁴⁹⁷ 3 Phasen: vgl. Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit von MfS und KGB, in: Materialien (1995), Band VIII, S. 297-361, siehe auch laut Borchert die mit zahlreichen Dokumenten angereicherte Fassung. In: Fricke, Karl Wilhelm/Marquardt Bernhard: DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen der Verrats. Die Zusammenarbeit vom MfS und KGB, Bochum 1995, S.50-169 und vgl. laut Borchert die Hinweise von Kondraschew, Sergei A.: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachkriegsdienste, insbesondere in Bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit. In: Krieger, Wolfgang/Weber Jürgen (Hrsg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München und Landsberg am Lech, 1997, S. 145-153, zitiert nach: Borchert, Jürgen: Die Zusammenarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit dem sowjetischen KGB in den 70er und 80er Jahren. Ein Kapitel aus der Geschichte der SED-Herrschaft: Lit-Verlag, Berlin, 2006, S. 49-50

⁴⁹⁸ Vgl. Mühlen zur v., Heinrich: Der Apparat des Staatssicherheitsdienstes. Weisungs- und Kontrollbefugnis sowjetischer Instruktoren, in: SBZ-Archiv, Nr. 12/1956, S. 181-184 (S.181), zitiert nach: Borchert (2006), S. 49

Verbindung mit dem MfS“ blieb für die Arbeit der DDR-Staatssicherheit allerdings ein bestimmender Faktor“ [...] ⁴⁹⁹

Der Einfluss der Sowjetunion in der DDR ist also auch im Bereich der Staatssicherheit ersichtlich, ein weiteres Zeichen dafür, dass die gesamte politische Landschaft durch diesen Einfluss bestimmt war.

4.5 Das Verhältnis zwischen SED-und Staatssicherheit

Die Staatssicherheit war das ausführende Repressionsorgan der SED und unterstand dieser in allen Bereichen. „Das MfS war das konstitutive Herrschaftsinstrument der SED-Führung“ ⁵⁰⁰

Die besondere Gefährlichkeit des Ministeriums für Staatsicherheit bestand in der mangelnden Kontrolle auf parlamentarischer und administrativer Ebene trotz ihrer umfangreichen Kompetenzen und Aufgaben. ⁵⁰¹ Es gab keinerlei Gesetzliche Bestimmungen über die Zuständigkeiten, Befugnisse und Aufgaben des MfS. „Das Fehlen einer solchen Definition von Gesetzes wegen war allerdings von den Herrschenden gewollt – den Aktionsfelder der DDR-Staatssicherheit sollten keine gesetzlichen Grenzen gezogen werden“ ⁵⁰² Die Aufgaben der Tätigkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit waren somit nur vage umschrieben, sodass es für die Bevölkerung nur äußerst schwer nachvollziehbar war, in welchem Ausmaß sich die Machtfülle darstellte. ⁵⁰³ „Dennoch war sein Schattenreich nie „Staat im Staate“, sondern „zuverlässiger Schutz und scharfes Schwert der Partei (Mielke)“ ⁵⁰⁴ Die Annahme, dass sich die Staatssicherheit verselbständigte und ohne Kontrolle der SED ihre Interessen durchgesetzte, ist falsch. So spricht auch Stephane Courtois davon, dass das MfS Schild und Schwert der Partei war, dessen Aufgabe es war, die Macht der SED zu sichern, ohne dass man davon sprechen

⁴⁹⁹ Vgl. Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950-1959, in: Suckut, Siegfried; Süß Walter (beide Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS: Ch. Links Verlag, Berlin, 1997, S. 70

⁵⁰⁰ Vgl. Müller- Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, Berlin: Ch.Links Verlag, 2008, S. 10

⁵⁰¹ Vgl. Schroeder (1998), S.440

⁵⁰² Fricke in: Wolle (Hrsg.) (1992), S.124

⁵⁰³ Vgl. Courtois (2007), S. 126

⁵⁰⁴ Schroeder (1998), S.440

könnte, dass das MfS in irgendeiner Weise einen Parallelstaat zur SED-Diktatur aufbaute.⁵⁰⁵

Jedoch wäre die Herrschaft der SED ohne dem Vorhandensein der Staatssicherheit nicht möglich gewesen, daher kann die Geschichte von letzterem nur in Verbindung mit der Geschichte der SED betrachtet werden.

Die Verbindung zwischen Staatssicherheit und SED ist auch ersichtlich an den Parteimitgliedern innerhalb der Staatssicherheit. So war die Mitgliedschaft für Personen in den Reihen der Staatssicherheit praktisch zwingend. Im Jahr 1953 betrug der Anteil von Parteimitgliedern in der Staatssicherheit 92 Prozent. Mitglieder von Blockparteien waren nicht zugelassen, sowie ehemalige Mitglieder der NSDSP und Polizisten die vor 1945 eingestellt waren.⁵⁰⁶ Von der SED wurde gegenüber der Staatssicherheit vorgeschrieben, dass diese mit den Parteileitungen zusammenarbeiten müssen, und setzte von den offiziellen Mitarbeitern des Ministeriums das persönliche Bekenntnis zur SED voraus.⁵⁰⁷ „Die personelle Verflechtung zwischen MfS und Politbüro/ZK erfaßte alle wichtigen Leistungsfunktionen innerhalb des MfS und wurde durch enge persönliche Beziehungen zwischen MfS- und SED-Funktionären ergänzt.“⁵⁰⁸ Für das MfS waren die Maßstäbe nach denen es arbeitete die Vorgaben der Partei. In sämtlichen Dienstanweisungen wies das MfS auf die indirekten oder direkten Beschlüsse der SED hin, sodass man erkennen kann dass die Partei gegenüber dem MfS federführend und Entscheidungen der SED gegenüber dem MfS verbindlich waren.⁵⁰⁹ Der „ständig deklarierte Führungsanspruch der SED [wurde somit] täglich bestätigt [...]“.⁵¹⁰

In Bezug auf die Analyse des Verhältnisses zwischen der SED und der Staatssicherheit wird größtenteils darauf hingewiesen, dass von einem Staat im Staate nicht die Rede sein kann. Diese immer wieder auftretende dezidierte Ablehnung dieser Annahme legt nahe, dass es eine Debatte darüber gab, ob dies auf die Staatssicherheit zutreffen würde. Auslöser dieser Diskussion war, laut Gieseke, Egon Krenz, der die Debatte vom Staat im Staate in Umlauf brachte. Sein Ziel war es, durch diese Debatte die Verantwortung für den

⁵⁰⁵ Vgl. Courtois (2007) S. 125

⁵⁰⁶ Vgl. Gieseke (2007), S. 539

⁵⁰⁷ Vgl. Hofmann, Vera: Die strafrechtlichen Aspekte der Organisation und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit, Books on Demand: Berlin, 2001, S. 45

⁵⁰⁸ Vgl. Dussdal, Edgar: STASI intern. Macht und Banalität, Leipzig: Forum Verlag, 1998, S. 53, zitiert nach: Hofmann (2001), S. 45

⁵⁰⁹ Vgl. Hofmann (2001), S. 45

⁵¹⁰ Hofmann (2001), S. 45

Sicherheitsapparat, dem er seit 1983 in der Funktion des Sekretärs für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee vorstand, von sich zu weisen. Hierbei argumentierte er [Krenz], dass sämtliche Fragen in Bezug auf die Sicherheit von Mielke und Honecker persönlich besprochen und entschieden wurden.⁵¹¹

Dies kann durchaus als Wahrheitsgetreu angesehen werden: Bereits auf Seite 71 ff. (der Generalsekretär) wurde der Entscheidungsfindungsprozess zwischen Honecker und Mielke beschrieben und sowohl von Brunner als auch von Fricke die bilateralen Regelungen und das Nichtbetrauen von Sicherheitsfragen im Politbüro bestätigt.⁵¹²

Wenn Gieseke nun davon spricht, dass sich Krenz mit seiner Theorie vom „Staat im Staate“ nur von seiner Verantwortung stehlen wollte, ist anzumerken, dass seine Theorie zwar nicht der Realität entsprach, und damit sicherlich auch bezweckte sich aus der Verantwortung zu stehlen, er jedoch de facto in seiner Funktion als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen klar hinter Honecker und Mielke stand.⁵¹³

Die Staat-im-Staate-Theorie, von Egon Krenz aufgeworfen, wird auch von Peter Siebenmorgen im Jahr 1993 angezweifelt. So weisen seiner Meinung nach einerseits sowohl die Reden des Ministers Erich Mielke, welcher die führende Rolle der SED gegenüber der Staatssicherheit immer wieder betonte, als auch die Tatsache, dass von hauptamtlichen Mitarbeitern immer wieder verlangt wurde, der SED zu dienen, daraufhin, dass die Theorie vom „Staat im Staate“ keine Legitimationsbasis besitzt.⁵¹⁴

Auch Erich Honecker gab in seinen Aussagen zum Ausdruck, dass er kaum Einsicht in das Innenleben der Staatssicherheit hatte und sich vielmehr auf die Aussagen Erich Mielkes verließ, welcher ihm jedoch wichtige Informationen vorenthielt. Erich Mielke wiederum stellte die Dinge anders. So behauptete er, dass die Kontrolle des MfS bis zum Schluss die SED inne hatte.⁵¹⁵ In der Realität war es so, dass „die Staatssicherheit [...] niemals die vorgegebene Einordnung als bewaffnetes Sicherungsorgan der herrschenden

⁵¹¹ vgl. Gieseke (2001), S. 92

⁵¹² Siehe Kapitel 3.4.1.1, S. 72 ff: Der Generalsekretär

⁵¹³ Die Entscheidungsprozesse in Bezug auf Angelegenheiten der Staatssicherheit zwischen Honecker und Mielke, siehe Brunner in: Materialien, Band II/2, (1995), S. 1005

⁵¹⁴ Vgl. Siebenmorgen: „Staatssicherheit“ der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi: Bouvier, Bonn, 1993, S. 6

⁵¹⁵ Vgl. Gieseke (2001), S. 92-93

kommunistischen Partei [überschritt]. Sie ordnete sich dem Willen der Parteiführung, das heißt faktisch: des Ersten Sekretärs oder Generalsekretärs, unter und akzeptierte den hauptamtlichen Parteiapparat als Tabuzone für seine „operative“ Arbeit. Insofern hat die Selbststilisierung als „Schild und Schwert“ ihren realen Kern. Innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens freilich brachte es die Staatssicherheit als Apparat zu einer ungeheuren Machtfülle und einem beträchtlichen Eigengewicht in Ressourcenverteilung und politischen Entscheidungsprozessen.“⁵¹⁶

Es stellte sich also so dar, dass die SED als Auftraggeberin agierte und das MfS „als deren sicherheitspolitischer Generalauftragnehmer“⁵¹⁷ die Anweisungen der SED umsetzte.⁵¹⁸

4.6 Methoden der Staatssicherheit als Repressionsinstrument der SED

4.6.1 Die Methoden der Staatssicherheit

Es gab unterschiedliche Methoden mit denen das Ministerium für Staatssicherheit vorging um Personen oder Gruppen, die als Gefahr für die DDR angesehen wurden, zu kontrollieren und gegebenenfalls Repressalien zu unterwerfen. Zu den Maßnahmen gehörten die

- a) Sicherheitsüberprüfungen
- b) Operativen Personenkontrollen (OPK)
- c) Operativen Vorgänge (OV) sowie die
- d) Telefonüberwachung und Postkontrolle, die in erste drei Punkte mitberücksichtigt wurden⁵¹⁹

zu a)

„Die Sicherheitsüberprüfungen bildeten gleichsam die unterste Stufe der Überwachung der Bürger durch das MfS“. ⁵²⁰ Diese diente dazu vorab Personen zu durchleuchten, die für besondere Funktionen, Aufgaben oder Befugnisse vorgesehen wurden, beziehungsweise für die Ausstellung von Genehmigungen, Erlaubnissen oder Vollmachten an Bürger der

⁵¹⁶ Gieseke (2001), S. 101

⁵¹⁷ Walther (1996), S. 46

⁵¹⁸ Walther (1996), S. 46

⁵¹⁹ Vgl. Gill; Schröter (1991), S. 123

⁵²⁰ Gill; Schröter (1991) S. 123

DDR. Darunter fielen beispielsweise Leistungssportler, Waffenbesitzer, Leitungskräfte oder Mitglieder anderer Sicherheitsorgane.⁵²¹

Zu b)

Die operativen Personenkontrollen waren im Vergleich zur Sicherheitsüberprüfung eine Methode geheimdienstlicher Überwachung, die jedoch ausgefeilter war,⁵²² und in Abgrenzung zum operativen Vorgang geschaffen wurde.⁵²³ Die OPK richtete sich vor allem

- „Gegen Personen, die in Verdacht geraten waren, Handlungen zu begehen oder begehen zu können, die sich gegen die politischen Verhältnisse in der DDR richteten – was als Staatsverbrechen gewertet wurde -, oder die in den Verdacht einer „Straftat der allgemeinen Kriminalität... in enger Beziehung zu den Staatsverbrechen“ geraten waren.
- Gegen Personen, die von der offiziellen Verhalts- und Denklinie abwichen beziehungsweise Verbindungen zu solchen Personen hatten, von denen angenommen werden konnte, dass sie staatspolitisch unerwünschte Handlungen begehen könnten.
- Gegen Personen, die in wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Positionen oder Bereichen tätig waren oder tätig werden sollten und von denen angenommen werden konnte, dass sie anfällig für nichtstaatskonforme Ansichten waren.“⁵²⁴

Aufgabe der OPK war „die Überprüfung von Verdachtsmomenten zu Verbrechen und Straftaten, das Erkennen „feindlich-negativer“ Haltungen, aber auch den vorbeugenden Schutz von Personen in sicherheitsrelevanten Positionen.“⁵²⁵

Am Ende einer OPK stand ein Abschlussbericht. Da die operative Personenkontrolle ein sogenannter registrierpflichtiger Vorgang war, wurde die Person, welche bearbeitet wurde, aktiv erfasst.⁵²⁶

⁵²¹ Vgl. Polzin, Arno: Sicherheitsüberprüfung, Artikel in: Engelmann u.a (Hrsg (2011), S. 270

⁵²² Vgl. Gill; Schröter (1991), S. 127

⁵²³ Buthmann, Reinhard: Operative Personenkontrolle (OPK), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 230-231

⁵²⁴ Gill; Schröter (1991), S. 127

⁵²⁵ Buthmann, Reinhard: Operative Personenkontrolle (OPK), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 230-231

⁵²⁶ Buthmann, Reinhard: Operative Personenkontrolle (OPK), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 230-231

zu c)

dem operativen Vorgang (OV) ging oft die vorher beschriebene operative Personenkontrolle (OPK) voraus.⁵²⁷ Der OV war „Die „höchste“ Stufe der konspirativen Überwachung und Verfolgung durch das MfS [...]“.⁵²⁸ Laut der Richtlinie 1/76, welche durch Erich Mielke im Jänner 1976 herausgegeben⁵²⁹ wurde, heißt es zu den Zielen der OV:

„Mit der zielstrebigem Entwicklung und Bearbeitung Operativer-Vorgänge ist vor allem vorbeugend ein Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte zu unterbinden, das Eintreten möglicher Schäden, Gefahren oder anderer schwerwiegender Folgen feindlich-negativer Handlungen zu verhindern und damit ein wesentlicher Beitrag zur kontinuierlichen Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung zu leisten.“⁵³⁰ Das Ziel von allen operativen Vorgängen war es, die oppositionellen Gruppierungen zu liquidieren.⁵³¹ „Ergebnis eines OV konnte zum Beispiel die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, die Zersetzung einer oppositionellen Gruppe oder auch die gezielte Weitergabe von kompromittierendem Material sein. Alles das regelte die Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OG), (GVS MfS 008-100/76)“⁵³²

Die *operativen* Methoden können laut Wörterbuch der Staatssicherheit hierbei als System von Prinzipien, Handlungsvorschriften oder Empfehlungen definiert werden, welche zur Lösung exakt definierter politisch-operativer Aufgaben dienen.⁵³³ Die operativen Methoden waren somit die höchste Form des Eingreifens durch die Staatssicherheit, „Die M. [operative Methode] zeigt, wie die operativen Kräfte und Mittel konspirativ, offensiv und mit hoher Wirksamkeit zur Erreichung festgelegter Ziele zum Einsatz gebracht werden können.“⁵³⁴ Das heißt, es wurden Methoden entwickelt um das Ziel, die Gefahr die von den jeweiligen Personen oder Gruppen nach der Meinung der Staatssicherheit und somit der SED ausgingen, zu verhindern. „Die Anwendung der M. [Methoden] und ihre Weiterentwicklung in der politisch-operativen Arbeit erfolgt auf der Grundlage der Gesetzmäßigkei-

⁵²⁷ Buthmann, Reinhard: Operative Personenkontrolle (OPK), Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 231-232

⁵²⁸ Gill; Schröter (1991), S. 131

⁵²⁹ Vgl. Gill; Schröter (1991), S. 131

⁵³⁰ Gill; Schröter (1991), S. 131

⁵³¹ Gill; Schröter (1991), S. 137

⁵³² Gill; Schröter (1991), S. 346

⁵³³ Vgl. Methode, operative, Artikel in: Suckut (1996), S. 244

⁵³⁴ Methode, operative, Artikel in: Suckut (1996), S. 244

ten, Bedingungen und Erfordernisse des Kampfes gegen den Feind, der geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie der dienstlichen Bestimmungen und Weisungen im MfS.“⁵³⁵

Zu den Methoden operativer Vorgänge gehörten Beispielsweise:

- 1) die Zersetzung
- 2) die operative Legende
- 3) die operative Kombination
- 4) das Herauslösen der IM aus der Bearbeitung operativer Vorgänge⁵³⁶

Zu 1)

Diese operative Methode wurde gegen Personen angewandt, die vom Ministerium für Staatssicherheit als feindlich-negativ eingestuft wurden. Die Methode der Zersetzung war eine geheime Bekämpfung der verdächtigen Personen. Ziel der Zersetzung war laut der Richtlinie zur Bearbeitung von operativen Vorgängen aus dem Jahre 1976 ⁵³⁷ „gegnerische Kräfte zu zersplittern, zu lähmen, zu desorganisieren und sie untereinander und von der Umwelt zu isolieren. „Feindliche“ Handlungen sollten so vorbeugend verhindert, eingeschränkt oder unterbunden werden.“⁵³⁸

Zu 2)

„Ziel der Anwendung operativer Legenden ist der wirksame Einsatz der IM sowie anderer Kräfte, Mittel und Methoden zur offensiven Bearbeitung Operativer Vorgänge, insbesondere

- Das Eindringen in die Konspiration des Feindes, indem verdächtige Personen durch vorgegebene Motive, Begründungen, Erklärungen und Aussagen veranlasst werden, Hinweise auf ihre feindlich-negativen Absichten, Handlungen und Verbindungen preiszugeben;

⁵³⁵ Methode, operative, Artikel in: Suckut (1996), S. 244

⁵³⁶ Die Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge, zitiert nach: Gill; Schröter (1991), S. 346 ff.

⁵³⁷ Vgl. Auerbach, Thomas; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Zersetzung, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg), (2011), S. 352

⁵³⁸ Auerbach, Thomas; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Zersetzung, Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg), (2011), S. 352

- Die Gewährleistung der Konspiration und Geheimhaltung der Ziele, Absichten und Maßnahmen sowie Kräfte, Mittel und Methoden des MfS.⁵³⁹

Zu 3)

Die operative Kombination ist eine Methode „Zur Bearbeitung von Personen und Objekten [...] [zur] Verknüpfung verschiedener, für die Zielpersonen scheinbar nicht zusammenhängender, legendierter Maßnahmen des MfS.“⁵⁴⁰ Voraussetzung dafür war, dass sowohl inoffizielle Mitarbeiter, hauptamtliche Mitarbeiter sowie Mitarbeiter von anderen Institutionen, die im politisch-operativen Bereich tätig waren, zusammenwirkten. Die operative Kombination diente der Zersetzung, Desorientierung, der Beschaffung von Beweismitteln und Informationen sowie dem Beeinflussen von Personen, die bearbeitet wurden.⁵⁴¹ In der Richtlinie Nr. 1/76 heißt es wortwörtlich: „Ziel der Anwendung operativer Kombinationen ist die offensive, beschleunigte Bearbeitung operativer Vorgänge, insbesondere

- Die Einwirkung mit komplexen, sich gegenseitig bedingenden und ergänzenden sowie aufeinander abgestimmten politisch-operativen Maßnahmen auf die verdächtigen Personen, um sie zu Reaktionen zu veranlassen, die Rückschlüsse auf durchgeführte oder geplante staatsfeindliche Tätigkeit zulassen und die Sicherung bzw. Dokumentierung entsprechender Beweise zu ermöglichen.
- Die Beschleunigte und effektive Lösung anderer komplizierter politisch-operativer Aufgaben bei Wahrung der Konspiration über die Ziele, Absichten und Maßnahmen, Kräfte, Mittel und Methoden des MfS.⁵⁴²

Zu 4)

Das Ziel des Herauslösens von inoffiziellen Mitarbeitern ist die „1. Maßnahme der Konspiration bei der Bearbeitung von operativen Vorgängen, bei der, insbesondere im Falle von Strafverfolgungsmaßnahmen oder anderen Sanktionen gegen die Betroffenen, wichtige IM rechtzeitig aus entsprechenden Zusammenhängen entfernt wurden, um einen möglichen Verdacht von ihnen abzulenken. 2. Maßnahmen der Konspiration, bei der Übersiedlungs-IM (ÜIM) bzw. hauptamtliche IM aus operativen Gründen unter einem Vorwand

⁵³⁹ Die Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge, zitiert nach: Gill; Schröter (1991), S. 385

⁵⁴⁰ Florath, Bernd: Operative Kombination: Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 228

⁵⁴¹ Vgl. Florath, Bernd: Operative Kombination: Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 228

⁵⁴² Die Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge, zitiert nach: Gill; Schröter (1991), S. 386

[...] Arbeitsstelle, Betätigungsfeld und/oder Wohnort wechselten, um einen längerfristigen Auftrag des MfS, z.B. im Operationsgebiet zu erfüllen.“⁵⁴³

4.7 Resümee des Kapitels

Nach Bearbeitung des Kapitels ergeben sich folgende Erkenntnisse.

1)

Durch die nähere Betrachtungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit ist der Repressionscharakter dieser Institution nun eindeutig erkennbar. Der in allen Lebensbereichen präsente Staatssicherheitsdienst zeigt deutlich die Furcht der SED-Führung vor der eigenen Bevölkerung. Wie in Kapitel 3 bereits beschrieben, konnten die Kommunisten niemals auf breite Unterstützung bauen, sie blieben eine Minderheit. Nur durch die enorme repressive Kraft der Staatssicherheit, als ausführendes Organ der SED, war es möglich diese beschriebene Legitimationsproblematik zu kompensieren. Dies verdeutlicht nochmals den totalitären Charakter der DDR, den Anspruch der SED-Führung in jeden staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Bereich einzudringen.

2)

Durch die Beschreibung der Strukturen und Mechanismen des Ministeriums für Staatssicherheit ist es möglich, die „Politik der Staatssicherheit (im Auftrag der SED) gegenüber literarischen Intellektuellen“ in Kapitel 5.2.2.1, sowie die „Intellektuellenpolitik der SED nach den Ereignissen in Ungarn in Bezug auf das MfS“ (siehe Kapitel 7.3.2) im Kontext dieses Kapitels zu sehen.

4.8 Überleitung in nächstes Kapitel

Um die „Veränderungen der Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen nach den Ereignissen in Ungarn“ in Kapitel 0 beantworten zu können, ist es vorab notwendig die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen im Allgemeinen zu betrachten.

⁵⁴³ Engelmann, Robert; Müller-Enbergs, Helmut: Herauslösen von IM: Artikel in: Engelmann u.a. (Hrsg.), (2011), S. 148

Hierzu ist es essentiell die Institutionen innerhalb der DDR, welche Einfluss auf die Kulturpolitik der DDR nahmen, zu durchleuchten um somit etwaige Veränderungen in Bezug auf die Politik gegenüber literarischen Intellektuellen überhaupt erst sichtbar zu machen. Der Begriff des „literarischen Intellektuellen“ wird ebenfalls erklärt werden.⁵⁴⁴

Durch die Betrachtungsweise der Kulturpolitik der SED ist es auf der anderen Seite wiederum möglich den Charakter der Politik der SED nochmals aufzuzeigen. Das in diesem Kapitel beschriebene Verhältnis von SED und Staatssicherheit⁵⁴⁵ lässt keinesfalls zu, von einer eigenen, unabhängigen Kulturpolitik des MfS sprechen zu können, sodass diese nur im Kontext der SED Politik gesehen werden kann.

⁵⁴⁴ Siehe dazu Kapitel 5.1.1.2

⁵⁴⁵ Siehe Kapitel 4.5

5 Die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen

5.1 Einleitung

In Kapitel 3.4 wurde bereits die Herrschaftsstruktur der DDR genauer betrachtet, mit dem Ergebnis, dass die SED die dominante und unangefochtene Rolle in Staat und Gesellschaft spielte. Sie beherrschte sämtliche Institutionen, Organisationen oder andere Vereinigungen. Mit Hilfe der Staatssicherheit, wie in Kapitel 4 ersichtlich, gelang es der SED nahezu die gesamte Gesellschaft bis in das Privateste zu durchdringen.

Betrachtet man die „Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen“, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit sich auch mit den anderen relevanten Institutionen, welche Einfluss auf die Intellektuellenpolitik genommen haben, zu befassen. Diese waren zwar nicht unmittelbar in die Partei eingegliedert, wurden aber durch diese beherrscht.⁵⁴⁶

So wie in allen anderen Bereichen war auch die Kulturpolitik innerhalb der SED hierarchisch und nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus gegliedert.⁵⁴⁷ (*demokratischer Zentralismus siehe Kapitel 3.2, Seite 54*). „Die zentrale und entscheidende Säule [im Kulturbereich, aber auch in allen anderen Bereichen] war der streng hierarchisch gegliederte **Parteiapparat**, dem die Säulen des **Staatsapparates** sowie die der gesellschaftlichen **Organisationen, Institutionen** (inklusive Blockparteien) neben- und untergeordnet waren.“⁵⁴⁸

Politische Spitzenämter im Bereich der Kultur wurden im Regelfall von Parteimitgliedern der SED übernommen. Ausnahmen gab es hierbei im Bereich der Blockparteien, wenn es in den Augen der SED notwendig war den Willen zur Bündnispolitik zu demonstrieren.⁵⁴⁹ Da diese Ausnahmen von der SED bestimmt wurden, kann nicht die Rede davon sein, dass die Blockparteien einen von der SED abweichenden Kurs einschlagen konnten. Vielmehr waren die Blockparteien selbst dem Willen der SED untergeordnet. Diese „verzichteten auf eigene Programme und begnügten sich seit den frühen fünfziger Jahren mit dem Nachvoll-

⁵⁴⁶ Vgl. Walther (1996), S. 35

⁵⁴⁷ Vgl. Walther (1996), S. 34

⁵⁴⁸ Walther (1996), S. 34

⁵⁴⁹ Vgl. Walther (1996), S. 35

zug der jeweils von der SED verkündeten Generallinie⁵⁵⁰, und „reduzierten sich [...] auf die Rolle von Komparsen in dem von der SED inszenierten und kontrollierten politischen System.“⁵⁵¹

Diese Dominanz der SED setzte sich auch im Kulturbereich gegenüber staatlichen Institutionen durch⁵⁵² Aufgrund der Tatsache, dass die jeweiligen staatlichen Einrichtungen von Parteimitgliedern geführt wurden und es auch zu jeder Institution Parteigruppen gab, war es möglich, staatliche Strukturen zu überbrücken. Ersichtlich ist dies in Bezug auf den kulturpolitischen Aspekt am Beispiel der Hauptverwaltung für Verlage und Buchhandel: Offiziell dem Ministerium für Kultur untergeordnet, unterstand diese jedoch de facto der Abteilung Kultur im ZK-Sekretariat und empfing von dieser seine ausschlaggebenden Anweisungen.⁵⁵³

Eine Betrachtungsweise der Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen ist daher nur zielführend, wenn nicht nur ausschließlich innerhalb der SED die Kulturpolitik genauer betrachtet wird, sondern auch die Institutionen und Organisationen im Kulturbereich, die zwar nicht unmittelbar in der Partei angesiedelt waren, jedoch von dieser angeleitet wurden.

Nachdem die Akteure der Politik in Bezug auf die literarischen Intellektuellen in Kapitel 5.2 aufgezeigt wurden, muss die eigentliche politisch-historische Entwicklung der Intellektuellenpolitik der SED betrachtet werden. Etwaige Veränderungen der Intellektuellenpolitik der SED durch den Ungarn-Aufstand sollen aufgezeigt werden und in Kapitel 7, welches *die Reaktionen der SED auf die Ereignisse in Ungarn* beinhaltet, im Detail betrachtet werden.

5.1.1 Die Intellektuellen in der DDR

⁵⁵⁰ Vgl. Richter: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien, in: Materialien 1995, Band II, 4, S. 2587 ff; vgl. Papke: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die LDPD, in: Materialien 1995, Band II, 4, S.2399ff.; Fröhlich, J.: Transmissionsriemen, Interessensvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zur Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Materialien 1995, Band II, 2, S. 1542 ff., vgl. Nehring C.: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die DBD, in: Materialien 1995, Band II, 4, S. 2375 ff., alle zitiert nach: Schroeder (1998), S.413

⁵⁵¹ Schroeder (1998), S. 413

⁵⁵² allgemeines Verhältnis der SED gegenüber staatlicher Institutionen siehe Kapitel 3.4.1.1

⁵⁵³ Vgl. Walther (1996), S. 35

Bevor eine nähere Betrachtung der Politik der SED gegenüber Intellektuellen/Schriftstellern von statten gehen kann, muss einerseits erklärt werden, inwiefern die KPD/SED die sogenannte „Intelligenz“ definierte, und inwiefern der Begriff der Intellektuellen in dieser Arbeit zum Tragen kommt.

Der größte Teil der Intelligenz war laut Herzberg weder Opfer von Verfolgungen noch verließen sie die DDR. Die bekanntesten Oppositionellen Gruppierungen strebten die *Verbesserung* von Sozialismus, DDR und SED an, und nicht deren Abschaffung.⁵⁵⁴ Trotzdem sei dieser Aussage kritisch angemerkt, dass auch die Beweggründe des Prager Frühlings, deren Ausgang sich an der Führungsspitze der Tschechoslowakischen kommunistischen Partei (KPC) unter Alexander Dubcek wiederfand, nicht die Abschaffung des Sozialismus, sondern deren Reform war.

Trotz der Tatsache des Reformwillens, und nicht der Abschaffung des Kommunismus, wurden die Verantwortlichen allzu schnell als Revisionisten bezeichnet gegen die vorgegangen werden musste. So war beispielsweise der Grundtenor des Staatsbesuches durch den Vorsitzenden der bulgarischen kommunistischen Partei (BKP) Todor Schiwkow und seiner Delegation in der Tschechoslowakei⁵⁵⁵, dass „Dubcek ein Revisionist ist um im Land eine Konterrevolution und eine Restauration des Kapitalismus [...] [stattfindet].“⁵⁵⁶ „Dies erklärt auch, warum sich Živkov von Dubcek und Cernik nicht davon überzeugen ließ, dass das Ziel der tschechoslowakischen Reformen in einer Verbesserung und Gesundung des Sozialismus liege.“⁵⁵⁷

„Auch in der DDR [...] [stand] schon im März 1968 [...] für die SED-Führung fest, dass diese Reformen zur „Konterrevolution“ führten.“⁵⁵⁸ Doch bereits während der fünfziger Jahre gab es auch innerhalb der SED Auseinandersetzungen, die gleiches Schema in der Beurteilung von Meinungsabweichungen innerhalb des kommunistischen Lagers aufzeigen lassen:⁵⁵⁹

⁵⁵⁴ Vgl. Herzberg (2006), S. 15

⁵⁵⁵ Vgl. Wilke, Manfred (Hrsg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Böhlau: Köln (, 2008, S. 471

⁵⁵⁶ N. Jachiel, Todor Živkov i licnata vlast. Sofia 1997, S.220, zitiert nach: Karner (2008), S. 471

⁵⁵⁷ Karner (2008), S. 471

⁵⁵⁸ Karner (2008), S. 421

⁵⁵⁹ Vgl. Kieslich, Lothar: Kommunisten gegen Kommunisten. Die Intellektuellenpolitik der SED im Umfeld des XX. Parteitags der KPdSU und des Ungarn-Aufstands, Gießen: Kletsmeier, 1998, S. 9

So wurden „parteiinterne Kritiker[.], die sich allesamt als Kommunisten bzw. Marxisten-Leninisten betrachteten und keineswegs als sozialdemokratische oder gar bürgerliche Gegner der SED und des Sozialismus in der DDR zu charakterisieren waren, [...] von Vertretern der führenden Linie der Partei um Walter Ulbricht geradewegs in diese Richtung [eingeordnet], wenn sie diese Kritiker als „Titoisten“, „Trotzkisten“, „Revisionisten“, „sozialdemokratische Abweichler“ oder unter Umständen sogar als „Konterrevolutionäre“ und „Staatsfeinde“ bezeichneten.“⁵⁶⁰

Dass innerhalb der DDR Intellektuelle zum großen Teil keinen Systemwechsel, sondern eine sogenannte Verbesserung des Sozialismus anstrebten, bedeutet demnach nicht, dass dieser Wille zur Reform des kommunistischen Systems auch eine Nicht-Verfolgung durch die SED bedeutete, so wie dies Herzberg andeutete. Zwar war die Opposition größtenteils für die Reform des Systems und nicht für deren Abschaffung und somit keine Konterrevolutionäre im eigentlichen Sinn, trotzdem stellte die SED sie als genau solche dar. Auch die Reform eines Systems kann auf längere Sicht bedeuten, dass sich das ursprüngliche System irgendwann ad absurdum führt. Die Reaktion der SED-Führung ist aus machtpolitischer Sicht daher durchaus nachvollziehbar. Trotzdem ist die Bezeichnung der Betroffenen als Konterrevolutionäre nicht zutreffend.

Die Intellektuellenpolitik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen soll sich in dieser Arbeit auf die Repressionen, die von der SED ausging, beschränken. Auch wenn der Großteil der oppositionellen literarischen Intellektuellen in den fünfziger Jahren die Reform des Kommunismus und der Partei anstrebten, wurden sie doch als Konterrevolutionäre oder Revisionisten bezeichnet und repressiven Methoden unterworfen. Es lag also in der Hand der Parteiführung, wie die Bestrebungen von oppositionellen Gruppierungen definiert wurden, ohne dabei die realen objektiven Beweggründe dieser Gruppen zu betrachten.

5.1.1.1 Die Definition der Intelligenz durch die SED

Da sich in der vorliegenden Arbeit das Verhältnis der SED gegenüber Intellektuellen/Schriftstellern vor allem auf die fünfziger und sechziger Jahre bezieht, ist hierbei auch

⁵⁶⁰ Kieslich (1998), S. 9

der Begriff der Intellektuellen, welcher den Vorstellungen der SED in diesem Zeitrahmen entsprach, anzuwenden.

Im Jahre 1947, nach der ersten Kulturkonferenz der SED, beschäftigte sich diese auch erstmals mit der Intelligenz. Paul Wandel, seines Zeichens zu dieser Zeit Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, später Volksminister, Abgeordneter der SED in der Volkskammer sowie ZK-Sekretär für Kultur und Erziehung⁵⁶¹, orientierte sich bei der Einteilung der Intelligenz am Klassenschema von Marx:⁵⁶²

Die Intelligenz ist laut Paul Wandel hierbei:

“ eine eigene eigenartige und sehr buntgegliederte soziale Schicht, und sie kann als homogenes Ganzes begriffen werden. Sie ist auch im Unterschied von den Arbeitern und Bauern keine selbstständige Klasse. Sie steht auch entgegen den Behauptungen vieler ihrer Vertreter nicht zwischen oder gar über den Klassen. Durch ihre Herkunft, ihre gesellschaftlichen Beziehungen, ihre Tätigkeit und Stellung, durch ihre Entscheidungen für die eine oder andere politische und wirtschaftliche Lösung ist sie unvermeidlich mit der einen oder anderen der Grundklassen der kapitalistischen Ordnung verbunden.“⁵⁶³

Die Intelligenz, die wie beschrieben auf jeden Fall mit der kapitalistischen Ordnung verbunden ist, steht somit im Widerspruch mit der Diktatur des Proletariats und kommunistischer Systeme im Allgemeinen. Die Einteilung der Intelligenz laut obiger Definition lässt erkennen, dass es unabdingbar notwendig ist eine gesellschaftliche Veränderung der Intelligenz herbeizuführen, in welcher Form auch immer. Den Kapitalismus gilt es im Kommunismus zu überwinden.

Hinsichtlich der politischen Orientierung der Intelligenz klassifiziert Paul Wandel laut Guntolf Herzberg diese in vier unterschiedliche Gruppen:⁵⁶⁴

⁵⁶¹ Vgl. Vollnhals, Clemens: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin: Ch.Links-Verlag, 1997, S. 69

⁵⁶² Wandel, Paul: Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 10./11. Februar 1948, SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/40, Bl. 65. Zitiert nach: Herzberg, Guntholf: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin: Ch. Links Verlag, 2006, S. 25

⁵⁶³ Wandel, Paul: Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 10./11. Februar 1948, SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/40, Bl. 65. Zitiert nach: Herzberg, Guntholf: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin: Ch. Links Verlag, 2006, S. 25

⁵⁶⁴ Herzberg (2006), S. 26

1. „Eine kleine Gruppe der sozialistischen Intelligenz, die, wenn wir vom Standpunkt ihrer marxistischen Festigkeit und Klarheit ausgehen, in ihrer Zahl noch bedenklich zusammenschrumpft;
2. eine ebenfalls zahlenmäßig noch nicht sehr große Gruppe ehrlicher und suchender Anhänger einer entschlossenen Demokratisierung Deutschlands und seiner Einheit. Diese Gruppe selbst ist noch sehr unklar, gibt sich im Allgemeinen aber doch Rechenschaft, daß die alte bürgerliche Welt nicht widerstehen wird. Sie hat keine Furcht vor der sozialistischen Arbeiterbewegung und vor dem Sozialismus
3. Wir haben dann eine größere Gruppe vielleicht das Gros; das sind Leute, die noch feste Bindungen an die bürgerliche Welt haben, deren Herzenswunsch es auch ist, daß sie möglichst in ihrer alten, vielleicht vornazistischen Form wiederkomme, die insofern konservative Auffassungen vertritt, starke Vorbehalte gegen uns hat, aber doch nicht als aktive Gegner auftritt.
4. Wie haben schließlich eine bewußt reaktionäre Gruppe, zum Teil mit fester politischer Führung imperialistischer, monopolistischer Kreise und auch der echten Kräfte in der LDP und CDU in unserer Zone. Diese Gruppe arbeitet außerordentlich aktiv, und es gelingt ihr, die größere Schicht der bürgerlichen Intelligenz in Verwirrung zu halten und ihre Entscheidungen in einem reaktionären Sinne zu beeinflussen, vor allem dann, wenn ihr Ungeschicklichkeiten auf unserer Seite dazu noch Vorschub leisten.“⁵⁶⁵

Diese Arbeit beinhaltet laut Definition der politischen Orientierung der Intelligenz durch die SED im Namen von Paul Wandel, die beiden ersten Gruppierungen.

⁵⁶⁵ Herzberg (2006), S. 26

5.1.1.2 Die Definition des Begriffes „intellektuell“ in Bezug auf vorliegende Arbeit: Die literarischen Intellektuellen

Als Grundlage für den Begriff „intellektuell“ soll die Definition von Werner Mittenzwei in seinem im Jahre 2001 erschienenen Buch: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, dienen. Dieser beschreibt den Begriff der „*literarischen Intellektuellen*“ und inkludiert hierbei Publizisten, Philosophen, Literaturwissenschaftler sowie Dichter. Jedoch gibt es keine zwingende Bindung an diese Berufe, sondern es geht vielmehr darum, welche Auswirkungen in der Öffentlichkeit durch ihre Arbeit hervorgerufen werden.⁵⁶⁶

Laut Mittenzwei „Man könnte [man] den literarischen Intellektuellen als einen Signalisten der Gefühls- und Gedankenwelt von Menschen, des Mentalitätspotentials einer Nation, Klasse oder sozialen Gruppe bezeichnen.“⁵⁶⁷

Wird in vorliegender Arbeit von der „Intelligenz“ oder den „Intellektuellen“ gesprochen, so sind diese immer im Kontext durch den von Mittenzwei definierten Begriff der literarischen Intellektuellen zu sehen.

⁵⁶⁶ Vgl. Herzberg (2006), S. 45

⁵⁶⁷ Mittenzwei, Werner: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, Berlin: Aufbau-Taschenbuchverlag, 2003, S. 18-19

5.2 Die Akteure der Kulturpolitik in der DDR

5.2.1 Akteure der Kulturpolitik auf unmittelbarer Ebene der SED

5.2.1.1 Die Akteure der Kulturpolitik auf zentraler Ebene der SED

Die für die Kulturpolitik der SED relevanten Institutionen auf unmittelbarer Ebene der Partei waren der Generalsekretär, das Politbüro, das ZK-Sekretariat, das Zentralkomitee der SED sowie die Bezirks- und Kreisleitungen der SED⁵⁶⁸, genauso wie dies in allen anderen politische und gesellschaftlichen Bereichen der Fall war.⁵⁶⁹

Wie eingehend beschrieben, stand an oberster Stelle das **Politbüro** der SED mit seinem Generalsekretär bzw. 1. Sekretär. Genauso wie in anderen politischen Bereichen war dieses in Kulturfragen die oberste Instanz. Das **ZK-Sekretariat** war zuständig für die Anleitung des Staatsapparates, diskutierte Beschlüsse des Politbüros und formulierte diese. Dadurch hatte das ZK-Sekretariat erheblichen Einfluss auf das Politbüro.⁵⁷⁰ Innerhalb dieses höchsten Gremiums der SED waren in den siebziger und achtziger Jahren die wichtigsten für kulturelle Fragen zuständigen Politbüromitglieder: Erich Honecker, Kurt Hager, Joachim Herrmann und Erich Mielke.

Erich Honecker als Generalsekretär mit weitreichenden Befugnissen, *Kurt Hager* als Politbüromitglied und ZK-Sekretär zuständig für Kultur, Wissenschaft und Volksbildung, *Joachim Hermann* Politbüromitglied und ZK-Sekretär zuständig für die Kontrolle der Medien sowie *Erich Mielke*, Politbüromitglied und Minister für Staatssicherheit, der durch den Sicherheitsapparat auch im Bereich der Kultur maßgebliche Informationen hatte und diese den anderen Politbüromitgliedern zur Verfügung stellte, bzw. Erich Honecker persönlich mitteilte. (Zum Verhältnis zwischen Mielke und Honecker in Sicherheitsfragen siehe auch Kapitel 3.3.1.1, S. 57). Neben diesen beiden Gremien, welche in der Machthierarchie der DDR an oberster Stelle standen, waren innerhalb des **Zentralkomitees der SED** in Bezug auf den kulturellen Verantwortungsbereich ebenfalls Organisationen und Institutionen angesiedelt.⁵⁷¹

⁵⁶⁸ Vgl. Walther (1996), S. 35 -38

⁵⁶⁹ Siehe dazu Kapitel 3.4.1

⁵⁷⁰ Vgl. Walther (1996), S. 36

⁵⁷¹ Vgl. Walther (1996), S. 37

Die Verwaltung der Besitztümer der SED durch das Zentralkomitee der SED, vereinigt in der VOB Zentrak (Zentrale Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft) zu welchem der GENEX (Geschenkdienst GmbH) der DEWAG (Deutsche Werbe- und Anzeiengesellschaft) und Verlage wie der ⁵⁷² „Aufbau-Verlag mit Rütten & Loening, [der] Verlag Volk und Welt, [der] Kinderbuchverlag Berlin, [der] Mitteldeutsche Verlag Halle, [der] Verlag Neues Leben Berlin, [der] Kiepenheuer mit Diederich'scher Verlag(sbuchhandlung), [der] Henschel-Verlag, und [der] Altberliner (Verlag) und Eulenspiegel Verlag.“⁵⁷³ gehörten, muss auch hier immer dahingehend betrachtet werden, dass die Parteiführung (ZK-Sekretariat, Politbüro, Generalsekretär) das ZK anleitete, und das Zentralkomitee der SED ihrer formalen Rolle nicht nachkam.

5.2.1.2 Die Akteure der Kulturpolitik auf regionaler Ebene der SED

Die Akteure der Kulturpolitik waren jedoch territorial nicht nur auf zentraler Ebene zu finden, sondern setzten sich, wie sämtliche andere Politikfelder, auf den Bezirks- und Kreisleitungen der SED fort.⁵⁷⁴ Diese regionalen Institutionen kooperierten auf selbiger Ebene „mit den staatlichen Räten des Bezirkes oder Kreises und Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit beziehungsweise mit den Kreisdienststellen des MfS.“⁵⁷⁵ Gemäß auf welcher Ebene die Zuständigkeiten in Kulturfragen zutrafen, waren die dementsprechenden regionalen Institutionen für Bezirksschriftstellerverbände, Autoren, Verlage und sonstige literarische Organisationen zuständig. Auf Ebene der Bezirks- und Kreisleitungen waren meist hauptamtliche Mitarbeiter der mittleren Ebene tätig, die sich durch ideologische Standfestigkeit jedoch nicht durch literarische Versiertheit auszeichneten. Um ihre von der zentrale vorgegeben Kulturpolitik umzusetzen, kooperierten sie mit dem Ministerium für Staatssicherheit in der jeweiligen Linie, der Hauptabteilung XX, der Linie Schriftsteller sowie dem Referat 7.⁵⁷⁶

Wie in *Kapitel 3.4.2* beschrieben, war auch auf regionaler Ebene klar ersichtlich, dass die Parteiführung die anderen Ebenen anleitete und sich die Politik der regionalen Ebenen in dem Bereich der von der zentrale vorgegebene Rahmen bewegte. Das heißt, auch sämtliche

⁵⁷² Vgl. Walther (1996), S. 37

⁵⁷³ Walther (1996), S. 37

⁵⁷⁴ Siehe dazu Kapitel 3.4.2, zum organisatorischen Aufbau der SED

⁵⁷⁵ Walther (1996), S. 38

⁵⁷⁶ Vgl. Walther (1996), S. 38

kulturpolitische Entscheidungen waren innerhalb der SED dem innersten Kreis der Parteiführung vorbehalten. Innerhalb dieses Zirkels hatte auch hier der Generalsekretär⁵⁷⁷ eine herausgehobene Stellung.

5.2.2 Akteure der Kulturpolitik auf staatlicher Ebene

5.2.2.1 Das Ministerium für Kultur (MfK)

Die im Amt für Literatur und Verlagswesen, der Staatlichen Komitee für Filmwesen und der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten angesiedelten Agenden, wurden mit der Gründung des Ministeriums für Kultur (MfK) im Jahre 1954, bis 1957 zur Gänze von diesem übernommen.⁵⁷⁸ Die Aufgabe des MfK bestand darin, „als zentrales staatliches Organ [...] [die] Sicherung der von der Partei vorgegebenen Kulturpolitik [umzusetzen] und gliederte sich in Hauptabteilungen, Hauptabteilungen und Abteilungen für [...] [die] Bereiche: Literatur und Literaturpolitik, Verlagswesen und Buchhandel, Filmwesen, Theater, Musik, angewandte und bildende Kunst, Unterhaltungskunst, Volkskunst und Veranstaltungswesen.“⁵⁷⁹ Es gab einige Institutionen, welche dem MfK direkt unterstellt waren, wie beispielsweise die Deutsche Staatsoper Berlin und das Deutsche Theater, sowie andere bei denen es die Aufsicht übernahm. Hier seien die Kunsthochschulen, die künstlerischen Ausbildungszentren und das Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ genannt. Bis auf den letzten Minister waren alle Mitglieder der SED.⁵⁸⁰ Wie schon erwähnt war das Führungszentrum der SED das auf allen Ebenen bestimmende Element. Dies galt auch für das Ministerium für Kultur und der dort angesiedelten Institutionen.⁵⁸¹ „Das MfK war der Abt. Kultur des ZK rechenschaftspflichtig, wie der Minister dem ZK-Sekretär nachgeordnet war.“⁵⁸² Im Bereich der Kontrolle von Personalentscheidungen war es der Abteilung Kultur im ZK jederzeit möglich dieser nachzukommen. Jedoch waren die Einflussmöglichkeiten nicht nur allgemeiner Natur, sondern bezogen sich auch auf ganz eindeutige Anweisungen:⁵⁸³ „Was deinen Vorschlag angeht, einen zweiten Staatssekretär im Ministe-

⁵⁷⁷ zur Stellung des Generalsekretärs in der DDR siehe Kapitel 3.4.1.1

⁵⁷⁸ Vgl. Walther (1996), S. 38

⁵⁷⁹ Walther (1996), S. 38

⁵⁸⁰ Vgl. Walther (1996), S.38

⁵⁸¹ Vgl. Offner, Hannelore; Schroeder, Klaus: Eingegrenzt – Ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin: Akademie Verlag GmbH, 2000, S. 44

⁵⁸² Vgl. Offner, Schroeder (2000), S. 45

⁵⁸³ Vgl. Offner, Schroeder (2000), S. 46

rium zu berufen...so habe ich keine Einwände. Das gleiche gilt für den Vorschlag, Genossen Dr. Jürgen Schuchardt als Stellvertreter des Ministers zu berufen“⁵⁸⁴ Neben der Möglichkeit des Einflusses im Bereich der Personalfragen, der allgemeinen richtungsweisenden Kompetenz im Ministerium und seinen nachgeordneten Institutionen, war die SED auch in Finanzfragen des MfK bestimmend.⁵⁸⁵ Am signifikantesten zeigt die Tatsache der Überordnung der Kulturabteilung des ZK gegenüber dem Ministerium für Kultur, die Dominanz der SED.⁵⁸⁶ „Kurt Hager war dem Minister für Kultur übergeordnet. Sein Wort galt, seine Anweisungen waren auszuführen“⁵⁸⁷. De facto war der Minister für Kultur, dem Sekretär der Kulturabteilung des ZK, Kurt Hager, untergeordnet.⁵⁸⁸ Auch hier zeigt sich, dass die Politik innerhalb des Kulturministeriums gegenüber Intellektuellen im Allgemeinen sowie etwaige Veränderungen der Kulturpolitik nur unter Anweisung der Parteiführung von stat-ten gehen konnte.

Hauptverwaltung für Verlage und Buchhandel

Diese war die „zentrale literaturpolitische Steuerungs- und Kontrollinstanz“⁵⁸⁹ Deren Aufgabe bestand darin den Buchhandel und das Verlagswesen zu kontrollieren, planen und zu leiten. Besonders wichtig war hierbei die Druckgenehmigung für ein Buch zu erteilen, sowie die Bestimmung der Auflagenhöhe. Bevor die Möglichkeit einer Veröffentlichung des Buches bestand, musste das Manuskript ein Genehmigungsverfahren bestehen. Dies ging so von stat-ten, dass ein zur Veröffentlichung eingereichtes Buch auf seinen ideologischen Inhalt geprüft wurde, und erst bei Bestehen die Druckergenehmigung erteilt wurde.⁵⁹⁰ Dieses Verfahren wurde dahingehend genutzt, dass „faktisch [...] in dieser Institution über das Verfahren der Begutachtung direkte Zensur ausgeübt [wurde].“⁵⁹¹ Im Frühjahr 1960 begann ein Diskussionsprozess innerhalb der Hauptverwaltung für Verlage und Buchhandel. Dieser endete damit, dass die Begutachtungsrichtlinien festgelegt wurden.⁵⁹² Legitimiert wurden diese Begutachtungslinien, die das Zensieren von Büchern vorsahen, „als im Inte-

⁵⁸⁴ SAPMO-BArch DY 30 40124, Hager an Hoffmann, 21.04.1987, zitiert nach Offner, Schroeder (2000), S. 46

⁵⁸⁵ Vgl. Offner, Schroeder (2000), S.46

⁵⁸⁶ Vgl. Offner, Schroeder (2000), S. 46

⁵⁸⁷ Offner, Schroeder (2000), S. 46

⁵⁸⁸ Vgl. Walther (1996), S. 38

⁵⁸⁹ Borgwardt, Angela: Im Umgang mit der Macht. Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, 2002, S. 99

⁵⁹⁰ Borgwardt (2002), S. 99

⁵⁹¹ Barck Simone; Langermann Martina; Lokatis, Siegfried: Jedes Buch ein Abenteuer. Zensursystem und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin: Akademie Verlag, 1998, S. 191 zitiert nach: Borgwardt (2002), S. 99

⁵⁹² Vgl. Barck; Langermann; Lokatis (2002), S. 191

resse der Bevölkerungsmehrheit gelegene Ausübung der Machtfunktion des Arbeiter- und Bauernstaates, wobei sich die Formulierungen an der Verfassung von 1949 orientierten.“⁵⁹³ So heißt es in der Richtlinie zur Begutachtung: „Angesichts der Tatsache, daß in den Westzonen ein klerikal-militaristisches Regime die Macht ausübt und mit allen Mitteln, darunter auch ideologischen, den Aufbau der DDR zu stören versucht, sind wir gezwungen, alle Sicherungsmaßnahmen zu treffen. Literatur die sich gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR, gegen die Erhaltung des Friedens, gegen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und gegen die Einheit des sozialistischen Lagers ausspricht, antihumanistische und den Marxismus-Leninismus verfälschende Literatur, darf in der DDR nicht erscheinen.“⁵⁹⁴ Diese Richtlinien waren jedoch keine offizielle Anweisung zur Zensur, sondern wurden den Verlegern nur teilweise und auszugsweise mündlich mitgeteilt und hatten dadurch einen sogenannten halblegalen Charakter.⁵⁹⁵ Durch das Festlegen der Druckgenehmigung und der Auflagenhöhe war die Hauptverwaltung für Verlage und Buchhandel „eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete zentrale Steuerungs- und Zensurbehörde, ihr Leiter in Personalunion DDR-Chefverleger und Oberzensor mit erheblicher exekutiver Gewalt.“⁵⁹⁶ Offiziell wurde versucht diese zentrale Aufgabe der Hauptverwaltung als Zensurinstrumentarium der DDR in ein anderes Licht zu rücken, als Freund und Partner der Literatur.⁵⁹⁷ Verantwortlich und weisungsgebunden war die Hauptverwaltung, genauso wie das gesamte Ministerium für Kultur, gegenüber der Abteilung Kultur im Zentralkomitee der SED.⁵⁹⁸ Dadurch ist auch im Bezug auf die Hauptverwaltung für Verlage und Buchhandel die Dominanz der SED ersichtlich. Sämtliche Entscheidungen, die von der HV getroffen wurden, müssen auch hier dahingehend betrachtet werden, dass es die SED war die ihre Politik bestimmte.

Büro für Urheberrechte

Dieses am 1. Jänner 1957 gegründete Büro ⁵⁹⁹war ebenfalls dem Ministerium für Kultur unterstellt und hatte die Aufgabe alle mit dem Ausland stattfindenden Verträge zu melden, prüfen und zu genehmigen. Die Bearbeitung aller Transfer- und Devisenfragen war ebenfalls im Aufgabenbereich des Büros für Urheberrecht angesiedelt. Das Büro erhielt dadurch

⁵⁹³ Barck, Langermann, Lokatis (2002), S. 191

⁵⁹⁴ BA-DR-1. 1287, Richtlinien für die Begutachtung, 25.07. 1960, S. 4.f, zitiert nach: ⁵⁹⁴ Barck, Langermann, Lokatis (2002), S. 191-192

⁵⁹⁵ Barck; Langermann; Lokatis (2002), S.

⁵⁹⁶ Walther (1996), S. 39

⁵⁹⁷ Vgl. Walther (1996), S. 39

⁵⁹⁸ Vgl. Walther (1996), S. 39

⁵⁹⁹ Walther (1996), S. 40

eine zentrale Kontrollfunktion.⁶⁰⁰ „Schriftsteller hatten vor der Publikation ihrer Texte im Ausland die Genehmigung dieser Behörde einzuholen.“⁶⁰¹ Laut dem ersten Direktor des Büros für Urheberrechte, Anselm Glücksmann⁶⁰², war die Aufgabe des Büros „[...] die Verlage in doppelter Beziehung zu unterstützen und zu entlasten: im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Autor einerseits und mit anderen Verlagen oder Stellen, die Autoren vertreten oder Verlagsrechte vermitteln, andererseits.“⁶⁰³ In der Realität stellte es sich jedoch so dar, dass das Büro die Aufgabe einer zusätzlichen Zensurinstanz für Veröffentlichungen im aus dem Ausland⁶⁰⁴, sowie „die primäre ökonomische Funktion der Devisenbewirtschaftung [verfolgte]“.⁶⁰⁵ Das Büro für Urheberrechte war daher eine weitere staatliche Instanz um den Literaturbetrieb verstärkt zu kontrollieren und zu steuern.⁶⁰⁶ Der Machtbereich des Büros für Urheberrechte wurde seit den sechziger Jahren sukzessive ausgebaut. So wurde dieses nach dem Mauerbau und dem 11. Plenum im Jahre 1965⁶⁰⁷ zu einem „gezielten Kontrollinstrument der Publikationstätigkeit von DDR-Autoren im Ausland.“⁶⁰⁸ So trat durch den neuen Erlass des Urheberrechtes die „Anordnung über die Wahrung der Urheberrechte durch das Büro für Urheberrechte“⁶⁰⁹ in Kraft welche „die grundsätzliche Genehmigungspflicht für Erwerb und Veräußerung urheberrechtlicher Nutzungsbedürfnisse über die Grenzen der DDR hinweg anordnete.“⁶¹⁰ Ziel dieser beschlossenen Anordnung, welche auf die Zeit von Ulbricht fiel, war die Verhinderung von im Ausland getätigten unerwünschten Meinungsäußerungen. Da das Büro für Urheberrechte wie schon erwähnt ebenfalls Teil des Ministeriums für Kultur war, welches wiederum der Abteilung Kultur im ZK der SED unterstellt war, sind auch jegliche Maßnahmen des Büros im Kontext der Allmacht der SED zu betrachten.

⁶⁰⁰ Vgl. Borgwardt (2002), S.99

⁶⁰¹ Borgwardt (2002), S. 99

⁶⁰² Vgl. Glücksmann, Anselm: Das neue „Büro für Urheberrecht“, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr.1 vom 05.01.1957, zitiert nach: Walther (1996), S. 40

⁶⁰³ Anselm Glücksmann: Das neue „Büro für Urheberrecht“, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Nr.1 vom 05.01.1957, zitiert nach: Walther (1996), S. 40

⁶⁰⁴ Borgwardt (2002), S. 100

⁶⁰⁵ Walther (2002), S. 40

⁶⁰⁶ Misterek, Susanne: Polnische Dramatik in Bühnen- und Buchverlagen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Wiesbaden: Harrassowitz, 2002, S. 56

⁶⁰⁷ Misterek (2002), S. 61

⁶⁰⁸ Misterek (2002), S. 61

⁶⁰⁹ Anordnung über die Wahrung der Urheberrechte durch das Büro für Urheberrechte. Vom 7. Februar 1966, in: Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil II. Nr. 21. Ausgabetag: 19. Februar 1966 S. 107-108, zitiert nach: Misterek (2002), S. 61-62

⁶¹⁰ Misterek (2002), S. 62

5.2.2.2 Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Zwar war das Ministerium für Staatssicherheit wie schon beschrieben formal dem Ministerrat verantwortlich, in der Realität stellte es sich jedoch so dar, dass „die Anleitung und Kontrolle der Staatssicherheit [...] der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK der SED und namentlich dem dafür zuständigen Sekretär [oblag]“.⁶¹¹ So traf dies auch auf den Kulturbereich zu, deren Sekretär der Kulturabteilung im ZK der SED, der Staatssicherheit gegenüber ein Weisungsrecht besaß. „Die Kulturpolitische Leitlinie wurde vorgezeichnet auf den Parteitag der SED, speziellen Plenen des ZK der SED (sogenannten „Kulturplen“) und in Reden oder Artikeln führender Repräsentanten.“⁶¹² Aufgabe der Staatssicherheit im Kulturbereich war es, „ihrer dienenden Funktion [gegenüber der SED] die kulturpolitische Linie der Partei abzusichern, zu unterstützen und durchzusetzen.“⁶¹³ Hierbei war die Staatssicherheit nicht nur ein passiv ausführendes Organ der SED⁶¹⁴, „sondern verfügten mit ihren gesammelten und an die Parteiführung gegebenen Informationen durchaus über Möglichkeiten, deren Entscheidungen zu beeinflussen.“⁶¹⁵ Diese indirekte Möglichkeit der Einflussnahme wurde von der Staatssicherheit jedoch niemals betont, vielmehr präsentierten sie sich als loyale Vollstrecker der von der Partei vorgegebenen Linie. Die vorherrschende Rolle hatte in der Kulturpolitik die SED, sowohl auf praktischer als auch auf prinzipieller Linie.⁶¹⁶ Gegenüber anderen Ministerien hatte das Ministerium für Staatssicherheit bedeutend mehr Einfluss. Durch die große Anzahl von hauptamtlichen, inoffiziellen und anderen Formen von Mitarbeitern, die in sämtlichen Institutionen tätig waren, gaben dem Ministerium für Staatssicherheit in der Machthierarchie der DDR eine bedeutende Rolle, so auch im Kulturbereich. Trotzdem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch das MfS trotz seiner großen Bedeutung in der DDR, ein ausführendes Organ der SED war. So war auch im Kulturbereich die SED bestimmender Faktor und die Staatssicherheit deren ausführendes Organ. „Wie in allen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen bestimmte die Partei auch in der Kulturpolitik die „Marschrichtung“ durch programmatische Vorgaben, administrative Weisungen und gesetzliche Restriktionen, die in ihrer Gesamt-

⁶¹¹ Walther (1996), S. 46

⁶¹² Walther (1996), S. 47

⁶¹³ Walther (1996), S. 49

⁶¹⁴ Vgl. Walther (1996), S. 49

⁶¹⁵ Walther (1996), S. 49

⁶¹⁶ Vgl. Walther (1996), S. 49

heit bezeichnenderweise „Linie“ oder auch „Generallinie“ genannt wurden.⁶¹⁷ Die 1969 gegründete HA XX/7⁶¹⁸, welche „für die Sicherung der Bereiche „Kultur“ und „Massenkommunikationsmittel“⁶¹⁹ zuständig war, nahm eine Schlüsselstellung im Kulturbereich der Staatssicherheit ein.⁶²⁰

Die Besonderheit der Staatssicherheit, hier im Bezug auf die Kulturpolitik war, dass sämtliche nächstgenannte staatliche oder nichtstaatliche Institutionen vom Ministerium für Staatssicherheit unterwandert wurden. Die SED nahm schon von vornherein oder relativ schnell Einfluss auf die genannten Institutionen und instrumentalisierte sie um ihre Interessen durchzusetzen. Diese Absicherung durch die SED wurde durch das Unterwandern der Institutionen durch die Staatssicherheit im Auftrag der Partei doppelt abgedeckt. Diese Politik der Absicherung steht ganz im Sinne der Politik der SED, am besten ersichtlich durch die Unbekannten Mitarbeiter innerhalb der Staatssicherheit, deren Aufgabe es unter anderem war, ehemalige oder aktuelle Mitarbeiter des MfS zu bespitzeln.⁶²¹ „Schriftstellerverband, Verlage, Zensurbehörde, Akademie für Künste, PEN-Zentrum, Ministerium für Kultur, Literaturzeitschriften und alle übrigen mit Literatur befaßten Institutionen waren mit IM durchsetzt. Grundsätzlich galt: keine Institution ohne IM.“⁶²² Die Unterwanderung des Ministeriums für Kultur durch das Ministerium für Staatssicherheit, macht auch die Machthierarchie der Ministerien deutlich.

Hier ist wiederum der totalitäre Herrschaftsanspruch der SED ersichtlich, die dazu trachtete sämtliche gesellschaftliche, private und politische Bereiche zu kontrollieren, und auch nicht halt vor der Kultur machte.

Aufgrund dieser zentralen Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit auch in Bezug auf die Kulturpolitik, sollen die unterschiedlichen Phasen der Einflussnahme der Staatssicherheit im Kulturbereich, laut Joachim Walther näher betrachtet werden. Außer acht darf hierbei, wie schon öfters erwähnt, nicht gelassen werden, dass die Staatssicherheit im Auftrag der SED handelte, und die Handlungsweisen der Staatssicherheit den Vorgaben der SED auch im Kulturbereich entsprach.

⁶¹⁷ Walther (1996), S. 47

⁶¹⁸ Abteilung XX/7 siehe Kapitel 4.3.1.1

⁶¹⁹ BStU, ZA; DSt 106590, zitiert nach: Walther (1996), S. 157

⁶²⁰ Vgl. Walther (1996), S. 47

⁶²¹ Unbekannte Mitarbeiter siehe Kapitel 4.3.3.4, Seite 92

⁶²² Walther (1996), S. 730

„Da die SED nicht nur den politischen, sondern auch den ideologischen Führungsanspruch für sich reklamierte und rigoros durchsetzte, wirkte sich das auf den gesamten „gesellschaftlichen“ Überbau aus, darunter nicht zuletzt auf Kunst und Literatur. Auch und gerade dieser Bereich war durch das MfS abzusichern, weshalb das MfS einen spezifizierten Sicherungsauftrag zur Durchsetzung der SED-Kulturpolitik und die entsprechenden, dafür zuständigen Diensteinheiten besaß.“⁶²³

Die Phasen der Überwachung durch die Staatssicherheit können also keinesfalls als ein isoliertes Phänomen der Staatssicherheit angesehen werden, sondern immer nur im Kontext der Politik der SED.

Laut Joachim Walther, können die Phasen der Überwachung, Unterwanderung und Beeinflussung durch die Staatssicherheit im Bereich Literatur in drei unterschiedliche Phasen, welche durch personelle sowie strukturelle Veränderungen gezeichnet waren, eingeteilt werden.⁶²⁴

Die Phasen der Überwachung durch die Staatssicherheit

- a) *„Die frühe Phase (1950 bis 1963)*
- b) *Die mittlere Phase (1963 bis 1976) [und]*
- c) *Die letzte Phase (1976 bis 1989)“*⁶²⁵

zu a)

Bis Mitte der 50iger Jahre war das Interesse der SED und der Staatssicherheit im Kulturbereich sehr wenig ausgeprägt. Die anfängliche These, dass der Arbeiteraufstand von 1953 keine besonderen Auswirkungen auf die Intellektuellenpolitik der SED hatte, da diese daran nicht beteiligt waren, wird durch Joachim Walther bestätigt.⁶²⁶ „Der Arbeiteraufstand vom Juni 1953 hatte keine nennenswerte Unterstützung auf dem intellektuell-künstlerischen Bereich gefunden“⁶²⁷

⁶²³ Walther (1996), S. 29

⁶²⁴ Vgl. Walther (1996), S. 140

⁶²⁵ Walther (1996), S. 5

⁶²⁶ Walther (1996), S. 69

⁶²⁷ Walther (1996), S. 69

Weder Intellektuelle noch Kulturschaffende wurden als eine Gruppe betrachtet, welche einer starken Kontrolle bedurfte. Dies änderte sich mit den Jahren 1956/57 und hatte laut Joachim Walter folgende Gründe:

- Aufgrund der Turbulenzen in Ungarn und Polen 1956/57 fand ein Umdenken statt. Vor allem die darauf folgenden Auseinandersetzungen, welche im Aufbau-Verlag in der Umgebung von Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich stattfanden, trugen dazu bei.⁶²⁸
- „[...] Die Treffen des „Donnerstagskreises“ im Ostberliner Klub des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zwischen Oktober und Dezember 1956, die die Apparatschiks an den ungarischen Petöfi-Kreis⁶²⁹ denken ließen“⁶³⁰
- Das Aufbegehren von Hans Mayer und Ernst Bloch im August 1957 machte das MfS und die SED-Führung aufmerksam.⁶³¹
- Der Wechsel an der Führungsspitze von Ernst Wollweber zu Erich Mielke 1957 trug ebenfalls zur verstärkten Überwachung im Kulturbereich bei.⁶³² „Erst Mielke sorgte dafür, daß sich die Staatssicherheit fortan eingehender Entwicklungen innerhalb der „wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“ beschäftigte.“⁶³³

Anmerkung

Die nähere Betrachtungsweise der Auseinandersetzungen im Aufbau-Verlag, das Aufbegehren Ernst Blochs, der Einfluss des Petöfi-Kreises auf intellektuelle Gruppierungen in DDR sowie mit dem Petöfi-Kreis vergleichbare Zusammenschlüsse werden in Kapitel 5.3.2.2 betrachtet. In Kapitel 7.2.1 werden die Kontakte der Gruppe Harich/Janka⁶³⁴ zum Petöfi-Kreis erläutert, sowie analysiert inwiefern die ersten drei Punkte, da diese literarische Intellektuelle betrifft, in Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn stehen. Ernst

⁶²⁸ Vgl. Walther (1996), S. 144

⁶²⁹ Petöfi Kreis siehe Kapitel 6.3.2

⁶³⁰ Walther (1996), S. 144

⁶³¹ Vgl. Walther (1996), S. 144

⁶³² Vgl. Engelmann Roger; Schumann Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 341-378, zitiert nach: Walther (1996), S. 144/145

⁶³³ Vgl. Analyse der Feintätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, o.D. [1958]; BStU, ZA, DSt 102107, zitiert nach: Walther (1996), S. 145

⁶³⁴ Gruppe Harich/Janka siehe Kapitel 5.3.2.2

Bloch geriet genauso wie die Gruppe Harich/Janka in das Visier von SED und Staatssicherheit.⁶³⁵ Der obige Vergleich des Donnerstagskreises mit dem ungarischen Petöfi-Kreis durch die SED ist objektiv nach Meinung des Autors nicht zulässig.⁶³⁶

Zwar waren in der DDR Schriftsteller von vornherein durch die Staatssicherheit als ein negativer Faktor der Gesellschaft klassifiziert, es gab jedoch mit der Gründung des MfS im Jahre 1950 bis 1963 keine Diensteinheit, welche eigens für den Literaturbetrieb zuständig war.⁶³⁷

Zu b)

Nach dem Bau der Mauer wurde im Bereich Literatur und Kultur verstärkt kontrolliert. Die Tätigkeiten des MfS, welche nach innen gerichtet waren, wurden erweitert.⁶³⁸ Auch gingen strukturelle Veränderungen im Ministerium einher. Vor allem die Umwandlung der HA V, in die berüchtigte HA XX⁶³⁹ am 09. März 1964, sowie die Gründung der Abteilung XX/7⁶⁴⁰ welche zuständig war für die Überwachung des Kulturbereiches im Jahre 1969, waren die einflussreichsten Veränderungen. Die schon beschriebene Verstärkung der Kontrolle des Kulturbereiches während dieser Phase wurde wiederum dadurch forciert, dass sowohl Geheimpolizei als auch SED zu der Annahme gelangten, dass durch die Ereignisse in Polen, Ungarn sowie der Tschechoslowakei 1968 der Klassenfeind⁶⁴¹ bei der Organisation der Konterrevolution und der Formierung seiner Kräfte immer von dem scheinbaren unpolitischen Bereich der Kunst ausgeht.⁶⁴²

zu c)

Von 1971-1975 gab es im Zuge des Machtantrittes von Erich Honecker eine „liberalere“ Kulturpolitik. Jedoch wurden Personen, welche im Kulturbereich tätig waren, von dieser Hoffnung auf kreative Freiräume sowie dem Aufbrechen von Tabus enttäuscht. „Ab 1975 bauten Partei- und Staatsführung den Apparat zur Überwachung des Kulturbetriebes ziel-

⁶³⁵ Konflikt der SED mit Ernst Bloch und Hans Mayer siehe Kapitel 5.3.3.1/5.3.3.2, Seite 160 ff; Gruppe Harich/Janka siehe Kapitel 5.3.2.2

⁶³⁶ Siehe dazu Seite 150

⁶³⁷ Vgl. Walther (1996), S. 144

⁶³⁸ Vgl. Walther (1996), S. 150

⁶³⁹ Hauptabteilung XX siehe Kapitel 4.3.1.1

⁶⁴⁰ Abteilung XX/7 siehe Seite 92

⁶⁴¹ Vgl. Walther (1996), S. 156

⁶⁴² Paroch, Benno: Diskussionsbeitrag auf der Kreisleitungssitzung am 12. Dezember 1968; BStU, ZA, SED-KL 197, Bl. 560, zitiert nach: Walther (1996), S. 156

strebend aus.⁶⁴³ Dies geschah um das durch das kurze Tauwetter ausgelösten innenpolitischen Auswirkungen unter den Künstlern sowie die daraus resultierenden Folgen des Kulturaustausches im Ausland wieder in Griff zu bekommen.⁶⁴⁴ „Das MfS trug entschieden mit dazu bei. Ihm kam die Aufgabe zu, die Auswirkungen der „gegnerischen Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit“ zu kanalisieren.“⁶⁴⁵ Strukturell kam es zu einer Vergrößerung der Linie XX/7, operative Vorgänge gegenüber Schriftstellern wuchsen um 288 Prozent.⁶⁴⁶ Die Überwachung im Kulturbereich wurde drastisch verstärkt. „Endgültig gewann die neue Tendenz der Staatssicherheit nach der Protestresolution gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung im November 1976 die Oberhand, [...] die Ha XX/7 sah sich [...] zum ersten Mal vor die Aufgabe gestellt, eine breite Protestbewegung von Künstlern und Schriftstellern zu „zerschlagen“.

Der Aufwand, den die Staatssicherheit im Auftrag der SED betrieb um Kulturschaffende, im speziellen die Literatur, zu kontrollieren⁶⁴⁷ „scheint heutiger Sicht maßlos überzogen: eine wahnhaftige Überschätzung des „staatsgefährdenden“ Potentials unangepaßter, kritischer Literatur. Doch hat der Wahn Methode, da Verfolgungsdrang und Verfolgung ursächlich zusammenhängen. Es ist die Furcht des nackten Kaisers vor der Entblößung durch das Wort, die Furcht davor, das Volk, der große Lummel, könnte angstfrei mündig werden.“⁶⁴⁸

Diese Angst der SED und des MfS gegenüber literarischen Intellektuellen und die daraus resultierende Politik, hatten jedoch gegenteiligen Effekt. Durch die dauernde Betonung der Gefahr, die von kritischen Personen ausging, und die daraus entstandenen Repressionen gegenüber selbigen, förderten sie unabsichtlich kritisches Gedankengut.⁶⁴⁹

⁶⁴³ Vgl. dazu u.a.: Anordnung Nr. 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen vom 25.3.1975, in: Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED 1975 – 1980, hrsg. von Peter Lübke, Stuttgart 1984, S. 30, zitiert nach: Walther (1996), S. 168

⁶⁴⁴ Vgl. Walther (1996), S. 168

⁶⁴⁵ Walther (1996), S. 168

⁶⁴⁶ Walther (1996), S. 168

⁶⁴⁷ Walther (1996), S. 12

⁶⁴⁸ Walther (1996), S. 12, siehe dazu auch die Legitimationsproblematik kommunistischer Systeme aus welcher enorme Repressionen gegenüber der eigenen Bevölkerung nötig waren. Seite 112/82

⁶⁴⁹ Vgl. Walther (1996), S. 12

5.2.3 Akteure der Kulturpolitik auf ursprünglich nicht-staatlicher und parteiunabhängiger Ebene der DDR

Einleitend soll darauf hingewiesen werden, dass es zwar anfangs Institutionen gab, die sich unabhängig von Partei und Staat konstituierten, es jedoch nicht lange dauerte bis sich die Partei den Einfluss der jeweiligen Organisationen sicherte. Gemäß dem Selbstverständnis der SED, war sie die einzige Organisation, die die Legitimation besaß, Staat und Gesellschaft zu führen.⁶⁵⁰ Andere Formen politischer oder gesellschaftlicher Partizipationen wurden von der Partei aufgrund ihres Selbstverständnisses im Besitze des Erkenntnismonopols zu sein, nicht zugelassen.⁶⁵¹ Nichts desto trotz sollen die folgenden Organisationen unter dem Kapitel von nichtstaatlichen und parteiunabhängigen Institutionen erwähnt werden, da der Ursprung ihrer Gründung in eben diesen Eigenschaften lag, unabhängig davon inwiefern die weitere Entwicklung von statten ging. Diese Organisationen unterschieden sich daher darin, dass sie nicht von vornherein auf Anweisung der SED gegründet wurden, und aufgrund dessen, so die Annahme, ein verstärktes Maß an regimekritischen Personen in diesen Organisationen vorhanden waren, gegen diese die SED verstärkt vorging.

Daher wird es als sinnvoll erachtet, diese unter Kapitel 5.2.2 zusammenzufassen, auch wenn es in der Realität keine Organisation gab, die in der DDR lange Zeit ohne Einfluss und Zustimmung der SED existieren konnten.

5.2.3.1 Der Kulturbund der DDR

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde der Kulturbund im Jahre 1945 gegründet, und hatte bestand bis zur Wiedervereinigung 1990. Der Charakter des Kulturbundes war laut Joachim Walther anfangs parteiunabhängig und besatzungszonenüberschreitend. Zunehmend geriet der Kulturbund jedoch unter die strenge Aufsicht der SED.

Die SED machte ihren Einfluss geltend indem sie die Leitungsebenen mit Parteikadern besetzte.⁶⁵² Jedoch erhielt der Kulturbund seine Gründungsberechtigung vor der Einfluss-

⁶⁵⁰ Siehe dazu Kapitel 3.4.1 Die sozialistische Einheitspartei (SED)

⁶⁵¹ Siehe dazu Kapitel 3.2 Die Merkmale der von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Systeme

⁶⁵² Walther (1996), S. 45

nahme der SED von der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) ⁶⁵³ was vermuten lässt, dass die Sowjetunion vor der Gründung der DDR ihren Einfluss geltend machte.

Die Überparteilichkeit des Kulturbundes nach dem Krieg, wie von Joachim Walther beschrieben, wird von Misterek mit Verweis auf Jäger als eine scheinbare- beschrieben. ⁶⁵⁴ So war laut Jäger der Kulturbund anfangs an der langen Leine der SMAD, und nach der Gründung der DDR innerhalb des Einflussbereiches der SED. ⁶⁵⁵ Eine richtige Überparteilichkeit gab es also nicht. Bezieht sich der Verweis Joachim Walthers auf die anfängliche Überparteilichkeit des Kulturbundes ausschließlich auf das Verhältnis zur SED, so kann dieser Aussage beigeprüft werden. Geht der Autor jedoch von einer grundlegenden Überparteilichkeit aus, so muss der Einfluss der SMAD auf den Kulturbund Erwähnung finden, und die Aussage in Zweifel gezogen werden. Die Einordnung des Kulturbundes unter Kapitel 5.2.3 rechtfertigt sich dadurch, dass in der Tat der Einfluss der SED anfänglich nicht vorhanden war, und die DDR als Staat noch nicht existierte.

Zum Kulturbund gehörten unter anderem der 1945 gegründete Aufbau-Verlag, sowie die Wochenzeitung Sonntag, die ebenfalls im Jahr 1945 ihre Gründung erfuhr. ⁶⁵⁶ Auch der Schriftstellerverband war bis zu seiner Neugründung als selbstständiger Künstlerverband im Jahre 1952, Teil des Kulturbundes. ⁶⁵⁷

Ziel des Kulturbundes war die „Schaffung einer unverbrüchlichen Einheit der Intelligenz mit dem Volk“ sowie die „Neugeburt des Deutschen Geistes im Zeichen einer streitbaren demokratischen Weltanschauung“. ⁶⁵⁸ Auch Matthias Helle definiert das Selbstverständnis des Kulturbundes „als ein Verband zur Umerziehung speziell der Intelligenz.“ ⁶⁵⁹ Dem Kulturbund gehörten bei seiner Gründung 24 Personen im Präsidialrat an, welche Mitglieder in

⁶⁵³ Vgl. Misterek (2002), S. 76

⁶⁵⁴ Vgl. Misterek (2002), S. 76

⁶⁵⁵ Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR. 1945-1990, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik Claus Peter von Nottbeck, 1995 (Edition Deutschland Archiv), S. 12

⁶⁵⁶ Walther (1996), S. 46

⁶⁵⁷ Walther (1996), S. 42

⁶⁵⁸ Programm und Leitsätze [des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung. Angenommen auf der Gründerversammlung vom 04. Juli 1945 in Berlin]. Dokumentiert in: Zwei Jahre Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Ein Tätigkeitsbericht von Heinz Willmann, Sekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Berlin (Ost): Aufbau-Verlag 1947. S. 9-10. Hier Seite 9, zitiert nach: Misterek (2002), S. 76

⁶⁵⁹ Vgl. Helle, Matthias: Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945 – 1952, Berlin: Lukas Verlag, 2011, S. 186

unterschiedlichen Parteien und Wissenschaftsbereiche waren. Es stellte sich jedoch so dar, dass die Führungsgremien innerhalb der Organisation von KPD-Mitgliedern besetzt waren (nach dem späteren Zusammenschluss von SPD und KPD entstand die SED, wobei die KPD im Einigungsprozess die führende Rolle inne hatte⁶⁶⁰). In dieser Zusammensetzung widerspiegelte sich der Führungsanspruch der KPD und späteren SED, sowie ihr Konzept der Bündnispolitik. Diese beinhaltete die formale Überparteilichkeit sowie die weltanschauliche Pluralität⁶⁶¹

Wie bereits beschrieben war diese formale Definition jedoch nur eine scheinbare.⁶⁶² So beschreibt auch Matthias Helle laut Brandenburgischen Landesarchiv, dass „die vom Kulturbund nach außen hin vertretene Linie [...] in der Regel der Politik der KPD/SED [entsprach]“⁶⁶³. Auch wandelte sich laut Magdalena Heider der Kulturbund „von einem explizit antinazistischen, programmatisch-pluralistischen Verband mit relativ weitem Handlungsspielraum zu einer Organisation mit tendenziell marxistisch-leninistischem Selbstverständnis und klar abgestecktem Aktionsrahmen.“⁶⁶⁴ Die Veränderung ging auch in dem Sinne von statten, dass zwar die Adressaten des Kulturbundes die Selbigen waren, die Antifaschistische Aufklärung jedoch nicht mehr im Mittelpunkt des Auftrages stand. Vielmehr ging es darum, trotz Betonung der Eigenständigkeit, die Kultur- und Gesellschaftspolitik der KPD/SED zu bewerben.⁶⁶⁵ Entscheidend war schlussendlich das Jahr 1949, in welchem die SED beschloss die Aufgaben des Kulturbundes neu zu formulieren, um auf die, nach der Meinung der Partei, veränderten Bedingungen des Klassenkampfes reagieren zu können. Daraufhin gab die SED die Anweisung zur Veränderung des Kulturbundes in eine Massenorganisation stalinistischen Typs, an die sich der Kulturbund anpasste.⁶⁶⁶

Organisatorisch wies der Kulturbund starke zentralistische Merkmale auf, sämtliche Landesorganisationen unterlagen der Weisungsbefugnis der Bundesleitung. Die Landesorgani-

⁶⁶⁰ Vgl. Weber, Wolfgang: DDR – 40 Jahre Stalinismus. Ein Beitrag zur Geschichte der DDR. Essen: Arbeitspresse-Verlag und Vertriebsgesellschaft, 1992, S. 26 ff.

⁶⁶¹ Vgl. Heider, Magdalena: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in: Broszat, Martin (Hrsg.); Weber Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 194-1945, München: Oldenbourg Verlag, 1993, S. 716

⁶⁶² Vgl. Misterek (2002), S. 76

⁶⁶³ BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, BI. S. 722-723 u. S. 725, zitiert nach: Helle (2011), S. 127

⁶⁶⁴ Heider in: Broszat (Hrsg.); Weber (Hrsg.), (1993), S. 725

⁶⁶⁵ Vgl. Heider in: Broszat (Hrsg.); Weber (Hrsg.), (1993), S. 725

⁶⁶⁶ Vgl. Helle (2011), S. 187

sationen wurden in Bezirksgruppen, und diese in nicht genauer benannte Untergruppen eingeteilt.⁶⁶⁷ Im Landkreis Zauch Belzig kam Unmut bei den Politoffizieren auf, da dies dem Streben nach lokaler Allmacht widersprach mit der Begründung, dass eine Lenkung und Kontrolle des Kulturbundes dadurch nicht möglich sei.⁶⁶⁸ Anfang 1949 entstand dann das erste Kreissekretariat des Kulturbundes mit Vorsitz des SED-Mitglieds Ostertag⁶⁶⁹, ab November 1949 empfahl der Kulturbund den Landesverbänden die allgemeine Bildung von Kreissekretariaten.

Es ist auch im Falle des Kulturbundes ganz klar zu erkennen, dass eine anfänglich von der SED relativ unabhängige Institution von dieser unterwandert wurde, um für die Partei ein weiteres Instrumentarium zur Umsetzung der Kulturpolitik zu sein. Dass sich dieses Selbstverständnis der SED nicht nur auf den kulturellen Sektor -, sondern auf sämtliche gesellschaftliche, staatliche und private Bereiche bezog, wurde bereits eingehend beschrieben⁶⁷⁰.

5.2.3.2 Der Aufbau-Verlag

Die Entstehungsgeschichte des Aufbau-Verlags geht auf eine der ersten Neugründungen nach Kriegsende zurück. Notariell wurde der Aufbau-Verlag am 16. August 1945 als GmbH durch vier private Gesellschafter beurkundet und erhielt nach zwei Tagen von der Sowjetischen Militäradministration die Genehmigung⁶⁷¹ „zum Druck des Manifestes des Kulturbundes, als dessen Organ sich der Verlag verstand.“⁶⁷² Hierbei wurde auch festgelegt, dass „die Belange des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gewahrt werden [müssen]“⁶⁷³ Im Jahre 1946 übernahm der Kulturbund die Geschäftsteile

⁶⁶⁷ Vgl. Heider, Magdalena: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung (KB) in: Broszat, Martin (Hrsg.) u. Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München: Oldenbourg Verlag, 1993, S. 716, zitiert nach: Helle (2011), S. 186

⁶⁶⁸ Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandatur des Kreises Zauch-Belzig von 1945-1948, S. 28 in: GARF (Staatliches Archiv der Russischen Föderation in Moskau) 7077sts/1/6. BI. 1-112 und 1-14 (Anhang), zitiert nach: Helle (2011), S. 187

⁶⁶⁹ BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, BI. 91f. zitiert nach: Helle (2011), S. 187

⁶⁷⁰ siehe dazu Kapitel 3.4.1

⁶⁷¹ Vgl. Links, Christoph: Das Schicksal der DDR-Verlage. Die Privatisierung und ihre Konsequenzen. Berlin: Christoph Links Verlag, 2009, S. 196

⁶⁷² Links (2009), S. 196

⁶⁷³ Gesellschaftsvertrag vom 16.08.1945, § 4 (zweite Ausfertigung vom 17.08. 1945), Archiv des Aufbau-Verlages, Ablage Verlagsleitung, zitiert nach: Links (2009), S. 196

der vier Gesellschafter.⁶⁷⁴ Dies hatte zur Folge, dass der bereits 1945 gegründete Aufbau-Verlag nun Teil des Kulturbundes wurde.⁶⁷⁵ 1963 wurde der Aufbau-Verlag im Zuge der Verlagsprofilierung unter die Verwaltung des Ministeriums für Kultur angesiedelt. Das Ministerium wirkte hierbei in der Form eines Treuhänders.⁶⁷⁶ Da der Kulturbund wie bereits beschrieben im Einflussbereich der SED war, und vor allem das Ministerium für Kultur dem ZK der SED unterstand, ist nachvollziehbar, dass auch der Aufbau-Verlag kein freier Verlag war, sondern nur jene Literatur herausgegeben wurde, die den Anforderungen der SED entsprach.

Im Fall des Aufbau-Verlages zeigt sich sehr deutlich wie die SED darauf bedacht war, ihre Linie durchzusetzen. Etwaige Versuche von Opponenten des Aufbau-Verlages die Politik der SED in irgendeiner Weise zu beeinflussen, wurden von der Parteiführung nicht toleriert. Hier sei vorab die Gruppe Harich/Janka im Zusammenhang erwähnt, deren Mitglieder sich Großteils aus dem Aufbau-Verlag formierten.⁶⁷⁷ Ersterer trat am 1. Februar 1951 dem Aufbau-Verlag als zunächst Stellvertreter bei und leitete diesen dann als Nachfolger von Erich Wendt bis zum Jahre 1956. Wolfgang Harich war ebenfalls ab 1950 als Lektoratsarbeiter im Aufbau-Verlag tätig. Im Aufbau-Verlag erschien auch die Wochenzeitung Sonntag⁶⁷⁸, deren Chefredakteur Heinz Zöger 1957 ebenfalls wie Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Richard Wolf, Bernhard Steinberger und Manfred Hertwig als Mitglieder der sogenannten Harich-Gruppe verhaftet wurden.⁶⁷⁹

Da der Aufbau-Verlag Teil des Kulturbundes war, und dieser wiederum für eine kurze Zeit bis zur Einflussnahme der SED relativ unabhängig von dieser war, kann auch der Aufbau-Verlag als ein Verlag angesehen werden, der anfänglich einen größeren Spielraum hatte. Daher scheint es gerechtfertigt ihn unter diesem Kapitel einzuordnen. **Durch die Verhaftung der Gruppe Harich/Janka, deren Mitglieder Verbindungen zum Aufbau Verlag hatten, wird auch die Annahme bekräftigt, dass sich in anfänglich relativ eigenständigen Institutionen regimekritische Positionen herausbilden konnten und es daher einer Unterscheidung der kulturpolitischen Institutionen bedarf.**

⁶⁷⁴ Vgl. Links (2009), S. 46

⁶⁷⁵ Vgl. Walther (1996), S. 46

⁶⁷⁶ Links (2009), S. 197

⁶⁷⁷ Gruppe Harich/Janka siehe Kapitel 5.3.2.2

⁶⁷⁸ Walther (1996), S. 46

⁶⁷⁹ Vgl. Barck, Langermann, Lokartis (1998), S. 359, Mitglieder der Harich Gruppe vgl. Sieber, Sven: Walter Janka und Wolfgang Harich. Zwei DDR-Intellektuelle im Konflikt mit der Macht in: Jesse, Eckhard (Hrsg.), Kroll Frank-Lothar (Hrsg.): Chemnitzer Beiträge zur Politik und Geschichte, Band 1, Berlin: LIT Verlag, 2008, S. 108/114

5.2.3.3 Der Schriftstellerverband der DDR

Dieser war bei seiner Errichtung 1950 anfänglich eine Institution des Kulturbundes, gründete sich jedoch 1952 als selbstständiger Künstlerverband neu. Im Jahre 1973 benannte er sich in den „Schriftstellerverband der DDR“ um.⁶⁸⁰ „Mitglied konnten Verfasser belletristischer Werke aller Genres, Übersetzer, Herausgeber, Literaturkritiker, Essayisten und Literaturwissenschaftler werden, außerdem Personen, die sich „in besonderer Weise um die Förderung der Literatur verdient“ gemacht hatten, wodurch auch Kulturfunktionäre Mitglied werden konnten und wurden.“⁶⁸¹ Innerhalb der DDR gehörten die Schriftsteller zu den wenigen Berufen, die freiberuflich tätig waren. Dies beinhaltete eine Sonderstellung, verbunden mit staatlichen Privilegien. [wenn Anforderungen erfüllt wurden].⁶⁸² „Eine Mitgliedschaft im Schriftstellerverband war für den Autor mit sozialpolitischen Vorteilen und einer Anerkennung als Freiberufler verbunden, bedeutete aber auch die Verpflichtung, sich dem Verbandsstatut zu unterwerfen und die „führende Rolle der Partei“ in allen literarischen Fragen anzuerkennen.“⁶⁸³ Diese Unterwerfung der Schriftsteller gegenüber der SED war im Statut des Schriftstellerverbandes der DDR ersichtlich.⁶⁸⁴ „Die Mitglieder des Schriftstellerverbandes DDR anerkennen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der Kulturpolitik. Sie bekennen sich zur Schaffensmethode des sozialistischen Realismus. Sie treten entschieden gegen alle Formen der ideologischen Koexistenz und das Eindringen reaktionärer und revisionistischer Auffassungen in die Bereiche der Literatur auf.“⁶⁸⁵ Ebenso wie die SED und andere staatliche Institutionen, war auch der Schriftstellerverband gemäß dem demokratischen Zentralismus⁶⁸⁶ aufgebaut.⁶⁸⁷ Der Schriftstellerverband „ermöglichte konkrete staatliche Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten der im literarischen Betrieb tätigen Personen, wie zum Beispiel über die Zuteilung von Subventionen, die im Sinne der Partei einzusetzen waren (Stipendien, Nachwuchsförderung, Organisation von öffentlichen Lesungen, Hilfe bei Auto- und Wohnbeschaffung)“.⁶⁸⁸ Der Schriftstellerverband hatte einerseits die Rolle die Interessen des Staates [und somit der SED] zu ver-

⁶⁸⁰ Vgl. Walther (1996), S. 42

⁶⁸¹ Walther (1996), S. 42

⁶⁸² Vgl. Borgwardt (2002), S. 100

⁶⁸³ Borgwardt (2002), S. 100

⁶⁸⁴ Statut des Schriftstellerverbandes der DDR, beschlossen auf dem VII. Schriftstellerkongress am 16.11.1973, zitiert nach: Walther (1996), S. 42

⁶⁸⁵ Statut des Schriftstellerverbandes der DDR, beschlossen auf dem VII. Schriftstellerkongress am 16.11.1973, zitiert nach: Walther (1996), S. 42

⁶⁸⁶ Demokratischer Zentralismus siehe Kapitel 3, Seite 54

⁶⁸⁷ Borgwardt (2002), S. 100

⁶⁸⁸ Borgwardt (2002), S. 100

treten und andererseits als Interessensvertretung der Schriftsteller zu fungieren.⁶⁸⁹ Im Konfliktfall dieser beider Interessen unterstützte der Schriftstellerverband die staatliche Ebene mit ihrer Politik.⁶⁹⁰ Da jedoch wie schon beschrieben, eine Mitgliedschaft im Schriftstellerverband nur durch die Anerkennung der SED und ihrer Kulturpolitik möglich war, ist davon auszugehen, dass von vornherein eine Dominanz der Schriftsteller im Schriftstellerverband vorhanden war, die nicht dazu neigte sich gegen die Politik der SED aufzulehnen. Die Aussage von Angela Borgwardt, dass sich im Zweifelsfall der Schriftstellerverband hinter den Interessen des Staates [SED] stellte, ist eine logische Schlussfolgerung, wenn das Selbstverständnis der SED näher betrachtet wird. Trotzdem „bewegte sich der Verband [funktionell] zeit seiner Existenz im Spannungsfeld der ihm zugedachten Rolle als „Transmissionsriemen der Partei“ und einer mal mehr, mal weniger deutlichen gesellschaftlichen Interessensvertretung der Autoren.“⁶⁹¹ Die zentrale Bedeutung des Schriftstellerverbandes als Kontrollobjekt hatte zur Folge, dass das Ministerium für Staatssicherheit sehr stark mit dem Verband sowohl auf inoffizieller als auch offizieller Ebene korrespondierte.⁶⁹²

⁶⁸⁹ Vgl. Borgwardt (2002), S. 100-101

⁶⁹⁰ Vgl. Borgwardt (2002), S. 101

⁶⁹¹ Walther (1996), S. 43

⁶⁹² Walther (1996), S. 43

5.3 Die historische Entwicklung der Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen

„Die 40jährige Kulturgeschichte der DDR war geprägt von einem dauernden Konflikt zwischen Geist und Macht, der in zyklischen Verläufen immer wieder eskalierte“.⁶⁹³ Dieser Satz ist bezeichnend dafür, dass die SED gegenüber literarischen Intellektuellen immer ein Gefahrenpotential für die Monopolstellung ihrer Macht sah, obgleich mit unterschiedlichem Ausmaß. Zutreffend beschreibt Joachim Walther, dass die Literatur in demokratischen Staaten „nicht mutiger, wahrhaftiger oder stärker zu sein [hat] als ein Postangestellter oder eine Kindergärtnerin[,] [...] jedoch [eine Literatur], die von einer Diktatur an die kurze Leine genommen werden soll, [...] die Pflicht [hat], sich zu wehren, um wieder frei zu werden.“⁶⁹⁴ Die moralischen Anforderungen an Kunst und Kultur sind laut Walther in solchen Zeiten dementsprechend höher.⁶⁹⁵

5.3.1 Phase 1 (1949-1953): Privilegien für Intellektuelle und deren Instrumentalisierung durch die SED

Von Anfang an, ab der Gründung der DDR, hat die SED betont wie wichtig die aktive Unterstützung der Staatsgründung durch die Intellektuellen ist. Der Einsicht der DDR-Regierung, dass die Mithilfe der Intellektuellen unabdingbar ist, folgte massive materielle Gegenleistung.⁶⁹⁶ Ministerpräsident Grotewohl sprach im November 1949 davon, dass Intellektuelle Steuervorteil genießen sollten: „Es entspricht unserer grundsätzlichen Auffassung von der Stellung der Schriftsteller, des Künstlers und des Gelehrten, daß er in keiner Richtung dem privaten Unternehmen gleichgestellt werden darf, daß er mit an der bevorzugten steuerlichen Regelung teilhaben soll, die für die im Arbeits- und Angestelltenverhältnis stehenden Werktätigen vorgesehen ist. [...]“⁶⁹⁷ Hier kann also davon ausgegangen werden, dass etwaige Repressionen während dieser Anfangszeit noch nicht zum Tragen kamen. Auch von Seiten der literarischen Intellektuellen gab es diese Bestrebung der Ver-

⁶⁹³ Walther (1996), S. 69

⁶⁹⁴ Walther (1996), S. 12

⁶⁹⁵ Vgl. Walther (1996), S. 12

⁶⁹⁶ Vgl. Jäger (1994), S. 29

⁶⁹⁷ Schubbe, Elimar (Hrsg): Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED, Seewald: Berlin, S. 122-127, 1972, zitiert nach: Jäger (1994), S. 29

besserung des Kommunismus oder der Veränderung der Struktur der SED noch nicht, da sich die DDR noch im Anfangsstadium befand und etwaige Unzufriedenheit logischerweise erst dann zum Vorschein trat, nachdem diese mit dem Verlauf des Systems nicht zufrieden waren. Man kann also von einer Zeit der Konsolidierung sprechen, auf der beide Seiten sich noch zurechtfinden mussten.

Ein vom Politbüro 1950 durchgesetzter Beschluss besagte, dass „Meldungen mit scharfen Kritiken an leitende Intellektuelle [...] nur in der Presse veröffentlicht werden [können,] mit vorhergehender Zustimmung des Ministeriums für Staatssicherheit.“⁶⁹⁸ Hier ist wiederum ganz klar zu erkennen, dass die SED die Intellektuellen während dieser Zeit unterstützte. Ziel war es die Intelligenzfeindlichkeit sowohl unter den Arbeitern also auch unter manchen Kreisen innerhalb der Partei einzudämmen. Jedoch war dies nur die eine Seite der Medaille, auf der anderen wollte die Parteiführung einzig und alleine im Besitze des Instrumentes der Kritik sein.⁶⁹⁹ Die Unterstützung der Intellektuellen durch die SED war ganz im Sinne der Machtsicherung auch ein politisches Kalkül. Die Bevorzugung der Intellektuellen durch die SED und die damit verbundenen Privilegien wurden von erstgenannten immer angenommen. Trotzdem gab es von vornherein Konflikte zwischen den literarischen Intellektuellen und der Führung der SED. Sie beanspruchten Mitspracherecht zumindest auf kultureller Ebene, welche ihnen die Partei trotz Bevorzugung nicht zusprach.⁷⁰⁰ „Die sozialistischen Schriftsteller wollten nicht nur auf die Kunst einwirken, sondern mit einer veränderten Kunst zur Erleichterung der menschlichen Existenz beitragen.“⁷⁰¹ Dieser Anspruch bestand laut Mittenzwei zu Recht, da sie es waren die „nach der Heimkehr [...] mit ihren Werken als erste das Mißtrauen ihrer Landsleute [gebrochen haben], [...] die von den Faschisten aufgerichteten Schranken in den Köpfen der Menschen [überwanden], und [...] Vertrauen [herstellten]. Dabei ging es ihnen selten um Posten und leitende Funktionen, die ihnen noch am ehesten gewährt wurden. Sie wollten darüber mitreden, wie Kunst und Leben zu verbinden seien, welche Entwicklungen eingeschlagen werden mußten“⁷⁰² Dass dieser Wille der Mitsprache durch die Intellektuellen im Widerspruch zur SED stand, beschreibt auch Manfred Jäger: „Dieser utopische Anspruch kommunistischer Intellektueller stieß immer wieder gegen realpolitische Grenzen, gegen ideo-

⁶⁹⁸ Dierk Hoffmann u.a. (Hrsg): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961. München 1993. S. 73, zitiert nach: Mittenzwei (2001), S. 80

⁶⁹⁹ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 80

⁷⁰⁰ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 81

⁷⁰¹ Mittenzwei (2001), S. 81

⁷⁰² Mittenzwei (2001), S. 81

logische Beschränktheit, gegen die engherzigen Auffassungen der bürokratischen Apparate. Auf die Mittel-Zweck-Relation des politischen Handelns konnte man wohl schwerlich verzichten, aber das Konfliktpotential wurde dadurch nicht geringer.“⁷⁰³ Für sozialen Sprengstoff verantwortlich waren auch die Ereignisse vom 17. Juni 1953, dem Arbeiteraufstand. Brecht formulierte die Problematik dahingehend, dass man den Arbeitern versprach, was den Intellektuellen gewährt wurde. Die Konflikte zwischen Parteiführung und Personen aus dem kulturellen Bereich verschärften sich in dem Augenblick, als man auf der einen Seite der Intelligenz materielle Vorteile zukommen ließ bis zum Punkt, wo die Partei die geistige Korruptierbarkeit der Intelligenz erhoffte⁷⁰⁴, „aber zugleich im Namen des sich verschärfenden Klassenkampfes die ideologische Forderung repressiv verstärkte“.⁷⁰⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass während der Zeit von 1949-1953 von der SED bewusst die Bevorzugung der Intellektuellen betrieben wurde. Dies geschah jedoch nicht aus reiner Solidarität, sondern war zum großen Teil ein machtpolitisches Kalkül der SED um sich ihre Herrschaft zu sichern. „Die materielle Großzügigkeit sollte [...] die Homogenität der Intelligenzschicht befördern helfen, ihrer Parteilichkeit ein handfestes Fundament geben.“⁷⁰⁶ Homogenität der Intelligenz bedeutet auch die geringere Wahrscheinlichkeit, dass manche Gruppierungen Missstände aufzeigen und sich gegen die herrschende Elite auflehnen.

5.3.2 Phase 2 (1953-1956): Oppositionsbewegungen unter wesentlicher Beteiligung von Intellektuellen⁷⁰⁷

Die Orientierung der SED an der kulturpolitischen Politik war Anfang der fünfziger Jahre sehr stark auf die Sowjetunion gerichtet. Entscheidungen, die die Führung der KPdSU auf kulturpolitischer Ebene innerhalb der Sowjetunion getroffen hatten, wurden auch von der SED umgesetzt, ohne auf die jeweiligen Unterschiede der Verhältnisse zu achten.⁷⁰⁸ **Die Kulturpolitik der SED war somit sehr stark an die der KPdSU gebunden.** Durch den Tod von Stalin am 3. März 1953 spitzten sich diese Widersprüche auf internationaler

⁷⁰³ Jäger (1994), S. 30

⁷⁰⁴ Vgl. Jäger (1994), S. 30

⁷⁰⁵ Jäger (1994), S. 30

⁷⁰⁶ Vgl. Jäger (1994), S. 69

⁷⁰⁷ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135

⁷⁰⁸ Vgl. Jäger (1994), S. 70

Ebene zu.⁷⁰⁹ „Sein Einfluss hatte bisher alle Gegensätze überdeckt, [so auch im Kulturbereich]“⁷¹⁰

5.3.2.1 Die Komponenten der starken Veränderungen in Bezug auf die Intellektuellen und die SED

a) Stalins Tod und der Arbeiteraufstand im selben Jahr brachte für die Intellektuellen aber auch für die SED und für weite Teile der Bevölkerung starke Veränderungen mit sich.⁷¹¹

b) Der XX. Parteitag hatte ähnliche Auswirkungen⁷¹²

Zu a)

Der Tod von Stalin und der Arbeiteraufstand als Ereignisse welche ein Umdenken der Intellektuellen förderte. Der „neue Kurs“ der SED

„[...]Am Tage der Beisetzung (9. März) [wurde] [vom Politbüro] eine zentrale Trauersitzung des ZK der SED, der Regierung und der Volkskammer in der Deutschen Staatsoper [...] [festgelegt]. [...] In allen Bezirks- und Kreisstädten [mussten] Trauerveranstaltungen, in allen Betrieben, Verwaltungen und Schulungen Trauerversammlungen und -märsche [stattfinden] [...]“.⁷¹³ Dies soll veranschaulichen wie stark die Bindung der SED an die Person Stalin war und welche Probleme mit seinem Tod verbunden waren. Für viele hatte Stalin einen prophetenhaften Status.⁷¹⁴ Sein Tod brachte die Führung der SED in einen Zustand der Planlosigkeit. „Die Erschütterungen die Stalins Tod im Machtgefüge der Sowjetunion auslöste, wirkten sich in der DDR besonders rasch aus.“⁷¹⁵ Durch seinen Tod gelangten einflussreiche Personen an die Macht, die eine Veränderung der Deutschlandpolitik vorbereiteten. Dies hatte zur Folge, dass die SED zu innenpolitischen Lockerungen gezwungen wurde, welche von dieser am 9. Juni 1953 als „neuer Kurs“ bezeichnet wurde. Er beinhaltete ökonomische Zugeständnisse der kleinbürgerlichen Schichten, Arbeiter hinge-

⁷⁰⁹ Mittenzwei (2001), S. 111

⁷¹⁰ Mittenzwei (2001), S. 111

⁷¹¹ Vgl. Herzberg (2006), S. 61

⁷¹² Vgl. Kieslich (1998), S. 28

⁷¹³ Herzberg (2006), S. 65

⁷¹⁴ Vgl. Herzberg (2006), S. 61-64

⁷¹⁵ Jäger (1994), S. 71

gen erfuhren nur eine geringe Reduktion des Druckes. Die erhöhten Arbeitsnormen innerhalb der Industrieproduktion wurden nicht zurückgenommen.⁷¹⁶

Die Ursachen hierfür waren ebenfalls die „Versorgungs- und Wohnungsprobleme quer durchs Land, Preissteigerungen und niedriger Lebensstandard, Maßnahmen gegen den Mittelstand (Handel, Handwerk, Bauern), der Kirchenkampf, Entlassungen von Lehrern, Studenten und Schülern, Aufbau der Armee und die rabiaten Werbungsmethoden, fehlende Rechtssicherheit, zahlreiche Verhaftungen und unangemessen hohe Freiheitsstrafen, Forderungen nach freien Wahlen und nach Wiedervereinigung, Unzufriedenheit mit der Regierung usw. – und als neueste Maßnahme die [vorher schon erwähnten] Normerhöhungen für die Arbeiter.“⁷¹⁷ Dieser ökonomische Druck hatte für die Intelligenz weniger Auswirkungen, jedoch wurden die Einschränkungen des Staates in Bezug auf die Reisefreiheiten gegenüber der Intelligenz nochmals erhöht. Auch die sowieso schon nicht vorhandene Rechtssicherheit wurde vor dem 17. Juni weiterhin verstärkt, sodass es auch bei der Intelligenz zu Verhaftungen kam. Im Vergleich zur Arbeiterschicht blieb die Intelligenz jedoch von der Verschärfung des Kurses zum großen Teil ausgenommen, sie wurden weiterhin privilegiert behandelt.⁷¹⁸

„Die Unzufriedenheit [über all diese Punkte] [...] führte zu den Unruhen des 16. und 17. Juni 1953 [dem sogenannten Arbeiteraufstand]“⁷¹⁹ Sowohl für die SED-Führung als auch für die Intellektuellen selbst war der Aufstand eine Überraschung. Solidarität der Intellektuellen mit den Streikenden blieb zu großen Teilen aus.⁷²⁰ Jäger berichtet davon, dass die Intellektuellen gegenüber dem Aufstand sich wie folgt verhielten: „Misstrauisch gegenüber dem Druck von unten, skeptisch gegenüber den Vorstellungen der Massen, die sich vom Faschismus einmal hatten verführen lassen, besorgt wegen der möglichen westlichen Reaktionen, hielten sich auch die dem eigenen Apparat kritisch gestellten kommunistischen Intellektuellen zurück.“⁷²¹

Der zu spät eingeschlagene neue Kurs konnte den Arbeiteraufstand nicht verhindern, trotzdem sollte dieser „die aufgebrachten Menschen befrieden und wieder normale Verhältnisse

⁷¹⁶ Vgl. Jäger (1994), S. 71

⁷¹⁷ Herzberg (2006), S. 73

⁷¹⁸ Vgl. Herzberg (2006), S. 73

⁷¹⁹ Jäger (1994), S. 71

⁷²⁰ Vgl. Jäger (1994), S. 71

⁷²¹ Jäger (1994), S. 71

herstellen.⁷²² Jedoch verfehlte der neue Kurs sein Ziel, die Unruhe ging vor allem in der künstlerischen und literarischen Intelligenz nicht vorüber.⁷²³ Gründe hierfür waren, dass durch die Schrittweise Rücknahme des Neuen Kurses der Unwille der Intelligenz zusätzlich verstärkt wurde.⁷²⁴ Auch die schon beschriebene Unmöglichkeit am politischen System der DDR zu partizipieren, trotz der materiellen Bevorzugung, war verantwortlich für den Unmut der Intelligenz.⁷²⁵

Die Politik war nach Ende des Aufstandes geschockt und bescheinigte der Intelligenz gegenüber Dankbarkeit aufgrund ihrer Loyalität, da sich diese wie beschrieben am Arbeiteraufstand kaum beteiligten. Auf der anderen Seite versuchte man diese passive Intelligenz mittels Schuldzuweisungen unter Kontrolle zu bringen.⁷²⁶ Während also die Intelligenz sowohl besänftigt als auch unter Druck gesetzt wurde, „meldeten sich einige Vertreter dieser Intelligenz und ihrer Institutionen ungefragt zu Wort und stellten Forderungen auf, wie sie weder vorher noch nachher in der DDR – und das gilt bis in den Sommer 1989 – gestellt wurden.“⁷²⁷

So unterbreiteten der Kulturbund und die Akademie der Künste der SED Vorschläge in Bezug auf die Entwicklung des Kulturlebens in Deutschland. Diese Vorschläge beider Institutionen, welche mit großer Wahrscheinlichkeit miteinander abgestimmt waren, enthielten zusammenfassend folgende Forderungen⁷²⁸:

- „Die Freiheit der Meinungen: „Jede wissenschaftliche Ansicht oder künstlerische Auffassung muß in echter Gleichberechtigung die Möglichkeit zur geistigen Auseinandersetzung erhalten“
- Die Freiheit der Forschung und Lehre
- Die Eigenverantwortung der Schriftsteller und Verleger, der bildenden Künstler, Leiter der Theater und der Orchester in den Fragen des künstlerischen Schaffens [...]
- Die Eigenverantwortung der Lehrer für den Unterricht, der Künstler und Kritiker und Journalisten vor der Öffentlichkeit.

⁷²² Mittenzwei (2001), S. 123

⁷²³ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 123

⁷²⁴ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 138

⁷²⁵ Jäger (1994), S. 30, siehe auch Seite 142

⁷²⁶ Vgl. Herzberg (2006), S. 92

⁷²⁷ Herzberg (2006), S. 92

⁷²⁸ Herzberg (2006), S. 92

- Dazu heißt es: „Die Voraussetzung für dies alles ist die Rechtssicherheit auf der Grundlage der unantastbaren Verfassung unserer Republik.“
- Weitere Vorschläge betreffen die „tiefgehende Umgestaltung des Inhalts und der Sprache unserer Tageszeitungen und unseres Rundfunks“, die Verbesserung der Filmproduktion, die Zunahme gesamtdeutscher Veranstaltungen, [...], sowie die Teilnahme von Wissenschaftlern, Technikern und Künstlern an internationalen Tagungen.“⁷²⁹

Diese Vorschläge sind größtenteils demokratische Forderungen, wären sie umgesetzt worden, so hätte dies unweigerlich revolutionäre Auswirkungen auf die Diktatur der DDR gehabt. Die von Walther Ulbricht zugesicherte Umsetzung der meisten Punkte auf der 15. Tagung des Zentralkomitees, hätten in Wirklichkeit bedeutet, dass sich im Resultat die SED aus jeglicher Medien- und Kulturpolitik zurückziehen hätte müssen. Dies geschah nicht, der Wille der Parteiführung zur Umsetzung der Forderung kann als politische Notlüge angesehen werden.⁷³⁰

War die Haltung der Intelligenz während des Arbeiteraufstandes wie schon beschrieben passiv, so veränderte sich dies nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes 1953 durch sowjetische Truppen:⁷³¹ „War man in den entscheidenden Tagen kaum besonders hervorgetreten, so begann jetzt das Nachdenken über Ursachen und eigenes Verhalten [...]“⁷³² In dem Punkt, dass die Arbeiter Ulbricht für die verschlechterten Bedingungen verantwortlich gemacht haben verbunden mit der Forderung, dass dieser zurücktreten muss, war sich auch die Intelligenz einig.⁷³³

Noch vor dem Arbeiteraufstand wurde die SED-Führung nach Moskau zitiert, die Machtfrage nach dem Tod Stalins war in der Sowjetunion noch nicht geklärt. Ulbricht und die SED-Führung wurde von der Sowjetunion zum schon erwähnten neuen Kurs „gezwungen“, da der noch einflussreiche Berija der Meinung war „daß ein auf bürgerlicher Grundlage wiedervereintes Deutschland die Sowjetunion durchaus befriedigen würde, da ein bürgerliches zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ohne enge Bindung an andere imperialistische Staaten entstehen konnte, da unter den heutigen Bedingungen lediglich ein bürgerli-

⁷²⁹ Herzberg (2006), S. 92

⁷³⁰ Vgl. Herzberg (2006), S. 92

⁷³¹ Vgl. Herzberg (2006), S. 88

⁷³² Herzberg (2006), S. 88

⁷³³ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135

ches Deutschland existieren könnte, das weder aggressiv noch imperialistisch wäre.⁷³⁴ Diese Haltung schwächte die Position Ulbrichts, „am 7. Juli sprachen sich nur zwei Mitglieder für den Verbleib Ulbrichts in der Funktion des Generalsekretärs aus (Hermann Matern und Erich Honecker).“⁷³⁵ Nach der Entmachtung und Erschießung von Berija und der endgültigen Klärung der Fronten innerhalb der Sowjetunion war es wiederum Ulbricht der gestärkt hervorging. Wenn nämlich die Führung der KPdSU Berija verurteilte, so war auch in den Augen von Ulbricht der von ihm vertretene forcierte neue Kurs falsch und musste ihre Deutschlandpolitik revidieren. Dies gab Ulbricht die Möglichkeit sich gegen seine Kontrahenten im letzten Augenblick durchzusetzen, und den neuen Kurs schrittweise zurückzusetzen, was wie schon erwähnt den Unmut der Intelligenz verstärkte.

Ursprung der Oppositionsbewegungen von Intellektuellen bis 1956 lag also beim Arbeiteraufstand 1953. So beschreibt auch Kowalczyk, dass „Die Ereignisse des Jahres 1953 [...] der Ausgangspunkt für die Bildung einer temporären ostdeutschen intellektuellen Opposition [waren]“⁷³⁶ Hier waren sich Intellektuelle und Arbeiter einig:⁷³⁷ „Der Spitzbart [Walter Ulbricht] muß weg“.⁷³⁸

Nach dem Arbeiteraufstand war die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen durch eine gewisse kurzfristige Entspannung gezeichnet. Jedoch muss man anmerken „dass der 17. Juni 1953 lediglich die Durchgangsstufe zu einer stärkeren Disziplinierung [...] war.“⁷³⁹ Einzig und alleine die Bildung des Ministeriums für Kultur am 7. Jänner 1954 war „das einzige handfeste Ergebnis der kulturpolitischen Diskussionen des Jahres 1953.“⁷⁴⁰ Hier war vor allem die Ernennung des Dichters Johannes R. Becher zum Kulturministers noch wichtiger als die Bildung des Ministeriums an sich.⁷⁴¹ Diese Funktion wurde jedoch ab Bechers Tod im Jahre 1958 bis zum Ende der DDR ausschließlich von Personen aus dem Parteiapparat der SED rekrutiert.⁷⁴² Johannes R. Becher war zwar selbst Mitglied der

⁷³⁴ Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. München 1996. S. 194, zitiert nach: Mittenzwei (2001), S. 115

⁷³⁵ Mittenzwei (2001), S. 115

⁷³⁶ Kowalczyk, Ilko-Sascha; Mitter Armin; Wollé Stefan: Der Tag X. Siebzehnter Juni 1953, Berlin: Ch. Links Verlag, S. 169, 1995, zitiert nach: Herzberg (2006), S. 97

⁷³⁷ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135

⁷³⁸ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135

⁷³⁹ Rüther, Günther: Greif zur Feder, Kumpel. Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949-1990, Düsseldorf: Droste, 1991. S. 71, zitiert nach: Sigle, Karin: Der Literaturbetrieb der DDR. Schriftsteller im SED-Staat, Hochschulschrift, Wien, 2002, S. 34

⁷⁴⁰ Jäger (1994), S. 75

⁷⁴¹ Vgl. Jäger (1994), S. 75

⁷⁴² Vgl. Jäger (1994), S. 75

SED und passte sich nach der Abrechnung durch Ulbricht im Jahre 1953 ganz der Parteilinie an um so einer Verurteilung zu entgehen, jedoch hat er es verstanden ⁷⁴³ „die Forderungen der Intelligenz öffentlich und intern zu verteidigen.“⁷⁴⁴

Zu b)

Der XX. Parteitag der KPdSU

„Nach dem Tod Stalins und insbesondere nach der inzwischen berühmt gewordenen Geheimrede seines späteren Nachfolgers Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, in der erstmals die Verbrechen der Stalinzeit publik gemacht und seine Kritik und Abkehr vom Stalinschen Personenkult eingeleitet wurden, entstanden in zahlreichen sozialistischen Ländern Hoffnungen auf Reformen, die gemeinhin mit dem Begriff „Entstalinisierung“ bezeichnet wurden.“⁷⁴⁵

Auch in der DDR setzte nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1956 eine sogenannte Entstalinisierungsphase in geringem Ausmaß ein: SED-Funktionäre, welche zum großen Teil zwischen 1948 und 1954 als Titoisten oder Trotzkisten Repressionen zu spüren bekamen, wurden rehabilitiert, zahlreiche politische Gefangene wurden freigelassen.⁷⁴⁶ „Die sog. „Entstalinisierung“ in der DDR 1956 bewirkte die Beseitigung politischer „Überspitzungen“ und des auf Stalin bezogenen Personenkults, aber keine „Fehlerdiskussion“ oder gar Duldung grundsätzlicher Kritik an der herrschenden Linie der Partei, die mit der Person Ulbrichts verbunden war. Genau das war es jedoch, was sowohl Arbeiter als auch Intellektuelle forderten.“⁷⁴⁷ Es verwundert also nicht, dass sich in unterschiedlichen oppositionellen intellektuellen Kreisen keine Zufriedenheit einstellte, wenn eine ihrer wichtigsten Forderung, die Absetzung Ulbrichts, von vornherein nicht diskutabel war und in Folge⁷⁴⁸ repressive Maßnahmen mit sich brachte.

⁷⁴³ Vgl. Herzberg (2001), S. 102

⁷⁴⁴ Herzberg (2001), S. 102

⁷⁴⁵ Kieslich (1998), S. 11

⁷⁴⁶ Vgl. Kieslich (1998), S. 28

⁷⁴⁷ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135, siehe auch Seite 148 in vorliegender Arbeit

⁷⁴⁸ Siehe folgendes Kapitel 5.3.2.2

5.3.2.2 Die Harich/Janka Gruppe bzw. der Kreis der Gleichgesinnten. Die zentrale Intellektuelle Opposition

„[...] die Wochenzeitung Sonntag, Teile des Aufbau-Verlages⁷⁴⁹ um Wolfgang Harich, Walter Janka und Gustav Just, der „Donnerstagskreis“⁷⁵⁰, der Niquet-Keller-Kreis“, ein kleiner Zirkel um Zwerenz und Loest („Bloch-Kreis“) in Leipzig und gelegentlich auch der [...] Berliner Schriftstellerverband [entwickelten sich] zu lebendigen Orten politischer und philosophischer Diskussionen.“⁷⁵¹ Der *Donnerstagskreis* wurde genauso wie der *Kreis der Gleichgesinnten* Mitte Oktober 1956 gegründet, ersterer hatte jedoch keinen⁷⁵² „Zusammenhang mit den parteioppositionellen Gruppierungen im Aufbau-Verlag und [in der Kulturbundzeitschrift] [...] Sonntag [...] [...] [Die Ziele des Donnerstagskreises waren] die Abschaffung der Zensur, die Herausgabe einer unabhängigen Wochenzeitung und eine größere Berücksichtigung ausländischer Literatur in den Verlagsprogrammen.“⁷⁵³ Zwar wurde der Donnerstagskreis in der Analyse der Feindtätigkeit vom Ministerium für Staatssicherheit als deutscher Petöfi-Kreis (*genauer zum Petöfi-Kreis siehe Kapitel 6 und im speziellen 6.3.2*) bezeichnet⁷⁵⁴ „der den Sozialismus vom Stalinismus habe reinigen wollen“⁷⁵⁵. Doch war in diesem in der Realität keine oppositionelle Strukturbildung vorhanden, deren Mitglieder vielmehr Interesse an Kommunikation als an konzeptioneller Arbeit hatten.⁷⁵⁶ Auch die Tatsache, dass die Gründungsmitglieder den Petöfi-Kreis als Vorbild sahen⁷⁵⁷ änderte daran nichts. Ein Vergleich mit dem Petöfi-Kreis ist daher auf der Ebene des Willens nach einem politischen Umbruch nicht möglich. Weder gesamtgesellschaftliche noch kulturpolitisch durchdachte Konzepte wurden erarbeitet⁷⁵⁸, etwas was den Petöfi-Kreis auszeichnete: „Ihren Höhepunkt erlebte diese Veranstaltung [das erste in der Öffentlichkeit stattfindende Treffen des Petöfi-Kreises], auf der unbehelligt von staatlichen Repressiv-Organen die Ablösung Rákosis und Gerös, die Wiedereinsetzung Nagys in seine

⁷⁴⁹ Aufbau-Verlag und Wochenzeitung Sonntag siehe Kapitel 5.2.3.2

⁷⁵⁰ Vgl. Braun, Matthias: Dieser November schlug viele Knospen ab. In: Neuhert, Ehrhart; Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen 2001, S. 293-304, zitiert nach: Engelmann, Roger (Hrsg.); Großbölting Thomas (Hrsg.); Wentker, Hermann (Hrsg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, Berlin: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008, S. 378

⁷⁵¹ Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 378

⁷⁵² Vgl. Prokop (2006), S. 306

⁷⁵³ Prokop (2006), S. 306

⁷⁵⁴ Vgl. Prokop (2006), S. 306; Siehe dazu auch die 4 Gründe für die verstärkte Beobachtung literarischer Intellektueller durch die Staatssicherheit laut Joachim Walter, Seite 131

⁷⁵⁵ Prokop (2006), S. 306

⁷⁵⁶ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 386

⁷⁵⁷ Vgl. Prokop (2006), S. 155

⁷⁵⁸ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 386

Ämter und eine politische, wirtschaftliche und geistige Erneuerung des Landes gefordert wurde [...].⁷⁵⁹

Der Donnerstagskreis stellte ähnliche Forderungen nicht. „Selbst Wolfgang Harich⁷⁶⁰ legte in diesem Kreis kein revisionistisches Politikmodell vor.“⁷⁶¹

Da sich vorliegende Arbeit mit den *Auswirkungen der Ereignisse in Ungarn auf die Intellektuellenpolitik der SED beschäftigt*, und sich diese auch auf intellektuelle Vereinigungen und Personen auswirken können, die nicht unmittelbar mit den Vorgängen in Ungarn zu vergleichen sind, sozusagen als Vorwand möglichen Repressionen unterworfen wurden, sollen diese auch, wie der Donnerstagskreis, erwähnt und betrachtet werden.

Der Fokus hierbei soll jedoch dahingehend bestehen, dass Vereinigungen Intellektueller die am vehementesten Veränderungen sowohl auf kulturpolitischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene forderten, liegen. Dies macht es einfacher etwaige Gemeinsamkeiten zu den Ereignissen in Ungarn herzustellen, um aus diesen Gemeinsamkeiten Reaktionen der SED Führung zu erkennen und diese in Verbindung mit den Ereignissen in Ungarn zu bringen.

Hierzu ist die von der SED ab Dezember 1956 bezeichnete **Harich/Janka Gruppe**, welche die stärkste Opposition von 1953-1956 bildete am besten geeignet und im Fokus dieses Kapitels. „[...]ein Name [Harich/Janka Gruppe] allerdings, der vorher nie aufgetaucht war. In den Quellen wird aber vom *Bund der Gleichgesinnten*, der *Gruppe der Gleichgesinnten*, dem *Kreis der Gleichgesinnten* bzw. *den Gleichgesinnten* gesprochen.“⁷⁶² Mit Harichs „Plattform für einen besonderen Deutschen Weg zum Sozialismus“ (Genaueres zur Plattform siehe S. 134-135) die sowohl Veränderungen auf gesamtstaatlicher als auch kulturpolitischer Ebene forderte⁷⁶³ und die Grundlage der Forderungen des Kreis der Gleichgesinnten bildeten⁷⁶⁴ ist vielmehr eine Verbindung zum Petöfi-Kreis herzustellen.

⁷⁵⁹ Sieber (2008), S. 77

⁷⁶⁰ Wolfgang Harich Siehe 153

⁷⁶¹ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 386

⁷⁶² Vgl. Kersten, Heinz: *Austand der Intellektuellen. Wandlungen in der kommunistischen Welt. Ein dokumentarischer Bericht*, Seewald: Stuttgart, 1957, S. 152, zitiert nach: Prokop (2006), S. 308

⁷⁶³ Vgl. Sieber (2008), S.101-108

⁷⁶⁴ Siehe dazu Prokop (2006), S. 157, bei Fußnote 26 ist vom „Konzept der Gleichgesinnten“ die Rede

Sowohl die Gruppe Harich, die Gruppe Janka, als auch der gemeinsame Begriff der Gruppe Harich/Janka kommt im SED-Jargon vor. Der Prozess der ersten Gruppe fand wie schon erwähnt vom 7.-bis 9. März 1957 statt, der der Janka-Gruppe vom 23.-25. Juli 1957.⁷⁶⁵ Die beiden Gruppen werden in diesem Kapitel nicht unterschiedlich bezeichnet, „da von Seiten der Anklage [...] [der Prozess der Janka-Gruppe] genau die Fortsetzung des Harich-Prozesses [war], wie auch stets von einer einheitlichen Gruppierung Harich/Janka gesprochen wurde.“⁷⁶⁶ Auf Seiten der SED war sodann vom zusammenfassenden Begriff der Gruppe Harich/Janka die Rede⁷⁶⁷, innerhalb der Mitglieder dieser konstruierten Gruppe vom „Kreis der Gleichgesinnten“ dessen erste Konturen sich Anfang Juli 1956 abzeichneten und zu dem Anfangs Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Günther Schubert und Heinz Zöger gehörten. Im Herbst stießen auch Richard Wolf, Bernhard Steinberger, Joachim Wenzel und Manfred Hertwig hinzu. Der Kreis der Gleichgesinnten verfügte genauso wie andere Kreise keine feste Struktur, keine Satzung und forderte keine Mitgliedsbeiträge. Auch gab es keinen Vorsitzenden.⁷⁶⁸ „Gemeinsam mit den anderen Kreisen war den *Gleichgesinnten*, dass sie sich in das System des demokratischen Zentralismus⁷⁶⁹ nicht eingebunden fühlten.“⁷⁷⁰

Bei den beiden Prozessen der Harich/Janka Gruppe wurden Wolfgang Harich, Bernhard Steinberger, Manfred Hertwig, Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf zu unterschiedlichen Zuchthausstrafen verurteilt.⁷⁷¹ Joachim Wenzel, der wie erwähnt ebenfalls Mitglied des „Kreises der Gleichgesinnten“ war, wurde bei keinem der beiden besagten Prozesse angeklagt. Jedoch wurde er am „15. November 1957 „wegen dringenden Verdachts des Staatsverrates“ im städtischen Krankenhaus Leipzig festgenommen. Trotz schwerer Erkrankung [...] erfolgte keine Freilassung. 14 Tage nach dessen Tode im Haftkrankenhaus Klein-Meusdorf erfolgte die Einstellung des Verfahrens.“⁷⁷² Parteisekretär Schubert wurde in keinem der beiden Prozess angeklagt, auch ist keine weitere Verurteilung ersichtlich. Die zentrale Parteikontrollmission der SED urteilte, dass eine „strenge

⁷⁶⁵ Vgl. Herzberg (2006), S. 280 u. S.290

⁷⁶⁶ Herzberg (2006), S. 290

⁷⁶⁷ Vgl. Sieber (2008), S. 95

⁷⁶⁸ Vgl. Prokop (2006), S. 61

⁷⁶⁹ Demokratischer Zentralismus siehe Seite 54

⁷⁷⁰ Prokop (2006), S. 61

⁷⁷¹ Vgl. Herzberg (2006), S. 279-292

⁷⁷² Prokop (2006), S. 365

Rüge“ ausreichend sei,⁷⁷³ sodass nicht davon auszugehen ist, dass Schubert aus der Sicht der SED Wesentlichen Einfluss auf- und ideologische Übereinstimmung mit der Harich/Janka Gruppe hatte. Ersichtlich ist auch, dass die anfänglichen Mitglieder des „Kreises der Gleichgesinnten“, bis auf Schubert und Wenzel, wobei letzterer verstarb und somit eine mögliche Verurteilung und einer rückwirkenden Zuordnung zur Harich/Janka Gruppe nicht mehr möglich war, alle als Mitglieder der Harich/Janka Gruppe definiert wurden. Es ist also davon auszugehen, dass der „Kreis der Gleichgesinnten“ in seiner Gesamtheit als ein Zirkel der Verschwörung angesehen wurde, und dieser mit der dem Begriff der SED als Gruppe Harich/Janka gleichzusetzen ist.

Inwiefern hierbei der ungarische Petöfi-Kreis und das mögliche Gleichsetzen beider Gruppierungen durch die SED eine Rolle zur Verurteilung der Gruppe Harich/Janka spielte soll in Kapitel 7, welches „die Reaktionen der Ereignisse in Ungarn auf die Intellektuellenpolitik der SED“⁷⁷⁴ beinhaltet, näher betrachtet werden.⁷⁷⁵

Wolfgang Harich

Als einer der wichtigsten Köpfe der Oppositionsbewegungen von 1953-1956 soll dieser genauer betrachtet werden. Auch Wolfgang Harich forderte wie andere die Absetzung Ulbrichts.⁷⁷⁶

Die Eltern Harichs waren entschiedene Gegner des Nationalsozialismus und prägten dadurch ihre Kinder. Bereits in der Volksschule fiel er den Lehrern als ausgezeichnete und auf ernstes Nachdenken bedachter Schüler auf. Walter Harich geriet in Konflikte mit unterschiedlichen von ihm besuchten Schulen, da er immer wieder den Nationalsozialismus kritisierte. Schlussendlich besuchte er eine Privatschule in der er jedoch wiederum der Schule verwiesen und aufgrund von geistiger Unreife ihm das Abitur verweigert wurde. Grund dafür war ein ironisch geschriebener Abituraufsatz in welchem er dafür plädierte, dass sämtliche Werke von Goethe, Schiller, Herder und Lessing zu verbrennen und lediglich die

⁷⁷³ Klein, Thomas: Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln: Böhlau Verlag, 2002, S. 295

⁷⁷⁴ Die Reaktionen der SED auf die Ereignisse in Ungarn siehe Kapitel 0

⁷⁷⁵ Siehe dazu: Die Verurteilungen der Mitglieder der „Gruppe Harich/Janka“ und die Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn in Kapitel 7.2.2

⁷⁷⁶ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 135

von Heinrich von Kleist geschriebene Herrmannsschlacht dem Geist deutscher Literatur entsprechen würde.⁷⁷⁷

Er versuchte den Wehrdienst nach seiner Einberufung 1942 zu umgehen, was ihm jedoch nicht gelang. Nach der Verbüßung einer Haftstrafe aufgrund von Desertion wurde er 1944 wiederum an die Ostfront geschickt. Zuvor gelang es ihm jedoch zu flüchten.⁷⁷⁸ Wenig später schloss er sich im Berliner Untergrund der Widerstandgruppe „Onkel Erwin“ an, welche sich später in ERNST umbenannte.⁷⁷⁹

Dadurch wurde die Gruppe Ulbricht auf ihn aufmerksam, die ihm anbot für administrative Tätigkeiten in der späteren sowjetischen Besatzungszone tätig zu sein.⁷⁸⁰ Dies lehnte Harich ab, jedoch mit dem Hinweis, dass er in den Bereichen Kultur, Presse und Studentenorganisationen Interesse hätte mitzuarbeiten.⁷⁸¹

„Die Hinwendung Harichs zum Kommunismus begann mit [...] [einer] Leninsche[.][n] Schrift, die er nach eigenen Angaben kurz vor Kriegsende von einem kommunistischen Widerstandskämpfer erhielt.“⁷⁸² Kurz bevor SPD und KPD zur SED fusionierten, trat er der KPD 1946 bei.⁷⁸³ „In den Jahren von 1945 bis 1950 arbeitete Wolfgang Harich als Publizist und Theaterrezensent, insbesondere für den <Kurier>, die >Neue Welt> und die >Tägliche Rundschau< sowie als Leitartikler der >Weltbühne<.“⁷⁸⁴ Im selben Zeitraum von 1946-1951 war er an der Universität Berlin Student der Philosophie und Literaturwissenschaften, an welcher er 1948 Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Fakultät wurde. In den Jahren 1949/1950 leitete er in der „Täglichen Rundschau“ das Ressorts Theorie und Propaganda und war in der mit ihr kooperierenden Zeitschrift „Neue Welt“ Angehöriger des Redaktionskollegiums. Seine Arbeit im Aufbau-Verlag begann im Jahre 1950 in dem er nebenberuflich als Lektor beschäftigt war. Seine Promotion an der Humboldt-

⁷⁷⁷ Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin: Dietz, 1997, S. 14f, zitiert nach: Sieber (2008), S. 25-26

⁷⁷⁸ vgl. Sieber (2008), S. 26-27

⁷⁷⁹ Vgl. Bericht Harichs zur Gruppe ERNST v. 11. Mai 1945 in: Prokop (1997), S. 18, zitiert nach: Sieber (2008), S. 26-27

⁷⁸⁰ Detaillierte Informationen zur Gewinnung der Gegner des Nationalsozialismus für administrative Zwecke in der sowjetischen Besatzungszone insbesondere zur Suche nach Wolfgang Harich vgl. Leonard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln: Parkland-Verlag, 2001, S. 434, zitiert nach: Sieber (2008), S. 27

⁷⁸¹ Vgl. Leonard (2001), S. 437, zitiert nach: Sieber (2008), S. 27

⁷⁸² Sieber (2008), S. 30

⁷⁸³ Vgl. Prokop (1996), S. 15, zitiert nach: Sieber (2008), S. 31

⁷⁸⁴ Kieslich (1998), S. 30

Universität in Ost-Berlin schloss er 1951 als Dr. phil. ab, an welcher er für die nächsten drei Jahre eine Professur für das Fach „Geschichte und Philosophie“ absolvierte. In den Jahren 1953-1956 war Harich einerseits Chefredakteur und Mitherausgeber der Zeitschrift andererseits von 1954-1956 im Aufbau-Verlag als stellvertretender Cheflektor tätig.⁷⁸⁵ „Am 29. November 1956 wurde Harich verhaftet und am 9. März 1957 wegen „Bildung einer konspirativen, staatsfeindlichen Gruppe“ zu zehn Jahren Haft verurteilt. Am 18. Dezember 1964 erfolgte seine Amnestie.“⁷⁸⁶ Bis 1979 war er weiterhin in der DDR wohnhaft, war unter anderem wiederum Verlagslektor sowie freischaffender Wissenschaftler in Ost-Berlin. Ab 1979 war er zwei Jahre in verschiedenen Ländern wohnhaft (Österreich, Schweiz, Spanien und der BRD) und kehrte 1981 in die DDR zurück nachdem er sich zuvor in der Friedens- und Ökologiebewegung engagierte. 1989, nach der Wende, erfolgten die Aufhebung und der Freispruch des Urteils von 1957 mit dem eine Haftentschädigung verbunden war.⁷⁸⁷ „Die politische Rehabilitierung erfolgte am 5. Dezember 1992 durch die Bundesschiedskommission der PDS“⁷⁸⁸

1990 trat er der neu gegründeten KPD in der DDR bei, aus der er 1993 wieder austrat, um schließlich im Dezember 1994 Antrag auf Mitgliedschaft in der PDS zu stellen⁷⁸⁹. Dieser gehörte er bis zu seinem Tod an.⁷⁹⁰ Von 1992-1994 war er Vorsitzender der Alternativen Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte⁷⁹¹ „um [aus seiner Sicht] einer pauschalen Negativbewertung der DDR-Vergangenheit bis hin zu ihrer generellen Kriminalisierung entgegenzuwirken.“⁷⁹²

Am 15. März 1995, im 72. Lebensjahr, starb Wolfgang Harich in Berlin.⁷⁹³

Wolfgang Harich war also Kommunist (so wie auch die anderen des *Kreises der Gleichgesinnten*⁷⁹⁴), und war einer, wie in diesem Kapitel einleitend beschrieben wurde, der den Kommunismus verbessern wollte und keineswegs einen totalen Systemwechsel forderte. So erging es Wolfgang Harich genauso wie anderen, die über Nacht von bewährten Kom-

⁷⁸⁵ Vgl. Kieslich (1998), S. 31

⁷⁸⁶ Kieslich (1998), S. 31

⁷⁸⁷ Vgl. Kieslich (1998), S. 31

⁷⁸⁸ Kieslich (1998), S. 31

⁷⁸⁹ Vgl. Kieslich (1998), S. 31-32

⁷⁹⁰ Prokop (2006), S. 362

⁷⁹¹ Vgl. Prokop (2006), S. 362

⁷⁹² Kieslich (2006), S. 31/32

⁷⁹³ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 17.3.1995 sowie „Der Spiegel“ vom 20.3.1995, zitiert nach: Kieslich (1998), S. 32

⁷⁹⁴ Vgl. Prokop (2006), S. 58-61

munisten und Antifaschisten zu Feinden des Kommunismus deklariert wurden,⁷⁹⁵ was Beispielsweise zur Verhaftung der „Gruppe Harich/Janka“ Verhaftung führte. „Nach seiner Rückkehr von einer Reise in den Westen wurde Wolfgang Harich am 29. November 1956 von Mitarbeitern der Staatssicherheit verhaftet und zur Untersuchungshaftanstalt des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nach Hohenschönhausen gebracht.“⁷⁹⁶ Die Gerichtsverhandlung fand zwischen dem 7. und 9. März 1957 statt und endete im Schuldspruch, was 10 Jahre Zuchthaus bedeutete.⁷⁹⁷ Der Prozess von Harich/Janka und anderen sowie die Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn wird genauer in Kapitel 7.2.2 betrachtet.

Erst nach Jahre 1990 wurde der Öffentlichkeit sein Memorandum der **„Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“** bekannt, in deren Ausgestaltung auch andere *Gleichgesinnte* und Sympathisanten involviert waren.⁷⁹⁸ Der Zusammenhang seiner Konzeption blieb der Bevölkerung in den 50iger und später unbekannt.⁷⁹⁹ „Harich trat als konzeptioneller Denker und geistiger Anreger hervor, verfügte aber über keine organisatorische Basis. Für die praktische Umsetzung seiner Ideen suchte er nach einem erfahrenen Politiker.“⁸⁰⁰ Mitte der fünfziger Jahre war es ihm nicht mehr genug nur einzelne Bereiche zu kritisieren.⁸⁰¹ „Es drängte ihn danach, die Probleme jetzt aus der Analyse der weltpolitischen Situation zu entwickeln.“⁸⁰² Sein Memorandum vom Oktober 1956 ist (nach dem XX. Parteitag der KPdSU) „aus der Sicht der neunziger Jahre [...] eine Mischung von sozialistischen Glaubenssätzen, scharfsichtigen Einsichten in die Schwächen des damaligen sozialistischen Entwicklungsstandes und möglichen Wegen zur Einheit Deutschlands, von ebenso kühn wie naiv anmutenden Forderungen an die Sowjetunion.“⁸⁰³ Die wichtigsten Ziele des Memorandums der **„Plattform eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“** auf programmatischer und politischer Ebene können auf zwei Punkte zusammengefasst werden.⁸⁰⁴

„1. [...] der sozialistischen Demokratisierung der DDR

⁷⁹⁵ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 113

⁷⁹⁶ Kieslich (1998), S. 47

⁷⁹⁷ Vgl. Heyer, Andreas: Studien zu Wolfgang Harich, Norderstedt: Books on Demand. 2010, S. 44

⁷⁹⁸ Vgl. Prokop (2006), S. 184-192

⁷⁹⁹ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 137

⁸⁰⁰ Mittenzwei (2001), S. 137

⁸⁰¹ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 139

⁸⁰² Mittenzwei (2001), S. 139

⁸⁰³ Mittenzwei (2001), S. 140

⁸⁰⁴ Vgl. Kieslich (1998), S. 48

2. [...] [der] friedliche[n] Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus, der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und der Freundschaft mit allen Völkern“.⁸⁰⁵

Um diese Ziele zu erreichen, bedurfte es der Umgestaltung der Partei nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus sowie durch die von Lenin geprägten Normen des Parteiens. Dass Wolfgang Harich keineswegs die Abschaffung des kommunistischen Systems befürwortete, ist auch in dem Memorandum erhaltenen Verständnis des Verhältnisses des Marxismus-Leninismus und der Partei ersichtlich:⁸⁰⁶

„In ideologischer Beziehung steht die Partei fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Der dialektische und historische Materialismus ist ihre Weltanschauung. In ihrer gesamten Tätigkeit lässt sie sich von den Ideen von Marx, Engels und Lenin leiten. [...] Daraus, daß die kämpfende Arbeiterklasse ununterbrochen neue geschichtliche Erfahrungen macht, ergibt sich für die Partei die Pflicht den Marxismus-Leninismus weiterzuentwickeln“⁸⁰⁷

Ein zentrales Anliegen von Harich war die Wiedervereinigung Deutschlands. „Harichs Konzept forderte, daß in der DDR alle Einrichtungen und Verhältnisse, die einer sozialistischen Wiedervereinigung im Weg ständen (da sie von den potentiellen Verbündeten im Westen nicht gebilligt worden waren) zu überwinden seien, unter Bewahrung, Ausbau und Weiterentwicklung der wertvollen Elemente im Staat. Die DDR sollte attraktiv für die Mehrheit aller Deutschen in Ost und West umgestaltet werden.“⁸⁰⁸ Vor der Wiedervereinigung sollten die Gesellschaft demokratisiert, sowie die Lebensverhältnisse verbessert werden.⁸⁰⁹

⁸⁰⁵ Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin: Dietz Verlag, 1993, S. 112

⁸⁰⁶ Vgl. Kieslich (1998), S. 48

⁸⁰⁷ Harich, (2003), S. 122, zitiert nach: Kieslich, (1998), S. 49

⁸⁰⁸ Kieslich (1998), S. 43

⁸⁰⁹ Vgl. Kieslich (1998), S. 50

5.3.3 Phase 3 (Oktober 1956-Juli 1958): Abrechnung der SED mit der Intelligenz⁸¹⁰

Während dieser Zeit trachtete die SED-Führung danach jegliche innerparteiliche Opposition auszuschalten.⁸¹¹ Inwiefern dies im Zusammenhang des Ungarn-Aufstandes steht, soll in der Beantwortung der eingehenden Fragestellung von vorliegender Arbeit in Kapitel 0 näher betrachtet werden. Der Prozess der Harich/Janka Gruppe bei dem wie schon beschrieben, Harich, Hertwig, Steinberger, Janka, Zöger, Just und Wolf zu Zuchthausstrafe verurteilt wurden, fand im März und Juli 1957 statt.⁸¹² Mit indirekten Methoden wurde Ernst Bloch Repressionen unterworfen.

„Im Frühjahr 1957 wurde [von der SED]versucht, auf allen Gebieten des kulturellen Lebens die Reihen neu zu ordnen: der Schriftstellerverband veranstaltete eine Delegiertenkonferenz, ein Parteiaktiv der bildenden Künstler kam zusammen, auf einer Tagung trafen sich die Theaterintendanten, und immer ging es dabei um den Kampf gegen Dekadenz und Revisionismus.“⁸¹³ Es muss jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, dass die von Jäger genannten Institutionen von der SED beherrscht wurden⁸¹⁴ und wie schon beschrieben der Vorwurf des Revisionismus auch Personen vorgeworfen wurden, die Kommunisten waren, und lediglich eine Reform des bestehenden Systems anstrebten.⁸¹⁵ Ihr eigenes Selbstverständnis war kein revisionistisches Bild. Es darf daher nicht der Eindruck erweckt werden, dass der sogenannte Kampf gegen Revisionismus in erwähnten Institutionen ohne Einfluss der Partei von statten ging.

Im Folgenden werden unterschiedliche für die Politik der SED gegenüber den Intellektuellen relevante Zusammenkünfte des Zentralkomitees der SED betrachtet. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass es das Politbüro, das Sekretariat des ZK und allen voran der Generalsekretär (bzw. Erster Sekretär) der SED Walter Ulbricht, der beiden Gremien vorstand, waren, die die Politik in der DDR bestimmten.⁸¹⁶ Folgende Aufzählungen von institutionalisierten Zusammenkünften der SED dienen daher nicht der Betrachtung der Ent-

⁸¹⁰ Vgl. Herzberg (2006), S. 250

⁸¹¹ Vgl. Jäger (1994), S. 83

⁸¹² Vgl. Sieber (2008), S. 108-118

⁸¹³ Jäger (1994), S. 83

⁸¹⁴ Siehe dazu Kapitel 5.2

⁸¹⁵ Vgl. Mittenzwei (2001), S. 113, vgl. auch auf S. 133 in vorliegender Arbeit

⁸¹⁶ Siehe dazu 3.4.1

scheidungsfindungen von ZK-Mitgliedern, sondern sollen ein Stimmungsbild der SED wiedergeben, deren Richtung von der Parteiführung vorgegeben wurde und von nachgeordneten Institutionen gemäß des demokratischen Zentralismus⁸¹⁷ umgesetzt werden musste.

5.3.3.1 Das 32. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 10. bis 12 Juli 1957⁸¹⁸

Eine Bilanz wurde auf dem 32. Plenum des Zentralkomitees der SED vom Juli 1957 gezogen. Hierbei war der Aufsatz von Hans Mayer unter anderem Thema, der scharf kritisiert wurde.⁸¹⁹ Dieser „zog eine Bilanz des mageren literarischen Lebens in der DDR, sprach von Stagnation und Sterilität, polemisierte gegen die rotangestrichenen Gartenlauben vor allem in der Lyrik. Er verlangte, endlich die kenntnisreiche Auseinandersetzung mit der Moderne zu beginnen [...] Daß Mayer zugleich für den im August verstorbenen Brecht und für Becher eintrat, war auch ein Indiz dafür, daß es eine Allianz gegen Sektierer und Dogmatiker gab.“⁸²⁰ Der ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft Kurt Hager rügte, dass kaum jemand gegen diesen Text aufgetreten ist.⁸²¹ Auch gab es weitere Verhaftungen: „Erich Loest wurde aus der Partei ausgeschlossen und im November 1956 verhaftet. [...]. Erst 1958, nach mehr als elf Monaten Untersuchungshaft, wurde Loest wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ zu einer siebeneinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt [...]“⁸²² Sein Freund Erich Zwerenz flüchtete nach Westdeutschland um der Verhaftung zu entgehen.⁸²³ Doch gab es nicht nur Verhaftungen sondern auch indirekte Methoden der Repressionen, so wie die Kampagne gegen Ernst Bloch.⁸²⁴ „Mit der 32. Tagung des Zentralkomitees der SED begann eine neue, eine aggressivere Etappe in der Durchsetzung der Parteibeschlüsse vom Januar 1957“⁸²⁵ Vor allem der ideologische Kampf auf kultureller Ebene wurde verstärkt: Zwar konstatierte er [Alexander Abusch, Erster Stellvertreter des

⁸¹⁷ demokratischer Zentralismus siehe Kapitel 3.2, Seite 54

⁸¹⁸ Vgl. Schiller (2003), S. 5

⁸¹⁹ Vgl. Jäger (1994), S. 83

⁸²⁰ Jäger (1994), S. 83

⁸²¹ Vgl. Jäger (1994), S. 85

⁸²² Lück, Manuela: „...ein zu großes Wort.“ Erich Loest und das Exil, in: Schmitz, Walter (Hrsg.), Bernig Jörg (Hrsg.): Deutsch-deutsches Literaturexil. Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR in der Bundesrepublik, Dresden: Thelem, 2008, S. 587

⁸²³ Schmitz (Hrsg.), Bernig (Hrsg.), (2008), S. 587

⁸²⁴ Vgl. Schiller, Dieter: Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern im Krisenjahr 1956, Berlin: Dietz, 2003, S. 126

⁸²⁵ Schiller (2003), S. 127

Kulturministers und Staatssekretär⁸²⁶] eine Konsolidierung der ideologischen Positionen in der Künstlerschaft, bemängelte aber, daß manche Schriftsteller und Künstler sich ausschließlich mit Widersprüchen beschäftigen und zur ideologischen Koexistenz neigten“.⁸²⁷

5.3.3.2 Das 33. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957

„Im Herbst 1957 erklärte Walter Ulbricht auf der 33. Tagung des ZK, er sage offen – wenn auch nicht für die Öffentlichkeit – ihm sei seit einem Jahr klar, daß Bloch der Ideologie einer konterrevolutionären Gruppe sei, ein Feind der Arbeiter- und Bauern-Macht.“⁸²⁸ Eine Verhaftung und Verurteilung gab es jedoch nicht, seine Bücher wurden nicht verboten. Dadurch entstand ein Klima der Unsicherheit, bei dem niemand wusste wie weit man gehen dürfe.⁸²⁹ Schlussendlich hatte dies zur Bedeutung, dass das Politbüro darüber entschied wie weit die Grenzen gingen.⁸³⁰ Neben den direkten Methoden von Verhaftung und Verurteilung kamen auch alternative Methoden zu tragen um ein dauerndes Gefühl der Bedrohung, hier in Bezug auf die Intelligenz, zu schaffen.⁸³¹ Durch diese indirekte Form der Beeinflussung war es vorerst für manche Zusammenschlüsse von Intellektuellen und Künstlern möglich nicht behelligt zu werden.⁸³² „In den Augen der Parteiorgane waren und blieben sie jedoch suspekt“.⁸³³

Im Laufe des Jahres 1957 wurde größter Wert darauf gelegt, dass Verfechter einer Demokratisierung des Staates und der Partei sowie der Abkehr vom Stalinismus deutlich zu isolieren. Hierbei soll ein Beispiel einer Konferenz zur „Einheit“, welche das theoretische Organ der SED war, dienen, in welchem Autoren, Wissenschaftler, Staats- und Parteifunktionäre teilnahmen.⁸³⁴

„Chefredakteur Hans Schaul stellte die Zeitschrift als Instrument der Partei bei der Führung des ideologischen Kampfes vor, bekannte sich zur Forderung des 30. Plenums, „Die Einheit“ zur führenden theoretischen Zeitschrift der DDR zu machen, und wandte sich in die-

⁸²⁶ Vgl. Schiller (2003), S. 133

⁸²⁷ Schiller (2003), S. 133-134

⁸²⁸ Schiller (2003), S. 127

⁸²⁹ Vgl. Schiller (2003), S. 127

⁸³⁰ Vgl. Schiller (2003), S. 127

⁸³¹ Siehe dazu die Zersetzung als operative Methode der Staatssicherheit, Kapitel 4.6.1, Seite 110, in Bezug auf Ernst Bloch und Hans Mayer der operative Vorgang Wild vgl. Herzberg, Guntholf: Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR Philosophie. Berlin: Ch. Links-Verlag in Zusammenarbeit mit der Berliner Zeitung, 1996, S. 52 ff.

⁸³² Vgl. Schiller (2003), S. 128

⁸³³ Schiller (2003), S. 128

⁸³⁴ Vgl. Schiller (2003), S. 129

sem Zusammenhang bezeichnenderweise gegen eine einseitige Orientierung und Überwindung des Dogmatismus und gegen ideologische Aufweichung“.⁸³⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Krise der Intelligenz im Jahr 1956 welche durch den XX. Parteitag der KPdSU [sowie durch den Tod Stalins] ausgelöst wurde, 1958 von der SED-Führung und mit Hilfe ihrer zur Verfügung stehenden Instrumente beendet werden konnte.⁸³⁶ Dies geschah durch direkte Repression (Verhaftungen, Verurteilungen), und durch indirekte Maßnahmen⁸³⁷, wie das Beispiel gegen Bloch zeigte. Es wurde von Seiten der SED gedroht ohne eine Verhaftung vorzunehmen, sodass eine Aura der Unsicherheit entstand. Langjährige überzeugte Kommunisten wurden als Konterrevolutionäre bezeichnet, unabhängig davon ob es Ihnen um die Reform des Kommunismus und nicht um dessen Abschaffung ging. Dies führte für die Betroffenen oft zu langjährigen Haftstrafen.

„Deutlich wurde auch, daß die Führung einen Schlußstrich unter die Aufregungen der letzten zwei Jahre ziehen wollte, Kritik war unerwünschter denn ja, Verbesserungsvorschläge wurden alleine im Zentralkomitee erdacht und dann zu einer ausgesuchten Parteiorganisation durchgestellt, die diesen Vorschlag an die Öffentlichkeit bringen durfte und die Partei um Hilfe bei der Durchsetzung bitten konnte.“⁸³⁸ Kurt Hager war bis zum Ende der DDR zuständig für die Intelligenz. Dieser vertrat mittlerweile zur Gänze die Position Ulbrichts⁸³⁹, was wiederum die Macht des Generalsekretärs wie in Kapitel 3.4.1.1 auf Seite 74 beschrieben wird, auch im Kulturbereich bestätigt. „Die Abteilung Wissenschaften hatte die Universität und Hochschulen fest im Griff, andere ZK-Abteilungen die ihnen zugeordneten Einrichtungen ebenfalls. [...] Die Diskussionen um Dogmatismus und Personenkult waren schon längst verschwunden und tauchten auch nicht wieder auf, diejenigen gegen den Revisionismus waren erfolgreich abgeschlossen.“

⁸³⁵ Schiller (2003), S. 130

⁸³⁶ Herzberg (2006), S. 655

⁸³⁷ Vgl. Die Methoden der Staatssicherheit, Kapitel 4.6.1

⁸³⁸ Herzberg (2006), S. 656

⁸³⁹ Vgl. Herzberg (2006), S. 656

5.4 Resümee des Kapitels

Durch die Beschreibung der Institutionen, welche Einfluss auf die Kulturpolitik der DDR nahmen, ist es möglich potentielle Veränderungen der SED-Politik in diesen nach den Ereignissen in Ungarn zu erkennen. Ebenso wurde dargestellt wie sehr die SED auch im Kulturbereich die unumschränkte Gestaltungsmacht inne hatte, was den totalitären Charakter der SED, zumindest den in vorliegender Arbeit untersuchten Zeitraum bis 1960⁸⁴⁰, unterstreicht. Die Annahme, dass sich aus vormals nicht von der SED kontrollierten Institutionen eher oppositionelle Bewegungen rekrutierten, kann bestätigt werden.⁸⁴¹ Der bedeutendste Zusammenschluss intellektueller Oppositioneller fand sich in der von der SED bezeichneten Gruppe Harich/Janka bzw. dem Kreis der Gleichgesinnten⁸⁴² wieder, deren wichtigste Mitglieder sich aus dem Aufbau-Verlag der darin angesiedelten Wochenzeitung Sonntag, sowie dem Schriftstellerverband rekrutierten.⁸⁴³

5.5 Überleitung in nächstes Kapitel

Die Analyse der Entstehungsgeschichte intellektueller oppositioneller Zusammenschlüsse und die Abrechnung derer durch die SED in Kapitel 5, geht einen weiteren Schritt in die Richtung, dass die Möglichkeit besteht einen Kontext der intellektuellen oppositionellen Bewegungen beider Länder herzustellen und sodann die Hypothese zu beantworten.

Um den Einfluss des Ungarn-Aufstandes auf die repressiven Maßnahmen der SED gegenüber Intellektuellen in den Jahren 1956-1958 in Kapitel 7 zu analysieren, muss jedoch in Kapitel 6 vorab die Rolle der Intellektuellen während der Ereignisse in Ungarn genauer betrachtet werden. Dadurch wird es erst möglich sein, potentielle Ähnlichkeiten beider Länder zu erkennen, und die daraus resultierende mögliche ähnliche Entwicklung der DDR in Bezug auf die Ereignisse in Ungarn, ersichtlich zu machen.

⁸⁴⁰ Siehe dazu Kapitel 2.2.3

⁸⁴¹ Annahme siehe Kapitel 5.2.3, Seite 134

⁸⁴² Gruppe Harich/Janka bzw. Kreis der Gleichgesinnten siehe Kapitel 5.3.2.2

⁸⁴³ Siehe dazu ebenfalls Gruppe Harich/Janka bzw. Kreis der Gleichgesinnten Kapitel 5.3.2.2

6 Die Ereignisse in Ungarn 1953-1958 und die Rolle der Intellektuellen

6.1 Einleitung

In diesem Kapitel werden, wie schon in der Überleitung ersichtlich, die Ereignisse in Ungarn näher betrachtet. Für diese Betrachtungsweise essentiell ist es, die Rolle der sogenannten literarischen Intellektuellen (*Begriff des „literarischen Intellektuellen“ siehe Kapitel 5.1.1.2*) näher zu durchleuchten. Aus diesem Verständnis heraus, dem Wissen um die verantwortlichen Komponenten für den Ungarn-Aufstand, wird es möglich sein einen Zusammenhang zwischen diesem und der Reaktionen der SED gegenüber den literarischen Intellektuellen in der DDR herzustellen. Wenn die SED literarische Intellektuelle als wesentliche Komponente für den Ausbruch des Ungarn-Aufstandes verantwortlich machte, so ist es aus Sicht des Machterhalts nachvollziehbar gegen eben diese Bevölkerungsgruppe vorzugehen, um etwaige selbige Verhältnisse wie in Ungarn 1956 zu verhindern. Werden die wesentlichen Akteure des Ungarn-Aufstandes genau betrachtet, so wird es auch möglich sein, ähnliche Vereinigungen in der DDR ausfindig zu machen.

Wie im Folgenden genauer beschrieben wird, war der Ungarn-Aufstand nicht ein Ereignis welches plötzlich ohne Anzeichen ausbrach, sondern sich in den Jahren zuvor zu abzeichnen begann. Die Intelligenz hatte hierbei eine wesentliche Rolle, ohne ihr wäre es nicht möglich gewesen, dass sich die Ereignisse so abspielten wie sie es taten. Der Intelligenz ging es nicht um eigene Privilegien, sondern im Gegensatz zum in der DDR stattfinden „Donnerstagskreis“ gesamtpolitische- und gesellschaftliche Veränderungen gefordert wurden,⁸⁴⁴ ohne jedoch zu behaupten, dass es in der DDR keine etwaige Gruppierungen gab.

So war es vor allem die sogenannte Harich/Janka Gruppe, rund um den Aufbau-Verlag, der Tageszeitung Sonntag sowie dem Schriftstellerverband, die ähnliche Forderungen stellten⁸⁴⁵, jedoch ohne diesen großen Zulauf durch einen Großteil der Bevölkerung zu haben, wie dies beim Petöfi-Kreis der Fall war. Auf der einen Seite war der Donnerstagskreis aus *organisatorischer* Sicht am besten mit dem Petöfi-Kreis vergleichbar: Beide wurden von

⁸⁴⁴ Petöfi-Kreis vgl. Sieber (2008), S. 77, Donnerstagskreis vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (2008), S. 386, siehe dazu

⁸⁴⁵ siehe dazu auch Vergleich Gruppe Harich/Gruppe mit Petöfi-Kreis Kapitel 5.3.2.2, Seite 151

sogenannten literarischen Intellektuellen gebildet, die Organisationen waren offiziell und keine Geheimvereinigungen. Auch befanden sich beide Gruppierungen nicht innerhalb des parteioppositionellen Spektrums.⁸⁴⁶ Aus politischer Sicht war es vielmehr die von der SED bezeichnete Harich/Janka Gruppe und das dazugehörige Umfeld (Aufbau-Verlag, Sonntag, Schriftstellerverband), welche ebenfalls gesellschaftliche und politische Veränderungen forderte. Diese erfüllte jedoch als „Kreis der Gleichgesinnten“ die oben genannte Opposition innerhalb der Partei, was auf den parteiunabhängigen Petöfi-Kreis nicht zutraf. Da jedoch der zentrale Charakter des Petöfi-Kreises das Aufzeigen von gesamtgesellschaftlichen und –politischen Alternativen war⁸⁴⁷, ist die Gruppe Harich/Janka am besten für einen Vergleich geeignet.⁸⁴⁸

In Kapitel 6.2 sollen allgemein die Auslöser, der eigentliche Aufstand, die Niederschlagung des Aufstandes sowie die daraus resultierenden Verurteilungen, welche sich in dem Zeitraum von 1953-1958 abspielten, betrachtet werden. Dies ist notwendig um einen Überblick zu erhalten. Kapitel 6.3 beinhaltet sodann die Rolle der Intellektuellen während den Ereignissen in Ungarn 1953-1956, dazu gehören auch die Betrachtung des Petöfi-Kreis sowie anderer Zusammenschlüsse. In Kapitel 6.4 erfolgt die Analyse der nötigen Voraussetzungen laut Herzberg, um Reformen in einer stalinistischen Gesellschaft entgegen der Parteiführung, durchzusetzen.⁸⁴⁹ Dadurch ist es möglich abzuschätzen, ob in der DDR überhaupt die Voraussetzungen gegeben waren, die zu ähnlichen Ereignissen wie in Ungarn hätten führen können.

6.2 Die auslösenden Faktoren des Ungarn-Aufstand. Der eigentliche Aufstand. Die Niederschlagung. Die Verurteilungen. 1953-1958

„Wiewohl man Revolutionen immer auf ein einzelnes, momentanes Ereignis zurückführen kann, sind die Ursachen einer jeder Empörung äußerst komplex und das Ereignis länger anhaltender Prozesse. Der ungarische Aufstand war die eruptive Entladung einer lang schwelenden Krise des „Sozialismus“ stalinistischer Prägung.“⁸⁵⁰ Der Beginn des bewaff-

⁸⁴⁶ Vgl. parteiunabhängig in Bezug auf den Donnerstagskreis: Prokop (2006), S. 306 sowie in Bezug auf den Petöfi-Kreis: Herzberg (2006), S. 212

⁸⁴⁷ Petöfi-Kreis vgl. Sieber (2008), S. 77, Donnerstagskreis vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (2008), S. 386, siehe dazu

⁸⁴⁸ Petöfi-Kreis: vgl. Sieber (2008), S. 77, Gruppe Harich/Janka: vgl. Sieber (2008), S.101-108

⁸⁴⁹ Herzberg (2006), S. 217

⁸⁵⁰ Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 61

neten Aufstandes fand am **23. Oktober 1956** mit der Stürmung des Rundfunkgebäudes durch Demonstranten statt. „Die zur Verteidigung im Haus befindlichen Soldaten und ÁVH-Leute glaubten die Lage klären zu müssen: es wurde auf die das Gebäude „stürmende“ Menge geschossen. Die Demonstranten, mittlerweile bewaffnet [...] stürmten das Rundfunkgebäude. Der bewaffnete Aufstand hat begonnen.“⁸⁵¹ Am 4. November, nachdem die Gespräche zwischen den in Ungarn stationierten Truppen und der ungarischen Regierung nicht erfolgreich waren, folgte der Großangriff auf Budapest.⁸⁵² Am 11. November wurde der Aufstand durch die Einnahme der Industriestadt Sztálinváros, welche ein revolutionäres Zentrum innerhalb der Provinz war, durch sowjetische Truppen gebrochen.⁸⁵³

Im Jahre 1953, nach dem Tode Stalins, wurde genauso wie in der DDR von der Sowjetunion ein „neuer Kurs“ gefordert, was zum erzwungenen Rücktritt von Rákosi als Regierungschef zur Folge hatte.⁸⁵⁴ („neuer Kurs“ in der DDR siehe Kapitel 0). „[...] Nach Stalins Tod wurde die ungarische Parteiführung Mitte Juni nach Moskau bestellt und- ähnlich wie kurz zuvor die SED-Führung – durchs Präsidium der KPdSU schwer kritisiert und zu einem „Neuen Kurs“ gezwungen [...]“⁸⁵⁵

Imry Nagy, der neue Chef in der Regierung leitete daraufhin Reformen ein. Die Reformisten unter der Regierung Nagy machten den ersten Versuch einer sozialistischen-, nicht am Modell der Sowjetunion orientierten Reform, die zu Beginn 1954 mit der Rehabilitierung von durch Schauprozesse verurteilten Personen begann. Rákosi immer noch Parteichef witterte dagegen und setzte sich mit Moskauer Unterstützung durch. Die Reformkräfte wurden aus der Partei entfernt, der stalinistische Kurs von Rákosi wurde fortgesetzt.⁸⁵⁶

Während dieser Zeit bildete sich eine kommunistisch-oppositionelle Intelligenz um Imre Nagy heraus, die gemeinsam mit der Haltung der sowjetischen Führung dafür verantwortlich waren, dass die stalinistische Restauration nicht in dem Maße von statten gehen konnte wie von Rákosi erhofft. Die Umstände der stalinistischen Schauprozesse durch Rákosi, welche nun öffentlich wurden, hatten Risse in der stalinistischen Ideologie hinterlassen. Dieser versuchte aufgrund von innen- und außenpolitischem Druck sich mit stalinistischen

⁸⁵¹ Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 70

⁸⁵² Vgl. Sieber (2008), S. 81

⁸⁵³ Vgl. Litván, György (Hrsg.), Bak, János M, (Hrsg.,: Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung. Wien: Passagen Verlag, 1994, S. 122

⁸⁵⁴ Vgl. Herzberg (2006), S. 130

⁸⁵⁵ Herzberg (2006), S. 130

⁸⁵⁶ Vgl. Herzberg (2006), S. 31

Methoden nochmals die Lage in den Griff zu bekommen, und beschloss die gesamte Liquidierung rund um die sogenannten Verschwörer Imre Nagys. Die sowjetische Führung erkannte als Konsequenz des XX. Parteitages, aufgrund des Drängens von Tito und im Wesentlichen auch weil die oppositionellen Gruppierungen des Petöfi-Kreises und des Schriftstellerverbandes nicht mehr zu überhören waren, mittlerweile dass Rákosi mehr Schaden anrichten würde als ihnen zu nützen.⁸⁵⁷ „Es wäre bei dieser starren Lage geblieben [die Lage vor dieser Einsicht], wenn nicht die Intellektuellen – und ihnen voran der Petöfi-Kreis – mit viel Geschick diesen desolaten politischen Zustand nutzten, um die Öffentlichkeit auf die dringendsten Probleme des Landes hinzuweisen und ein Klima hervorzurufen, in dem immer vernehmbarer die Ablösung Rákosis gefordert wurde [...].“⁸⁵⁸

Auf Drängen der sowjetischen Führung musste Rákosi als Erster Sekretär der ungarischen KP zurücktreten. Sein Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter Ernő Gerő, ebenfalls ein Stalinist und nicht viel beliebter als Rákosi. Bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt war Unsicherheit im Apparat ersichtlich und stand sich im Herbst 1956 einer zahlenmäßig und politisch gewichtigen Opposition gegenüber.⁸⁵⁹ „Diese Opposition fand in kürzester Zeit unter Intellektuellen, Studenten und auch in der Arbeiterschaft breite Zustimmung gefunden [sic]: hinter ihr stand – wie sich bald herausstellen sollte – fast das ganze Volk geschlossen und bereit zum Handeln“⁸⁶⁰.

Die politischen Akteure erkannten den Ernst der Lage nicht, der von der sowjetischen Führung eingesetzte Gerő stand nicht für Veränderungen im System.⁸⁶¹ „Die innerparteiliche Opposition dagegen erwartete die Verwirklichung ihrer Reformpläne von einem entscheidenden Machtwechsel, wenn auch innerhalb der bestehenden Strukturen.“⁸⁶²

Durch die Umbettung des rehabilitierten, im Zuge der stalinistischen Säuberungen hingerichteten ehemaligen Innen- und Außenministers László Rajk⁸⁶³ in der Form eines Staatsbegräbnis, versuchte die Staats- und Parteiführung Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Dies

⁸⁵⁷ Vgl. Sieber (2008), S. 76-82; vgl. Herzberg (2006), S. 130-134; vgl. Litván (Hrsg.) u. Bak (Hrsg.), (1994), S. 35-61

⁸⁵⁸ Herzberg (2006), S. 132

⁸⁵⁹ Vgl. Sieber (2008), S. 76-82; vgl. Herzberg (2006), S. 130-134; vgl. Litván (Hrsg.) u. Bak (Hrsg.), (1994), S. 35-61

⁸⁶⁰ Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 61

⁸⁶¹ Vgl. Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 61

⁸⁶² Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 61

⁸⁶³ Vgl. Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 29

misslang ihr jedoch.⁸⁶⁴ „In den folgenden zwei Wochen breitete sich insbesondere an den Universitäten des Landes Unruhe aus. In den meisten Hochschulstädten Ungarns bildeten sich Diskussionsforen nach Vorbildes des Budapester Petöfi-Kreises.“⁸⁶⁵ Den XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 verstand man, auch weil Gomulka zum Parteichef der polnischen KP gewählt wurde, als die Möglichkeit für andere osteuropäische Staaten einen eigenen Kurs des Sozialismus, unabhängig von der Sowjetunion, zu gehen.⁸⁶⁶ Daraufhin fand am 22. Oktober eine große Studentenversammlung statt, die Pressefreiheit, den unverzüglichen Rückzug Sowjetischer Truppen, die Garantie der persönlichen- und der Bürgerrechte, die Genehmigung eines demokratischen Mehrparteiensystems etc. forderten.⁸⁶⁷ Am 23. Oktober schließlich „versammelten sich mehrere Tausend Menschen am Bem-Denkmal. In den folgenden Stunden schwoll diese Ansammlung beträchtlich an, wo bei es sich bei den Teilnehmern keineswegs nur um Studenten handelte. Am Abend zog die Menschenmenge zum Parlament, wo schließlich der von der Parteiführung herbeigeholte Imre Nagy sich in einer Rede an sie wandte“⁸⁶⁸ „An diesem 23. Oktober veröffentlichte auch der Petöfi-Kreis ein politisches Programm, [...] in [welchem] [...] es allein um gesamtgesellschaftliche politische Veränderungen, nicht um Fragen, die vor allem nur die Intelligenz interessieren, [ging].“⁸⁶⁹ Der ungarische Rundfunk lehnte die Übertragung der Forderungen ab, den Demonstranten wurde der Zugang zum Rundfunkhaus verwehrt. Nun wurde versucht es zu stürmen, es kam hierbei zu ersten Schießereien und Todesopfern. Der Aufstand hat begonnen. Dies führte zu den gewollten Veränderungen. Am nächsten Tag wurde der von der Parteiführung geächtete Imre Nagy zum Ministerpräsident ernannt,⁸⁷⁰ Gerös wurde nach Zustimmung der KPdSU von der Parteispitze abgelöst und durch János Kádár ersetzt.⁸⁷¹ Imre Nagy nahm in seine neu gebildete Regierung bekannte Antistalinisten auf, so auch Georg Lukács, der nun das Amt des Kulturministers bekleidete und seines Zeichens geistiger Mentor von Wolfgang Harich war. Die nun neu gebildete Regierung setzte sich unter Nagy für die friedliche Lösung des nunmehr über das ganze Land ausgebreiteten Aufstandes ein.⁸⁷² „Am 28. Oktober verkündete er im Rundfunk den Waffenstillstand und

⁸⁶⁴ Vgl. Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), 59

⁸⁶⁵ Sieber (2008), S. 79

⁸⁶⁶ Vgl. Sieber (2008), S. 79

⁸⁶⁷ Vgl. Hoensch, Jörg K.: Ungarn-Handbuch. Geschichte – Politik – Wirtschaft, Hannover: Fackelträger-Verlag, 1991, S. 131, zitiert nach: Sieber (2008), S. 79

⁸⁶⁸ Sieber (2008), S. 79

⁸⁶⁹ Herzberg (2006), S. 214

⁸⁷⁰ Herzberg (2006), S. 214-215

⁸⁷¹ Vgl. Litván (Hrsg.), Bak. (Hrsg.), (1994), S. 86

⁸⁷² Vgl. Sieber (2008), S. 80

wenig später die Anerkennung der Grundsatzforderungen der Aufständischen, unter denen der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn und die Auflösung der Geheimpolizei die wichtigsten waren.⁸⁷³ Dies wurde möglich durch die Verhandlungen des 27. zum 28. Oktober in welchem sich János Kádár und die Mehrheit der Parteiführung hinter Nagy stellten.⁸⁷⁴ Daraufhin kam es in den nächsten zwei Tagen zu einer tatsächlichen Beendigung der Kämpfe. Die Annahme von Imre Nagy, dass nun, aufgrund der Wende des 28. Oktobers, eine Konsolidierung möglich sei, konnte nicht erfüllt werden.⁸⁷⁵ „Zur Stabilisierung der Lage wäre zu diesem Zeitpunkt schon die Erfüllung *aller* Forderungen des 23. Oktober notwendig gewesen, vor allem die Einführung des Mehrparteiensystems, und die Anerkennung, der während der Kämpfe laut gewordenen neuen, radikaleren nationalen Forderungen.“⁸⁷⁶ Von den bewaffneten Aufständischen wurde nun „der Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Erklärung der Neutralität Ungarns gefordert.“⁸⁷⁷ Der am 28.10 gegründete Revolutionsrat der ungarischen Intelligenz, welcher aus⁸⁷⁸ „alle[n] Organisationen der Schriftsteller, Künstler, Journalisten, Wissenschaftler, Studenten und natürlich de[m] **Petőfi-Kreis**[...] bestand“⁸⁷⁹, forderte als ersten Punkt die Gründung einer Nationalgarde.⁸⁸⁰ „In zehn Punkten wurde ein Program aufgestellt, das den Abzug der sowjetischen Streitkräfte, gleichberechtigte Beziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion verlangte, aber auch wirtschaftliche Forderungen umfasste.“⁸⁸¹ „Damit haben die Intellektuellen ein Programm verabschiedet, das nicht auf kulturelle Bedürfnisse und Interessen abzielt, sondern die Entwicklung des ganzen Landes vorantreiben konnte“⁸⁸² Die Forderungen der Intelligenz sind mit denen der Forderungen der bewaffneten Aufständischen gleichzusetzen, es war ein gemeinsames Agieren.⁸⁸³

Am 30. Oktober schließlich verkündete Nagy das Ende des Einparteiensystems und nahm Personen mit in die Regierung welche nicht der ungarischen KP angehörten⁸⁸⁴, „womit er

⁸⁷³ Sieber (2008), S. 80

⁸⁷⁴ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 89

⁸⁷⁵ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 89

⁸⁷⁶ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 89

⁸⁷⁷ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 90

⁸⁷⁸ Herzberg (2006), S. 215

⁸⁷⁹ Herzberg (2006), S. 215

⁸⁸⁰ Herzberg (2006), S. 215

⁸⁸¹ Vgl. Cruisus, Reinhard; Wilke Manfred (Hrsg.): Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1977, Dokument 11, S. 134 f., zitiert nach: Herzberg (2006), S. 215

⁸⁸² Herzberg (2006), S. 215

⁸⁸³ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 61

⁸⁸⁴ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 90

offenbar seine zuvor im Rundfunk gemachte Ankündigung, in Ungarn eine sozialistische Demokratie erreichen zu wollen, zu unterstreichen suchte.⁸⁸⁵ Weiter verkündete er den Willen zur Aufnahme von Verhandlungen in Bezug auf den gesamten Abzug der sowjetischen Truppen, sowie die Garantie zur Beteiligung der Aufständischen an der Organisation der neuen Ordnungskräfte.⁸⁸⁶ „Damit war die Revolution bei der Etablierung des Mehrparteiensystems und der parlamentarischen Demokratie angelangt. Diese Imre Nagy-Regierung, die schließlich im ganzen Land von fast allen Revolutions- und Arbeiterräten akzeptiert wurde und deren Program- ein freies, unabhängiges, demokratisches und neutrales Ungarn – mit den Forderungen der Revolution völlig im Einklang stand, war im wesentlichen an der parteipolitischen Situation der Nachkriegsjahre orientiert.“⁸⁸⁷ Am 1. November verkündete der Ministerpräsident in einer Ansprache die Neutralität Ungarns und somit den Austritt aus dem Warschauer Pakt.⁸⁸⁸ Am 4. November schließlich folgte der Großangriff sowjetischer Truppen auf Budapest, nachdem die Verhandlungen über den vollständigen Abzug sowjetischer Truppen scheiterten.⁸⁸⁹ „Zur gleichen Zeit gab János Kádár, seit 1. November von Nagy abtrünniger Minister und Erster Sekretär der entstalinisierten KP [...] die Bildung einer unter sowjetischem Schutz stehenden Gegenregierung bekannt.“⁸⁹⁰ Nachdem Imre Nagy während des Beginns des Angriffs sowjetischer Truppe eine Erklärung, in dem über den Einmarsch der Aggressoren unterrichtet wurde, abgab, flüchtete er kurz darauf mit seinen Mitarbeitern in die Jugoslawische Botschaft.⁸⁹¹ Bereits am 6. November folgte der Einmarsch in Budapest, die Stadt wurde unter Militärverwaltung gestellt. Der letzte bewaffnete Widerstand wurde, trotz einzelner Kämpfe in Budapest und anderen Regionen, durch die Einnahme der Industriestadt Sztálinváros durch sowjetische Truppen endgültig gebrochen.⁸⁹² Imre Nagy hielt sich bis zum 22. November in der Jugoslawischen Botschaft auf, nachdem er und seine Mitstreiter diese sodann verlassen mussten. Sie gingen davon aus, nach Hause zurückkehren zu dürfen, wurden jedoch vom KGB festgenommen und am nächsten Tag nach Rumänien ausgeflogen. Im Frühling 1957 wurden sie in Rumänien von ungarischen Behörden festgenommen. Das Verfahren

⁸⁸⁵ Sieber (2008), S. 80

⁸⁸⁶ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 90

⁸⁸⁷ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 90-91

⁸⁸⁸ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 104

⁸⁸⁹ Vgl. Herzberg (2006), S. 216

⁸⁹⁰ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 106, zitiert nach: Sieber (2008), S. 81

⁸⁹¹ Vgl. Litván Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 106/119

⁸⁹² Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 122

gegen Nagy und seine Mitstreiter begann im Februar 1958 und endete in zahlreichen Todesurteilen im Juni 1958.⁸⁹³

„Das einzige Mitglied der Regierung Nagy, das von dieser Abrechnung verschont blieb, war Georg Lukács, der jedoch seine Professur verlor und dessen Schriften in den sozialistischen Ländern in der Folge als revisionistisch galten und jahrelang nicht mehr verlegt wurden.“⁸⁹⁴

Die Vollstreckung des Urteils gegen Imre Nagy fand am 16. Juni 1958 statt. Die von János Kádár gebildete Gegenregierung kehrte am 7. November 1956, im Schutze sowjetischer Militärfahrzeuge, in die Hauptstadt zurück. Nachdem die Gegenregierung und neu bestellte Minister von dem Vorsitzenden des Präsidialrats angelobt wurden, fühlten sie sich nun auch offiziell als neue Regierung legitimiert.⁸⁹⁵

„János erklärte in seiner ersten öffentlichen Rede am 11. November den Aufstand für besiegt und verkündete, daß die Arbeit überall in der Provinz wieder aufgenommen sei. Er hob ausdrücklich hervor, daß die Aufständischen nicht gegen die Ungarische Republik, sondern allein gegen die Verbrechen der Rákosi-Gerö-Clique gewandt haben, obwohl es unter ihnen von Anfang viele gab, die eine Restauration des Kapitalismus angestrebt hätten.“⁸⁹⁶

Während die Umbrüche in Polen 1956, wenn man von den Unruhen in Poznan absieht, mit keinerlei Blutvergießen von statten gingen, war dies in Ungarn anders: Hier starben in etwa 3000 Menschen im Zuge des Machtkampfes zwischen den Reformern und Stalinisten. Der Grund, der diesen Machtkampf überhaupt möglich gemacht hat, war der auf, wie schon beschrieben, sowjetischer Seite ausgeübte Druck zur Liberalisierung der ungarischen Politik, der direkt nach dem Volksaufstand der DDR am 17. Juni 1953 eingeleitete wurde.⁸⁹⁷

⁸⁹³ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 155

⁸⁹⁴ Vgl. Kühnl, Reinhard: „Lukács, Georg“, S. 296, in: ebd., S. 291-98, zitiert nach: Sieber (2008), S. 82

⁸⁹⁵ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 127

⁸⁹⁶ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.) (1994), S. 127

⁸⁹⁷ Vgl. Sieber (2008), S. 76

6.3 Intellektuelle Gruppierungen während der Ereignisse in Ungarn 1953-1956

Dass die Intelligenz wesentlich zu den Ereignissen in Ungarn beigetragen haben, wurde bereits in vorhergehenden Kapiteln erwähnt.⁸⁹⁸ Auf Grundlage dieser Erkenntnis sollen nun die unterschiedlichen intellektuellen Akteure und ihr Einfluss rund um die Ereignisse in Ungarn zwischen den Jahren 1953-1956 genauer betrachtet werden.

6.3.1 Die Nagy-Loconczy-Gruppe

„Im Frühling und Sommer 1955 begann sich um den „kaltgestellten“ Imre Nagy⁸⁹⁹ trotz oder vielleicht gerade wegen der Einschüchterungsversuche und der ständigen Bespitzelung ein Sympathisantenkreis zu bilden, der sich aus den Reihen der nun bewußt oppositionell eingestellten kommunistischen Intelligenz rekrutierte.“⁹⁰⁰ Jedoch hatte der Name dieser Gruppierung, die sogenannte Nagy-Loconczy-Gruppe, ihre Bezeichnung nicht von ihren zugeschriebenen Mitgliedern, sondern war ein Begriff der durch die ungarische Presse sowie der Polizei geprägt wurde.⁹⁰¹ Hier sind Gemeinsamkeiten mit der Harich/Janka Gruppe ersichtlich, dessen Begrifflichkeit ebenfalls kein Konstrukt ihrer Mitglieder war⁹⁰² und sich auch aus parteioppositionellen Kommunisten rekrutierte.⁹⁰³

Nachdem sich der Kreis sukzessive erweiterte, gehörten ihm bis 1956 „fast das gesamte Parteiaktiv des Schriftstellerverbandes, viele Journalisten, Künstler, Lehrer und Leute aus der technischen Intelligenz.“⁹⁰⁴ Der Grund warum sich der Großteil der oppositionellen Personen innerhalb kommunistischer Strukturen wiederfand, liegt laut Litván und Bak darin, „daß unter den gegebenen Umständen der Einparteienherrschaft ein Angriff auf die

⁸⁹⁸ Siehe dazu Kapitel 6.2, sowie: Vgl. Sieber (2008), S. 76-82; vgl. Herzberg (2006), S. 130-134; vgl. Litván (Hrsg.) u. Bak (Hrsg.), (1994), S. 35-61

⁸⁹⁹ Siehe dazu Kapitel 6.2

⁹⁰⁰ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 46

⁹⁰¹ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

⁹⁰² Vgl. Sieber (2008), S. 95

⁹⁰³ Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 378, siehe dazu auch Gruppe Harich/Janka Kapitel 5.3.2.2, bezüglich Aufbau-Verlag sowie der Wochenzeitung Sonntag und deren Verbindung zur SED siehe Kapitel 5.2.3.2

⁹⁰⁴ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 46

Führung oder das Aufbrechen von Strukturen nur dann eine Chance haben konnte, wenn der Versuch innerhalb dieser Strukturen selbst erfolgte.“⁹⁰⁵

Anmerkung:

Eine weitere Erklärung liefert hierbei der Ansatz von Juan J. Linz mit seinem Posttotalitarismuskonzept, welches unter anderem besagt dass: „In einer posttotalitären Gesellschaft [...] der historische Bezugspunkt sowohl für die Machthaber des Regimes als auch für die Opposition das frühere totalitäre Regime [ist.] Per definitionem bedeutet die Existenz eines früheren totalitären Regimes, daß die meisten der zuvor bestehenden Quellen für einen verantwortlichen und organisierten Pluralismus eliminiert worden war. Aus diesem Grunde gibt es von Seiten der oppositionellen Strömungen starke Bestrebungen zur „Enttotalisierung“.“⁹⁰⁶ Dieses Fehlen von jeglichem Pluralismus, so die Meinung des Autors, kann ein Grund dafür sein, dass sich oppositionelle Bewegungen aus der vorherrschenden totalitären Partei rekrutierten, da es nichts anderes gab, sie die Partei anfangs unterstützten, dann aber doch nach Reformen trachteten. Die Frage ob es sich in Ungarn während dieser Zeit um einen, nach Juan J. Linz, posttotalitären Staat handelte – hierzu müssen mehrere Komponenten zutreffend sein⁹⁰⁷, wird in dieser Arbeit nicht beantwortet. (Zur näheren Beschäftigung dieser Frage verweist der Autor auf: Krämer, Raimund (Hrsg.), Linz, Linz. Juan J. (Autor): Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 2000) Trotzdem könnte neben der von Litván und Bak geäußerten Begründung, diese ebenfalls von Bedeutung sein.

Dies, nach Litván und Bak, kann auch auf die Gruppe Harich/Janka zutreffen, sämtliche Mitglieder waren überzeugte Kommunisten und strebten daher eine Verbesserung des Kommunismus und der SED an, so wie der Großteil oppositioneller Gruppierungen in der DDR. ⁹⁰⁸ „Das war keineswegs eine ungarische Besonderheit, sondern ein charakteristisches Merkmal der politischen Systeme in ganz Osteuropa. (Mit der einzigen Ausnahme vielleicht von Polen, wo die katholische Kirche der nichtkommunistischen Opposition einen gewissen Schutzraum sichern und der Verbreitung von nichtkommunistischem Gedankengut legale Kanäle offen halten konnte.[...]“⁹⁰⁹

⁹⁰⁵ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

⁹⁰⁶ Linz in: Krämer (Hrsg.), (2000), S. 246

⁹⁰⁷ Posttotalitarismus siehe Kapitel 2.1.3.2

⁹⁰⁸ Vgl. Herzberg (2006), S. 15

⁹⁰⁹ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

Es kann also davon ausgegangen werden, dass sich oppositionelle Bewegungen sowohl in Ungarn als auch in der DDR aus den schon existierenden Strukturen herausbilden mussten, um in irgendeiner Weise erfolgreich zu sein, unabhängig davon aus welchen politischen Beweggründen man sich gegen die vorherrschende Elite stellte. Dies lässt den Schluss aufkommen, dass sich auch anfängliche Reformbewegungen, welche den Kommunismus in den jeweiligen Ländern verändern wollten, das Potential hatten sich im Folgenden in antikommunistische Bewegungen zu transformieren: Da das jeweilige Vorhaben der Bewegungen den Zwang des Agierens innerhalb vorhandener Strukturen voraussetzten, wäre es möglich, dass nach dem Aufbrechen dieser Strukturen Tendenzen zum Vorschein kommen, welche sich von den ursprünglichen Zielen unterscheiden. Aus systemimmanenter Sicht wird so das Handeln der SED und anderer kommunistischen Parteien in Osteuropa nachvollziehbar.

Diese Gruppe rund um Nagy war „die erste bedeutende antistalinistische Reformbewegung in Ost-Mitteuropa der Nachkriegszeit [...]“⁹¹⁰ Das öffentliche Leben in Ungarn zwischen Sommer 1955 und Herbst 1956 wurde wesentlich von dieser Gruppe geprägt und obgleich diese nicht organisiert sowie in der Anzahl ihrer Mitglieder nicht ausgesprochen groß war kann sie, wenn auch nicht ihrem Willen entsprechend, als die Vorreiterin der Revolution angesehen werden⁹¹¹

„Eine größere Anzahl von Personen aus dem engeren Kreis um Imre Nagy kam ein einziges Mal, am Vormittag des 23. Oktober, zusammen. Sonst trafen sich immer nur zwei-drei Leute, entweder in der Wohnung von Imre Nagy oder an anderen Orten.“⁹¹² Der Prozess des Aufbegehren der Schriftsteller⁹¹³, der Anfangs „die Diskussion über Literatur und Literaturpolitik beinhaltete“⁹¹⁴ war unter anderem erst jetzt möglich, da sich mit der sogenannten „Nagy- Losonczy“ Gruppe „eine alternative gegenüber der stalinistischen Ideologie und politischen Praxis [...] [anbot], und zwar die Alternative eines menschenfreundlicheren, rationell nachvollziehbaren Sozialismus, der auch den nationalen

⁹¹⁰ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

⁹¹¹ vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

⁹¹² Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 47

⁹¹³ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 42, Aufbegehren des Schriftstellerverbands siehe auch Kapitel 6.3.3

⁹¹⁴ Vgl. Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 42

Eigenheiten stärker Rechnung tragen sollte.“⁹¹⁵ Gegenüber dem im nächsten Kapitel beschriebenen Petöfi-Kreis wurde vorgeworfen, dass er „organisatorisch unter der politischen Lenkung der sogenannten Imre-Nagy-Gruppe gestanden habe“⁹¹⁶ Die Imre Nagy-Gruppe ist hierbei nach der Meinung des Autors gleichzusetzen mit der Nagy-Losonczy-Gruppe.

Anmerkung:

Einleitend wurde darauf hingewiesen, dass sich „um den kaltgestellten Imre Nagy [...] einen Sympathisantenkreis bildete“⁹¹⁷ Wie im Fall von Wolfgang Harich und Walter Janka, welche die SED gleichsam als Harich-Gruppe, Janka-Gruppe und Harich/Janka-Gruppe bezeichnete, ist auch hier davon auszugehen, dass es sich lediglich um verschiedene Variationen der Bezeichnungen von oppositionellen Gruppierungen handelte, sodass ihr Handlungsspektrum gegebenenfalls erweitert werden konnte um so den verdächtigen Personenkreis zu erweitern oder zu pauschalisieren: Nach der Verurteilung von Wolfgang Harich und der späteren Verhaftung Walter Jankas wurde Letzterer gleichsam als Mitglied der Harich/Janka Gruppe bezeichnet, sodass von vornherein eine Abgrenzung zu Wolfgang Harich schwer war und eine Verurteilung Walter Jankas als Teil der Harich/Janka Gruppe deren namentlich anderer Vertreter schon im Gefängnis war logisch sein musste. Die Bezeichnung Nagy-Losonczy-Gruppe kann also auch dazu dienen den Kreis der Verdächtigen zu erweitern, und nahestehende Personen von Losonczy mit einzubeziehen.

Der Vorwurf gegenüber dem Petöfi-Kreis wird von Litván und Bak als nachvollziehbar angesehen, da „Gábor Tánczos, der ein besonderes Organisationstalent besaß, [...] die Aktivitäten der eigenen Mitarbeiter souverän gelenkt und seine Pläne zugleich regelmäßig mit Géza **Losonczy** und Miklós Vásárhelyi besprochen und sich mit ihnen abgestimmt [hat], die beiden wiederum haben Imre Nagy informiert.“⁹¹⁸ (Auch hier werden nochmals Losonczy und Nagy als Teil der Imre-Nagy-Gruppe genannt, was die Annahme bestärkt, dass es sich um den gleichen Kreis handelte)

⁹¹⁵ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 42

⁹¹⁶ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 56

⁹¹⁷ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 46

⁹¹⁸ Litván (Hrsg.); Bak (Hrsg.), (1994), S. 56

Es ist also davon auszugehen, dass die Nagy-Losonczy-Gruppe starken Einfluss auf den Petöfi-Kreis ausübte, und dass Vorhergehender Nachfolgenden erst ermöglichte. In Bezug auf die Zahl der Mitglieder und Unterstützer des Petöfi-Kreises gab es keine vergleichbare Vereinigung in der DDR. Zwar nahmen verschiedene Personen der Gruppe Harich/Janka am Donnerstagskreis teil, dass erstgenannte Gruppe jedoch auf diesen gleichen Einfluss übte wie die Nagy-Losonczy-Gruppe auf den Petöfi-Kreis, kann nicht bestätigt werden.

6.3.2 Der Petöfi-Kreis

Dieser schon öfters erwähnte Kreis soll hier nochmals, als wesentlicher Akteur des Ungarn-Aufstandes betrachtet werden. Die Verbindung zwischen der Nagy-Losonczy Gruppe und dem Petöfi-Kreis wurde bereits am Ende des letzten Kapitels erläutert.

Mit dem Petöfi-Kreis wurde ein Forum für die Generation geschaffen, die durch die stalinistische Restauration und der Beendigung des neuen Kurses gegenüber der verhassten Partei seinen Unmut kundtun konnte, und über Veränderungen diskutierte.⁹¹⁹ „Der Kreis begann als zahmer Diskussionszirkel [im Jahre 1956], gedacht für junge Literaten und andere parteilose junge Intelligenzler“⁹²⁰ Die erste Versammlung hält der Petöfi-Kreis am 15. März 1956 ab. „Die Mittwochabende in den Räumen des Kossuth-Clubs [...] erlangen bald Berühmtheit. [...] Die Aussprachen werden in einer ungewohnten Offenheit geführt“⁹²¹ Georg Lukács, war ebenfalls späterer Referent im Petöfi-Kreis. Durch immer größere Resonanz in der Bevölkerung wuchs der Petöfi-Kreis so stark an, dass die Diskussionsabende in immer größeren Räumlichkeiten in der Universität Budapest stattfanden.⁹²² „Als für den 27. Juni eine Veranstaltung zum Thema Medien und Medienpolitik angekündigt worden war, musste diese Veranstaltung wegen der hohen Teilnehmerzahl in den großen Festsaal im Haus der Ungarischen Volksarmee verlegt werden. Bis in den früheren Morgenstunden sollen dort etwa 7000 Menschen den Ausführungen gefolgt sein.“⁹²³ Wie schon beschrieben diskutierte der Petöfi-Kreis gesamtgesellschaftliche und –politische Themen, was im Gegensatz zum Donnerstagskreis⁹²⁴ in der DDR stand, hierbei hatten sie sehr starken Einfluss auf die Ereignisse in Ungarn, auch weil der Versuch von Rákosi, Intellektuelle und Arbeiter

⁹¹⁹ Vgl. Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 52

⁹²⁰ Litván (Hrsg.), Bak (Hrsg.), (1994), S. 53

⁹²¹ Kersten (1957), S. 102

⁹²² Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 371

⁹²³ Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 371-372

⁹²⁴ . Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (2008), S. 386

gegeneinander auszuspielen, misslang.⁹²⁵ „[...] So beschreibt auch Kersten, dass “ [...] sich eine Solidarität zwischen Arbeiterschaft und Intellektuellen im Kampf gegen das verhaßte Regime [entwickelte]“⁹²⁶

Die Intellektuellen insgesamt, vor allem aber der Petöfi-Kreis trugen dazu bei „mit viel Geschick diesen desolaten politischen Zustand zu nutzen, um die Öffentlichkeit auf die dringendsten Probleme des Landes hinzuweisen und ein Klima hervorzurufen, in dem immer vernehmbarer die Ablösung Rákosis gefordert wurde.“⁹²⁷ Die Auswirkungen des XX. Parteitages konnte Rákosi „noch bis in den Sommer hinein [...] bremsen, doch mit dem Entfalten des Petöfi-Kreises und dem Auftreten von Georg Lukács war im Juni 1956 eine Situation herangereift, die von Rákosi nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden konnte.“⁹²⁸ Nach dem XX. Parteitag der Sowjetunion war für die die Entwicklung Ungarns bis zum Oktober 1956 der **Petöfi-Kreis** die wichtigste Komponente. **Die SED-Führung verurteilte den Petöfi-Kreis als konterrevolutionär.**⁹²⁹

6.3.3 Der Schriftstellerverband

„Die Opposition gegen die Partei [...] konzentrierte sich während der Ära Nagy im Schriftstellerverband. [gemeint ist hierbei die Zeit bis zur Absetzung Nagys als Ministerpräsident durch die Parteiführung von 1953-1955]. Die von diesem herausgegebenen Zeitschriften „Irodalmi Újság“ (Literarische Zeitung), deren Chefredakteur zeitweise fast monatlich wechselte, die Mantsschrift „Csilag“ (Stern) und „Uj Hang“ (Neue Stimme), das Organ der jungen Schriftsteller, wurden zu Sprachrohren der Kritik.“⁹³⁰

Wie schon erwähnt wurde Imre Nagy von der Parteiführung abgesetzt und Rákosi versuchte alte stalinistische Methoden einzuführen. Jedoch waren auch die Schriftsteller nicht mehr gewillt sich irgendeinem Diktat zu Unterwerfen und veröffentlichten zahlreiche

⁹²⁵ Vgl. Herzberg (2006), S. 213

⁹²⁶ Kersten (1957), S. 105

⁹²⁷ Herzberg (2006), S. 132

⁹²⁸ Herzberg (2006), S. 133

⁹²⁹ Herzberg (2006), S. 546

⁹³⁰ Kersten (1957), S. 94

Romane, Stücke und Gedichte die das Rákosi-Regime kritisierten.⁹³¹ Ein Zeichen dafür, dass die Schriftsteller nicht mehr gewillt waren sich den stalinistischen Methoden der Parteiführung um Rákosi zu unterwerfen, ist, dass an das ZK gerichtete Memorandum von insgesamt 60 kommunistischen Schriftstellern.⁹³² „Auf einer Vorstandssitzung des Schriftstellerverbandes am 10. November 1955 weigerten sich sechs Vorstands- und drei Sekretariatsmitglieder, alles Kommunisten, weiter mit ihnen von der Partei aufgezwungenen Generalsekretär Aladár Tamás, einem eingefleischten Stalinisten, zusammenzuarbeiten. Vier Tage später protestierten 65 kommunistische Schriftsteller, Künstler und Journalisten in einem Memorandum an das ZK gegen die ständige Einmischung der Behörden in das kulturelle Leben und gegen die Entlassung „rechtsopportunistischer“ Mitarbeiter.“⁹³³ Gefordert wurden hierbei auch die Rückkehr zu der Politik von Imre Nagy und die Aufhebung von verbotenen Dramen.⁹³⁴ Der Vorstoß des Memorandums wurde von Rákosi „[...] aufs schärfste [verurteilt] und zwang viele Unterzeichner zur Rücknahme ihrer Unterschrift.“⁹³⁵ Laut Litván und Bak war die Jahreswende 1955/56 gezeichnet von einem Klima, welches an die Jahre vor Stalins Tod erinnerte.⁹³⁶ Das von Harich bereits beschriebene Memorandum „Plattform eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“⁹³⁷ aus dem Jahre 1956 und der Entwurf dazu, wurde jedoch nur von Harich und einigen wenigen anderen des „Kreises der Gleichgesinnten“ sowie Befürwortern erarbeitet und unterstützt.⁹³⁸ Das Memorandum des ungarischen Schriftstellerverbandes, so die Annahme des Autors, war sicherlich Vorbild für die Plattform. Schlussendlich jedoch stand in Ungarn eine viel größere Zahl Intellektueller hinter dem Memorandum, als dies in der DDR mit Harichs Konzept der Fall war.

Im Umfeld des XX. Parteitags bildete sich sodann der schon beschriebene öffentliche Petöfi-Kreis, in welchem der Wille zur Freiheit⁹³⁹ „jetzt erst richtig wirksam werden [...] [konnte].“⁹⁴⁰

⁹³¹ Vgl. Kersten (1957), S. 95-98

⁹³² Vgl. Kersten (1957), S. 98

⁹³³ Kersten (1957), S. 98

⁹³⁴ Vgl. Kersten (1957), S. 98

⁹³⁵ Herzberg (2006), S. 211

⁹³⁶ Vgl. Litván, Bak (1994), S. 50

⁹³⁷ Siehe dazu Kapitel 5.3.2.2

⁹³⁸ Vgl. Prokop (2006), S. 184-192

⁹³⁹ Vgl. Kersten (1957), S. 101

⁹⁴⁰ Kersten (1957), S. 101

Neben den hier beschriebenen Schriftstellern und dem Schriftstellerverband bildete sich mit der intellektuellen Jugend im Petöfi-Kreis eine weitere große oppositionelle Gruppierung.⁹⁴¹ Hinzufügen wäre noch die anfangs genannte Gruppierung rund um Nagy, die sich aus Oppositionellen innerhalb der KP herausbildete. Alle drei hier beschriebenen Gruppierungen, wobei die Nagy- Losonczy-Gruppe keine offizielle war, sondern eine so von der KP Ungarns beschriebene, waren miteinander verzahnt. Diese Verzahnung existierte auch in der DDR. Der Kreis der Gleichgesinnten (von der SED als Gruppe Harich/Janka bezeichnet), der Donnerstagskreis, der Ernst Bloch Kreis, der Niquet-Keller Kreis, alle pflegten sie Kontakte untereinander, wobei hierbei die Gruppe Harich/Janka, der Kreis der Gleichgesinnten, der zentrale Akteur war.

Die drei genannten zusammenhängenden Vereinigungen [in Ungarn] können als die zentralen Akteure rund um die Ereignisse in Ungarn zwischen den Jahren 1953-1956 angesehen werden. Es gab auf Seiten der DDR im gleichen Zeitrahmen wie schon genannt, ebenfalls Vereinigungen wie den Donnerstagskreis, den Kreis der Gleichgesinnten, die Ernst-Bloch Gruppe sowie Verhaftungen und Verurteilungen bekannter Intellektueller, hier vor allem die Personen rund um die Harich/Janka Gruppe.

6.4 Die nötigen Voraussetzungen, anhand der Ereignisse in Ungarn, um Reformen in einer stalinistischen Gesellschaft entgegen der Parteiführung durchzusetzen⁹⁴²

Angeknüpft an das Ergebnis, dass es in der DDR ähnliche oppositionelle Vereinigungen gab, existieren laut Herzberg aufgrund der Erkenntnisse nach den Ereignissen in Ungarn neun Voraussetzungen, die notwendig waren, um „gegen den Willen der stalinistischen Parteiführung [wie im Fall von Ungarn, trotz der Niederschlagung des Aufstandes] Veränderungen durchzuführen“.⁹⁴³

1. „Vorstöße von Schriftstellern und Philosophen für geistige Freiheit bereits vor dem XX. Parteitag

⁹⁴¹ Herzberg (2006), S. 212

⁹⁴² Vgl. Herzberg (2006), S. 217

⁹⁴³ Herzberg (2006), S. 217

2. Unterstützung durch die Presse
3. Bildung von Intelligenz-Clubs
4. Parteiöffentliche oder ganz öffentliche Diskussionen über die Chruschow-Enthüllungen
5. Verstärkung der Kritik durch immer mehr Angehörige der Intelligenz
6. Sichtbarwerden von öffentlich anerkannten Sprechern
7. Unterstützung durch die Studenten der Universitäten, dann auch durch die Professoren
8. Verbindung dieser von der Intelligenz getragenen Forderungen mit den Interessen und Forderungen der übrigen Bevölkerung
9. Wenn nötig, der Übergang von öffentlichen Diskussionen zu Kundgebungen⁹⁴⁴

Laut Herzberg fehlte es in der DDR an all diesen Voraussetzungen. Zumindest bei **Punkt 3** ist anzumerken, dass sich wie schon beschrieben verschiedene Gruppierungen Intellektueller formierten, die sich regelmäßig trafen und austauschten. So entstanden beispielsweise der *Kreis der Gleichgesinnten*, der *Donnerstagskreis*, der *Ernst-Bloch-Kreis* und der *Niquet-Keller Kreis*,⁹⁴⁵ (siehe dazu auch Kapitel 5.3.2.2) die mit dem Petöfi-Kreis sympathisierten⁹⁴⁶ und diesen auch als Vorbild hatten. Auch unter Studenten gab es ähnliche Vereinigungen:

„An der Berliner Humboldt-Universität etwa hatten Studenten nach dem Vorbild des „**Petöfi-Klubs**“ einen „Jakobiner-Klub“ gebildet, in dem wissenschaftliche, philosophische und politische Fragen diskutiert wurden. Die SED verfügte zwar die Auflösung des Zirkels, aber am 11. Oktober kamen 50 Anhänger des aufgelösten Klubs trotzdem zusammen und diskutierten unter anderem die Geheimrede Chruscevs und Wolfgang Leonhards „Die Revolution entlässt ihre Kinder“.⁹⁴⁷ Vor allem unter Medizinern, Veterinärmedizinern und Chemikern auf der Berliner Humboldt-Universität begann es

⁹⁴⁴ Herzberg (2006), S. 217

⁹⁴⁵ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 378

⁹⁴⁶ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 379

⁹⁴⁷ Analyse der Feindtätigkeit der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, o.D. (1957); BStU, MfS, BdL/Dok. 5154, sowie SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1/182, Bl. 62-153. Dokumentiert bei Kowalczyk, Ilko-Sascha: Frost nach dem Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Einen Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1997, S. 167-215, hier 202, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 288

zunehmend zu gären.⁹⁴⁸ Davon zu spreche dass Punkt 3 nicht erfüllt sei, ist nach Meinung des Autors nicht gegeben.

Aber auch andere Universitäten waren davon betroffen: „Studenten an der Hochschule für Ökonomie und Planung in Berlin forderten zum Beispiel die Absetzung Walter Ulbrichts mit der Begründung, er sei „der größte Stalinist der Gegenwart“.“⁹⁴⁹ Hier ist der Übergang zu Voraussetzung 7 erkennbar. Ob auch, wie in den Voraussetzungen genannt, *Professoren* die *Philosophen und Schriftsteller* unterstützen, beantwortet Herzberg auf Seite 352 selbst.: „Selbst bei den Professoren, Dozenten und Studenten [...] gab es nach dem XX. Parteitag politische Diskussionen, die mit denen der Universitäten vergleichbar waren. [...] Darin [in der Zentralen Parteikontrollkommission] wird hervorgehoben, daß es im Lehrkörper starke Schwankungen in seinem Verhältnis zur Partei, zum Staat „sowie Zweifel an der Richtigkeit der marxistische-leninistischen Theorie“ gegeben habe.“⁹⁵⁰ Aus der Parole des Kampfes gegen den Dogmatismus habe sich eine allgemeine Fehlerdiskussion entwickelt, an der selbst die Zentrale Parteileitung und der Rektor Herbert Kröger teilnahmen.“⁹⁵¹ Professoren stellten sich hinter Forderungen der Studenten. Trotzdem kann nicht von einem *Großteil der Studenten und Professoren* gesprochen werden, wenn dies die nicht genauer beschriebene Voraussetzung für Herzberg ist.

Auch ist bezüglich **Punkt 5** nicht davon auszugehen, dass sich der Kreis der Gleichgesinnten, der Ernst-Bloch Kreis, der Niquet-Keller Kreis sowie der Donnerstagskreis von einem Tag auf den anderen unabhängig voneinander entwickelt haben, sondern es zu einer kontinuierlicher größer werdenden Unterstützung der Intellektuellen von Ideen der Entstalinisierung und den daraus resultierenden nötigen Folgen, wie Beispielsweise der Forderung nach der Absetzung Ulbrichts, kam.

⁹⁴⁸ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 288

⁹⁴⁹ MfS, Abt. Information: Information 279/56: Lage der Studenten v. 25.10.1956; BStU, MfS, AS 83/59, Bl. 123-127, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 288

⁹⁵⁰ Herzberg (2006), S. 352

⁹⁵¹ Vgl. ZPKK (2.5.1957): Betr.: Untersuchung über die an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ aufgestellte und propagierte Theorie in der Staatsfrage, abgedruckt als Dok. II/8 in: Dreier, R./Eckert, J./Mollnau, K.A./Rottleuthner, H. (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971. Dokumente zur politischen Steuerung im Grundlagenbereich, Baden-Baden 1996, S. 126-132, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 352

6.5 Resümee des Kapitels

Die in der Einleitung aufgestellte Hypothese⁹⁵² muss teilweise revidiert werden. Für das Ausbrechen von ähnlichen Ereignissen wie in Ungarn, war nicht nur das bloß Vorhandensein einer intellektuellen Opposition ausreichend. Wie oben erwähnt sind laut Herzberg neun Komponenten notwendig, um gegen den Willen einer stalinistischen Parteiführung Veränderungen herbeizuführen. Die Nicht-Erfüllung all dieser Punkte in Bezug auf die DDR, wie von Herzberg beschrieben, ist nach Meinung des Autors nicht gegeben. Manche Punkte wurden bis zu einem gewissen Maß erfüllt, auch wenn nicht in dem fortgeschrittenen Ausmaß wie dies in Ungarn der Fall war. Ähnliche Ereignisse wie in Ungarn wären laut Autor in der DDR möglich gewesen.

6.6 Überleitung in nächstes Kapitel

Zur gänzlichen Beantwortung der Forschungsfrage und Analyse der Hypothese ist es notwendig in Kapitel 7 die Reaktionen der SED auf den Ungarn-Aufstand näher zu betrachten. Sodann wird es möglich sein die, nach Meinung des Autors, mögliche ähnliche Entwicklung in der DDR, dahingehend zu analysieren, ob die Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen in den Jahren 1956-1958 im Zusammenhang mit dem Ungarn-Aufstand zu sehen ist. Hierbei soll nochmals die in der Einleitung aufgestellte Forschungsfrage und bereits teilweise revidierte Hypothese⁹⁵³ in Erinnerung gerufen werden:

Forschungsfrage:

War der Ungarn-Aufstand verantwortlich für die Repressalien, die von 1956-1958 gegen literarische Intellektuelle durch die SED von statten gingen?

Hypothese:

Es gab ähnliche intellektuelle oppositionelle Strukturen in der DDR. Die SED sah Gemeinsamkeiten und Verbindungen zwischen oppositionellen Gruppierungen der DDR, mit den zentralen verantwortlichen Akteuren rund um die Ereignisse in Ungarn. Die Abrechnung der SED mit der Intelligenz in den Jahren 1956-1958 ist sodann als wesentliche Folge des

⁹⁵² Siehe Kapitel 1.2

⁹⁵³ Siehe Kapitel 6.5

Ungarn-Aufstandes zu verstehen, da die SED ähnliche Ereignisse in der DDR verhindern wollte. Diese waren möglich, da es Gemeinsamkeiten in der Struktur der intellektuellen Opposition gab. Der Aufstand vereitelte diese Entwicklung in der DDR jedoch, da sich nun die SED geschützt von der Sowjetunion berechtigt sah gegen Intellektuelle verstärkt vorzugehen.

7 Die Reaktionen der SED auf den Ungarn-Aufstand in Bezug auf die Intellektuellenpolitik

7.1 Einleitung

Hierfür müssen die Ursachen der Repressionen gegenüber Intellektuellen durch die SED von 1956-1958 (*siehe Kapitel 5.3.3*) genauer betrachtet werden, mit der Annahme, dass der Ungarn-Aufstand hierbei der zentrale Grund dafür war und die SED sich in ihrem Handeln berechtigt sah:

„Die Ereignisse in Ungarn und die Niederschlagung des Budapester Aufstands Anfang November 1956 einschließlich der Beseitigung, der von dem Kommunisten Nagy geführten Regierung, verschafften der SED-Führung freie Hand, die innerparteiliche Opposition auszuschalten.“⁹⁵⁴ Nachdem es bis Herbst 1956 scheinbar möglich war, dass die interessierte Intelligenz beispielsweise ihre Vorstellungen bezüglich eines demokratischen Sozialismus zunehmend ungehindert diskutieren konnte, veränderte sich dies nach dem Ungarn-Aufstand drastisch.⁹⁵⁵ Hierbei bestätigen Jäger und Herzberg die veränderte Sichtweise der SED gegenüber der Intelligenz nach dem Ungarn-Aufstand. Die SED konnte den Eingriff der Sowjetunion in Ungarn dahingehend interpretieren, dass das Ausschalten der Opposition keinerlei Verstimmungen in der KPdSU auslösen würde.⁹⁵⁶

Jäger nimmt unter anderem Bezug auf den Prozess gegen die Gruppe Harich/Janka, wobei seiner Meinung nach⁹⁵⁷ „die Kontakte zu den Intellektuellen des Budapester Petöfi-Kreises eine Rolle spielten.“⁹⁵⁸

Im Folgenden wird die Annahme Jägers, dass die Verurteilungen der Gruppe Harich/Janka aufgrund der Kontakte zum Petöfi-Kreis eine Rolle spielten in Kapitel 7.2 betrachtet. Wenn die Gründe der Verhaftung und Verurteilung die Verbindung der „Harich/Janka Gruppe“ mit den Ereignissen in Ungarn zum Inhalt hat, so liegt folglich die Ursache für

⁹⁵⁴ Jäger (1994), S. 83

⁹⁵⁵ Vgl. Herzberg (2006), S. 375

⁹⁵⁶ Poppe, Ulrike; Eckert Rainer, Kowalczyk, Ilko-Sascho: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Berlin: Ch.Links Verlag in Zusammenarbeit mit der Berliner Zeitung, 1995, S. 121

⁹⁵⁷ Vgl. Jäger (1994), S. 83

⁹⁵⁸ Jäger (1994), S. 83

deren Verurteilung, das heißt der verstärkten Repressionen, in den Ereignissen in Ungarn und der möglichen Angst der SED vor selbigen Ereignissen in der DDR. In Kapitel 7.3 werden andere durch den Ungarn-Aufstand ausgelöste mögliche Veränderungen in der Intellektuellenpolitik der SED analysiert, sodass die Beantwortung und Forschungsfrage und zentralen dazugehörigen Hypothese in vorliegender Arbeit möglich ist. Das Resümee soll die in der Arbeit gewonnen Erkenntnisse zusammenfassen und beschreiben.

7.2 Die Verbindung der Verurteilung der Gruppe Harich/Janka mit den Ereignissen in Ungarn

7.2.1 Die Gruppe Harich/Janka und ihre Kontakte zum Petöfi-Kreis

Die Harich/Janka Gruppe, oder der sogenannte „Kreis der Gleichgesinnten“, rekrutierte sich wie schon erwähnt, vor allem aus Mitgliedern des Aufbau-Verlages und der Wochenzeitung Sonntag.⁹⁵⁹

Dass die Mitglieder des Aufbau-Verlages reges Interesse an den Ereignissen in Ungarn hatten und Kontakte zu diesem pflegten, kann angenommen werden: „Sicher ist, daß der Leitung des Verlages die Grundgedanken und Methoden der Leute zum Petöfi-Klub nicht nur durch die Westpresse bekannt geworden sind. Zum einen weilte Max Schroeder – der Cheflektor des Aufbau-Verlages – im Frühjahr 1956 in Budapest und konnte sich über die geistigen Vorgänge aus erster Hand unterrichten. Zum anderen aber übermittelte Georg Lukács [als zentraler Akteur des Petöfi-Kreises] selber seine konzeptionellen Vorstellungen an die Freunde im Aufbau-Verlag, als er im Sommer 1956 Berlin besuchte.“⁹⁶⁰ Wolfgang Harich erinnerte sich daran, dass Lukács „dabei im kleineren und größeren Kreis all die kritischen Erkenntnisse vorgetragen [hat], die den wesentlichen Inhalt seiner Reden vor dem Budapester Petöfi-Klub ausmachten.“⁹⁶¹ So hielt Lukács am 15. Juni 1956 im Petöfi-Kreis einen Vortrag⁹⁶² über „die Situation des Marxismus in Ungarn [...]“, wobei er die Auffassung vertrat, dieser sei in dem Land noch nie in solch schlechter Lage gewesen wie zu jenem Zeitpunkt, nicht einmal zur Horthy-Zeit.“⁹⁶³ Die

⁹⁵⁹ Vgl. Sieber (2008), S. 97

⁹⁶⁰ Schiller (2003), S. 89

⁹⁶¹ Vgl. Harich (2003), S.53, zitiert nach: Schiller (2003), S. 89

⁹⁶² Vgl. Sieber (2008), S. 97

⁹⁶³ Sieber (2008), S. 97

Wochenzeitung Sonntag, die wie schon erwähnt im Aufbau-Verlag erschien⁹⁶⁴, (siehe dazu auch Kapitel 5.2.3.2) orientierte sich jedenfalls an ihrem Vorbild, dem Petöfi-Kreis.⁹⁶⁵

Georg Lukács war sowohl im literarischen als auch im philosophischen Leben der Nachkriegszeit eine unumstrittene Autorität des Marxismus. Auf eben diesen Gebieten erlangte Lukács innerhalb von wenigen Jahren eine von keinem zuvor je besessene Bedeutung als Literaturwissenschaftler.⁹⁶⁶ „[...] der Aufbau-Verlag brachte eine Vielzahl seiner Werke heraus, und in Wolfgang Harich fand er den wichtigsten Vermittler“⁹⁶⁷ Georg Lukács stand immer schon, wenn es um seine Einflüsse auf die Intelligenz in der DDR geht, im Mittelpunkt des intellektuellen Interesses.⁹⁶⁸ „Die geradezu überschwängliche Verehrung, die ihm zu seinem 70. Geburtstag entgegengebracht wurde, zeigte sich nicht nur in einer Festschrift, sondern auch in Auszeichnungen, zahlreichen Würdigungsartikeln und Briefen. Lukács stand 1955, ohne es zu wissen, im Zenit seiner unangefochtenen Stellung als Literaturpapst [...]. Mit dem Aufstand in Budapest verschwand Lukács - als kurzzeitiges Mitglied der Regierung Nagy – sofort aus der Kulturpolitik der SED, es wurde Schweigen über ihn verhängt, [...] im selben Monat begann auch der Parteiästhetiker Hans Koch mit Artikeln gegen die Autorität von Lukács die jetzt ablehnende offizielle Meinung der SED zu formulieren.“⁹⁶⁹ Als Teil der Nagy – Regierung und als einer der „intellektuellen Führer des Petöfi-Clubs und damit des Budapester Aufstandes 1956“⁹⁷⁰, folglich von der SED als konterrevolutionär bezeichnet⁹⁷¹, wurde die Meinung gegenüber Lukács von der SED-Führung revidiert. Der im September 1956 im Aufbau Verlag veröffentlichte Vortrag von Georg Lukács zum Thema „Der Kampf des Fortschrittes und der Reaktion in der heutigen Kultur“⁹⁷² in Berlin,

⁹⁶⁴ Walther (1996), S. 46

⁹⁶⁵ Kunert, Günther: Erwachsenenspiele. Erinnerungen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999, S. 195

⁹⁶⁶ Vgl. Mittenzwei, Werner: Gesichtspunkte, in: ders. (Hrsg.): Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács, Leipzig 1975, S. 86, zitiert nach: Herzberg (2008), S. 218

⁹⁶⁷ Herzberg (2008), S. 218

⁹⁶⁸ Vgl. Herzberg (2008), S. 218

⁹⁶⁹ Vgl. Koch, Hans: Politik, Literaturwissenschaft und die Position von Georg Lukács, in: Einheit, H. 7/1957; ders.: Theorie und Politik bei Georg Lukács, ebenda, H. 8/ 1957, zitiert nach: Herzberg (2008), S. 219

⁹⁷⁰ Lukács, Georg: Artikel in: Morgenstern, Hans: Jüdisches Biographisches Lexikon. Eine Sammlung von bedeutenden Persönlichkeiten jüdischer Herkunft ab 1800 mit einem Vorwort von Dr. Anton Pelinka, Münster: LIT-Verlag, 2011, S. 532

⁹⁷¹ Vgl. Emmerich, Wolfgang: Schicksale in der Moderne der DDR, in: Becker, Sabina (Hrsg.); Kiesel, Helmut (Hrsg.): Literarische Moderne. Begriff und Phänomen. Berlin: W. de Gruyter, 2007, S. 421

⁹⁷² Vgl. Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift, Berlin 1956, S. 761-776, zitiert nach: Prokop (2006), S. 307

hatte mit Sicherheit eine beachtliche Rolle in der DDR.⁹⁷³ „Es besteht kein Zweifel, dass der im Aufbau abgedruckte Vortrag von Lukács wichtige Thesen des Petöfi-Kreises zusammenfasste.“⁹⁷⁴

Die von Jäger einleitende Annahme der Kontakte der Gruppe Harich/Janka zu dem Petöfi-Kreis kann bestätigt werden. Natürlich ist hierbei anzumerken, dass etwaige Vorwürfe der SED-Führung intellektuelle Gruppierungen würden Kontakte zu ungarischen „Konterrevolutionären“ pflegen auch ein Instrument der SED-Führung sein konnte, um gegen unliebsame Personen vorzugehen. Unabhängig davon die SED in ihrer Politik zu bewerten, muss jedoch festgestellt werden, dass der Vorwurf der Verbindung zwischen der Gruppe Harich/Janka zum Petöfi-Kreis bestätigt werden muss.

7.2.2 Die Verurteilungen der Mitglieder der „Gruppe Harich/Janka“ und die Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn

Wie bereits erwähnt versuchte der Petöfi-Kreis sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf kulturpolitischer Ebene Veränderungen herbeizuführen⁹⁷⁵, eine Eigenschaft welche auch die „Gruppe Harich/Janka“ auszeichnete.⁹⁷⁶ Im vorhergehenden Kapitel wurde die Annahme von Manfred Jäger bestätigt, dass Mitglieder der Gruppe/Harich in Verbindung mit dem Petöfi-Kreis und einer deren wichtigsten intellektuellen Vertreter Georg Lukács standen.⁹⁷⁷ Die Ereignisse in Ungarn können nur in Verbindung mit dem Petöfi-Kreis gesehen werden, da er wie schon beschrieben, ein unentbehrlicher Akteur war.⁹⁷⁸ Die SED-Führung ihrerseits machte diesen für die „Konterrevolution“ in Ungarn verantwortlich. So wie beispielsweise Kurt Hager, ZK-Sekretär für Kultur, der argumentierte nämlich, dass „deren Urheber [der Konterrevolution] die Intellektuellen aus dem Petöfi-Kreis gewesen seien – und Teilen der künstlerischen Intelligenz im eigenen

⁹⁷³ Vgl. Prokop (2006), S. 307

⁹⁷⁴ Prokop (2006), S. 308

⁹⁷⁵ Sieber (2008), S. 77

⁹⁷⁶ Vgl. Sieber (2008), S.101-108

⁹⁷⁷ Lukács, Georg: Artikel in: Morgenstern, Hans: Jüdisches Biographisches Lexikon. Eine Sammlung von bedeutenden Persönlichkeiten jüdischer Herkunft ab 1800 mit einem Vorwort von Dr. Anton Pelinka, Münster: LIT-Verlag, 2011, S. 532

⁹⁷⁸ Vgl. Litván; Bak (Hrsg), (1994), S. 52-57

Lande vorwirft, durch einen falschen Begriff von Freiheit⁹⁷⁹ „mit dem Weg zu liebäugeln, den die konterrevolutionäre Gruppe des Petöfi-Kreises in Ungarn einschlug“⁹⁸⁰ „Deren Namen werden in der Öffentlichkeit nicht genannt, dafür aber **Harich, Janka** und Bloch [...]“⁹⁸¹ Wolfgang Harich beschreibt in seiner Autobiographie die persönliche Sicht von Walter Ulbricht, die ihm dieser bei einem Zwiegespräch kundtat:

„Die schlimmsten Verräter sind die Leute im Petöfi-Club: Julius Hay, Tibor Dery und Georg Lukács. Und wenn sich bei uns sowas herausbildet wie dort im Petöfi-Club, dann werden wir das hier im Keim ersticken. Und dann stand er auf, schüttelte mir die Hand und sagte mit festem Blick in meine Augen: Ich wünsche Ihnen alles Gute. Damit war ich entlassen.“⁹⁸² Dass die SED-Führung unterschiedlichen Gruppierungen und Vereinigungen immer wieder eben diesen Vorwurf machte, lässt erkennen, dass die SED-Führung darauf bedacht war eine Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn, und den dadurch verbundenen möglichen Vorwurf der Konterrevolution, herzustellen. Dies zeigt auch die Anklagerede des Generalstaatsanwaltes Melsheimer im Harich- und Janka-Prozess:

„Immer wieder wurde in der Anklagerede [im Prozess gegen Janka, Just und Zöger] Melsheimers [Generalstaatsanwalt im Prozess gegen die Mitglieder der Gruppe Harich/Janka] der Vergleich gezogen zwischen dem Petöfi-Club der Intellektuellen in Ungarn und den reformkommunistischen kritischen Intellektuellen um Wolfgang Harich und Walter Janka aus dem Aufbau-Verlag in der DDR. [...] Während dieser Zeit [der Diskussionen im Petöfi-Kreis] hätten sich innerhalb der Intellektuellen [...] Strömungen und Gruppen gebildet. Dabei seien die Hauptkräfte Schriftsteller, Journalisten und Politökonomien gewesen. Bei den Philosophen habe Georg Lukács die entscheidende Rolle gespielt. Und gerade dieser Georg Lukács – so hob Melsheimer hervor – sei ein Freund der Angeklagten Janka, Just und Zöger gewesen. Aus diesem Umstand leitete er den Vorwurf ab, die drei hätten unter dem philosophischen Einfluss Lukács stehend in der DDR eine staatsfeindliche Gruppe gebildet mit dem Ziel, eine Konterrevolution durchzuführen. Und

⁹⁷⁹ Vgl. Hager, Kurt: Die Zeit in der wir leben und kämpfen, in: Sonntag, 3.11.1957, zitiert nach: Herzberg (2006), S. 305

⁹⁸⁰ Hager, Kurt: Die Zeit in der wir leben und kämpfen, in: Sonntag, 3.11.1957, zitiert nach: Herzberg (2006), S. 305

⁹⁸¹ Vgl. Hager, Kurt: Die Zeit in der wir leben und kämpfen, in: Sonntag, 3.11.1957, zitiert nach: Herzberg (2006), S. 305

⁹⁸² Harich, Wolfgang: Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 1999, S. 276

zwar nach dem gleichen Muster wie die Intellektuellen des Petöfi-Clubs in Ungarn „unter aktiver Führung von Georg Lukács“ [...]“.⁹⁸³

„In Zusammenhang mit dem Vorwurf Melsheimers an die Adresse Walter Jankas und zuvor an die sog. „Gruppe“ um Wolfgang Harich, „konterrevolutionäre Bestrebungen“ in der DDR geplant und in Ansätzen bereits ausgeführt zu haben, hieß es in der Anklagerede:⁹⁸⁴ „Ich habe (...) diese Schilderung gegeben, um die ganze Gefährlichkeit, was die Angeklagten unternommen haben, darzustellen. (...) Die Feststellungen über die Staatsgefährlichkeit der Gruppe Harich, über den eindeutig konterrevolutionären Charakter dieser Gruppe, sind im Harich-Prozeß [welcher wie schon beschrieben zuvor stattfand] eindeutig erwiesen. (...)“⁹⁸⁵

Ulbricht wollte mit dem Prozess gegen die sogenannte Gruppe Harich/Janka vor allem die Debatten, die die Verbrechen Stalins zum Inhalt hatten, verhindern, und weitere Auswirkungen des XX. Parteitages unterbinden.⁹⁸⁶ „Die SED-Führung hatte auf ihre Weise die richtigen Schlussfolgerungen aus den Ereignissen 1956 gezogen. Sie ging von der klaren Erkenntnis aus, daß ihr Regime auf den sowjetischen Bajonetten beruhte. [...] Die einzige wirkliche Gefahr für ihre Macht ging von Moskau aus [XX. Parteitag]. Insofern saß der Schock des XX. Parteitages tief. Als aber sowjetische Panzer auf ungarische Aufständische schossen, war die Welt wieder in Ordnung.“⁹⁸⁷

Einerseits sah sich Ulbricht nun darin bestärkt seinen harten Kurs gegenüber der Intelligenz, nach den Wirren des XX. Parteitag, aufgrund der Intervention in Ungarn durch die Sowjetunion fortzusetzen, andererseits hatte die SED-Führung die Sorge, dass sich selbige Ereignisse wie in Ungarn wiederholen können. Beide Motive gehen ineinander über.

„Die Ereignisse in der DDR in den Monaten bis zur Stabilisierung etwa Mitte 1958 kann man analytisch unterscheiden in solche, deren Ursachen sich reflexhaft (bei der SED-Führung) oder bewußt (bei der Intelligenz) direkt auf Polen und Ungarn beziehen – sie

⁹⁸³ Kieslich (1998), S. 72

⁹⁸⁴ Kieslich (1998), S. 72

⁹⁸⁵ Vgl. Janka, Walter: Die Unterwerfung. Eine Kriminalgeschichte aus der Nachkriegszeit. München: Carl Hanser Verlag, 1994, S. 31 zitiert nach: Kieslich (1998), S. 72

⁹⁸⁶ Mittenzwei (2001), S. 149

⁹⁸⁷ Poppe, Ulrike; Eckert Rainer, Kowalczyk, Ilko-Sascho: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Berlin: Ch. Links Verlag in Zusammenarbeit mit der Berliner Zeitung, 1995, S. 121

bilden eindeutig die Mehrheit – und solche, die sich eher vermittelt (auch unausgesprochen) darauf beziehen.“⁹⁸⁸

Das heißt, die Gründe der Verhaftungen und Verurteilungen der „Gruppe Harich/Janka“ sowie indirekte Methoden der Repressionen wie beispielsweise gegenüber Bloch sind im Ungarn-Aufstand zu finden und waren direkte Auswirkungen von selbigem. Einerseits hatten Ulbricht und die Parteiführung, so die Meinung des Autors, Angst es könnten sich ähnliche Ereignisse wie in Ungarn entwickeln, andererseits kam ihnen der Ungarn-Aufstand entgegen um sich von schon länger unliebsamen Personen zu entledigen.

7.3 Weitere Reaktionen der SED und ihren Institutionen auf die Ereignisse in Ungarn und die daraus resultierenden Veränderungen auf die Intellektuellenpolitik der SED

7.3.1 Die Veränderungen in literarischen und künstlerischen Institutionen als Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes

Die Ereignisse in Ungarn waren auch dafür verantwortlich, dass es auf weiteren Ebenen einen „verschärfte[.][n] Kampf gegen Revisionisten und andere[n] Aufweichler[n] gab“.⁹⁸⁹ („Die Stalinisten fanden für dieses Phänomen den Begriff des „Revisionismus“⁹⁹⁰) So wurde, wie schon beschrieben „im Frühjahr 1957 [...] versucht, auf allen Gebieten des kulturellen Lebens die Reihen neu zu ordnen: der Schriftstellerverband veranstaltete eine Delegiertenkonferenz, ein Parteiaktiv der bildenden Künstler kam zusammen, auf einer Tagung trafen sich die Theaterintendanten, und immer ging es dabei um den Kampf gegen Dekadenz und Revisionismus“⁹⁹¹ Auch Georg Lukács wurde nun als Erzrevisionist verurteilt⁹⁹², die Folge seiner Beteiligung am Petöfi-Kreis und am ungarischen Volksaufstand.

⁹⁸⁸ Herzberg (2006), S. 251

⁹⁸⁹ Jäger (1994), S. 83

⁹⁹⁰ Engelmann (Hrsg.); Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 282

⁹⁹¹ Jäger (1994), S. 83

⁹⁹² Vgl. Jäger (1994), S. 83

So argumentiert Rugard Otto Gropp „Kaderphilosoph der DDR“ ⁹⁹³selbstkritisch: „Der Einfluß von Georg Lukács ist bei uns gebrochen oder erschüttert worden durch **die Erfahrungen die uns die Ereignisse in Ungarn gegeben haben**. Wir haben es nicht selbst verstanden, beizeiten seine unmarxistischen philosophischen Grundtendenzen zu bekämpfen und dem bei uns von bestimmten Kreisen geradezu gezüchtete Lukács-Kult entgegenzuwirken. [bezüglich Bloch:] [...] Im übrigen beruhigte man sich damit, daß er doch ein netter Mann sei, wenn auch kein konsequenter Marxist. An parteilicher, ideologischer Wachsamkeit, an parteilicher ideologischer Auseinandersetzung hat es gefehlt [...]“⁹⁹⁴ Hier erkennt man ebenfalls die Tendenz wie man zukünftig mit kritischen Intellektuellen umzugehen hatte: Mit mehr parteilicher Wachsamkeit und Auseinandersetzung weil die Ereignisse in Ungarn dies einforderten.⁹⁹⁵

7.3.2 Die Veränderungen im Ministerium für Staatsicherheit im Zuge der Ereignisse in Ungarn

Natürlich geschahen diese Veränderungen nur direkt oder indirekt durch Anweisungen und Zustimmung der SED. (*Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit siehe Kapitel 4.5*)

Durch die neue Richtlinie des Ministeriums für Staatssicherheit „über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“ hat dieses bereits am 3. November im Sinne von Walter Ulbricht auf den politisch motivierten Gärungsprozess⁹⁹⁶ reagiert. „Die **„Auswertung der Vorkommnisse in Ungarn**, wo die konterrevolutionären Aktionen von feindlichen Studentengruppen eröffnet worden“ seien, habe die Notwendigkeit erhöhter Wachsamkeit an den Hochschulen verdeutlicht. An den DDR-Universitäten gebe es „seit geraumer Zeit ebenfalls konterrevolutionäre Umtriebe“. Besondere Aufmerksamkeit sei Forderungen nach Pressefreiheit zu schenken. Diese Freiheit sei in Ungarn ausgenutzt worden, um in „massierter Form schädliche Ideologien

⁹⁹³ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR. 1945-1961. Berlin: Ch.Links-Verlag, 1997, S. 66

⁹⁹⁴ Quelle: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Berlin/DDR 1957, S. 9-49 (Rugard Otto Gropp auf einer Konferenz der SED-Parteileitung am Institut für Philosophie der Leipziger Karl-Marx-Universität am 4. Und 5. April 1957), zitiert nach: Jäger (1994), S. 85

⁹⁹⁵ Vgl. Quelle: Ernst Blochs Revision des Marxismus. Berlin/DDR 1957, S. 9-49 (Rugard Otto Gropp auf einer Konferenz der SED-Parteileitung am Institut für Philosophie der Leipziger Karl-Marx-Universität am 4. Und 5. April 1957), zitiert nach: Jäger (1994), S. 85

⁹⁹⁶ Vgl. Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 288

zu verbreiten“. [...] Es müsse gründliche geprüft werden, ob sie noch dem „derzeitigen Stand des Kampfes“ entspreche und den „neuesten Methoden“ des Gegners gewachsen sei.⁹⁹⁷ Während des 30. Plenums des ZK vom 30. Jänner bis 1. Februar wurden die **Ereignisse in Ungarn** neben denen in Polen sowie die Diskussionen über Dissidenten durch Intellektuelle in der DDR als eine Taktik des Imperialismus zur Aufweichung festgesetzt.⁹⁹⁸

„Die Staatssicherheit erhielt den Auftrag, sich auf die „neuen Feindmethoden der „ideologischen Zersetzung durch „revisionistische, opportunistische und liberalistische Anschauungen“ einzustellen.“⁹⁹⁹

Diese von Ulbricht bezeichneten neuen Feindmethoden „führte in den Jahren 1957/58 zur Herausbildung des geheimpolizeilichen Schlüsselbegriff der „politisch-ideologischen-Diversion“, der in der Folgezeit nicht nur die operative Tätigkeit der Staatssicherheit, sondern indirekt auch die politische Strafjustiz beeinflusste.“¹⁰⁰⁰ Im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) welches im Februar 1958 in Kraft getreten ist, war vor allem der § 13, welcher den Staatsverrat beinhaltete, zur Bekämpfung der neuen Feindmethoden geschaffen worden, welches laut MfS das schwerstmögliche aller Verbrechen war.¹⁰⁰¹ So hieß es bei einer Vorlesung zum StEG gesetzt für die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit:

„Dass es politisch notwendig ist, einen solchen Tatbestand zu schaffen, haben nicht zuletzt **die Ereignisse in 1956 in Ungarn** sowie die Tätigkeit der Harich-Gruppe in der DDR bewiesen.[denen wie schon beschrieben eine Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn

⁹⁹⁷ Richtlinie 1/56 v. 3.11. 1956 über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, gez. (Bruno) Beater, Stellvertreter des Ministers; BStU, MfS, BdL/Dok. 2379; dokumentiert bei Kowalczyk: Die Niederschlagung (Anm.32), S. 40-47, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 289

⁹⁹⁸ vgl. Stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1. – 1.2.1957, Bericht des Politbüros, vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1/170, BI. 6-53, hier 30-40; Referat von Walter Ulbricht; ebenda, BI. 54-85, hier 77-85, zitiert nach: Vgl. Richtlinie der SED-Kreisleitung im MfS v. 14.2.1957 zur Auswertung des 30. Plenums des ZK in den Grundorganisationen; BStU, MfS, KL-SED 364 (alt), BI. 1001-1003, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 289

⁹⁹⁹ Vgl. Richtlinie der SED-Kreisleitung im MfS v. 14.2.1957 zur Auswertung des 30. Plenums des ZK in den Grundorganisationen; BStU, MfS, KL-SED 364 (alt), BI. 1001-1003, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 289

¹⁰⁰⁰ Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 292

¹⁰⁰¹ vgl. Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S.292

vorgeworfen wurden] [...] Mit aller Schärfe solcher Verbrechen entgegentreten zu können und dieselben im Keime zu ersticken, ist Sinn und Zweck dieses Tatbestandes.“¹⁰⁰²

Ein weiteres Zeichen für die Veränderung der Betrachtung der Staatssicherheit gegenüber der Intelligenz ist die zunehmende Achtsamkeit gegenüber der Literatur ab 1956: „**Die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit für literarische Vorgänge nahm nach den Turbulenzen in Ungarn** und Polen 1956/57 und vor allem im Gefolge der Auseinandersetzungen im Aufbau-Verlag im Umkreis von Wolfgang Harich, Walter Janka und Gustav Just 1957. *(Wobei die Verhaftungen und Verurteilungen der Harich/Janka Gruppe, wie schon beschrieben, in Zusammenhang mit dem Ungarn-Aufstand zu sehen sind, und keine zwei voneinander unabhängige Ereignisse. Siehe dazu Kapitel 7.2)* Auch die Treffen des „Donnerstagskreis“ [...], die die Apparatschiks **an den ungarischen Petöfi-Kreis denken ließen**, hatten SED-Führung und das MfS hellhörig gemacht.“¹⁰⁰³

So heißt es weiter, dass „das anfängliche Desinteresse des MfS an belletristischen DDR-Verlagen [...] sich mit der Bearbeitung der „Harich-Gruppe“[auch hier wiederum im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn zu betrachten] aus dem Aufbau-Verlag [änderte]. [...] **Nun wurde die Überwachung auf andere ausgewählte Verlage ausgeweitet.**“¹⁰⁰⁴

Nach den Geschehnissen in Ungarn und Polen wurde auch die **Kunst** an sich anders betrachtet. „**Die Ereignisse in Ungarn** und Polen, dann in der CSSR 1968 brachten die SED und ihre Geheimpolizei zu der Ansicht, daß der Klassenfeind „bei der Organisation der Konterrevolution und der Formierung seiner Kräfte immer von dem scheinbar unpolitischen Bereich der Kunst ausgeht“¹⁰⁰⁵ Der damalige Minister für Staatssicherheit bezieht hierbei auch die freischaffenden Künstler mit ein: „In Bearbeitung der Künstler müssen auch die freischaffenden Künstler einbezogen werden. Sie schreiben für verschiedene Zeitungen oder arbeiten für verschiedene Betriebe, ohne daß eine genaue Kontrolle vorhanden ist. Wir müssen im Presse- und Schriftstellerverband Einfluß nehmen, um zu erreichen, daß von diesen freischaffenden Künstlern feindliche oder tendenziöse

¹⁰⁰² Vorlesung zum StEG für alle Mitarbeiter des MfS v. Dezember 1957; BStU, MfS, AS 153/63, BI. 137 f., zitiert nach: Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S.292

¹⁰⁰³ Walther (1996), S. 144

¹⁰⁰⁴ Walther (1996), S. 146

¹⁰⁰⁵ Benno Paroch: Diskussionsbeitrag auf der Kreisleitungssitzung am 12. Dezember 1968; BStU, ZA, SED-KL 197, BI. 560, zitiert nach: Walther (1996), S. 156

Artikel gar nicht erst in der Presse erscheinen können. In der Bearbeitung der Künstler, die von Stadt zu Stadt gehen, wissen wir zwar, was diese und jene äußern, aber aktiv bearbeitet werden sie von keiner Stelle, darum müssen wir sie zentral erfassen und bearbeiten“.¹⁰⁰⁶

Ein weiteres unmittelbares Ergebnis der Ereignisse im Jahre 1956 war die veränderte **Personalpolitik** im Ministerium für Kultur: „SED und MfS hielten es nach den kulturpolitischen Auseinandersetzungen 1956/57, dem Harich-Janka-Prozeß und dem Ableben des ersten DDR-Kulturministers, Johannes R. Becher, für geboten, ausgewiesene Parteikader auf den Ministerstuhl zu heben.“¹⁰⁰⁷

7.4 Resümee des Kapitels

Es gab intellektuelle Oppositionelle Strömungen in der DDR, die nach Meinung des Autors, sich in ihrer Anfangsstruktur denen während der Ereignisse in Ungarn zwischen 1953-1956 glichen. Sowohl die Gruppe Harich/Janka als auch der Petöfi-Kreis forderten gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Veränderungen.¹⁰⁰⁸ „Auf der einen Seite war der Donnerstagskreis aus *organisatorischer* Sicht am besten mit dem Petöfi-Kreis vergleichbar, beide wurden von sogenannten literarischen Intellektuellen gebildet, die Organisationen waren offiziell und keine Geheimvereinigungen. Auch befanden sich beide Gruppierungen nicht innerhalb des parteioppositionellen Spektrums“¹⁰⁰⁹ Die Gruppe Harich/Janka kann wie beschrieben mit der Nagy-Losonczy-Gruppe¹⁰¹⁰ verglichen werden: Die Begrifflichkeit der Gruppe Harich/Janka war ebenfalls kein Konstrukt ihrer Mitglieder¹⁰¹¹ und rekrutierte sich aus parteioppositionellen Kommunisten¹⁰¹² Die SED sah Verbindungen des Petöfi-Kreises zu der Gruppe Harich/Janka. Diese Verbindungen gab es tatsächlich und waren nicht nur eine von der SED aufgeworfene Theorie um sich unliebsamer Personen zu entledigen, obwohl diese Tatsache der SED-Führung sicherlich Recht kam, um einen erneuten harten Kurs zu verfolgen. Die von Herzberg beschriebenen

¹⁰⁰⁶ Walther (1996), S. 70

¹⁰⁰⁷ Walther (1996), S. 822

¹⁰⁰⁸ Petöfi-Kreis vgl. Sieber (2008), S. 77, Gruppe Harich/Janka Vgl. Sieber (2008), S.101-108

¹⁰⁰⁹ Vgl. parteiunabhängig in Bezug auf den Donnerstagskreis: Prokop (2006), S. 306 sowie in Bezug auf den Petöfi-Kreis: Herzberg (2006), S. 212, zitiert nach Kapitel 6.1

¹⁰¹⁰ Siehe dazu Kapitel 6.3.1

¹⁰¹¹ Vgl. Sieber (2008), S. 95

¹⁰¹² Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 378, siehe dazu auch Gruppe Harich/Janka Kapitel 5.3.2.2, bezüglich Aufbau-Verlag sowie der Wochenzeitung Sonntag und deren Verbindung zur SED siehe Kapitel 5.2.3.2, bezüglich Nagy-Losonczy-Gruppe siehe Kapitel 6.3.1

neun Voraussetzungen um gegen ein stalinistisches Regime Reformen durchzusetzen werden angewendet auf die DDR nicht erfüllt¹⁰¹³ Jedoch ist es die Meinung des Autors, dass dies auf manche Punkte nicht zutraf¹⁰¹⁴ und Entwicklungen zur Erfüllung der beschriebenen Punkte möglich gewesen wären. Einzig der ersten Voraussetzung muss zugestimmt werden. Die Voraussetzung von Herzberg, dass „Vorstöße von Schriftstellern und Philosophen für geistige Freiheit bereits vor dem XX. Parteitag“¹⁰¹⁵ nötig sind und der Behauptung, dass diese in der DDR nicht vorhanden waren, muss inhaltlich zugestimmt werden. Trotzdem sieht der Autor die damalige Möglichkeit einer potentiellen gleichen Entwicklung wie dies in Ungarn der Fall war. Der Ungarn-Aufstand und die Bestätigung nun einen harten Kurs fahren zu können machte ähnliche Entwicklungen in der DDR unmöglich. **Nun folgte die beschriebene Abrechnung gegenüber Intellektuellen, die bis 1958 andauerte.**

„In der DDR lösten die Vorgänge in Ungarn sowohl bei der Führung als auch bei den Kritik übenden Intellektuellen einen tiefen Schock aus. Zwischen beiden herrschte, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, Einigkeit, daß entsprechende Entwicklungen im eigenen Land unbedingt vermieden werden mußten.“¹⁰¹⁶

¹⁰¹³ Vgl. Herzberg (1996), S. 217

¹⁰¹⁴ Siehe Kapitel 6.4

¹⁰¹⁵ Herzberg (2006), S. 217

¹⁰¹⁶ Sieber (2008), S. 82

8 Resümee

Dass der Ungarn-Aufstand Auswirkungen auf die Intellektuellenpolitik der SED hatte, ist klar ersichtlich. Die Drahtzieher in Ungarn waren literarische Intellektuelle, ohne sie wären diese Ereignisse nicht möglich gewesen. Die SED-Führung hatte Angst davor, dass sich selbige Ereignisse in der DDR wiederholen könnten und reagierten daher verstärkt gegen intellektuelle Gruppierungen. Schon einmal war er in Ungnade gefallen, jenes Mal von Seiten der Sowjetunion und der eigenen Partei. Der Ungarn-Aufstand ermöglichte es ihm sich endgültig durchzusetzen, seine Macht erreichte in den folgenden Jahren den Zenit. Natürlich können die Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes auf die Intellektuellenpolitik nur verstanden werden, wenn die Jahre zuvor genauer betrachtet werden.

Der Arbeiteraufstand im Jahre 1956, der Tod Stalins sowie der XX. Parteitag der KPdSU in welchem die Verbrechen Stalins und der mit ihm verbundene Personenkult verurteilt wurde, verunsicherte die Parteiführung. Der von der Sowjetunion aufgezwungene „Neue Kurs“ sowie die innerparteiliche Opposition gegen Ulbricht schwächten seine Position. Doch, wie beschrieben, hatte er niemals vor den „Neuen Kurs“ auch wirklich zur Gänze umzusetzen. Der Ungarn-Aufstand ermöglichte es der Parteiführung unter Ulbricht, nicht im Verdeckten zu agieren, sondern öffentlich einen harten Kurs einzufordern. Der harte Kurs fand seine Berechtigung ohne sich vor etwaigen Konsequenzen der Sowjetunion fürchten zu müssen. Warum sollte diese eingreifen, wenn die Ereignisse in Ungarn sie zur Niederschlagung der Revolution in Ungarn bewegte? Gar war es fast schon eine Aufforderung sich der intellektuellen Opposition ohne Konsequenzen zu entledigen, bevor sich selbige Ereignisse wie in Ungarn entwickeln konnten.

Die Nachwirkungen des Ungarn-Aufstandes sind im Prozess gegen die Gruppe Harich/Janka ersichtlich. Oft wurde ihnen vorgeworfen Kontakte zum Petöfi-Kreis zu pflegen und gleiche Ziele zu verfolgen. Auch dem Donnerstagskreis und anderen Gruppierungen wurden diese Kontakte zu Lasten gelegt. Diese Kontakte gab es in der Tat. Veranstaltungen des Petöfi-Kreises wurden im Aufbau-Verlag abgedruckt. Walter Harich und andere pflegten Verbindungen zum später von der SED als konterrevolutionär eingestuften Georg Lukács. Intellektuelle Gruppierungen in der DDR bestätigten selbst ihre Gründung nach Vorbild des Petöfi-Kreises. Wie in Kapitel 7.4 beschrieben gab es,

nach Meinung des Autors, in der DDR ähnliche intellektuelle oppositionelle Gruppierungen. Aus machtpolitischer Sicht war es für die SED-Führung sinnvoll sich dieser zu entledigen, bevor ähnliche Ereignisse wie in Ungarn ihren Lauf nehmen konnten.

Trotzdem kam es der Parteiführung unter Walter Ulbricht natürlich Recht, gestützt mit dem Argument der Verbindung zu den Ereignissen in Ungarn, gegen diese schon länger unliebsamen Intellektuellen vorzugehen.

Die Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes auf die Intellektuellenpolitik zeigen sich in der Verschärfung unterschiedlicher Politikbereiche. Es wurde unter anderem wie beschrieben dahingehend argumentiert, dass die Ereignisse in Ungarn und der daraus resultierenden Verurteilung der Gruppe Harich/Janka [zum Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Ungarn und der Verhaftung und Verurteilung der Gruppe Harich/Janka siehe Kapitel 5.3.2.2, 6 und 7.2] neben denen in Polen sowie die Diskussionen über Dissidenten durch Intellektuelle in der DDR als eine Taktik des Imperialismus zur Aufweichung war.¹⁰¹⁷

„Alle wollen nur eins: Die Verbindung von Volk und Partei, Staat und Gesellschaft zerstören, den Aufbau des Sozialismus verhindern – und dazu ist ihnen [den Imperialisten] jedes Mittel recht. Diese tausendfach ausgesprochene Konstellation lässt sich auf eine Aussage reduzieren: Es gibt keinen wirklichen Grund für eine berechtigte Kritik an der Politik der Parteiführung, jeder Versuch einer solchen kann nur von außen verursacht und gesteuert sein.“¹⁰¹⁸ Und gerade das taten oppositionelle intellektuelle Gruppierungen, auch wenn es nur um die schon beschriebene Verbesserung des Kommunismus¹⁰¹⁹ ging.

Gegen die Imperialisten die die Intellektuellen zu diesem Gedankengut anstifteten,¹⁰²⁰ musste man sich wehren, was im Strafrechtsergänzungsgesetz und der daraus resultierenden höheren Bestrafung gegenüber Personen, die wegen Staatsverrat verurteilt wurden, ersichtlich ist. Die Staatssicherheit als Repressionsorgan der SED¹⁰²¹ wurde

¹⁰¹⁷ vgl. Stenographisches Protokoll des 30. Plenums des ZK, 30.1. – 1.2.1957, Bericht des Politbüros, vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/1/170, BI. 6-53, hier 30-40; Referat von Walter Ulbricht; ebenda, BI: 54-85, hier 77-85, zitiert nach: Vgl. Richtlinie der SED-Kreisleitung im MfS v. 14.2.1957 zur Auswertung des 30. Plenums des ZK in den Grundorganisationen; BStU, MfS, KL-SED 364 (alt), BI. 1001-1003, zitiert nach: Engelmann (Hrsg.), Großbölting (Hrsg.), Wentker (Hrsg.), (2008), S. 289

¹⁰¹⁸ Herzberg (2006), S. 371

¹⁰¹⁹ Vgl. Herzberg (2006), S. 15, siehe dazu Kapitel 6.2, Seite 172

¹⁰²⁰ Vgl. Herzberg (2006), S. 371

¹⁰²¹ zur Staatssicherheit siehe Kapitel 4

angeleitet nach diesen verdächtigen Personen Ausschau zu halten.¹⁰²² Ein System unterschiedlicher Repressionsmethoden wurde im MfS in den folgenden Jahren perfektioniert, was in Kapitel 4.6 beschrieben wird.

Gar macht es den Eindruck, dass es eine Verbindung gibt zwischen dem in den letzten zehn Jahren geprägten Kampf gegen den Terrorismus, der über allem stand, auch wenn dieser zu einer Beschneidung der persönlichen Freiheiten führte und dem Argument der SED, dass Repressionen notwendig sind um Imperialisten zu bekämpfen.

„Es geht gar nicht um das konkrete Individuum, sondern um einen Einbruch des Gegners mit seiner feindlichen Ideologie in das große Aufbauwerk.“¹⁰²³ Eine Tendenz die immer wieder, von welcher Seite auch immer, ersichtlich ist. Um das Böse zu bekämpfen muss die Bevölkerung Abstriche in Kauf nehmen, und wie heute wurde dies damals [gezwungenermaßen] von der Mehrheit der Bevölkerung getragen, mit dem wesentlichen Unterschied, dass man in heutigen westlichen Demokratien sich der politischen Machthaber durch Wahlen wieder entledigen kann. Die punktuellen Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes auf die Intellektuellenpolitik der SED wurden sichtbar gemacht, jedoch wäre es zu kurz gegriffen diesen Anlass als einzigen Grund für die folgenden verstärkten Repressionen gegenüber der Intelligenz auszumachen. Denn wie in Kapitel 3 beschrieben hatten die Kommunisten in von Ihnen gegründeten sogenannten Volksdemokratien nie eine Bevölkerungsmehrheit hinter sich. Aus jener Tatsache heraus waren in diesen Systemen Repressionen systemimmanent, nur Mittels Repressionen war es möglich sich an der Macht zu halten. Auch basiert ein totalitäres System¹⁰²⁴, und das war die DDR jedenfalls in dem in der vorliegenden Arbeit untersuchten Zeitraum bis 1960,¹⁰²⁵ ohne dabei Rückschlüsse auf ihre weitere Entwicklung zu ziehen, grundsätzlich auf Repressionen.

¹⁰²² Vgl. Kapitel 7.3.2 mit den dazugehörigen zitierten Autoren

¹⁰²³ Herzberg (2006), S. 371

¹⁰²⁴ Totalitarismus siehe Kapitel 2.1

¹⁰²⁵ Siehe dazu Kapitel 2.2.3

Literaturverzeichnis

- Ammer, Thomas. *Die Machthierarchie der SED* in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag Band II/2
Arendt, Hannah 1986 (1951). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. I – II. Imperialismus – III. Totale Herrschaft*, München 1986 (1951,) in: Jesse, Eckhard 2008. *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft
- Arendt, Hannah 1955. *Elemente totaler Herrschaft*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsgesellschaft.
- Backes, Uwe, Jaskułowski, Tytus & Polese 2009. *Totalitarismus und Transformation*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Barck, Simone; Langermann, Martina; Lokatis, Siegfried 1998. *"Jedes Buch ein Abenteuer": Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*. Berlin: Akademie Verlag.
- Becker, Sabina, Kiesel, Helmuth & Krause, Robert 2007. *Literarische Moderne: Begriff und Phänomen*. Berlin ;, New York: W. de Gruyter.
- Benz, Wolfgang & Scholz, Michael F. 2009. *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949*. 10., völlig neu bearb. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Sammelbände 1995ff.*
- Berend, Iván T. & Schubert, Rolf 2007. *Markt und Wirtschaft: Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Borchert, Jürgen 2006. *Die Zusammenarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit dem sowjetischen KGB in den 70er und 80er Jahren: Ein Kapitel aus der Geschichte der SED-Herrschaft*. Münster: Lit.
- Borgwardt, Angela 2002. *Im Umgang mit der Macht: Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bossle, Lothar 1976. *Sorge um das Gleichgewicht*. Würzburg: Naumann.

- Braun, Matthias 1995. *Drama um eine Komödie: Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Ministerium für Kultur gegen Heiner Müllers "Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande" im Oktober 1961*. 1. Auflage. Berlin: Ch. Links.
- Broszat, Martin, Weber, Hermann & Braas, Gerhard 1993. *SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*. 2. Aufl. München: R. Oldenbourg.
- Brunner, Georg. *Staatsapparat und Parteiherrschaft*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag Band II/2
- Brzezinski, Zbigniew 2006. *Dysfunktionaler Totalitarismus* in: Jesse, Eckhard: *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Baden-Baden: Nomos-Verlag
- Courtois, Stéphane, u.a. 2010. *Das Handbuch des Kommunismus: Geschichte, Ideen, Köpfe. Mit dem Kapitel "Kommunismus in Deutschland" von Klaus Schroeder und Jochen Staadt*. München [u.a.]: Piper.
- Crampton, R. J. 1994. *Eastern Europe in the twentieth century*. London ;, New York: Routledge.
- Crampton, Richard 1994. *Eastern Europe in the Twentieth Century*. 1. Auflage. London, New York: Routledge.
- Crusius, Reinhard & Wilke Manfred.
- Deutsche Akademie der Künste 1991. *Sinn und Form - 43. Jahr, 1991, 4. Heft*. Berlin: Rütten & Loening,
- Elimar Schubbe 1972. *Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED*. Stuttgart: Seewald.
- Engelmann, Roger 2011. *Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*. Berlin: Links, Ch.
- Florath, Bernd, Mitter, Armin & Wolle, Stefan 1992. *Die Ohnmacht der Allmächtigen: Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.
- Förster, Günther 2001. *Die juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit: Die Sozialstruktur ihrer Promovenden*. Münster: Lit.

- Fricke, Karl W. *Der Wahrheit verpflichtet: Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR*. Berlin: Links.
- Fricke, Karl W. 1989. *Die DDR-Staatssicherheit: Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder*. 3. aktualisierte und erg. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Fricke, Karl W. 1991. *MFS intern: Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit*. Köln: Verl. Wissenschaft und Politik.
- Friedrich Carl Joachim; Brzezinski, Zbigniew. *Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur*, in: Jesse, Eckhard: *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2006
- Fritze, Lothar: *Essentialismus in der Totalitarismusforschung. Über Erscheinungsformen und Wege der Vermeidung*; in: Siegel, Achim (Hrsg.) 1998. *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Böhlau Verlag, Köln
- Fritze, Lothar. Unschärfen des Totalitarismusbegriffes. *Methodologische Bemerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur*, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.) 1999. *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Gaber, Rusanna 2007. *Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen: Zum Einfluss der Geschichte auf die politische Kultur*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Gieseke, Jens 2000. *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit: Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.
- Gieseke, Jens: *Die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit*, 1996, in: Henke, Klaus-Dietmar,(Hrsg.); Suckut, Siegfried u.a (Hrsg): *Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte. Struktur. Methoden. MfS-Handbuch*, Teil IV/1, BStU, Berlin
- Gieseke, Jens 2006. *Mielke-Konzern: Die Geschichte der Stasi 1945-1990*. erw. und aktual. Neuausgl. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Gill, David W. & Schröter, Ulrich 1993. *Das Ministerium für Staatssicherheit: Anatomie des Mielke-Imperiums*. Berlin: Rowohlt.
- Großbölting, Thomas (., Engelmann, Roger (. & Wentker Hermann (Hrsg.) 2008. *Kommunismus in der Krise: Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Günther Ruther 1992. *Greif zur Feder Kumpel: Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR 1949-1990*. Düsseldorf: Droste.
- Hacker, Jens 1992. *Deutsche Irrtümer: Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin: Ullstein.

- Harich, Wolfgang 1993. *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit: Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR*. Berlin: Dietz.
- Harich, Wolfgang & Grimm, Thomas 1999. *Ahnenpass: Versuch einer Autobiographie*. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf.
- Hauptmann, Helmut 1969. *DDR-Reportagen*. 2. Auflage. Leipzig: Philipp Reclam.
- Heider, Magdalena: *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands* in: Broszat, Martin (Hrsg.); Weber Hermann (Hrsg.) 1993. *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 194-1945*, München: Oldenbourg Verlag.
- Helle, Matthias 2011. *Nachkriegsjahre in der Provinz: Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945-1952*. 1., Aufl. Berlin: Lukas Vlg f. Kunst- u. Geistesgeschichte.
- Heller, Agnes, Fehér, Ferenc & Markus, György 1983. *Der sowjetische Weg: Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Herzberg, Guntolf 2006. *Anpassung und Aufbegehren: Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.
- Heyer, Andreas 2010. *Studien zu Wolfgang Harich*. Norderstedt: Books on Demand.
- Hofmann, Vera 2001. *Die strafrechtlichen Aspekte der Organisation und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit*. Berlin: Books on Demand.
- Jansen, Marlies 1995. *Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Jesse, Eckhard 2008. *Diktaturen in Deutschland: Diagnosen und Analysen*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Jesse, Eckhard. *War die DDR totalitär?* in: Jesse, Eckhard (Hrsg) 2008. *Diktaturen in Deutschland*, Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Jesse, Eckhard, Backes, Uwe & Gallus, Alexander 2008. *Demokratie in Deutschland: Diagnosen und Analysen*. Köln: Böhlau.
- Jesse, Eckhard, Schroeder, Christiane & Grosse-Gehling, Thomas 1999. *Totalitarismus im 20. Jahrhundert: Eine Bilanz der internationalen Forschung*. 2., erw. und aktualisierte Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Judt, Matthias 1997. *DDR-Geschichte in Dokumenten: Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.

- Karner, Stefan 2008. *Prager Frühling: Das internationale Krisenjahr 1968*. Köln [u.a.]: Böhlau.
- Kersten, Heinz 1957. *Aufstand der Intellektuellen: Wandlungen in der kommunistischen Welt. Ein dokumentarischer Bericht*. Stuttgart: Dr. Heinrich Seewalt.
- Kieslich, Lothar 1998. *Kommunisten gegen Kommunisten: Die Intellektuellenpolitik der SED im Umfeld des XX. Parteitags der KPdSU und des Ungarn-Aufstands*. 1. Aufl. [Giessen]: Kletsmeier.
- Klein, Thomas 2002. *"[Für die Einheit und Reinheit der Partei]": Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht*. Köln: Böhlau Verl.
- Kloth, Hans M. 2000. *Vom "Zettelfalten" zum freien Wählen*. Berlin: Links.
- Koch, Hans. Politik, Literaturwissenschaft und die Position von Georg Lukács: *Einheit*.
- Koch, Hans. Theorie und Politik bei Georg Lukács: *Einheit*.
- Koehler, Wenelin 2010. *Von Weimar in den Westen über Stasi-Zuchthaus: Erinnerungen*. Norderstedt: Books on Demand.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha 1997. *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR. 1945-1961*. Berlin: Ch.Links-Verlag
- Kunert, Günter 1999. *Erwachsenenspiele: Erinnerungen*. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv, 20472).
- Lauth, Hans-Joachim. *Regimetypen – Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie*, in: Lauth, Hans-Joachim (Hg.) 2010. *Vergleichende Regierungslehre: Eine Einführung*. 3., durchges. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Links, Christoph 2008. *Das Schicksal der DDR-Verlage*. Humboldt-Univ.
- Linz, Juan J. & Krämer, Raimund 2000. *Totalitäre und autoritäre Regime*: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Linz, Juan J. & Stepan, Alfred C. 1996. *Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Litván, György (Hg.) 1994. *Die ungarische Revolution 1956: Reform, Aufstand, Vergeltung*. Dt. Erstaussg. Wien: Passagen-Verl. (Passagen Politik).
- Lübbe, Peter 1984. *Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED 1975-1980*. Stuttgart: Seewald.

- Lück, Manuela. „...ein zu großes Wort.“ Erich Loest und das Exil, in: Schmitz, Walter (Hrsg.); Bernig Jörg (Hrsg.) 2008. *Deutsch-deutsches Literaturexil. Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR in der Bundesrepublik*, Dresden: Thelem
- Lukács, Georg: Artikel in: Morgenstern, Hans 2011. *Jüdisches Biographisches Lexikon. Eine Sammlung von bedeutenden Persönlichkeiten jüdischer Herkunft ab 1800* mit einem Vorwort von Dr. Anton Pelinka, Münster: LIT-Verlag
- Mistereck, Susanne 2002. *Polnische Dramatik in Bühnen- und Buchverlagen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Mittenzwei, Werner 2001. *Die Intellektuellen: Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945 bis 2000*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- Morgenstern, Hans 2009. *Jüdisches biographisches Lexikon: Eine Sammlung von bedeutenden Persönlichkeiten jüdischer Herkunft ab 1800*. Münster [u.a.]: LIT-Verl.
- Müller, Heiner 1994. *Krieg ohne Schlacht: Leben in zwei Diktaturen : eine Autobiographie*. Erw. Neuausg., mit einem Dossier von Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Müller-Enbergs, Helmut 1998. *Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland*. 1. Aufl. Berlin: Links.
- Müller-Enbergs, Helmut & Muhle, Susanne 2008. *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit*. 1. Aufl. Berlin: Links.
- Neubert, Ehrhart & Eisenfeld, Bernd 2001. *Macht, Ohnmacht, Gegenmacht*. Bremen: Ed. Temmen.
- Offner, Hannelore & Schroeder, Klaus 2000. *Eingegrenzt, ausgegrenzt: Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961-1989*. Berlin: Akademie.
- Paul Wandel. *Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 10./11. Februar 1948, SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/40, BI. 65*.
- Pelinka, Anton 2010. *Grundzüge der Politikwissenschaft*, Stuttgart:UTB.
- Peter Christian Ludz 1968. *Parteielite im Wandel*. 2., unveränd. Auflage (1968). Köln: Westdeutscher Verlag.
- Poppe, Ulrike; Eckert Rainer, Kowalczyk, Ilko-Sascho 1995. *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung*. Berlin: Ch.Links Verlag in Zusammenarbeit mit der Berliner Zeitung.
- Prokop, Siegfried 1997. *Ich bin zu früh geboren: Auf den Spuren Wolfgang Harichs*. Berlin: Dietz.

- Schiller, Dieter 2003. *Der verweigerte Dialog: Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern im Krisenjahr 1956-57*. Berlin: K. Dietz.
- Schmitz, Walter 2008. *Handbuch emigrierte und exilierte Autoren aus der DDR in die Bundesrepublik*. Dresden: Thelem.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin op. 2006. *Hannah Arendt: Wahrheit, Macht, Moral*. München: C.H. Beck.
- Schroeder, Klaus. *Der SED-Staat: Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990*. München & Wien: Carl Hanser Verlag.
- Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR in der Wissenschaft*, in: Unverhau, Dagmar (Hrsg.) 2003. *Hatte Janus eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit*: Münster: Lit
- Schuhmann, Annette 2007. *Vernetzte Improvisationen: Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR*. Köln: Böhlau.
- Schultz, Helga & Wagener, Hans-Jürgen 2007. *Die DDR im Rückblick: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. 1. Aufl. Berlin: Links.
- Schweppenhäuser, Gerhard 2007. *Ästhetik: Philosophische Grundlagen und Schlüsselbegriffe*. Frankfurt/Main: Campus.
- Segert, Dieter 2002. *Die Grenzen Osteuropas, 1918, 1945, 1989: Drei Versuche im Westen anzukommen*. Frankfurt/Main ;, New York: Campus.
- Sélitrenny, Rita 2003. *Doppelte Überwachung: Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.
- Siebenmorgen, Peter 1993. *"Staatssicherheit" der DDR: Der Westen im Fadenkreuz der Stasi*. Bonn: Bouvier.
- Sieber, Sven 2008. *Walter Janka und Wolfgang Harich: Zwei DDR-Intellektuelle im Konflikt mit der Macht. Techn. Univ., Magisterarbeit--Chemnitz, 2004*. Berlin: Lit-Verl. (Chemnitzer Beiträge zur Politik und Geschichte, 1).
- Siegel, Achim. *Carl Joachim Friedrichs Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation*, in: Siegel, Achim (Hrsg.) 1998. *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln, Weimar: Böhlau
- Siegel, Achim 1998. *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Köln: Böhlau.
- Sigle Karin 2002. *Der Literaturbetrieb der DDR: Schriftsteller im SED-Staat*. Diplomarbeit. Wien: Universität Wien

- Sozialistische Einheitspartei 1976. *Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: IX. Parteitag der SED Berlin, 18. bis 22. Mai 1976*. Berlin: Dietz Verlag.
- Stuber, Petra 2000, c1998. *Spielräume und Grenzen: Studien zum DDR-Theater*. 2., durchges. Berlin: Links.
- Suckut, Siegfried 1996. *Das Wörterbuch der Staatssicherheit: Definitionen zur "politisch-operativen Arbeit*. 2., durchges. Berlin: C. Links.
- Suckut, Siegfried & Süß, Walter 1997. *Staatspartei und Staatssicherheit*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Unger, Oswald 1988. *Wahlssystem und Volksvertretungen in der DDR*. 1. Aufl. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- Unverhau, Dagmar 2003. *Hatte "Janus" eine Chance?* Münster: Lit.
- Wagner, Armin 2002. *Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED: Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953 bis 1971)*. 1. Aufl. Berlin: Ch. Links.
- Weber, Hermann 2006. *Die DDR 1945-1990*. 4., durchgesehene Aufl. München: Oldenbourg.
- Weber, Jürgen & Ammer, Thomas 1994. *Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur*. München: Olzog; Vertrieb, MVG-Verlag.
- Wilke Manfred: *Die DDR in der Interventionskoalition gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz*, in: Wilke, Manfred (Hrsg.) 2008. *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, Wien, Graz: Böhlau, Kriegsfolgen-Forschung.
- Wirsching, Andreas 2000. *Die Weimarer Republik: Politik und Gesellschaft*. München: R. Oldenbourg.

Internetquellen:

- Verordnung über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen vom 19. Februar 1969.*
www.verfassungen.de/de/ddr/mitarbeiterstaatsorgane69.htm
- Archiv der ö1 Journale von 1967-1989:* http://www.mediathek.at/oe1_journale/
- Die Presse (Online) vom 22.07.2007.* Interview mit dem ehemaligen Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Korinik:

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/331831/VfGHPraesident-Korinek_Kontrolle-wie-in-der-DDR-

Online Standard vom 13. Septemer 2011. <http://derstandard.at/1315006274296/OECD-Steuerzahler-profitiert-enorm-von-Bildung-seiner-Buerger>

Online Standard vom 19.09. 2011. <http://derstandard.at/1316389982716/Gebuehrenmodell-Studiengebuehren-Auch-SPOe-fuer-Volksbefragung>

Verordnung über die Pflichten, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Staatsorganen vom 19. Februar 1969:

<http://www.verfassungen.de/de/ddr/mitarbeiterstaatsorgane69.htm>

Interview mit Max Schrems: <http://orf.at/stories/2077750/2077719/>

Anatomie der Staatssicherheit Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch:

http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/handbuch_HA-XX_auerbach-braun-usw.pdf?__blob=publicationFile

http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/handbuch_hauptamtliche_gieseke.pdf?__blob=publicationFile

Abstract (Deutsch)

Den Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes auf die Entwicklung des Kommunismus in Europa werden, obwohl diese stark vorhanden waren, zu wenig Beachtung geschenkt. In vorliegender Diplomarbeit soll im speziellen der Einfluss des Ungarn-Aufstandes auf die Intellektuellenpolitik der SED analysiert werden. Hierzu wird anfangs das Konzept des Totalitarismus und die von diesem zu unterscheidenden posttotalitäre und autoritäre Systeme genauer betrachtet. Die Einordnung der DDR in eine bestimmte Herrschaftsform erlaubt es, die Intellektuellenpolitik der SED im Kontext dieser, für unterschiedliche Formen der Herrschaft vorhandenen Eigenschaften zu sehen, und zu erkennen, aus welchem Selbstverständnis heraus die Partei agierte. Da in der DDR, wie in den meisten anderen ehemaligen osteuropäischen kommunistischen Ländern, die Sowjetunion einen führenden Einfluss hatte, kann die Herrschaftsstruktur der DDR nur in Zusammenhang mit denen durch die Sowjetunion dominierten Merkmale kommunistischer Systeme gesehen werden. Dieser Aspekt fließt in die Diplomarbeit mit ein. Um die Politik der SED gegenüber Intellektuellen auf deren Unterdrückungsmechanismen erfassen zu können, wird die Staatssicherheit, als wichtigstes Repressionsorgan der SED, näher charakterisiert. Anschließend erfolgt die Analyse der Politik der SED gegenüber literarischen Intellektuellen mit dem Fokus auf die Jahre bis 1960, der Rolle der ungarischen Intellektuellen während der Ereignisse in Ungarn zwischen 1953 und 1958, sowie der Reaktionen der SED auf den Ungarn-Aufstand in Bezug auf ihre Intellektuellenpolitik.

Abstract (English)

Too little attention is frequently paid to the effects of the Hungarian uprising on communism in Europe. The objective of the diploma thesis at hand in particular is to analyse the influence of the Hungarian uprising on the intellectual politics of the SED. For this purpose, the concept of totalitarianism and its differences from authoritarian and post-totalitarian regimes will be considered. The GDR classification into a political system makes it possible, to see the intellectual politics of the SED in the context of the character of its political system and to see from which kind of self-conception the SED acts. Due to the strong influence of the Soviet Union on the GDR and on most of the other former

communist states in Eastern Europe, it is only possible to see the political power structure in the context of the Soviet Union, which dominated the characteristics of a communist system. The results will be included as part of the thesis. In order to capture the intellectual politics of the SED in relation to its mechanisms of repression, the State Security, as the SED's most important organ of repression, will be further characterised. This is followed by the analyses of the intellectual politics of the SED, focusing on the years up to 1960, the role of Hungarian intellectuals in the political events in Hungary between 1953 and 1958 as well as the reactions of the SED to the Hungarian uprising in relation to the SED's intellectual politics.

Lebenslauf

PERSÖNLICHE DATEN Name Geburtsdatum und -ort Staatsbürgerschaft	SIMON DALLAGO 3. September 1980, Bregenz Österreich
STUDIUM 10/2003 – 11/2011 09/2008 – 06/2009	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien Studium an der Université Angers (Frankreich) im Rahmen des Erasmus-Mobilitätsprogrammes
SCHULBILDUNG 2002 - 2003 1999 – 2002 1995 – 1999	Eurostudienzentrum Bregenz, Studienberechtigungsprüfung Bundeshandelsakademie Bregenz, Aufbaulehrgang Bundeshandelsschule Bregenz

Wien, Oktober 2011